Die gesellschaftliche Gliederung des Saargebietes.

Eine soziographische Beschreibung.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Philosophischen Fakultät

der

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M.

vorgelegt von

Emil Straus

aus Göllheim.

1935

Dissertationsdruckerei und Verlag Konrad Triltsch, Würzburg.

Referent:
Professor Dr. Marr.

Korreferent:
Professor Dr. Küntzel.

Tag der mündlichen Prüfung: 25. Juli 1934.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Julie und Ferdinand Nahm.

Eidesstattliche Versicherung.

Ich erkläre an Eidesstatt, daß ich vorliegende Arbeit selbständig, nur unter Benutzung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.

Saarbrücken, den 19. Mai 1934.

Emil Straus.

Inhaltsübersicht.

Seite

Vorwort . . . . . VI—VII

I.) Einleitung: 1

Fragestellung: 1) Aus welchen Ursachen erklärt sich die verschiedene soziale Struktur der Saarbevölkerung?
2) Welche Bedingungen schaffen neben der sozialen Verschiedenartigkeit die nationale Kampfstellung an der Saar? . . .

II.) Die geologisch-geographische Gliederung des Saargebietes, als Voraussetzung für seine soziale Struktur 3

III.) Der Einfluß der einzelnen Landschaft auf ihre wirtschaftliche Entwicklung 7

IV.) Geschichtlicher Abriß der industriellen und siedlungsgeographischen Entwicklung im Saargebiet. 21

V.) Die Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen Situation in den einzelnen Landschaften und der sozialen Gliederung der Bevölkerung 35

VI.) Die soziale Lage der Arbeiterschaft, insbesondere die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung nach dem deutsch-französischen Kriege 1870 51

VII.) Die sozialpolitischen Ideen Alex. Tilles 68

VIII.) Die politische Stellung der Arbeiterschaft in der Vorkriegszeit 75

IX.) Der Gesellschaftsprozeß im Saargebiet von der Jahrhundertwende bis zum Jahre 1919 80

X.) Die politische Konstruktion des „Saarkohlenbeckens" durch den Versailler Vertrag 1919 87

XI.) Der politische Ausdruck der saarländischen Gesellschaftsstruktur, bedingt durch besondere wirtschaftliche Ereignisse 93

XII.) Die politischen Wahlen im Saargebiet seit der Wahl zur Nationalversammlung 1919 bis zur Gegenwart 105

XIII.) Die politischen Interessensphären im Saargebiet, insbesondere Untersuchungen über die Parteienstruktur 109

XIV.) Die Dynamik der politischen Entwicklung im Saargebiet seit 1919 128

XV.) Die politische Entscheidung der weiblichen Wählerschaft im Saargebiet 151

XVI.) Schluß: Das Grenzproblem im soziologischen Sinne . . . 154

Literaturverzeichnis 159

Statistische Tabellen und Diagramme 169

Vorwort.

Ein Problem soll hier erörtert werden, das uns allen heute unvergleichlich nahe geht und unser Interesse vital beansprucht. Es ist die Betrachtung der saarländischen Gesellschaftsstruktur. Ein solches Bemühen birgt aber gleichzeitig die Gefahr in sich, daß vorgefaßte Gefühls- und Denkinhalte beim Schreibenden wie beim Lesenden den ernsthaften Willen zum vorurteilslosen Denken beeinträchtigen können. Deshalb mußte unser Versuch in erster Linie darauf gerichtet sein, die prinzipiellen, für alle menschlichen Vergesellschaftungserscheinungen gültigen Ursachen und Auswirkungen aufzuweisen, um dann einen Gesamteindruck zu gewinnen von der Gesellschaft unserer Heimat, des Saargebietes.

Die zahlreichen Monographien, die sich um die Erforschung der saarländischen Landschaft nach wirtschaftlichen, politischen, sozialen, juristischen und kulturellen Erkenntnissen bemühten, haben nicht nur allgemeingültige Äußerungen und Zustände aufgewiesen, all diese Veröffentlichungen konnten Besonderheiten und Eigenarten der hiesigen Gesellschaftsphänomene freilegen. Das ist verständlich, wenn man die spezielle Beschaffenheit des Gebietes in wirtschaftlicher und politischer Beziehung, aber auch in seiner historischen Entwicklung berücksichtigt. Die besonderen gegenwärtigen Umstände führen leicht zu einer wertenden Stellungnahme. Denn da politisches Interesse und politisches Handeln ihrem innersten Wesen nach wissenschaftlichem Erfassen widerstreben — in jedem Menschen schlummert ein politischer Trieb, eine instinktive Teilnahme an politischen Vorgängen — deshalb sind Problematik wie Untersuchungsmethoden gleicherweise konfliktgeladen. Weil wir uns aber dieser Schwierigkeiten bewußt sind, — da jedes Interesse, das über eine rein empirische Beschreibung hinausgeht, unvermeidlich zur Frage nach den innermenschlichen Beziehungen und Handlungen führen muß, — deshalb glauben wir die Klippen andeuten zu müssen. Denn nur das „Wissen" vermag den Gefahren zu begegnen. Wir verlangen von dem Leser keineswegs eine wissenschaftliche Askese, vor naheliegenden Zusammenhängen die Augen zu verschließen. Was wir erwarten ist eine objektive Betrachtungsweise, losgelöst von jedem parteigebundenen Standort. So wie die empirischen Verhaltensweisen der saarländischen Gesellschaft sich entwickelt haben, so wollen wir sie entgegennehmen und darstellen.

Aus diesen kurzen Andeutungen ergibt sich, daß der Grenzraum und sein eingeschlossenes Grenzvolk in ihrem gesellschaftlichen Aufbau politische, wirtschaftliche, kulturelle und geistige Eigenarten besitzen, deren Inhalte einem spezifischen Geschehen unterworfen sind.

Wir erkennen aus der Darstellung des Grenzraumes weiterhin, daß zur Erforschung seines sozialen Lebens geographische Bedingungen nicht

ausreichen, daß vielmehr für ein sinnhaftes Verstehen sozialer Einrichtungen weitere Bestimmungsgründe notwendig sind. Denn „mit der Vorstellung eines gesellschaftlichen Zusammenlebens von Gruppen ist etwas anderes und mehr gemeint, als die bloße Tatsache eines in Zeit und Raum gleichzeitig vorhandenen Daseins von Menschen“ [1]).

Um die Zusammenhänge, die hinsichtlich der Grenze und des Grenzraumes und der der darin eingeschlossenen Menschen bestehen, zu erkennen, sind Sonderbetrachtungen notwendig, die sich sowohl auf die Innenvorgänge des Individuums, als auch auf die gemeinschaftsbildenden Kräfte der Gesellschaft beziehen. Wenn es sich nun ergibt, daß der Untersuchungsgegenstand ein Gebiet ist, das natürliche, wirtschaftliche und kulturelle Eigenarten aufweist, dann darf der Raum als Grundlage angesehen werden, um seine gesellschaftliche Wirklichkeit zu erforschen.

Das Ziel einer solchen soziographischen Untersuchung wird also sein, eine empirisch wohlbegründete Deutung der Gegenwart zu vermitteln. Die Frage über Güte und Wert der Grenzen steht außerhalb der Betrachtung. Es handelt sich vornehmlich um das Forschungsinteresse, bezogen auf die Gesellschaft des räumlich begrenzten Gebietes. Je kleiner dies nun in seiner territorialen Ausdehnung ist, desto eher können die Beziehungen und die sozialen Lebensbereiche aufgezeigt werden.

Diese Vorbemerkungen erschienen notwendig, um den Untersuchungszweck unserer Arbeit zu rechtfertigen. Hinzu kommt aber außerdem das erhöhte Allgemeininteresse, das die Welt dem Saarland, seinen Menschen und seiner Wirtschaft in den letzten Jahren zu schenken beginnt. Da jedoch manche dieser Darstellungen auf ungenauen Beobachtungen oder auf irrtümlichen Eindrücken beruhen, erschien es notwendig, eine wissenschaftliche Untersuchung durchzuführen, die durch jahrelange Vorarbeit mit den gesellschaftlichen Ausdrucksformen vertraut ist. Für uns war es wichtig, die gruppenbildenden Kräfte zu erkennen, die sozialen Vorgänge bloßzulegen, soziale Veränderungen zu verfolgen, um eine gewisse Gesetzmäßigkeit sozialer Entwicklung aufzuzeigen. Denn es gibt gesetzmäßige Beziehungen der menschlichen Wesen und der menschlichen Einrichtungen. Dadurch soll unsere Arbeit der zu erforschenden Wirklichkeit dienen, indem wir versucht haben, die Gesellschaftsstruktur des Saargebietes zu analysieren, um die Beziehungen zwischen sozialer Lagerung und politischer Entscheidung darzustellen, wenigstens für eine gewisse Zeit.

Die Arbeit verdankt ihre Problemstellung einer anregenden Aussprache mit meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Karl Mannheim. Die Beschaffung des statistischen Wahlmaterials, sowie die Angaben über die soziale Struktur und die Bevölkerungsbewegung des Gebietes haben mehrere Jahre in Anspruch genommen. Schier unüberwindliche Hindernisse stellten sich der Sammlung des statistischen Materials entgegen [2]).

---

[1]) Vgl. Weber Max: Wirtschaft und Recht. Tübingen 1924. S. 81.

[2]) Auf meinen im Frühjahr 1930 versandten Fragebogen haben mir folgende Bürgermeistereien wie folgt geantwortet: u. a.

Das statistische Amt der Regierungskommission veröffentlicht die Wahlstatistiken erst seit 1927. Das frühere amtliche Wahlmaterial ist zum Teil eingestampft und nicht mehr vorhanden. Auf vielen Umwegen über das Statistische Reichsamt in Berlin, die preußischen und bayrischen Statistischen Landesämter in Berlin und München, das Kreisarchiv in Speyer, die privaten Angaben vieler Lehrer und Geistlichen im Saargebiet, die Wahlakten der Regierungskommission seit 1924, die Wahlstatistiken des saarländischen Landesrates, sowie der Stadt Saarbrücken, die Akten der Landratsämter, der Bürgermeistereien und Gemeindeverwaltungen, die Veröffentlichungen in der Presse (eingesehen in den Archiven vieler saarländischer Zeitungen) war es möglich, die Statistiken mit der Zeit zu ergänzen und zu vervollständigen.

Bereitwillige Unterstützung fand ich auch bei der Handelskammer zu Saarbrücken, den Sekretären und Vorsitzenden der verschiedenen politischen Parteien. Wertvolle Angaben vermittelte mir auch der Arbeitgeberverband der Saarindustrie, der Saarhandel, die christlichen und die freien Gewerkschaften. All diesen Behörden und Organisationen gilt mein Dank ebenso, wie denjenigen Personen, die mir durch Erteilung persönlicher Auskünfte ihre Unterstützung geliehen haben und dadurch mithalfen, meine Arbeit zu gestalten. Wenn sie dazu beitragen sollte, die Kenntnis der saarländischen Gesellschaftsverhältnisse der Weltöffentlichkeit zugänglich zu machen, um damit die friedliche Lösung des Saarschicksals mit der deutschen Heimat zu fördern, dann ist sie ihrem Zwecke nahegekommen.

Gemeinde N. (Kreis (Saarlouis):
„Die erbetenen Angaben können leider nicht gemacht werden, da Unterlagen hierfür nicht vorhanden sind."

Stadt N. (Kreis Ottweiler):
„Die Wahlen zur Nationalversammlung und Landtag 1919 kommen für das Saargebiet nicht in Betracht."

Gemeinde E. (Kreis St. Ingbert):
„Die weiteren Aufschlüsse vermögen mangels Unterlagen nicht gegeben werden."

Gemeinde M. (Kreis Merzig):
„Weitere Angaben haben sich anhand der noch hier befindlichen Unterlagen nicht feststellen lassen, da bereits ein Teil eingestampft worden ist."

Gemeinde L. (Kreis Saarbrücken):
„Wie ich Ihnen in einem früheren Schreiben bereits mitgeteilt habe, sind Unterlagen von 1919 bis 1923 hier nicht mehr vorhanden. Die Unterlagen sind seiner Zeit bei Neuanlage der Registratur abhanden gekommen, und kann ich Ihnen die gewünschten Angaben zu meinem Bedauern daher nicht machen."

Gemeinde A. (Kreis St. Wendel):
„Wahlen zur Nationalversammlung und Landtag 1919 fanden im Saargebiet nicht statt."

Einleitung.

Das Saargebiet ist ein künstliches politisches Gebilde, das der Versailler Vertrag geschaffen hat. Aus wirtschaftlichen, politischen und strategischen Gesichtspunkten haben die Friedensrichter im Jahre 1919 von Preußen den Stadtkreis Saarbrücken, die Kreise Saarbrücken-Land, Saarlouis und Ottweiler vollständig, außerdem Teile der Kreise Merzig und St. Wendel abgetrennt. Dazu fügten sie bayrische Gebietsteile: den Amtsbezirk St. Ingbert, einen Teil des Bezirkes Homburg und einen schmalen Streifen des Bezirkes Zweibrücken. Es entstand ein staatsrechtliches Novum von 1912,07 qkm Bodenfläche mit 780 000 Einwohnern.

„Bassin de la Sarre" ist der Begriff, mit dem die französische Wissenschaft und Publizistik das Saargebiet bezeichnet, um damit darzutun, daß die willkürliche Abgrenzung ein Land von natürlicher Einheit umschließe. Namhafte Geographen wie Penk und Tuckermann [1]) haben jedoch nachgewiesen, daß dieses Saarbecken verschiedene Landschaften mit verschiedenen Bodenformen und Oberflächenbildungen umfaßt und deswegen niemals eine Landeinheit von gleichartiger Struktur sein kann.

Frankreich suchte seine Ansprüche auf das Saargebiet mit historischen und wirtschaftlichen Beweisführungen zu begründen, einerseits mit dem Gedanken der „Restitution", der Wiederherstellung der Grenze von 1814 und andererseits mit dem Grundsatz der „Reparation", der Wiedergutmachung, der während des Krieges von Deutschland begangenen wirtschaftlichen Schäden in Nordfrankreich. Damit wollte es glaubhaft machen, als ob nur wirtschaftliche Erwägungen für die Schaffung dieses staatlichen Gebildes maßgebend sein sollten. Es handelte sich um die wertvollen Kohlenfelder des Landes, die Frankreich seiner Wirtschaft einverleiben wollte, um damit das Gesamtwirtschaftsleben des Saargebietes beherrschen zu können.

Das Saargebiet ist Industrieland. Die Lebensfragen seiner Bevölkerung sind mit Kohle und Eisen verwachsen. Mehr als $^1/_6$ seiner Einwohner, nämlich 150 714 Personen stehen im Arbeitsverhältnis. 18 082 Angestellte sind in industriellen Betrieben beschäftigt. Die wirtschaftliche Tätigkeit der Saarbevölkerung ist relativ größer, als die des deutschen Volkes. Schon die Bevölkerungsdichte zeigt die Verschiedenartigkeit an. Während im Reiche durchschnittlich 113 Personen auf 1 qkm le-

---

[1]) Vgl. Penk: Das Saargebiet, in „Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung" Nr. 15 u. 16 1919. S. 230.

Tuckermann W. Das Saargebiet, in „Geographische Zeitschrift" Leipzig 1922, Heft 7 und 8.

Overbeck H.: Die geographischen Grundlagen des Saarproblems, in „Die Saarfrage", herausgegeben von G. W. Sante, Saarbrücken 1931 S. 9.

Metz F.: Die geographische Stellung des Saargebietes in „Geographische Zeitschrift" Leipzig 1927.

ben, umfaßt dieser Raum im Saargebiet 415 Menschen. Der prozentuale Anteil der Bevölkerung an der Gesamtwirtschaft ist klar ersichtlich aus einer zahlenmäßigen Gegenüberstellung der Beschäftigten in Deutschland und im Saargebiet.

Erwerbstätige 1927 im Saargebiet in Deutschland

Berufszweig	absl.	%	absl.	%
Land u.Forstwirtschaft:	62 918	18,6	9 762 000	30,5
Industrie und Handwerk:	185 902	54,9	13 239 000	41,4
Handel und Verkehr :	54 914	16,2	5 274 000	16,5
Verwtg u.freie Berufe :	15 875	4,7	1 502 000	4,7
Gesundheitswesen :	4 650	1,3	589 000	1,8
Häusliche Dienste :	14 455	4,3	1 643 000	5,1
zus.	338 714	100	32 009 000	100

Der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen Lage entspricht naturgemäß eine verschiedene soziale Schichtung der Bevölkerung. Daraus ergeben sich zwei Fragestellungen:

1. Aus welchen Ursachen erklärt sich die verschiedene soziale Struktur?

Hinzu kommt auch eine auffallende Verschiedenartigkeit in der Stellung des Arbeiters zum Unternehmer im Saargebiet und in Deutschland. Während im Reiche in Gebieten mit hochentwickelter Industrie die Arbeiterschaft schon seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sich durch Zusammenschluß günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen konnte, blieben im Saargebiet bis in die Nachkriegszeit patriarchalische Verhältnisse bestehen. Der saarländische Handel und die weiterverarbeitende Industrie haben seit der zollpolitischen Abschnürung von Deutschland ihre früheren Absatzgebiete verloren. Französische Waren mit zum Teil veränderter Machart und Qualität wurden in das Saargebiet eingeführt. Die Schwierigkeiten der Zollabfertigung und der deutschen Einfuhr überhaupt hemmen den deutsch-saarländischen Warenaustausch. Die Handwerkerschaft ist mit ihren Arbeitsaufträgen an einen verhältnismäßig kleinen Raum gebunden. Ihre berufliche Ausdehnungsmöglichkeit ist sehr begrenzt. Hinzu kommt, daß die Materialbeschaffung oft unter den zollpolitischen Maßnahmen Einschränkungen erfahren muß. Die Beamtenschaft ist einer Dienstbehörde unterstellt, die sich aus ausländischen Ministern und zum Teil aus ebensolchen Verwaltungsbeamten zusammensetzt. Ihre Amtsführung ist vielfach einer politischen Zielsetzung unterstellt, die der Gesinnung untergeordneter Organe entgegensteht. Das beeinträchtigt den reibungslosen Verlauf eines Verwaltungsbetriebes.

Aus all den Gründen zusammen ergibt sich die zweite Fragestellung:

2. Welche Bedingungen schaffen neben der sozialen Verschiedenartigkeit die nationale Kampfstellung an der Saar?

In allgemein gültiger Form gesprochen:

Gleiche Gruppen verhalten sich in verschiedener Umwelt verschieden.

Die geologisch-geographische Gliederung des Saargebietes als Voraussetzung für seine soziale Struktur.

Wir haben einleitend festgestellt, daß das Saargebiet, soweit es politisch begrenzt ist, keine einheitlich bedingt geographische Landschaft sein kann. Wir können in diesem Lande nicht nur die Verschiedenartigkeit der geologischen Formationen feststellen, sondern wir müssen auch die mannigfachen Oberflächenbildungen wahrnehmen. Widersprechende geomorphologische Einheiten haben sich in ein Landschaftsmosaik zusammengefügt, sodaß wir fünf geschlossene Räume unterscheiden können.

Das Herz des Saargebietes bilden die oberen Karbonschichten, die das Kohlenrevier darstellen. Es gleicht in seiner Ausdehnung einem Dreieck, dessen Grundlinie sich im Westen zwischen Saarbrücken und Saarlouis erstreckt. Seine Spitze greift im Nordosten über das Saargebiet bei Ottweiler hinaus und taucht in der Pfalz unter das Rotliegende. Nach Süden verschwinden die Kohlenschichten längs der Bahnlinie unter der übergreifenden Buntsandsteinschicht. Links der Saar versinkt der Karbon unter die Kalkdecke des lothringischen Stufenlandes. Dieser rein geologisch-geographischen Wesensart des Saargebietes wäre eine einfache Form gegeben, wenn man sagt, daß das Kohlenzentrum mit einer Ellipse vergleichbar ist, deren Längsachse auf der Bahnlinie Saarbrücken—Neunkirchen in südwest-nordöstlicher Richtung verläuft und bei Geislautern über die Saar hinüberzieht. In ihrem Bereiche liegen die mächtigen Kohlenflöze, deren Abbau durch die günstige Verkehrslage der Talzüge wie Köllerbach, Fischbach, Sulzbach und Scheidterbach bestimmt wird. In the coal resources of the world [1]) ist der abbaufähige Kohlenvorrat des Gesamtgebietes bei vorsichtiger Schätzung mit 16 548 Mill. t bis zur Tiefe von 2000 m angegeben. Die Ausläufer dieser Schichten, die jenes Zentrum umschließen und die meist aus Kohlensandstein und Schieferton bestehen, eignen sich wenig zum Ackerbau, bilden aber günstigen Waldboden. Trotz großer Lichtungen weist die Landschaft weite Waldflächen auf, die durch ihren Reichtum an Holz, Quarzsand und Toneisenstein die ersten Voraussetzungen für die Glas- und Eisenindustrie abgeben. Die nördlichen Ausläufer dieses Kohlenreviers sind von weit geringerer Mächtigkeit. Der Kohlensandstein ist hier sehr stark verwittert und liefert in seinem feinkörnigen glimmerreichen Zustand einen mittelschweren Tonboden, der durch die reichlichen Niederschlagsmengen (750 mm Jahresdurchschnitt) zum Ackerbau geeignet ist. Diese natürliche Grundlage weist besonders das Köllertal auf.

---

[1]) Vgl. Böcker H.: Das Pfalz-Saarbrücker-Lothringische Steinkohlenbecken in „the coal resources of the world". Toronto 1913. S. 868.

Von Saargemünd bis Saarhölzbach durchquert die Saar die Landschaft. Zuweilen nähern sich die Ufer des Saartals auf 1—2 km. Oft ist es in einer Ausdehnung bis zu 8 km Breite beckenförmig geöffnet. Von Saargemünd bis Saarbrücken durchschneidet die Saar die lothringische Muschelkalkfläche, die in einer Höhe von 40—50 m terrassenförmig über dem Talboden ansteigt. Von Saarbrücken ab erweitert sich die Mulde, um in das breite Merziger Becken auszulaufen. Die Talsohle selbst ist mit Kiesgeröll aufgefüllt, auf dem sich Sand und abgeschwemmte Witterungsprodukte in Form von humusreichen Sandschichten abgelagert haben. Infolge der geringen Höhe über dem Wasserspiegel bildet sich viel Grundwasser, das durch ausgiebige Feuchtigkeit die Anlage von Wiesen begünstigt.

Die tieferen Ränder der Talhänge, die sich stärker über den Wasserspiegel erheben, sind daher fruchtbar und für landwirtschaftliche Bebauung gut geeignet. Hinzu kommt die klimatisch bevorzugte Lage. In Höhen von 170—200 m schwankt die mittlere Temperatur des Winters um + 1°, die des Sommers um + 16,7°. Die mittlere jährliche Niederschlagsmenge bewegt sich zwischen 700 und 800 mm [2]). Diese Temperaturen einschließlich der Niederschläge entsprechen einem reinen Talklima, das besonders in den Talmulden von Saarlouis und Merzig auftritt.

Die Hauptbedeutung des Saartales liegt aber in seiner günstigen verkehrsgeographischen Beschaffenheit. Die Saar ist die einzig schiffbare Wasserstraße dieser Industrielandschaft. Ursprünglich war sie erst ab Saarbrücken schiffbar und bildete die Zufuhrstraße der Produkte, die nicht nur für das Saargebiet, sondern auch für weite Teile Lothringens und der Pfalz [3]) notwendig waren. Heute, nachdem sie durch den Saarkohlenkanal an das französische Flußnetz angeschlossen ist, werden auf ihr die lothringischen Erze in das Saargebiet, und die Saarkohle nach Lothringen befördert. Da sie nur bis Saarlouis kanalisiert ist [4]), hat sie als Wasserweg in Richtung Mosel und Rhein keine bedeutungsvolle Stellung. Wertvoller als ihre Verkehrsfunktion an sich, ist ihre Talbildung für die Anlage von Straßen und Eisenbahnen. So ziehen auf beiden Ufern wichtige Landwege hin, außerdem die Bahnlinie Köln—Trier—Saarbrücken—Straßburg.

Das Saartal wird außerdem bei Saarbrücken von einer anderen wichtigen Fernverbindung gekreuzt. Es ist die Kaiserstraße Paris—Mainz (Via regalis), die infolge der ersten Saarbrücke schon vor mehr als 100 Jahren strategische Bedeutung besaß.

Zusammenfassend läßt sich das Saartal als eine wichtige natürliche Verkehrsstraße bezeichnen, die wertvolle Vorbedingungen für die industrielle Standortfrage abgibt.

---

[2]) Die Angaben stammen von der meteorologischen Station des Saarbrücker Flughafens.

[3]) Vgl. Haßlacher A.: Das Industriegebiet an der Saar. Mitteilungen des Hist. Vereins. Heft 12. Saarbrücken 1912 S. 9.

[4]) Vgl. Franz Th.: Das Problem der Saar- und Moselkanalisation. Diplomarbeit Frankfurt 1922.

Herweck W.: Der Saar-Pfalz-Kanal und seine wirtschaftliche Bedeutung für das Saargebiet. Diss. Frankfurt a. M. 1928.

Das Muschelkalkgebiet Lothringens dringt an zwei Stellen in das Saargebiet hinein. Einmal in der Merziger Bucht, zum andern verbindet es sich bei Saargemünd mit der pfälzischen Trias. Der nördliche Zipfel dieser Formation fällt in einer Stufe von ungefähr 100 m zum Saartal ab. Die obere Erdschicht besteht aus einer verschieden mächtigen Sanddecke und ist in ihrer Oberflächenbildung ein gewelltes Hügelland, das größtenteils von Wald überzogen wird. In den kleinen Lichtungen liegen dürftige Anbauflächen verteilt, die infolge des sandigen Bodens nur magere Ernten hervorbringen. Im Volksmunde heißt diese Landschaft bezeichnenderweise „Der Sand". Nur vereinzelte kleine Bäche steigern in den Talböden durch abgelagertes Schwemmland die Ertragsfähigkeit der Felder. In der Gesamtheit ist dieses Muschelkalk-Sandsteingebiet auf der linken Saarseite unfruchtbar und zum Ackerbau wenig geeignet. Die vereinzelten Täler sind nur von verkehrsgeographischer Bedeutung, weil ihnen die Straßen folgen.

Das Muschelkalk- und Buntsandsteingebiet des Westrich's ist ein Zipfel, der von der pfälzischen Muschelkalkplatte durch die Saar getrennt wird. Im Westen und Süden bilden Saar und Blies die politischen Grenzen gegen Lothringen. Die widersinnige Grenzziehung im Osten gegen die Pfalz entspringt strategischen Gesichtspunkten Frankreichs, die es in Versailles durchsetzen konnte. Das saarpfälzische Buntsandsteingebiet ist in seiner Oberflächengestaltung von stärkerer Wellenbewegung als die Kalkfläche in Lothringen. Der Höhenunterschied beträgt 400 m. Die pfälzische Moorniederung greift im Homburger Bruch in die Landschaft ein, sodaß jene breite Talfurchung der Endlauf der Kaiserlauterer Senke ist. Den weniger fruchtbaren Sandboden bedeckt ausgedehnter Mischwald, der sich ununterbrochen in die Wälder auf den Karbonschichten fortsetzt. Wald und Sand auf der Oberfläche und Sandstein in der Tiefe bilden die Reichtümer, die namentlich in den verkehrsgünstigen Waldbachtälern wie Scheidterbach und Würzbach vielfach ausgenutzt werden konnten.

Die Blies durchschneidet in Nord-Südrichtung diese Landschaft und formt in ihrem Zusammentreffen mit dem Homburger Bruch ausgedehnte Wiesenflächen und Weiden. Bei Blieskastel tritt sie in die Muschelkalksohle ein, die sie in einem tiefen Flußbett durchzieht. Die Landschaft ist in zahlreiche Täler gebuchtet, in welchen der Muschelkalk sichtbar wird, während die Höhen mit verwittertem Gestein übersät sind. Bei genügender Tiefe dieser Verwitterungskrume ist der Boden für den Anbau von Körnerfrüchten besonders geeignet, wenn er auch unter Schwierigkeiten bearbeitet werden muß. Wo diese Kalkschicht die notwendige Dicke nicht erreicht, ist sie mit lichtem Mischwald überzogen. Stärkste Verwitterung ist in den Talböden eingetreten, die deshalb auch fruchtbare Äcker und Felder aufweisen [5]). Hier konnte sich infolge klimatisch günstiger Bedingungen auch der Obstbau entfalten. Überhaupt ist die Gesamtvegetation des Bliesgaues reicher und mannigfaltiger als im übrigen Saargebiet, dank der Bodenbeschaffenheit und der günstigen klimatischen Bedingungen.

---

[5]) Vgl. Verwaltungsbericht des Bezirkes Homburg 1920—26. Homburg 1926, S. 10 u. S. 67 ff.

Das Hunsrückvorland umfaßt die Landschaft, die nördlich des Kohlenreviers liegt und die eine Verbindung zwischen den eruptiven Hunsrückschichten und den Karbonformationen herstellt. Geologisch ist sie von uneinheitlicher Beschaffenheit, weil sowohl karbonische Ausläufer, wie eruptive Adern, Buntsandsteinschichten und Teile des Rotliegenden sich gegenseitig überschneiden. In der Tiefe bildet diese Zone ein Gemisch der mannigfaltigsten Gesteinsarten. Aber auch die äußere Bodenbeschaffenheit ist ungleichartig; Lehm und Sand weichen eruptiven Schichten, dazwischen treten Buntsandstein und Kalk. Dieses Mosaik in der geologischen Zusammensetzung verleiht der Oberfläche eine charakteristische Ungleichheit. Aus einer stark gewellten Hochfläche erhebt sich der Melaphürrücken des Schaumbergs in Höhe von 569 m als höchste Erhebung im Saargebiet. Der Boden der Gesamtlandschaft ist infolge seiner sandigen Durchsetzung wenig fruchtbar und trägt vornehmlich Wald. Nur die reichen Niederschlagsmengen, die die Westwinde vom Ozean herbeitragen, gestatten mageren Kartoffelbau. In den Tälern, wo sich Verwitterungsprodukte mit Schwemmland vermischen konnten, sind fruchtbare Böden entstanden, die kleine Landwirtschaft ermöglicht haben. Das Klima wird nach Norden und Osten mit zunehmender Höhe rauher und niederschlagsreicher. Verkehrswichtige Flußtäler mit Ausnahme des Primstales sind nicht vorhanden, sodaß dieses Gebiet durch seine natürlichen Bedingungen starke Isolierungserscheinungen gegenüber dem saarländischen Industriezentrum aufweisen muß.

Zusammenfassend lassen sich im Saargebiet fünf Landschaften herausschälen, deren Oberflächenform folgende Eigenschaften aufweist:

1. Das Kohlenrevier mit starker Bewaldung.
2. Das Saartal mit einer verkehrsgeographisch günstigen Lage in Nord-, Süd- und Ost-Westrichtung.
3. Die lothringische Muschelkalkschicht mit Sand- und Waldböden, für die Landwirtschaft ungeeignet.
4. Die pfälzische Buntsandsteinlandschaft im Homburger Bruch und im Bliestal mit Wiesen und Weiden als Voraussetzung für die Viehzucht.

   Die Muschelkalkformationen im Bliesgau mit fruchtbaren Ackerböden, mit klimatisch günstigen Bedingungen für den Obstbau, ein typisch landwirtschaftliches Zentrum im Saargebiet.
5. Das Hunsrückvorland mit einer Vielheit von geologischen Formationen mit ungünstigem Klima und reichen Waldbeständen.

Der Einfluß der einzelnen Landschaft auf ihre wirtschaftliche Entwicklung.

Die wirtschaftliche Entwicklung jeder Landschaft ist mit ihrer Bodenbeschaffenheit aufs engste verknüpft. Die Ausdehnungsfähigkeit und die Ertragssteigerung landwirtschaftlicher Produktion setzen als wichtigste Bedingung fruchtbaren Boden voraus. In dieser Beziehung spielen nicht nur die Gesteinsformationen eine erhebliche Rolle, auch die Verteilung und die Mengen von Regen und Sonnenbestrahlung sind ebenso wichtig, wie die Aufnahmefähigkeit des Bodens und die Beschaffenheit der Zufahrtswege nach den landwirtschaftlichen Gebieten. Wo Berg und Tal auf engem Raum miteinander wechseln, sind ungleich schwierigere Positionen gegeben, als wenn eine gleichmäßige Oberfläche für das Ackerland in Frage kommt. Dort, wo einer Feldbestellung die Rodung alter Waldbestände vorausgehen muß, wird eine Ernte den Wucherungserscheinungen des Waldbodens mehrere Jahre hindurch unterliegen. Die Düngung wird in viel engeren Zeiträumen erfolgen müssen, wenn keine Bäche und Flüsse natürliches Schwemmland abgesetzt haben. Überall dort, wo Neuland für die Landwirtschaft gewonnen wird, stellen sich ertragswirtschaftliche Risiken ein, die nur in zäher Ausdauer mit modernsten Mitteln landwirtschaftlicher Technik überwunden werden können.

Vielmehr noch ist die Industriealisierung eines Gebietes mit seiner Bodengestaltung verflochten, weil die Ausbeute und die Verwendung der Rohprodukte im Hinblick auf die Kostenfrage an ihren Ausbeutungsort gebunden sind. Wo es die Verkehrsverhältnisse einigermaßen gestatten, daß die Beförderung des gewonnenen Produktes auf normalem Verkehrswege geschehen kann, wird die industrielle Anlage immer dort erfolgen, wo sich das Rohprodukt findet.

Diese allgemeinen Betrachtungen werden, auf unser Gebiet angewandt, von Bedeutung sein. Zweifellos ist der Einfluß der geologischen Formation und der Oberflächengestaltung in Bezug auf die Schichtlage der Bevölkerung wichtig. Das führt zu der Grundfrage, wie viele Menschen der Boden des Saargebiets überhaupt ernähren kann. Das Karbonzentrum, als das Herz der ganzen Landschaft, ist vermöge seines Kohlengehaltes zum dichtbevölkerten Industriegebiet geeignet. Die umliegenden Zonen kommen mit ihrer spärlichen Landwirtschaft eigentlich nur als versorgende Gegenden in Frage, soweit die Landflächen überhaupt anbaufähig und ertragreich sind. In der Gesamtbetrachtung der Landwirtschaft wird jedoch die Rentabilitätsfrage gegenüber der Ernährungsfrage die Hauptrolle spielen, weil die Existenzbereitschaft immer von der eigenen Lebensmöglichkeit abhängt. Für unser Gebiet

scheint deshalb die Schätzung Schnur's [1]) zutreffend zu sein, wenn er annimmt, daß von dem gegenwärtig im Saargebiet landwirtschaftlich genutzten Boden, dessen Fläche seit Beginn des 19. Jahrhunderts konstant geblieben ist, ungefähr 120 000 bis 140 000 Menschen leben können. Das entspräche einer mittleren Volksdichte von 70 Personen auf den qkm.

Die Landschaft der Karbonformation umfaßt eine Fläche von 1249 qkm. 1820 lebten in diesem Gebiete 4845 Menschen in 16 Orten. Das entspricht einer Bevölkerungsdichte von 39 Menschen auf den qkm. Die Oberfläche ist vornehmlich mit Wald bedeckt, und wo sich hie und da kahle Flächen befinden, hat selbst der Volksmund darüber seine Verwunderung ausgedrückt. So wird ein Hang am Eingang des Sulzbachtales, der infolge seiner waldlosen Beschaffenheit die erste Industriesiedlung aufnehmen konnte, „Kaltnackisch" bezeichnet. Die Täler des Fischbach- und Sulzbachtales bilden schmale Lichtungszonen, die durch gerodete Bodenflächen Anlagen für die wachsenden Siedlungen gewesen sind. Am Nordostzipfel dieses Raumes, dort, wo die Blies einen scharfen Bogen schlägt, hat die Rodung besonders stark eingesetzt und die Vorbedingung für die Entstehung des größeren Ortes Neunkirchen gegeben. Im Fischbachtal gab es zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur zwei einsame Waldorte, Fischbach und Quierschied, beide nicht im Talkessel, sondern mehr am Hange angelegt. Ihre Einwohnerzahl betrug kaum mehr als 500 Seelen zusammen. Bevölkerter war schon damals das Sulzbachtal. Seine durch den Talgrund führende Verkehrsstraße als Verbindungsbrücke zwischen Saar-Nahe-Rhein war sicher mitbestimmend für die Anlage zahlreicher größerer Siedlungen. Vor 100 Jahren zählte Sulzbach schon 600, Friedrichstal 400, Dudweiler 1000 Einwohner [2]). Außerdem lagen eine größere Zahl kleinerer Höfe auf den angrenzenden Waldhöhen, wie Neuweiler, Hühnerfeld, Bildstock, Elversberg, und abseits von Sulzbach das Glasmacherdorf Schnappach. Die natürlichen Lebensbedingungen dieses Waldlandes waren für die Bewohner außerordentlich karg. Schon 1811 genügten die Ernten des Sulzbach- und Fischbachtales nicht mehr zur Ernährung der einheimischen Bevölkerung [3]). Nur hie und da konnten in kleineren Parzellen Bodenformen festgestellt werden, die durch ihre Oberfläche die Anlage von Siedlungen gestattet haben. So ist z. B. das Dorf Dudweiler auf tonreichem verwitterten Boden entstanden. Auch Neunkirchen erhob sich auf hochgelegenen Buntsandsteinschichten. Denn die Erdoberfläche mußte gewisse Voraussetzungen aufweisen, daß die Siedlungsbauten auf gesicherten Fundamenten ruhen konnten. Immerhin boten die tieferen Karbonschichten eine Gewähr, daß eine Verlagerung kaum zu befürchten war. Die Anlage aller Industriekolonien, vor allem im Sulzbachtal, geschah unter Auswahl dieser Bodenbeschaffenheit, zugleich aber auch in Anlehnung an die ersten Ansätze einer Industrialisierung, die mit dem Zu-

---

[1]) Schnur, K.: Die Entwicklung der Kulturlandschaft im Saargebiet, Frankfurt 1925, S. 85.

Vgl. Gräber, Norbert: Die Lage der Landwirtschaft in der saarl. Bürgermeisterei Heusweiler, Diss. Bottrop 1931, S. 54 ff.

[2]) Angaben des Kreises Saarbrücken.

[3]) Capot-Rey, L'Agriculture dans le territoire de la Sarre. Paris 1923, S. 113.

tagetreten wichtiger Bodenschätze immer verknüpft ist. Eine Tabelle gibt Aufschluß über die industriellen Anlagen, die schon 1826 im Fischbach- und Sulzbachtal gezählt wurden [4]).

1826 wurden gezählt:

in Rußhütte:	1 Steinkohlengrube,
in Fischbach:	1 Eisenhütte mit Eisensteingruben,
in Quierschied:	1 Glashütte, 1 Kohlengrube,
in Jägersfreude:	1 Kohlengrube, 1 Stahlhammer,
in Dudweiler:	1 Kohlengrube und Eisensteingruben,
in Sulzbach:	1 Kohlengrube und Eisensteingruben,
in Friedrichsthal:	6 Glashütten, 1 Kohlengrube, 1 Eisensteingrube,
in Schnappach:	2 Glashütten, 1 Kohlengrube, 2 Eisenhütten.

Wir haben festgestellt, daß das Sulzbachtal am frühesten die stärkste Besiedlung gegenüber den anderen Landschaften des Kohlenreviers aufwies, und daß die Gründe dafür in seiner günstigen Verkehrslage zu suchen sind. Durch die wichtige Verkehrsstraße Saarbrücken—Ottweiler—Mainz war die Gelegenheit zur Verfrachtung der industriellen Produktion nach beiden Richtungen außerordentlich günstig. Der Versand, besonders für die Produkte der Glasindustrie, war schon damals sehr stark und die Glaswaren gingen bis zum Niederrhein und bis Königsberg [5]). Immerhin war die Beförderung, die meist mit Ochsengespannen durchgeführt wurde, langwierig und umständlich. Dieser Zustand änderte sich erst, als der Bergrat von Dechen 1841 den Antrag stellte, eine Eisenbahn von Saarbrücken an den Rhein zu bauen. Die Linienführung sollte durch die Bergbehörde von Saarbrücken-Bexbach über die wichtigsten Kohlengruben des Sulzbachtales geführt werden. Das Bahnprojekt folgte demnach nicht der kurzen Verbindungsstrecke Saarbrücken—Homburg, sondern machte den Umweg durch das Sulzbachtal, um der industriellen Beförderung in der Hauptsache zu dienen. Dechen charakterisiert die damalige Lage im Saargebiet folgendermaßen [6]): „Die Geburt der Eisenbahn scheint mir bei uns eine sehr schwierige zu sein. Von Saarbrücken aus könnte ich Deutschland ziemlich beheizen, wenn wir nur gute Wasserverbindungen hätten". 1852 wurde dann die erste durchgehende Linie Saarbrücken—Sulzbach—Neunkirchen—Bexbach in Betrieb genommen. Sie hatte in Forbach Anschluß an die französische Linie und in Bexbach an die pfälzische Ludwigsbahn nach Ludwigshafen. Infolge der wirtschaftlichen Rentabilität dieser Verkehrserschließung drängte die Saarindustrie auf weitere Bahnbauten, um ihre Kohle auf den kürzesten Strecken nach Deutschland zu verfrachten. In den folgenden Jahren entstanden die Linien Saarbrücken—Trier 1871, Neunkirchen—Bingerbrück 1860, Saarbrücken—Saargemünd 1870. Auch St. Ing-

[4]) Haßlacher, A.: Das Industriegebiet an der Saar, Sbr. 1912 S. 111 ff.

[5]) Lauer, W.: Die Glasindustrie im Saargebiet, Tübingen 1922, S. 158. Zühlke, Alb.: Die Glasindustrie im Saargebiet in: „Der Saarkalender", Saarbrücken 1928.

[6]) Laspeyres, H.: Heinrich v. Dechen, Ein Lebensbild. Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Preuß. Staate, Band 38, S. 151 ff.

bert hatte inzwischen Bahnverbindung nach Zweibrücken und Homburg erhalten [7]).

Damit war der verkehrstechnische Anschluß des Saargebietes an den innerdeutschen und ausländischen Markt hergestellt, und die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Entwicklung gegeben. Rein äußerlich spiegelt sich diese Tatsache in der Bevölkerungsziffer wieder. Allein im Kohlengebiet stieg die Bevölkerung von 8879 im Jahre 1843 auf 41 138 im Jahre 1871. Das bedeutete eine Vermehrung der Bevölkerungsdichte in diesem speziellen Raum von 331%. Innerhalb weniger Jahre war aus dem dünnbesiedelten Waldland des Sulzbachtales mit seinen Nachbarhängen ein dichtbevölkertes Industriegebiet gewachsen, ohne daß es jedoch seinen Waldcharakter völlig aufgegeben hätte [8]). Durch die Neuanlage der Gruben, an die alle die Eisenbahn herangeführt worden war, wurde im Laufe weniger Jahre der Kohlenabsatz so gesteigert, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften lebendig einsetzte. Eine Verstärkung der Belegschaften aus den einheimischen Arbeitskräften genügte nicht mehr. Die Bergbauverwaltung mußte Arbeiter aus der Umgebung heranziehen. Aus den Kreisen Saarbrücken, Saarlouis, Merzig, Ottweiler, St. Wendel, beginnen Männer auf die Grube zu gehen, ohne daß die Nachfrage erlahmte [9]). Deshalb wurden Arbeiter aus Böhmen, Thüringen, Sachsen und aus der Eifel, der Pfalz und dem französischen Moseldepartement angeworben. Dadurch vergrößerte sich die Belegschaft von 2953 im Jahre 1843 auf 17 079 im Jahre 1871 [10]). Die Unterbringung dieser fremden Arbeiter war mit manchen Schwierigkeiten verknüpft. Diejenigen aus der nahen Umgebung konnten nach der jeweiligen Schicht nach Hause fahren, zwar vielfach nicht bis zu ihrem Wohnorte. Ein Weg von 2—3 Stunden mußte oft zu Fuß zurückgelegt werden. Weil jene auswärtigen Arbeiter infolge ihrer Tagemärsche bei der An- und Abfahrt mit schwer genagelten Schuhen auf ihrer Arbeitsstätte erschienen, nannten sie die einheimischen Kollegen treffenderweise „Hartfüßer", eine Charakteristik, die sich bis heute erhalten hat und mit deren Formulierung bestimmte geistige Inhalte in Bezug auf Charakter, körperliche Haltung und gesamte Lebensweise verknüpft sind. Diejenigen, die nach jeder Schicht nicht an ihren Wohnort zurückfahren konnten, mußten die Arbeitswoche über in Schlafhäusern untergebracht werden oder fanden als „Quartiergänger" Wohnung und Kost bei Familien im Grubenort [11]). Eine solche Regelung war jedoch für den betreffenden Bergarbeiter mit doppelter Haushaltsführung verbunden und verkürzte dadurch sein Einkommen. Um aber einen daraus abzuleitenden Anspruch auf Lohnerhöhung von vornherein auszuschließen und um außerdem eine durch die Seßhaftigkeit bedingte Gleichheit und Stetigkeit der Arbeitsleistung sicherzustellen, gewährte die Bergwerksverwaltung jedem Arbeiter, der sich ein Eigenheim errichten wollte, Beihilfen in Form von Prämien (750—900 Mk.) und unverzinslichen Darlehen (1500—2100 Mk. je

[7]) Becker, H. J.: Durch 2 Jahrtausende saarl. Verkehrsgeschichte. Saarbrücken 1933.

[8]) Vgl. Gräber, Norbert a. a. O. S. 38.

[9]) Vgl. Wachstumstabelle S. 55a.

[10]) Siehe Haßlacher, A.: a. a. O.

[11]) Siehe auch Haßlacher, A.: a. a. O. S. 50.

nach Größe des Hauses). Die Bauweise, ebenso wie das Baugelände wurden von der Grubenverwaltung bestimmt. Der Bauplatz selbst lag meist im Grubenbezirk, um durch die günstige Verkehrslage jede Arbeitsverzögerung zu verhindern [12]).

Infolge rasch aufsteigender Zunahme der Belegschaften entwickelte sich eine rege Bautätigkeit, sodaß die vorhandenen Bauplätze allmählich seltener wurden und im Preise stiegen. Vor allem war im Sulzbachtal das freie Gelände bald besiedelt, sodaß die Bergwerksverwaltung sich nach neuen Örtlichkeiten umsehen mußte. Erschwerend hinzu kam eine alte Bestimmung der Forstverwaltung, daß kein Haus näher als 1 km am Waldrande stehen dürfte. Im Jahre 1868 gelang es nach langjährigen Verhandlungen, diese Bestimmung außer Kraft zu setzen, sodaß die Bergverwaltung neues Waldgelände für den Siedlungsbau erschließen konnte. Diese Neuordnung hinsichtlich freigewordenen Geländes gestattete die Anlage junger Siedlungen in der Nähe der Gruben Sulzbach, Altenwald, Reeden, Jägersfreude, Herrensohr, Heinitz und Elversberg. Große Arbeiter-Wohnkolonien entwickelten sich bald zu stattlichen Bergmannsdörfern.

	Einwohnerzahl		
	1843	1871	1910
Altenwald	78	2965	
Herrensohr	—	1333	
Heiligenwald	189	1682	5514
Elversberg	25	1903	6853
Heinitz	203	592	
Jägersfreude	234	750	
Altenkessel	224	1745	6939
Bevölkerungsentwicklung der schon bestehenden Dörfer			
Dudweiler	1739	7100	24573
Sulzbach	1078	4351	19800
Friedrichsthal	634	2454	10378
Hühnerfeld	106	1115	
Bildstock	256	1706	3486

Auch Neunkirchen hatte eine starke Bevölkerungszunahme aufzuweisen. Seine Einwohnerzahl war von 2462 im Jahre 1843 auf 8234 im Jahre 1871 gestiegen. Nach der Eröffnung der Rhein-Nahebahn war es Eisenbahnknotenpunkt geworden für die Richtungen nach der Pfalz, nach dem Rhein und nach der Saar. Sein landwirtschaftsreiches Hinter-

[12]) Müller E.: Die Entwicklung der Arbeiterverhältnisse auf den Steinkohlenbergwerken, in der Umgebung zu Saarbrücken von 1816 bis 1903, Berlin 1904.

Brandt, A. von: Zur sozialen Entwicklung im Saargebiet, 1904. 1910 zählte man 38 Schlafhäuser mit 5000 Betten. Durch die planmäßige Siedlungspolitik der preußischen Bergbaubehörde waren bei Kriegsbeginn 7306 Eigenheime entstanden, sodaß von 51 000 Bergarbeitern im Jahre 1913 40% Hauseigentümer gewesen sind.

Weber, Hans, Siegfried: Der Kampf um die Saar. Berlin 1928 S. 50 ff.

land vor allem in der Pfalz, stellte ein starkes Kontingent seiner Arbeiterschaft, die größtenteils auf der Stumm'schen Hütte beschäftigt war. Besonders in den Jahren nach dem deutsch-französischen Kriege stand es im Zeichen industrieller Aufwärtsentwicklung. Das Saargebiet war durch die Angliederung Elsaß-Lothringens kein Grenzland mehr, es war Industrie- und Verkehrszentrum Südwestdeutschlands. Die regen Wirtschaftsbeziehungen zu den Nachbarländern fanden in zahlreichen Eisenbahnneubauten ihren Ausdruck. Es entstanden im Kohlenrevier die Linien Saarbrücken—Wemmetsweiler—Neunkirchen 1879 (Fischbachbahn), weiterhin die Strecken Völklingen—Püttlingen 1872, Saarbrücken—St. Ingbert—Homburg 1879, Saarbrücken—Würzbach—Homburg 1895. An diesen neuen Bahnlinien, die vielfach an der Peripherie der Steinkohlenformationen entlang liefen, erwuchsen gleichzeitig neue Tiefbauanlagen der Grubenverwaltung. Göttelborn und Maybach wurden durch Stichbahn an die Hauptlinien angeschlossen, an ihnen selbst entstanden die Gruben Camphausen und Brefeld. An der Groß-Rosseler Bahn auf der linken Saarseite wurde die Grube Velsen angelegt. 1913 gewann der preußische Fiskus auf 45 Flözen in 30 Gruben mit einer Belegschaft von 52 745 Mann und deren Familienangehörigen mit 143 800 Mitgliedern die Steinkohle [13]). Zahlreiche Lokalbahnen, die der Arbeiterförderung dienten, wurden gebaut, wie die Linien Wemmetsweiler—Lebach 1879, die Primstal- und die Köllertalbahn. An all diesen Orten erwuchs im Laufe der Zeit ein Stamm von Bergarbeitern, die den Dörfern ein eigenartiges Gepräge gaben. Rings um die Grube Brefeld gruppierte sich eine Beamtenkolonie in einer Häuserreihe, vielfach einen bürgerlichen Charakter tragend, während die Arbeiterkolonien in Fischbach, Quierschied und Göttelborn, die sich der Hauptstraße entlang zogen, eintönigen Proletarierstätten glichen. In der Hauptsache sind es einstöckige Bauten mit zwei Zimmern und Küche im Erdgeschoß und 2—3 Mansarden im Dachgeschoß. Hier schliefen die Kinder und die Kostgänger. Die Volksdichte des Saartals war durch seine verkehrsgeographische Sonderlage schon immer bevorzugt gegenüber den anderen Landschaften im Saargebiet. Schon 1820 lebte hier eine Bevölkerung von 30 397 Menschen, was einer Dichte von 210,4 auf den qkm entspricht [14]). Wenn man diese Landschaft in eine vergleichende Betrachtung mit den übrigen Gebieten des Saarlandes setzt, so lassen sich drei wesentliche Merkmale herausschälen, die die wirtschaftliche Entwicklung des Raumes begünstigen. Es ist die Fruchtbarkeit des Bodens, die industrielle Anlagefähigkeit durch die Oberflächenform und die natürliche Bereitschaft zum Straßenbau. Das waren auch die grundlegenden Voraussetzungen, daß hier im Gegensatz zu anderen saarländischen Landschaften große Siedlungen entstehen konnten. Die Städte Saarbrücken, St. Johann, Saarlouis und Merzig bildeten schon in früheren Jahrhunderten die strategisch-militärischen Stützpunkte an der

---

[13]) Unveröffentlichte Mitteilungen der Bergwerksdirektion.

[14]) Vgl. Kloevekorn, F.: Die historischen Grundlagen des Saarproblems in: „Die Saarfrage", herausgegeben v. G. W. Sante, Saarbrücken 1931, S. 10 ff.

Saar [15]). Ihre Anlage ist vornehmlich von der landschaftlichen Gestaltung des Flußtales abhängig. In allen Fällen war es die fruchtbare beckenförmige Erweiterung des Saartales gewesen, die auch die spätere Entwicklung dieser Städte begünstigt hat.

Eine bevorzugte Lage für landwirtschaftliche Tätigkeit weist zweifelsohne Saarlouis [16]) auf, das in einen fruchtbaren Talkessel gebettet ist. Das warme Klima begünstigte intensiven Gartenbau; Gemüse und Spargel wurden in weiten Flächen angebaut und gerade der Bedarf an Gemüse hatte infolge der starken Garnison günstige Absatzmöglichkeiten. Die Bevölkerung der näheren Umgegend betrieb deshalb in der Hauptsache Kleinackerbau und daneben Viehzucht. Sie war anspruchslos, bescheiden für sich selbst, brachte ihre Erzeugnisse auf den Markt und lebte in ziemlich ärmlichen häuslichen Verhältnissen.

Nicht wesentlich verschieden davon war die Wirtschaftslage der Bevölkerung im Merziger Becken. Merzig [17]) selbst zählte schon im Jahre 1820 2400 Einwohner und war der Markt für die landwirtschaftlichen Produkte der ackerbautreibenden Bevölkerung. Trotz der klimatisch sehr bevorzugten Talaue war die Landwirtschaft klein und rückständig. Vielfach wurde auf dem Schlammland Tabak angepflanzt. Die heute in Merzig ansässige Zigarettenindustrie (die Firmen Batschari, Fuchs und Neuerburg) ist der letzte Rest des ursprünglichen Tabakbaus. Auf den sandigen Höhenflächen gedeihen meist nur Kartoffeln. Das Vieh, von ärmlicher Beschaffenheit, ebenso wie die Tracht der Bewohner, werden in den Berichten um 1800 als nicht besonders wertvoll erwähnt. Das strohgedachte Haus herrschte bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts stark vor [18]). Auch die Verkehrsverhältnisse waren um diese Zeit recht bescheiden. Auf der rechten Saarseite gab es überhaupt keine Fahrstraße, und die auf dem linken Ufer befand sich in mangelhaftem Zustande. Ein größerer Ort in der Nähe der Stadt Merzig ist Hilbringen auf dem gegenüberliegenden Saarufer. Seine Einwohner konnten, dank des fruchtbaren Ackerbodens, der in der Hauptsache aus Schwemmland bestand, ertragreiche Landwirtschaft treiben. Andere Orte, wie Besseringen, Mettlach, Dreisbach, waren unscheinbar und arm. Ihre Bevölkerung lebte in der Hauptsache von Fischerei und Schiffahrt.

---

[15]) Vgl. Ruppersberg, A.: Die Geschichte der Grafschaft Saarbrücken, Saarbrücken 1923, S. 10.

Ruppersberg, A.: Die Geschichte des Saargebietes, Saarbrücken 1923, S. 16 ff.

[16]) Vgl. Weiß: Zur Geschichte der Stadt Saarlouis, Im Saarlandheft des Rhein. Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz, S. 259.

[17]) Vgl. Kell, Joh. Heinrich: Geschichte des Kreises Merzig, Saarbrücken 1925.

[18]) Vgl. Kell, Johann, Heinrich: a. a. O., S. 324. Danach beträgt 1864 der Anteil der strohgedeckten Dächer im Kreise Merzig in:

Wadern	63 %
Hilbringen	7,9%
Losheim	24,5%
Weiskirchen	72,4%
Haustadt	40,1%
Mettlach	17,3%
Merzig-Land	63,5%

Den stärksten wirtschaftlichen Antrieb erhielt das Saartal schon um 1800 von Saarbrücken aus. Wohl war die Einwohnerzahl um 1800 der drei am 1. 4. 1909 vereinigten Städte (Saarbrücken, St. Johann, Malstatt-Burbach) kaum größer als die von Saarlouis, aber die überaus günstige Verkehrslage, besonders von Saarbrücken, war die Ursache des späteren Aufstieges. Hier kreuzten sich die wichtigsten Straßen in Nord-Süd- und Ost-West-Richtung. Eine wirtschaftlich bemerkenswerte Rolle spielte schon in der damaligen Zeit die Saarschiffahrt, wie die Inbetriebnahme der ersten Kohlengrube im Hinterlande. Köllner[19]) berichtet darüber folgendermaßen: „. . . . . Der Handel mit sogenanntem Holländerholz bildete die Grundlage für den Aufschwung Saarbrückens. Außer den nassauischen Wäldern schickten früher auch die von Bitsch, Leyen und Zweibrücken ihre Hölzer hierher. Sie wurden auf der Blies, dem Hornbach bis zur Kohlwaage in Saarbrücken geführt und hier zu Flößen zusammengeschlagen." Da die Saarschiffahrt bis zum Kran in Saarbrücken möglich war, entwickelte sich an dieser Stelle ein starker Umschlagsverkehr. Die Kohlwaage rückte in den Mittelpunkt des Warenhandels. Hierher wurden die Kohlen aus Dudweiler und Sulzbach gebracht, um sie zu wiegen und in die Saarkähne umzuladen. Andrerseits brachten die Schiffer auch fremde, besonders Kolonialwaren mit. Die großen Handelshäuser wie Röchling, Karcher und Schmidtborn beginnen in der damaligen Zeit den Aufbau ihrer wirtschaftlichen Unternehmen. Napoleon I., der die wirtschaftliche Bedeutung der Saarschiffahrt erkannte, führte die Kanalisierung des Flusses bis Saargemünd durch, und erhöhte damit seine Bedeutung als Verkehrsweg[20]). Neben wichtigen Handelshäusern entstanden und siedelten sich an eine Reihe Gewerbetreibender und Kaufleute, deren wirtschaftliche Tätigkeit mit dem Transitverkehr auf der Wasserstraße verknüpft war. Die reichen Kohlenlager im Hinterlande, die günstigen Transportmöglichkeiten auf der Saar, die lothringischen Erze, zum Teil per Schiff nach Saarbrücken gebracht, bildeten Koinzidenzpunkte für industrielle Neuanlagen. Aus diesen Standortbedingungen entwickelten sich die Hüttenwerke bei Brebach, Geislautern und Dillingen, die Glashütten bei Gersweiler und Fenne, die Fayencefabrik bei Wallerfangen. Vielfach lieferte diesen Betrieben auch das

[19]) Vgl. Köllner, A.: Handel und Schiffahrt zu Anfang des 19. Jahrhunderts. Mitteilungen des historischen Vereins für die Saargegend, Heft 8, S. 151.

[20]) Vgl. Tille, A.: Die Mosel- und Saarkanalisation und die niederrheinisch-westfälische Eisenindustrie, Saarbrücken 1907, S. 25.

[20a]) **Wachstumstabelle aus dem historischen Atlas d. Rheinprovinz. Bonn 1926, S. 16.**

Jahr	Essen:	Saarbrücken:
1815	4600	7000
1850	8800	12000
1870	52000	26000
1900	119000	76000
1915	477000	114000
1925	468000*	125000

* ohne Vororte.

Flußwasser die notwendigen Antriebskräfte. Wenn auch Saarbrücken durch die Vereinigung mit den drei Schwesterstädten die Hunderttausend-Einwohnergrenze überschritten hat, so ist seine Bevölkerungszunahme doch nicht so stark gewachsen, wie sie die Mittelpunkte anderer Industriegebiete aufweisen können. Das zeigt ein Vergleich mit dem Wachstum der Stadt Essen [20a]). 1815 zählte Saarbrücken 7000, Essen nur 4600 Seelen. Aber schon 1870 war Essen doppelt so groß als die Saarmetropole und heute ist es eine Stadt, die die Halbmillionengrenze überschritten hat, während Saarbrücken nur 133 000 Einwohner umfaßt.

Wenn auch die Industrieanlagen an der Saar von verhältnismäßig geringer Ausdehnung gewesen sind und eine kleinere Belegschaft beschäftigten, so bezogen sie doch größtenteils ihre Arbeitskräfte aus der Saarlandschaft. Es waren in der Hauptsache die Kleinbauern, die durch die steigenden Verdienstmöglichkeiten angeregt, sich der Industrie zuwandten. Die Nachfrage nach Spezialarbeitern war, abgesehen von der Glasindustrie, nicht groß. Soweit wirklich Bedarf dafür vorhanden war, der sich erst später durch den technischen Fortschritt bemerkbar machte, lernten die einzelnen Werke ihre Arbeiter in eigenen Werkschulen an. Gerade durch den eigenen Arbeiterzugang, der vornehmlich aus dem armen Hinterlande herbeiströmte, unterscheidet sich unser Industriegebiet von anderen innerdeutschen gleichartigen Gegenden. Daraus dürfte ersichtlich sein, daß die Aufnahme des kleinen Bauern in den Industriebetrieb als Arbeiter ohne Schwierigkeiten vollzogen wurde. Vielleicht hätte die industrielle Entwicklung in ihren Anfängen eine andere Arbeiterpolitik kaum ertragen.

Wenn auch die Bergbauverwaltung bei ihren ursprünglichen Grubenanlagen Facharbeiter von auswärts heranziehen mußte, so war immer die wirtschaftliche Zielsetzung darin zu sehen, den Kleinbauern des Hinterlandes als Arbeiter zu gewinnen. Das äußerte sich auch in der Lohnkurve, die im Durchschnitt niedriger gewesen ist, als in anderen Industriegebieten.

Ihre Aufwärtsbewegung im Laufe des 19. Jahrhunderts vollzog sich in langsamer Stetigkeit [21]). Fremde Arbeiter wurden nur bei speziellen Anlagen ins Saargebiet geholt. So mußten zur Zeit der Bahnbauten Facharbeiter aus dem Rechtsrheinischen herangezogen werden [22]). Die Glasindustrie konnte den relativ größten Prozentsatz an fremden Arbeitern nachweisen. Wie Lauer [23]) mitteilt, stammten ihre Arbeitskräfte zum größten Teil aus Lothringen. Aber auch aus dem Westfälischen und dem sächsischen Industriegebiet wanderten Glasbläser in das Saargebiet ein. Doch blieb die fremde Arbeiterschaft nicht immer in gleichmäßigem Arbeitsverhältnis. Oft war gerade hier ein steter Wechsel festzustellen, auf den die charakteristische Bezeichnung des Volksmundes, daß man die Glasbläser „Glasspatzen" nennt, hinweist. Erst in der Nachkriegszeit setzte ein Bedürfnis für gelernte Bauarbeiter wieder ein.

---

[21]) Vgl. auch Herbig: Die Löhne im staatl. Bergbau bei Saarbrücken. Jahrbuch f. Nationalökonomie u. Statistik, Band 39, 1910, S. 289 ff.

[22]) Vgl. auch Müller, E.: a. a. O. S. 31 ff.

[23]) Lauer, A.: a. a. O. S. 10.
Vopelius, M.: Die Tafelglasindustrie im Saartal. Diss. Halle 1895.

Wenn man dem Zuzug des Landarbeiters und Bauern zur Industrie, die Schiffer, die Handel- und Gewerbetreibenden in den Städten [24]) hinzurechnet, dann erhalten wir wichtige Ansatzpunkte für die Bevölkerungsdichte und die Beschäftigung der Bewohner im Saartal.

Die landwirtschaftliche Tätigkeit ging immer mehr zurück. Trotz der Konzentrationsbewegung von Industriekräften, vor allem an der Saar, war zu Beginn des deutsch-französischen Krieges die Bevölkerungszunahme im Saartal nicht so stark, wie im Kohlenrevier. Beispielsweise stieg die Bevölkerung von 1843 bis 1871 in Saarbrücken von 11 315 auf 27 778, was einer Durchschnittsdichte von 310 bis 375 auf den qkm entspricht [25]). Starken Aufschwung nahm in jener Zeit eigentlich nur der Stadtteil St. Johann, der von 3714 Einwohnern auf 8865 gewachsen ist. Diese Zunahme rührt aber vor allem daher, weil St. Johann durch seine breite Terrassenlage auf dem rechten Saarufer günstigen Anschluß an die neue Bahnlinie gefunden hat. Bis 1852 war St. Johann in der Hauptsache ein Ackerbaustädtchen. Erst 1848 war der erste Briefkasten angebracht worden [26]). Durch die Bahnhofsanlage war aber St. Johann bald in den Mittelpunkt des wachsenden Personen- und Güterverkehrs gerückt. Hinzu kam, daß die Bergwerks- und die Eisenbahndirektion in Bahnhofsnähe ihre Verwaltungsstellen errichteten. Damit war die Grundlage für ein Berufsbeamtentum geschaffen. In rascher Folge strebten die neuerbauten Häuserreihen dem Bahnhof zu, in der Hauptsache kleinere Läden, die der Handel schon damals errichtet hat und die heute noch der Bahnhofsstraße in St. Johann das typische Gepräge einer lebendigen Geschäftsstadt verleihen. Auch die späteren Stadtteile Malstatt und Burbach nahmen an der regen Entwicklung lebhaften Anteil. Vornehmlich war es die Gründung der Burbacher Hütte [27]), die durch ihren Arbeiterbedarf beiden Gemeinden eine große Bevölkerungszunahme verschaffte. Saarbrücken auf dem linken Saarufer blieb vornehmlich Beamten- und Handwerkerstadt mit einer großen Garnison, die nach dem siebziger Kriege dauernd wuchs.

Die lothringische Muschelkalkfläche bildete beim Beginn des 19. Jahrhunderts die Landschaft mit den wenigsten Siedlungen. Auf einer Fläche von 1829 qkm lebten 6075 Menschen, das entspricht einer Durchschnittsdichte von 33 auf den qkm. Die Landwirtschaft, die durch eine zusammenhängende Waldfläche stark zusammengedrängt war, brachte nur magere Erträge hervor. Alle Siedlungen konzentrierten sich deshalb

[24]) 1830 zählte man in Saarbrücken über 600, in Saarlouis 400, in Merzig 200 Kaufleute und Handwerker.

[25]) Kloevekorn, F.: Beiträge zur oberrhein. Landeskunde, Breslau 1927, S. 195.

[26]) Ruppersberg, A.: Die Geschichte des Saargebietes, Saarbr. 1923.

[27]) Die Burbacher Hütte, gegründet 1856, hatte einen großen Arbeiterzuzug aufzuweisen, der sich schnell aklimatisiert hat. Hier ist am typischsten die Einheit von Arbeitsort und Wohnort festzustellen. 1927 wohnten von den 7000 Arbeitern 5438 = 77,6% in Malstatt-Burbach und nur 794 Arbeiter = 11,3% in der weiteren Umgebung. Wichtig für diese Situation ist vor allem die Tatsache, daß die Burbacher Hütte in der einzigen Großstadt des Saargebietes liegt, sodaß nicht nur der Zug zur Arbeitsmöglichkeit, sondern auch der Zug zur Stadt mitbestimmend für diese Wanderung gewesen ist.

ausschließlich in die fruchtbareren Talböden. Die Bewohner waren arme Kleinbauern, die ihre landwirtschaftlichen Produkte in die Stadt gebracht haben. Zwar hatte sich schon die aus Lothringen eingewanderte Glasindustrie 1820 angesiedelt, sie war aber bald wieder stillgelegt worden, weil sie von Glashütten im Kohlenrevier überflügelt wurde. Die Männer jener Arbeitersiedlungen wanderten als Industriearbeiter nach den Eisenhütten- oder in die Kohlenbergwerke, während die Frauen die kleinen landwirtschaftlichen Arbeiten übernahmen. In der Gesamtheit war die Landschaft ein armes Gebiet, dessen Bevölkerung auch im Laufe der nächsten Jahre dauernd zurückging. Wer nicht Arbeiter im Industriegebiet werden wollte, mußte schließlich nach Amerika auswandern [28]).

Wir haben oben festgestellt, daß das pfälzische Muschelkalk- und Buntsandsteingebiet, soweit es in das Saarland hineinreicht, zwar geologisch von einheitlicher Beschaffenheit ist, daß aber die Oberflächenbildung verschiedene Formen aufweist. Neben einer Waldlandschaft im Bliesgau, kennen wir den Homburger Bruch als ein Sumpfgebiet mit Wiesen, der bis in die Ausläufer der Karbonschichten vordringt. Diese Verschiedenartigkeit der Landschaft ist von starkem Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung der Bevölkerung.

Die Muschelkalkschicht reicht im Westen bis zu den Kohlenadern. Diese Fläche ist in der Hauptsache mit Wald bedeckt und greift dadurch unvermittelt in die Waldzonen des Kohlenreviers hinüber. Die Landschaft war vor der politischen Abtrennung des Saargebietes von Deutschland pfälzisches Gebiet. Der Wald verteilte die Anlage der Siedlung. Neben St. Ingbert hatten noch sechs Orte zu Beginn des vorigen Jahrhunderts mehr als 100 Einwohner. In der Hauptsache waren es Dörfer mit Landwirtschaft treibender Bevölkerung. Da der Boden aber bergig und sandig ist, war die Ergiebigkeit gering und reichte nur für den persönlichen Bedarf aus. Es wurden Kartoffeln, Korn und Hafer gepflanzt, daneben Pferde, Schafe und Rindvieh gezüchtet. Wie überall, wo der Boden seine Menschen nicht völlig zu ernähren vermag, spürte man auch hier nach anderen Bodenschätzen. Uralt ist die Eisengewinnung im Scheidtertal. Der Holzreichtum der nahen Wälder lieferte das Feuermaterial. Primitive Glashütten gab es bei Wörschweiler, Oberwürzbach und Rohrbach. Bodenständige Eisenindustrie wies um 1800 schon St. Ingbert auf [29]). Die drei Industriefaktoren, Eisen, Kohle und Holz [30]), schufen die Ausgangspunkte einer wirtschaftlichen Entwicklung [31]).

Die Kaiserstraße nach Kaiserslautern und weiter nach Mainz, 1812

---

[28]) S. Buchleitner, H.: Die Geschichte des Warndt's, Saarbrücken 1924, S. 23 ff. Von 1850—1855 wanderten 300 Personen aus Ludweiler nach Amerika aus.

Vgl. Schmauch, Claus: Auswanderung von Bürgern des Kreises Saarlouis nach Polen und Rußland im Jahre 1817, in „Der Saarkalender", 6. Jg., Saarbrücken 1928, S. 73 ff.

[29]) Vgl. ausführlicher: Krämer, Wolfg.: Geschichte der Stadt St. Ingbert, Saarbrücken 1925.

[30]) Vgl. Vopelius, M.: Die Tafelglasindustrie im Saartale, Diss. Halle 1895.

[31]) Vgl. a. Krämer: Die Geschichte der Stadt St. Ingbert, Sonderdruck anläßlich der Hundertjahrfeier der Stadt 1929.

von Napoleon errichtet, war für die Beförderung der Produktion besonders günstig, ebenso der Straßenzug nach Blieskastel—Zweibrücken. Kolb schrieb schon 1831 über St. Ingbert: „Es hatten sich verschiedene Kaufleute hier niedergelassen, ein reger Verkehr, besonders mit dem preußischen Gebiete begann und der Ort gewann ein ganz städtisches Aussehen. Die Einwohnerzahl stieg von 1824 bis 1829 von 2500 auf 3300 Seelen."

Im Gegensatz zu diesem unfruchtbaren Landstrich in der näheren Umgegend St. Ingberts, bot das breite Bliestal günstige Anbauflächen und Siedlungsmöglichkeiten. Infolge seiner geschützten Lage und seiner Fruchtbarkeit trug es schon immer einen rein agrarischen Charakter und die Bevölkerungsdichte war schon 1820 mit 92 Menschen auf den qkm nicht unerheblich. Orte wie Lautzkirchen, Bierbach und Blieskastel waren Siedlungen mit ausgesprochen landwirtschaftlicher Struktur. An Produkten, die der Boden erzeugte, nennt Kolb Weizen und Kartoffeln neben bedeutender Viehwirtschaft. Die Bodenbeschaffenheit war in dieser Landschaft die Voraussetzung der relativ hohen Volksdichte. Der an das Bliestal angrenzende Homburger Bruch war infolge seines mangelhaften Baugrundes und seiner häufigen Nebelbildung weder für die Siedlung, noch für die Landwirtschaft geeignet. Auf den ausgedehnten Wiesenflächen konnte nur Viehzucht getrieben werden. Homburg selbst zieht sich an einem Buntsandsteinhang empor und verdankt seine Entwicklung seiner günstigen Verkehrslage. Die Kaiserstraße in west-östlicher und die Abzweigung nach Zweibrücken in südlicher Richtung bildeten den Ausgangspunkt für die Entwicklung seines Handels und seines Gewerbes. Die späteren Eisenbahnbauten fesselten die Landschaft immer mehr an das Industriezentrum, sodaß hier ein Stamm von Industriearbeitern ansässig blieb, der es vorzog, infolge günstiger Entlohnung, statt bei den Bauern, in Hüttenwerken und Kohlengruben zu arbeiten [32]).

Das Hunsrückvorland umfaßt nahezu $^1/_3$ der Gesamtfläche des Saargebiets. Wenn trotz ungünstiger Bodenverhältnisse und sehr rauhen Klimas die Volksdichte schon 1820 ungefähr 52 auf dem qkm betrug, so bedeutet das, daß wir es hier mit einer altansässigen Bevölkerung zu tun haben. Die Bodenverhältnisse sind für den landwirtschaftlichen Anbau wenig günstig. Die steinigen Hänge mit den nassen Talwiesen verhindern rentablen Ackerbau. Deshalb versuchten die Bewohner schon vor hundert Jahren die vorhandenen Rötellager auszubeuten. Im Winter wurde der Rotstein gegraben und in Stücke gesägt, im Sommer wurde er vertrieben, weil er als Farbstoff begehrt war. Die Männer zogen meist mit den Steinen in die Fremde, während die Frauen und Kinder vom Korbflechten und Besenbinden lebten. Wir haben es hier sicherlich mit der wirtschaftlich ärmsten Schicht im Saargebiet zu tun [33]).

Als der Bergbau auf den Gruben einsetzte, war das Wanderleben

[32]) Für die wirtschaftl. Entwicklung dieses Gebietes ist charakteristisch, daß die Firma Adt in Ensheim aus der Hausindustrie hervorgegangen ist. Die 550 Arbeiter sind im Nebenberuf fast alle Kleinbauern, die im Sommer nach Fabrikschluß ihre Felder bebauen.

[33]) Diesen Tatbestand habe ich auf Grund eingehender Expertenbefragung in verschiedenen Dörfern und in St. Wendel festgestellt.

beendet, weil alle arbeitsfähigen Männer fast mit einem Male auf die Grube fuhren. Der wöchentliche genau errechenbare und festgesetzte Arbeitslohn lockte. Entsprechend der wirtschaftlichen Lage dieser Bevölkerung waren auch die Siedlungen klein, ärmlich und dürftig. Heute noch sind in den zerklüfteten Ausläufern vereinzelt strohgedeckte Hütten zu finden. Nur in bewässerten Tälern lagen größere Bauerngüter zerstreut, deren Landwirtschaft aber auch wenig ergiebig gewesen ist. Langanhaltende kalte Winter, dazu viel Schnee, verspäteten die Aussaat im Frühjahr. Geschlossene Waldzonen beherrschten fast das gesamte Gebiet. Noch bis 1845 gab es kaum eine Straße, die für Fuhrwerke nutzbar gewesen wäre. Schmale Waldtäler mit schlängelnden Bächen bildeten meist die Verkehrswege. Nur eine große Straße durchzieht das Gebiet, an der auch die einzige Stadt, St. Wendel, liegt. Sie war ehemals Kreishauptstadt des Koburgischen Fürstentums Lichtenstein und dadurch war sie Zentralpunkt für die gesamte Landschaft. Da die Herzogin mit einem Beamtenstab dort Hof hielt, entwickelten sich gewisse Marktchancen. Das dort ansässige Gewerbe arbeitete in der Hauptsache für den Bedarf der Stadt und der Umgebung.

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts bezog der Kohlenbergbau vornehmlich aus diesem Gebiet seine ersten Arbeitskräfte. Der Einfluß dieser Neben-Arbeitsbeschaffung war so stark, daß eine Bevölkerungsvermehrung einsetzte, die nur der des Saartales vergleichbar ist. Diese Tatsache ist umso wichtiger, da in der Landschaft selbst keine neuen Industriekräfte lebendig wurden. Die Gesamtbevölkerung fand nur außerhalb ihres Gebietes Arbeitsmöglichkeiten, die vorher nicht gegeben waren. Die hier festzustellende Bevölkerungszunahme ist demnach nicht auf Zuwanderung fremder Industriekräfte zurückzuführen, sondern sie beruht in der Hauptsache auf dem zahlenmäßigen Aufstieg der Familien selbst. So konnte ich erfahren, daß sich die durchschnittliche Kinderzahl im vorigen Jahrhundert bei den Arbeiterfamilien zwischen 10 und 15 Kindern bewegte. Dadurch wuchs z. B. die Bevölkerung des Hunsrückvorlandes in den Jahren 1843—1871 von 24 363 auf 42 348 an, was einer Verdichtung von 28 auf 153 pro qkm entspricht. Gleichzeitig vollzog sich aber auch eine Wandlung in der gesamtwirtschaftlichen Struktur des Landes. Infolge des Arbeiterbedarfes im Kohlenrevier fanden auch die jungen Bauernsöhne dort lohnende Beschäftigung. Sie brachten allwöchentlich Geld mit und dieses floß in die Kassen der Bauernfamilien. Der Ackerbau diente jetzt weniger der Befriedigung des Marktes, als zur Deckung des hauswirtschaftlichen Bedarfes. Der Körnerbau nahm ab, Kartoffel- und Gemüsebau setzten stark ein. Die Rötelhändler konnten in die Heimat zurückkehren und sich dort seßhaft machen. Da der südliche Teil dieses Landstriches noch zum Bergrayon gehörte, entstanden auch hier, gleich wie im Industriezentrum, zahlreiche Arbeitersiedlungen, die den unkultivierten Boden im Werte erhöhten.

Die industrielle Bewegung griff immer tiefer in dieses einst entlegene Gebiet hinein und veranlaßte auch starke soziale Umschichtungen. Im Kreise Ottweiler, dessen südlicher Teil zum Kohlenrevier gehört, trieben laut Verwaltungsbericht des Kreises Saarbrücken im Jahre 1859 von 28 692 Einwohnern nur 1819 Personen die Landwirtschaft im Hauptberufe und schon 880 Personen im Nebenberuf. Es entwickelte sich

allmählich aus einer landwirtschaftlichen Bevölkerung eine agrarisch-industrielle Schicht, während die Landschaft selbst ihren ursprünglichen Charakter kaum geändert hat. Hier erwuchs der typische Stand des „Bergmannsbauern", der mit der eigenen Scholle verbunden ist, und heute noch sehr stark den Typ des Bauern aus dem vorigen Jahrhundert überliefert.

Zusammenfassend wäre über die wirtschaftliche Schichtung der Bevölkerung zu sagen [34]), daß sie im 19. Jahrhundert durch die Produktionskräfte des Bodens und die Agrarwirtschaft bestimmt war. Die Waldgebiete auf den Buntsandsteinen über den Karbonausläufern und auf den Kalkschichten waren dünn besiedelt. Gut bevölkert waren der Bliesgau, das Bliestal und das Saartal. Hier hatten sich Handel und Gewerbe schon zum Teil unabhängig von den Bodenverhältnissen gemacht. Die Gesamtdichte betrug 1820 65 Menschen auf einen qkm. Das bedeutet im Vergleich mit der von Schnur [35]) errechneten Basis, daß das Saargebiet an der Grenze seiner landwirtschaftlichen Siedlungsmöglichkeit angelangt war. Die agrarischen Verhältnisse standen auf primitiver Stufe, die Menschen waren selbstlos und bescheiden in ihrer Lebenshaltung. Diese Situation ändert sich, als der Kohlenbergbau einsetzte und andere Industriezweige nach sich zog. Die starke Nachfrage nach Arbeitskräften drängte die größten Teile der Bevölkerung in eine andere wirtschaftliche Umwelt, schuf feststehende Verdienstmöglichkeiten und bewirkte dadurch eine soziale Umschichtung. Selbst die Bauernsöhne strömten aus den Landwirtschaftsmittelpunkten herbei und vertauschten ihre Tätigkeit auf dem Felde mit der groben Arbeit unter der Erde. Wenn man bedenkt, unter welch einfachen Bedingungen, unter oft lebensgefährlichen Schwierigkeiten sich die Bergung der Kohle vollzog, kann man ermessen, wie schwer der wirtschaftliche Kampf in der damaligen Zeit für das Kleinbauerntum im Saargebiet zu führen war.

Vielfach waren auch persönliche Gründe maßgebend ins Industrierevier zu gehen, um dort zu heiraten, weil die Psyche jener Mädchen anders war, als die der Bauerntöchter. Interessant ist, daß gerade die Kreise Saarbrücken und Ottweiler die höchsten Bevölkerungszunahmen zu verzeichnen haben.

Die Industriemittelpunkte weisen durchschnittlich in fünfjährigem Abstand, soweit vor allem die Jahre nach dem deutsch-französischen Krieg in Frage kommen, eine Vermehrung von rund 1000 Personen auf. Bei Beginn des 20. Jahrhunderts beginnt ihr Wachstumsstreben langsamer zu werden und damit paßt es sich dem Wachstumsdurchschnitt der Ortschaften an. Bemerkenswert ist, daß sie vor allem die Verwaltungsstädte in ihrer Bevölkerungsziffer überragen. Neunkirchen überflügelt Ottweiler, Dillingen wird größer als Saarlouis und Merzig, und St. Ingbert läßt Blieskastel weit hinter sich. Trotz dieser beträchtlichen Aufwärtsentwicklung ist es merkwürdig, daß selbst in der Nachkriegszeit keiner dieser Orte die 50 000er Grenze erreicht. Sie sind kleine Mittelstädte mit ausgesprochenem Industriecharakter geblieben.

---

[34]) Vgl. Obé, Rudolf: Die Arbeiterverhältnisse im franz.-fiskalischen Saarbergbau, Diss. Leipzig 1930. S. 76.

[35]) Schnur, K.: a. a. O. S. 120.

Geschichtlicher Abriß der industriellen und siedlungsgeographischen Entwicklung im Saargebiet.

Funde aus römischer und gallokeltischer Zeit, sowie deren wissenschaftliche Untersuchung[1]) deuten darauf hin, daß die saarländische Landschaft zur Römerzeit für die eindringenden Kulturkräfte wirtschafts- und siedlungsgeographisches Neuland gewesen ist. Gleichwohl lassen sich Kulturübertragungen wenig nachweisen, weil die gesamte Siedlungspolitik der Römer im Interesse der Landesverteidigung durchgeführt wurde. Deshalb treffen wir auch dort, wo die antropogeographischen Kräfte dieser besonderen Zuordnung entsprechen, einen Formenschatz in der Anlage der Siedlungsmittelpunkte und Straßenzüge, sofern die Naturlandschaft ihre strukturelle Eignung diesem Zwecke unterordnet. Es sind die Gebiete des hochgelegenen Hunsrückvorlandes, der Blies und des Saartals, geographische Einheiten, die entweder durch ihre strategische Zwischenlage oder durch ihre physikalische Bereitschaft zum Bau von Militärstraßen herausforderten. Der neuentstandene Siedlungsraum blieb im wesentlichen die offene Waldlandschaft zu beiden Seiten der Verkehrswege.

Die neuen Kulturträger waren infolge ihrer Kulturhöhe Vermittler neuer Kulturwerte. Sie pflanzten nicht nur die Weinrebe und neue Obstarten im Saar- und Bliestal, sondern lehrten auch die Bereitung der keramischen Erzeugnisse. Dadurch dürfen sie als Mittler eines neuen Industriezweiges im Saargebiet angesehen werden. Sicher haben die Römer manche Züge im saarländischen Landschaftsbilde eingegraben, ohne jedoch seinen Grundcharakter aufheben zu können. Der Untergang der römischen Kultur durch die Völkerwanderung und die Dürftigkeit in den Folgezeiten lassen es begreifen, daß die historischen

---

[1]) Hagen, I.: Römerstraßen der Rheinprovinz, Bonn 1929, S. 21.
Schröter, F.: Über die römischen Niederlassungen und die Römerstraßen in den Saargegenden, Saarbrücken 1846.
Müller, M.: Beiträge zur Urgeschichte des Westriches, St. Wendel, 1896, S. 46.
Ruppersberg, A.: Geschichte des Saargebietes, Saarbrücken 1923.
Dragendorff, H.: Westdeutschland zur Römerzeit, Leipzig 1919, S. 47.
Schlechtenthal, E. von: Versuch einer statistischen Darstellung des Kreises Ottweiler, Neunkirchen 1863, S. 24.
Fox, N.: Saarländische Volkskunde, Bonn 1927, S. 20 ff.
Schnur, E.: a. a. O., S. 22 ff.
Kenne, B.: Die Saarlande zur Römerzeit, im Saarlandheft des Rhein. Vereins für Denkmalspflege und Heimatschutz, 1929, S. 34 ff.

Quellen, die sich auf die sozialgeschichtliche Struktur des Saargebietes beziehen, recht spärlich sind. Schnur [2]) hat in seiner Arbeit ein Ortsverzeichnis mit dem Jahre der urkundlichen erstmaligen Erwähnung angelegt, aus dem sichtbar wird, daß die meisten Siedlungen im Saargebiet erst im 11., 12. und 13. Jahrhundert in historischen Urkunden aufgezeichnet sind. Ein Rückschluß auf die Gründungszeit dieser Orte kann insofern gezogen werden, daß

a) im Zentrum und im Südwesten des Saarlandes starke siedlungsleere Räume dominierten,

b) die Besiedlung in gleichen Phasen vollzogen wurde,

c) eine eigentlich planmäßige Siedlungspolitik verhältnismäßig spät eingesetzt hat.

In dieser Epoche sind zwar weite Gebiete der saarländischen Landschaft in den Wohn- und Wirtschaftsraum des damaligen Menschen einbezogen worden, aber auf Grund der später zu untersuchenden Siedlungszonen ist anzunehmen, daß die römischen Siedlungsräume Ausgangspunkte für die kommenden Wachstumsvorgänge gewesen sind.

Schon die reine landschaftliche Offenheit jener Gebiete, die in ihrer trichterförmigen Aufnahmebereitschaft zur Besitzergreifung lockten, gestatteten siedlungswichtige Vorbedingungen, zumal jedes erobernde Volk bestrebt ist, das Kulturland der Vorgänger zu beherrschen, bevor es in mühsamer Rodung sich eigene Nährflächen erarbeiten muß.

Da außerdem die Germanen in ihrem Volkslande schon seßhaft waren und dort Ackerbau trieben, werden sie jedenfalls auch in diesem neuen Eroberungsgebiet die vorhandenen Kulturanlagen den unkultivierten Waldarealen vorgezogen haben. Dafür sprechen nicht nur die zum ersten Male urkundlich erwähnten Ortsnamen im Saargebiet, die fast restlos mit der räumlichen Anlage des römischen Siedlungsraumes zusammenfallen, sondern, was eine viel beweiskräftigere Stütze unserer Auffassung ist, daß aus den in geographischen Gruppen auftretenden Ortsbezeichnungen geschlossene Siedlungsgebiete zu rekonstruieren sind, die auf römischen Ursprung zurückgeführt werden können. Wir sind imstande, drei Gruppen von Ortsnamen festzuhalten, die in eindeutiger Weise an bestimmte Landschaftsräume gebunden sind. Es sind die Namen auf „weiler", „ingen" und „heim" [3]). Die „ingen"-Siedlungen grup-

---

[2]) Schnur, E.: a. a. O. S. 28.

[3]) Nach Fox a. a. O. ist „weiler" fränkischen Ursprungs, „ingen" geht auf lat. „acum" zurück und sei die Bezeichnung für keltische Einzelsiedlungen.

Vgl. Arnold, W.: Ansiedlung und Wanderung, Marburg 1881, S. 163, nach ihm geht „weiler" auf das römische „vilare" zurück.

s. a. Dopsch, A.: Die wirtschaftliche Entwicklung der Karolinger Zeit, Weimar 1912, S. 122.

Schumacher ,K.: Prähistorische Zeitschrift, 1916, S. 133.

Collet, J.: Das Wirtschaftsleben in der Grafschaft Saarbrücken im Zeitalter des Merkantilismus, Bielefeld 1930, S. 2.

Müller, M. Beiträge zur Urgeschichte des Westrichs, St. Wendel, 1896, S. 46.

pieren sich in der Hauptsache in der Talmulde der Saar mit dem ansteigenden Muschelkalkplateau. Die Orte auf „weiler" sind typische Erscheinungen des nördlichen Hügellandes (Hunsrückvorland). Dagegen ist das Bliestal ein Sammelbecken der Siedlungen auf „heim". Immerhin fallen diese frühgermanischen Siedlungszonen auffallenderweise mit den römischen Kolonien zusammen, gleich welche Ortsnamenendung auf eine bestimmte Abstimmung hinweist.

Auch die neuen Siedlungsversuche der Franken sind für die Kulturlage des Gebietes von Wichtigkeit. Die stetige Vermehrung der Bevölkerung verlangte eine Erweiterung der Wohn- und Nährflächen durch Niederlegung großer Waldbestände, denn Neuland stand ja noch in reichem Maße zur Verfügung, zumal die Grenzlandstriche zwischen den angeführten Siedlungsräumen völlig unbewohnt waren. In diesem Zusammenhange sei ausdrücklich festgestellt, daß das waldreiche Karbongebiet, das heute die stärkste Bevölkerungsdichte aufweist, in jener mittelalterlichen Zeit kaum bewohnt war. Nach fränkischer Rechtssitte gehörten diese unbesiedelten Gebiete zum Eigentumsbereiche des regierenden Herrschers. Diese Territorien blieben jedoch in den seltensten Fällen in ihrer Gesamtheit erhalten, sondern wurden meist unter weltliche und geistliche Repräsentanten geteilt. So berichtet Jungk [4]), daß schon Chlodewig nach seiner Taufe den Hof Berna bei Bischmisheim der Reimser Kirche geschenkt hat. Nach Ruppersberg [5]) schenkte der Frankenkönig Theuderich IV. Teile des Königsgutes im Süden von Saarbrücken bei Saargemünd und Auersmacher dem Abt von St. Denis. Die Übergabe dieser ehemaligen Hoheitsgebiete an weltliche oder geistliche Grundherren schuf Änderungen in den kolonisatorischen Absichten. Die Grundherren zielten daraufhin, möglichst viele Erträge durch wirtschaftliche Nutzung aus dem Lande zu erhalten. Das war nur durch Verbreitung der Nährflächen möglich, die durch Rodung weiter Waldgebiete entstehen konnten. So standen sich zwei anthropogeographische Kräfte gegenüber: einmal das Ausdehnungsbedürfnis einer zunehmenden Volkszahl und zum andern das Streben der grundherrlichen Bodeninhaber nach möglichster Ausweitung der Anbauflächen.

Als Ackerbauer mußten aber die Siedler die Kolonisation mit Rücksicht auf den wirtschaftlichen Zweck und in Verbindung mit den wirtschaftlichen Bedingungen ausführen. Wo Wasser und fruchtbarer Boden zur Verfügung standen, da waren auch die Voraussetzungen für günstige Lebensbedingungen vorhanden. Deshalb ist es verständlich, daß die ersten Siedlungsversuche in das wasserreiche Köllertal, in die breiten Becken der Blies und der Saar getragen wurden. Der Rodung dienten als Leitschnur neben den Römerstraßen die Flußläufe: Köllerbach.

Bethge, K.: Über den fränkischen Ursprung der Namen auf „heim" Berlin, S. 58 ff.

Nach Fox a.a.O. S. 31 stecken lat. Personennamen in Merzig (Marcius), in Meurig (Marus), in Serrig (Servius), in Fellerich (Volerius).

Im Gegensatz zu Fox, der angibt, daß die Ortsbezeichnung auf „heim" im Saarland selten ist, sei festgestellt, daß gerade das Bliestal auffallend viele Siedlungen mit dieser Bezeichnung aufweist.

[4]) Jungk, A.: Regesten z. Geschichte der ehemaligen Nassau-Saarbrückischen Lande, Saarbrücken 1914, S. 15.

[5]) Ruppersberg, A.: a. a. O. S. 16.

Blies und Saar, wo durch die grundherrliche Mitwirkung eine Reihe von Siedlungsnamen auf „hof" und „hafen" neu entstanden. Auch die Seitenbäche des Köllertals konnten in diesen Siedlungsprozeß einbezogen werden, worauf die Namen auf „bach" deutlich hinweisen. Damit war das noch heute stark landwirtschaftlich orientierte Gebiet der Besiedelung schon früh erschlossen, sodaß die Versuche in späterer Zeit bereits in höher gelegenen Gebieten mit geringerem Bodenertrag fortgesetzt werden konnten [6]).

Die Rodungsvorstöße im Saar- und Bliestal waren durchweg strombestimmt und standen somit innerhalb einer natürlichen Grundtendenz jeder räumlichen Expansion, Vordringen im Raume des geringsten Widerstandes, zumal die Fruchtbarkeit dieser Täler durch Lößablagerungen schon von vornherein gesichert war.

Auch im 13. Jahrhundert zeigt das Saargebiet in seiner Landschaft den Gegensatz zwischen geschlossenen siedlungsfeindlichen Waldzonen und offenen besiedelten Räumen. Das Verhältnis dieser Gebiete hat sich nach der Römerzeit stark von der Naturlandschaft zur Kulturlandschaft verschoben. Nur der schon oben angeführte Waldgürtel auf dem unproduktiven Karbon hat sich auch während des Mittelalters in seinem naturgegebenen Verharrungszustande bewahrt.

Innerhalb des Siedlungsraumes blieb die Formgestaltung des Landschaftsbildes durch ihre physisch-geographischen Bedingungen Veränderungen unterworfen. Schon die Wohnplatzdichte zeigte in ihren Variationen die Anpassungsfähigkeit an die Grundlagen der Landschaft. So konnte auf den durchlässigen Kalkhochflächen mit ihrem geringen Wasservorrat nur ein dünnmaschiges Siedlungsnetz entstehen, weil die Voraussetzungen wichtiger Lebensmöglichkeiten nicht gegeben waren. Nur längs der Furchen spärlicher Wasseradern zogen sich die Wohnzellen bis zu den Quellmulden hinauf [7]).

Auch die stark zerschnittene Scholle des Hunsrückvorlandes wies die spärliche Besiedelung auf. Die außerordentlich hervortretenden Reliefunterschiede, verbunden mit der Widerstandsfähigkeit im Verwitterungsprozeß, waren wohl die stärksten Hemmungen für eine Kolonisation überhaupt. Ganz anders vollzog sich die Entwicklung der Köllertal-Landschaft, die durch die fruchtbaren Ablagerungsschichten, ihre natürliche Feuchtigkeit und durch die Gleichförmigkeit der Bodengestaltung schon im Mittelalter die Kornkammer des Saargebietes gewesen ist. Hier konnten sich daher die Siedlungen in einer engmaschigen Wohnplatzdichte anhäufen, die schon daraus hervorgeht, daß der Wald keinen beherrschenden Zug in der landschaftlichen Physiognomie darstellte. Dem Wachstum einzelner Kulturlandschaften im Saargebiet entsprach auch die Tatsache, daß der entsprechende Ausbau eines Verkehrsnetzes einsetzen mußte. Wenn auch die mittelalterlichen Verkehrswege in der Hauptsache den bestehenden Römerstraßen folgten, so mußten sich doch auch die neuen Siedlungen einen Anschluß an das beste-

---

[6]) Jungk, A.: a. a. O. S. 62. Nach seiner Auffassung sind die Orte auf „schied" und „holz" Niederlassungen der Holzhauer, Jäger und Waldhüter.

[7]) s. die Orte am Fechinger Bach und im Mandelbachtal.

hende Verkehrsnetz schaffen. Der Handelsverkehr des Mittelalters mit seinen Wagentransporten konzentrierte sich meist aus Sicherheitsgründen von den Höhenwegen in die Talzüge, die sich dadurch zu Verkehrsmittelpunkten herausgebildet haben. So ist auch das Saartal schon recht früh in den Mittelpunkt verkehrstechnischer Durchdringung gerückt. Seit der Eröffnung des Gotthardpasses bildete es die kürzeste Verbindung zwischen Italien und Holland. Schon 1321 werden lombardische Kaufleute in Sarbrücken erwähnt [8]) und 1415 waren fremde Handelsherren in den besonderen Geleitschutz der Saarbrücker Grafen genommen worden.

Die hundert Ortschaften, die man um 1800 im Saargebiet zählte, faßten durchschnittlich 100—300 Einwohner. Die Städte, die meistens Verwaltungsmittelpunkte der Landesherrschaften waren, zählten 500 bis 2000 Seelen. Das Handwerk war relativ stark vertreten, weil sein Aufschwung unter der Leitung der Landesherren stärkste Antriebskräfte erhielt. Aber seit dem Ausgange des Mittelalters ist das siedlungsreiche Gebiet der Saarlande an Bedeutung zurückgegangen. Der ursprüngliche Schwerpunkt der Politik zwischen dem Westen und der Mitte Europas, der bis zum Ausgang der Staufferzeit im Rhein- und Moselland konzentriert lag, hatte sich nach dem Osten verschoben [9]). Auch der Handel als Transitverkehr zwischen der Lombardei und Flandern war nach dem Rheintale abgerückt, sodaß das Saargebiet nur im Bereiche sekundärer Verkehrsstraßen zu liegen kam.

Die Bodenbebauung lag in den Händen der Untertanen, während der Grundherr lediglich Rentenbezieher gewesen ist. Der unglückliche Ausgang der Bauernkriege kettete die endgültige Gebundenheit an die Scholle, wodurch die Kulturhöhe auf der Stufe des 13. Jahrhunderts stehen blieb. Erst im 18. Jahrhundert wurde die Dreifelderwirtschaft von den Landesherren eingeführt. Die Rückständigkeit wurzelte in der typischen Form der geschlossenen Hauswirtschaft, die jahrhundertelang bis in das späte Mittelalter im Saargebiet vorherrschend war.

Aus dieser geschichtlichen Entwicklung erhellt die Tatsache, daß im Hunsrück noch heute Gehöfterschaften als Kollektivgebilde anzutreffen sind [10]). Jede Familie stellte Kleidung und Nahrung für den eigenen Bedarf her. Im häuslichen Milieu wirkt ein starker Zusammenhalt der Familienmitglieder. Die Kinder blieben bis zur Verheiratung im Hause und leisteten am gemeinsamen Besitz gemeinsame Arbeit. Dieser inneren Geschlossenheit entsprang ein völliges Fehlen wirtschaftlicher Beziehungen zu anderen Wirtschaften. Das Geld als Austauschmittel war wenig gebräuchlich. Die Märkte, von den Landesherren eingerichtet, hatten nur lokale Bedeutung und waren nicht geeignet, Verflechtungen zu anderen Märkten oder zu anderen Wirtschaftszweigen aufrecht zu erhalten. Die geldlichen Einkünfte der Bauern wurden zum

---

[8]) Ruppersberg, A.: a. a. O. S. 48.

[9]) s. a. Diehl, H.: Geopolitik der Saarfrage, Manuskript.

[10]) Vgl. Hansen, G.: Die Gehöfterschaften im Landkreis Trier, S. 190, Bd. 1.
Lamprecht, K.: Das Wirtschaftsleben im Mittelalter, Bd. I, S. 152.

Abtragen der grundherrlichen Lasten benützt. Aus dieser wirtschaftlichen Eigenart entsprang die Tatsache, daß der mittlere und der Kleinbetrieb vorherrschten. 50% aller landwirtschaftlichen Güter hatten nur zwei bis zehn Hektar. Großbauern, deren Besitz 10 bis 15 ha ausmachte, hatten nur 20% der Bodenfläche inne. Mehr als $^1/_5$ sämtlicher Bauern verfügte über Kleinbesitz von weniger als 2 ha. Der Großgrundbesitz war meistens in Pacht gegeben und blieb Eigentum der Grundherren. Erst die französische Revolution, die die Leibeigenschaft hinwegräumte, beseitigte auch die Grundherrschaft. Mit Beginn des 19. Jahrhunderts traten im Saargebiet Kulturkräfte in Erscheinung, die die Fortentwicklung unserer Kulturlandschaft wesentlich beeinflußt haben. Es waren Industriekräfte, die Kohlengewinnung, die Eisen- und Glasfabrikation und die mit ihnen zusammenhängenden Nebenindustrien. Ihr Wirkungsbereich und ihr Standort blieben weniger die bisherigen Agrarlandschaften, als die großen Waldareale zu beiden Seiten der Saar.

Im 16. Jahrhundert zog in die geschlossene Waldformation des Warndt die Glasindustrie ein. Ihre Entwicklungsbedingungen lagen in den günstigen Naturverhältnissen begründet. Die ausgedehnten Holzbestände boten bestes Heizungsmaterial und die Farnkräuter dienten zur Herstellung der Pottasche. Die Ausläufer der Buntsandsteinschichten lieferten den Sand zum Schmelzungsprozeß des Glases. Charakteristisch für unsere Landschaft ist die Tatsache, daß nicht Einheimische, sondern Zugewanderte Träger der Glasbläserkunst gewesen sind. Es waren Lothringer, ihres Glaubens wegen aus der Heimat vertrieben, die das Niederlassungsrecht von den Saarbrücker Grafen erhalten haben. Sie brachten neben ihren technischen Kenntnissen und Erfahrungen auch Kapital mit, um auf saarländischem Boden die Glasindustrie entwicklungsfähig zu gestalten. Dieser neuartige Industriezweig erregte das Interesse der Grafen von Saarbrücken, die ihre reichen Holzbestände den Hütteninhabern gegen Entgelt zur Verfügung stellten [11]).

Die Saarbrücker Fürsten nahmen auch in sozialer Hinsicht regen Anteil an der Glasmanufaktur. Die neuerrichteten Glasmachersiedlungen standen unter ihrem persönlichen Schutz, indem sie die Einwohner mit weiten Vorrechten ausstatteten. Die Befreiung von der Leibeigenschaft für Arbeiter und deren Nachkommen, die Zusage für die Anlage von Weiden waren in den Bestandsbriefen immer ausdrücklich erwähnt. Um den Vertrieb der Fabrikate zu erleichtern, genossen die Händler zollfreie Ausfuhr. Der mittlere Jahresverdienst eines Glasbläsers betrug 120—130 fl. [12]).

Die übrigen Industriezweige, der Kohlenbergbau und die Eisenverhüttung wurden urkundlich schon zwei Jahrhunderte früher erwähnt. Schon 1430 verzichtete ein Lehnsmann gegenüber der Nassau-Saarbrücker Lehensherrschaft auf die „Eisenschmitten und kohlengruben in sindertal“ [13]). Eisenhütten und Kohlengruben standen sich gegenüber,

[11]) Lauer, A.: a. a. O. S. 213.

[12]) Brandt, A. v.: a. a. O. S. 51.

[13]) Haßlacher, A.: Beiträge zur ältesten Geschichte des Eisenhüttenwesens im Saargebiet, Berlin 1896, S. 1.

Röchling, H.: Die industrielle Entwicklung an der Saar, im Saarlandheft des Rhein. Vereins für Denkmalspflege u. Heimatschutz, 1929, S. 169.

eine Tatsache, die den Schluß nahelegt, daß das Eisen mittels Kohle verhüttet wurde. Die Eisenindustrie verdankte ihre Bodenständigkeit den Eisensteinerzen, die in den oberen Gesteinsschichten offen zu Tage traten. Der Abbau dieser Erze, da im Territorium der Saarbrücker Lehensherrschaft liegend, war an die fürstliche Genehmigung gebunden. Auch ist schon 1625 urkundlich erwiesen, daß saarländische Hütten lothringische Minette verarbeitet haben [14]).

Das gleiche Interesse, das die Saarbrücker Fürsten den Glasmachern entgegenbrachten, wurde auch der Arbeiterschaft in den Hütten- und Kohlengruben zuteil. Vor allem sollten den einheimischen Arbeitern Arbeitsmöglichkeiten gewährt werden, weshalb nur seßhafte Arbeiter Verwendung fanden. Sogar Fuhrleute, die den Eisenstein und das Holz zur Verhüttung heranbrachten, mußten Eingesessene der benachbarten Orte sein.

Die einsetzenden Kulturkräfte im 19. Jahrhundert blieben in ihrer Entfaltung auf die jung erschlossenen Waldzonen beschränkt und schufen in diesen Gegenden eine Entwicklung, die sich in einer starken Siedlungspolitik auswirkte. Die Industriezweige boten Verdienst und Ernährungsaussichten, ohne die jene unfruchtbaren Gebiete nie eine Kulturlandschaft hätten werden können. Gewiß trat der Steinkohlenbergbau in seinem Anfangsstadium wenig in Erscheinung, da man die Kohlen grub, wo man sie fand, meist in den zutagetretenden Überlagerungen. Waren sie aber an der Oberfläche abgebaut, so wühlte man an anderen Stellen weiter oder mußte den Tagbau ganz aufgeben. Alle Abbaugebiete sammelten sich jedoch vornehmlich an den Standort der Eisenhütten, da diese die wichtigsten Verbraucher der Kohle waren. Wie geringfügig die damalige Förderung war, geht aus einer Aufzeichnung hervor, wonach Dudweiler und Sulzbach als Mittelpunkte der damaligen Förderung um 1736 nur 76 Kohlengräber in 8 Gruben beschäftigten [15]).

Entsprechend dieser geringen Belegschaft erbrachten die Grubenrenten auch nur 135 fl. jährlich bei einer Gesamtförderung von 90 bis 120 Ztr. eine ansehnliche Leistung, die technisch nur durchführbar war, infolge des Zutagetretens mächtiger Flöze, die zum Abbau reizten. Für die Gesamtleistung auf allen Gruben liegen nur für die Jahre 1744 bis 1749 Durchschnittsfördermengen vor. Sie betragen nach Röchling 3000 t, entsprechend einer Zinsleistung an die Landesherrschaft von 996 fl. jährlich. Ob diese Erträge zu geringfügig waren, oder ob der Landesherr die Bedeutung der Ausbeute vorausblickend erkannte, ist eine Frage, die daraus hervorgeht, daß der damalige Fürst Wilhelm Heinrich 1751 den planmäßigen Abbau der Kohle auf eigene Rechnung übernahm. Hier setzt der Versuch ein, daß die Obrigkeit industrielle Interessen wahrzunehmen beginnt. Gleichzeitig entwickelte sich damit eine soziale Unterscheidung innerhalb der Beschäftigten, indem ein fürst-

---

[14]) Haßlacher, A.: a. a. O. S. 9.

[15]) Herr, G.: Der Steinkohlenbergbau im Saargebiet, Frankfurt 1924, S. 63.

Röchling, H.: a. a. O. S. 170. Danach haben Ritenhofen, Lummerschied, Schwalbach und Engelfangen 9 Kohlengruben mit 8 Mann Belegschaft.

licher Berginspektor angestellt wurde und die Steiger als Funktionäre über der Arbeiterschaft als Staatsbeamte dem Diensteide unterlagen.

Auch die Arbeiterschaft rückt nun in ein nahes Verhältnis zur Staatsverwaltung. Das formte eine nach gewisser Abgeschlossenheit hinzielende soziale Verlagerung, die sich in einem besonderen Standesbewußtsein ausprägte, das heute noch zum Teil lebendig ist. Aus dieser äußeren beruflichen Gebundenheit wuchsen auch die eigentümlichen Organisationsbedürfnisse — es ist eine gesellschaftliche Isolierung auf Grund der arbeitsbedingten Sonderstellung — die schon 1769 in der Bildung einer „Bruderbüchse" zwecks Unterstützung in Krankheitsfällen und Armut ihren äußeren Ausdruck fand. Bis zum Jahre 1773 wurden auf einer Reihe von Gruben mit einzelnen Unternehmern oder mit den Steigern Akkorde hinsichtlich der Kohlenförderung abgeschlossen. Es war ein Verfahren, welches heute noch bei der Arbeiterschaft als ungerecht und asozial empfunden wird, weil nicht nur der Arbeitswille. sondern vor allem die Verschiedenheit der geologischen Bedingungen maßgebend für die Gewinnung einer bestimmten Menge in einer bestimmten Schicht ist. Der mittlere Jahresverdienst eines Bergarbeiters betrug damals 120—130 fl. Die Schicht dauerte in der Regel 8 Stunden, die Arbeit über Tag 12 Stunden. Der Arbeiter mußte von $1^1/_2$ fl. Verdienst je einen Kreuzer in die Bruderkasse zahlen. Außerdem flossen ihr die Strafgelder zu, die erhoben wurden, wenn die Grubenvorschriften nicht eingehalten worden waren. Aus diesem Unterstützungsfonds wurden Arzneikosten und Krankengeld — 30 Kreuzer pro Woche — bezahlt; für die Kasse arbeiteten 4 Ärzte, und eine Apotheke in Saarbrücken erhielt eine jährliche Pauschalsumme von 100 bis 120 fl.[16]). Diese erste charitative Organisation ist die Ausgangsphase der späteren Knappschaftskassen geworden.

Die Bestrebungen des Fürsten, im Kohlenbergbau eine stete Förderung zu erzielen, gelangen durch planmäßigen Bergbau mit Stollenbetrieb unter fachmännischer Leitung. Naturgemäß mußten aber auch Absatzgebiete gefunden werden, die der Fürst in den zahlreichen Hütten und in der Verwendung der Kohle als Hausbrand erschlossen hatte. Das war vor allem deshalb möglich, da seit 1757[17]) die Untertanen qualitätsarme Kohle zum Kalk- und Hausbrand gegen Entschädigung der Förderkosten in beliebigen Mengen erstehen konnten. Auch diese Einrichtung besteht gegenwärtig noch, daß der Bergmann beliebige Kohlenmengen für den eigenen Gebrauch — „Berechtigungskohlen" — jederzeit erhalten kann. Durch die Preisverbilligung wurde ein erhöhter Anreiz zum Verbrauche besonders geringwertiger Kohle geschaffen. während die besseren Qualitäten Handel und Industrie zugeführt werden konnten.

Auch die chemische Analyse der Kohle begann der Fürst einzuführen. Schon 1748 versuchte er bei der heutigen Rußhütte durch einen langsamen Verbrennungsprozeß aus Kohle Ruß zu gewinnen, der als Druckerschwärze und zum Hausanstrich Verwendung fand. Später

---

[16]) Brandt, A. v.: a. a. O. S. 73.
[17]) Röchling, H.: a. a. O. S. 172.

wurde die Herstellungsweise auch auf die Verwendung der Abfallprodukte ausgedehnt, indem eine Harz-, Öl-, Spiritus- und Wagenschmierfabrik angegliedert wurden. Die Zwischenindustrien verlangten gesteigerte Kohlenförderung, sodaß 1790 bei einer Belegschaft von 700 Mann 5000 t gegraben werden konnten. Dieses Verhältnis läßt den Schluß zu, daß der Kohlenbergbau durch den Stollenbetrieb einen hohen Kostenanteil beansprucht hat, da die Leistung pro Mann und Schicht nur $^1/_4$ t gewesen sein kann, während sie 1928 811 kg betrug.

Entwicklung der Kohlenförderung im Saargebiet:

1790	50 000 t
1813	80 000 t
1816	100 000 t
1825	140 000 t
1830	200 000 t
1839	400 000 t
1852	800 000 t
1856	1 600 000 t
1868	3 200 000 t
1890	6 400 000 t
1913	12 800 000 t

Im Gegensatz zu den Kohlenzechen waren die ältesten Hüttenwerke nicht in das Zentrum der ausgedehnten Waldzone gerückt. Sie entstanden aus verkehrstechnischen Gründen an der Peripherie der siedlungsfeindlichen Gebiete [18]). Erst die Neugründungen des 18. Jahrhunderts gruppierten sich aus standortgebundenen Notwendigkeiten in die Nähe der Kohlenfelder und verwandeln die unfruchtbaren Karbontäler in industrielle Kraftfelder mit Ansatzstellen zu neuen Siedlungen [19]). Jenseits der Saar war der Kohlenbergbau noch nicht in der Entstehung begriffen. Hier war es vornehmlich die Glasindustrie, die den Warndtwald besiedelt hatte. Nachdem sich 1604 mit gräflicher Genehmigung 12 ausgewiesene Familien an der Rixfurth niedergelassen hatten, erwuchs aus diesem Gehöfte bald eine große Siedlung, die zu des Grafen Ehre Ludwigsweiler (später in Ludweiler umgewandelt) genannt wurde [20]).

Aus den Niederlassungen der Glasmacher entstanden auch die weiteren Siedlungen Nassauweiler (später Naßweiler), Klarenthal (nach der Fürstin Klara), Lauterbach und Karlsbrunn (nach dem Bruder des Fürsten Wilhelm Heinrich), in der Gesamtheit Namen, die alle auf das Ergebenheitsverhältnis zu den jeweils regierenden Fürsten hinweisen.

Die Glasmacherkunst verpflanzte sich aus Rentabilitätsgründen allmählich in das Kohlenzentrum, sodaß dort immer neue Siedlungen ent-

---

[18]) Nach Haßlacher, A.: a. a. O. S. 13 erfolgten die Hüttengründungen, in Neunkirchen 1430, in Geislautern 1572, in Dillingen 1685.

[19]) Derselbe S. 21: Gründung der Eisenschmelze im Fischbachtal, dem heutigen Orte Fischbach, 1728, in Sulzbach 1719, in St. Ingbert 1734, in Rentrisch 1759, in Goffontaine, dem heutigen Stahlhammer 1753, in Scheidt 1760, in Brebach 1755.

[20]) Ruppersberg, A.: a. a. O. S. 60.

standen. Alte Orte wuchsen in ihrer Bevölkerungsziffer und erhöhten die Bevölkerungsdichte im Industrierevier.

Die Wachstumsvorgänge, die wir innerhalb des 18. Jahrhunderts in den unproduktiven Karbonschichten und deren Randgebieten feststellen konnten, haben sich in allen übrigen Teilen des Saarlandes nicht wiederholt. Wenn zwar auch an der unteren und mittleren Saar neue Orte entstanden sind, so geht deren Gründung weniger auf wirtschaftliche, als auf historische Ursachen zurück. So ist beispielsweise die Gründung Saarlouis auf die Ausdehnungsbestrebungen der französischen Politik zurückzuführen, weil sich Frankreich durch Stützpunkte an strategisch wichtigen Orten gegen deutsche Angriffe sichern wollte [21]).

Im Gegensatz zu diesen Aufbauprozessen innerhalb der saarländischen Kulturlandschaft stehen aber auch siedlungsgeographische Rückbildungen. Es sind Wüstenerscheinungen, die durch irgendwelche soziale und wirtschaftliche Umschichtungen, oder durch die Folgen des 30jährigen Krieges eingetreten sind [22]). Schnur [23]) hat in seiner Arbeit ein Wüstenverzeichnis mit 93 ehemaligen Siedlungen aufstellen können, das bei 330 Wohnplätzen einen Ortschaftsverlust von 22% aufweist. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich der Rückbildungsprozeß außerhalb des Industriezentrums vollzogen hat. Er unterstützt dadurch im Gegensatz zu Schnur unsere Ansicht, daß die Auflösungserscheinungen zum großen Teil in der Abwanderung zur Industrie begründet waren. Auch die Glasindustrie jenseits der Saar hatte an diesem Rückbildungsprozeß lebhaften Anteil genommen. Hier waren es wirtschaftliche Gründe, die die Glasbläserei in den Hintergrund gedrängt haben, weil die Steinkohle immer mehr als Energiequelle anstelle der Holzkohle bei der Glasfabrikation Verwendung fand. Die Glasindustrie im Kohlenrevier konnte infolge geringer Beförderungsspesen der Rohprodukte ihre Herstellungskosten dauernd verringern und brachte dadurch die entfernte Konkurrenz zum Erliegen.

Gewiß spielte sich der Aufbau wie der Rückgang bestimmter Siedlungsräume immer in enger Anlehnung an die Landesnatur ab. Zu Ende des 18. Jahrhunderts konnten immerhin in dem 1800 qkm großen Saargebiet 330 dörfliche Siedlungen und 6—7 Städte gezählt werden.

Abgesehen von der französischen Neugründung Saarlouis, sind die Städte fast alle aus Dörfern gewachsen unter Mithilfe geistlicher oder weltlicher Fürsten. Saarbrücken-St. Johann erhielt vermöge seiner verkehrsgeographisch günstigen Lage Stadtrecht, während St. Wendel aus reinen politischen Gründen, im Gegensatz zu dem weit günstiger gelegenen Homburg, schon 1332 von Kurfürst Balduin von Trier zur Stadt erhoben wurde [24]). Auch die rechtlichen Sonderstellungen von Homburg,

---

[21]) Vgl. Diehl, H.: a. a. O., Die strategische Bedeutung des pfälz.-lothr. Thores. S. 25 ff.

Weiß, Oberlehrer: Die Geschichte d. Stadt Saarlouis, im Saarlandheft des Rhein. Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz, 1929, S. 259.

[22]) Diehl, H.: Die Folgen des 30jährigen Krieges im Saargebiet, Blätter der Saarforschungsgemeinschaft 1930.

[23]) Schnur, K.: a. a. O. S. 71.

[24]) Ruppersberg, A.: a. a. O. S. 135.

Blieskastel und Ottweiler gehen auf politisch-dynastische Gründe zurück. Ebenso wie die Weiterentwicklung bestimmter Siedlungen, war auch die Raumgestaltung innerhalb des Einzeldorfes von physischen Voraussetzungen abhängig. Auf den gewellten Muschelkalkflächen gruppierten sich die Häuser immer in Form von Haufendörfern um einen Mittelpunkt, die Kirche, während im Siedlungsneuland wie auf dem Karbongebiet die Reihendörfer vorherrschend waren [25]).

Zu Ende des 18. Jahrhunderts, im Jahre 1797, wurde das Saargebiet französisch. Die Eisen- und Glashütten gingen in französischen Privatbesitz über, während die Kohlengruben vom Staatsfiskus verwaltet wurden. Die Arbeiterschaft mußte sich auf ein besonderes Reglement eidlich verpflichten, das die Arbeit und das Verhalten außerhalb des Betriebes regelte. Beim Verlassen der Arbeitsstätte war eine zweiwöchige Kündigungsfrist einzuhalten. Die französische Zentralgewalt herrschte im Saargebiet 17 Jahre lang. Im ersten Pariser Frieden 1814 erfolgte die Wiedervereinigung mit dem Mutterlande bis auf die Kantone Saarbrücken und St. Arnual, die dem Saardepartement angegliedert wurden. Erst 1815 kehrten auch diese Teile endgültig zu Deutschland zurück, nachdem eine Deputation von Saarbrücker Bürgern dem Kanzler Hardenberg den Willen der Saarbevölkerung vorgetragen hatte [26]).

Mit der Angliederung des Saargebietes an Preußen und Bayern trat ein neuer Faktor in die Kulturentwicklung des Landes ein. Durch den französischen Einfall waren die zahlreichen Provinzen zu beiden Seiten der Saar verschwunden, ein politisch einheitliches Gebiet war geschaffen. Der preußische Staat mußte auf die politische und wirtschaftliche Konsolidierung des Landes bedacht sein, das in der Napoleonischen Zeit stark unter militärischen Maßnahmen gelitten hatte. Neben der Schaffung neuer verwaltungstechnischer Einheiten in Form von Landkreisen, erfolgte auch die Übernahme des Bergregals in preußische Staatsgewalt. Unter der Zentralverwaltung des Bergamts in Saarbrücken war dem Kohlenbergbau eine einheitliche Basis gegeben worden, die den Übergang vom Stollenbetrieb zum Schachtbau durchführte. Durch die Aufrichtung der deutsch-französischen Grenze in unmittelbarer Nähe waren jedoch die engen Wirtschaftsverflechtungen nach Frankreich, die während der Napoleonischen Aera bestanden, abgebrochen.

Dieses Absatzgebiet blieb verloren, da Frankreich durch hohe Schutzzölle die saarländische Konkurrenz von seinem Markte fernhalten wollte. Auch nach Deutschland stockte die Ausfuhr, da es in der Hauptsache an geeigneten Verkehrsmitteln fehlte. Wenn aber trotz dieser ungünstigen Bedingungen eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung stattfand, so ist das der besonderen Mithilfe der preußischen Regierung zu verdanken. Schon um 1820 wurden die ersten Tiefbauschächte angelegt, sodaß 20 Jahre später auf allen Gruben die Förderung mit der Dampfmaschine einsetzen konnte. Die Wachstumsvorgänge werden deutlich, wenn man die Produktionskurve der Kohle beobachtet. In den ersten

---

[25]) Fox, N.: a. a. O. S. 44. S. a. Kartenmaterial des Heimatmuseums der Stadt Saarbrücken.

[26]) Vgl. Ruppersberg: a. a. O. S. 289.

drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts erreicht die Gewinnung nur die 2000-t-Grenze, 1853 wurde die Millionengrenze überschritten, um dann in schneller Aufwärtsentwicklung 1913 die Menge von 13 Millionen t zu erreichen. Die Gleichmäßigkeit der Entwicklung ist umso auffallender, wenn man dazu die Kohlenförderung im Ruhrgebiet vergleicht. Auch vereinzelte wirtschaftliche Krisen vermochten keine Rückschläge auszulösen.

Die Produktion stieg von									
1854–1860 in	6	Jahren	von	1	Million	auf	2	Mill.	t
1860–1866 "	6	"	"	2	Mill.	"	3	"	t
1866–1872 "	6	"	"	3	"	"	4	"	t
1872–1880 "	8	"	"	4	"	"	5	"	t
1880–1883 "	3	"	"	5	"	"	6	"	t
1883–1895 "	12	"	"	6	"	"	7	"	t
und									
1895–1897 "	2	"	"	7	"	"	8	"	t
1897–1899 "	2	"	"	8	"	"	9	"	t
1899–1903 "	4	"	"	9	"	"	10	"	t
1903–1908 "	5	"	"	10	"	"	11	"	t
1908–1911 "	3	"	"	11	"	"	12	"	t
1911–1913 "	2	"	"	12	"	"	13	"	t [27])

Zur Heranbildung eines tüchtigen Beamtennachwuchses entstand 1822 eine Bergschule in Saarbrücken [28]). Für die Arbeitertöchter wurden vier Industrieschulen gegründet. 1838 errichtete der Bergfiskus eine Sparkasse und eine Anzahl bergmännischer Sonntagsschulen. 1865 begann die Entwicklung der Konsumvereine. Schon 1817 wurde der Knappschaftsverein neu konstituiert, der neben „der materiellen Unterstützung der Arbeiterschaft auch zur sittlichen Hebung der bergmännischen Bevölkerung und besonders der diesem Stand angehörigen Jugend zu einem Hauptgegenstand der verwaltenden Fürsorge" gemacht hatte [29]).

1913 wurden 45 Flöze in 30 selbständigen Grubenanlagen mit 77 Schächten abgebaut. Diese Steigerung war nur durchführbar durch die Anlage eines dichten Verkehrsnetzes, durch vollendete technischen Grubeneinrichtungen und durch eine geschulte Belegschaft von Arbeitern.

Übersicht über die Stärke der Bergarbeiterschaft auf den Gruben.

Jahr	Zahl der Arbeiter [30])
1816	917
1825	1038
1830	1245
1840	2856
1850	4580

[27]) Jahresbericht des Statistischen Amtes der Regierungs-Kommission, Saarbrücken, Heft 1—7 Saarwirtschaftsstatistik, Heft 1—4.

[28]) Vgl. Buchleitner, H. P.: Die erste Bergschule im Saargebiet in „Der Saarkalender" 1926.

[29]) Vgl. Statut des Knappschaftsvereins vom 27. Nov. 1817.

[30]) Haßlacher, A.: a. a. O. S. 50.

Dietrich, B.: Die Lage der saarländischen Industrie, Frankfurt 1924, S. 49.

Saarwirtschaftsstatistik, Heft 6, 1932, S. 11.

Jahr	Zahl der Arbeiter
1852	6186
1854	8663
1860	12159
1865	15967
1880	24428
1900	40546
1910	53000
1913	51600
1919	61121
1920	71383
1921	72374
1922	72790
1923	74138
1924	74908
1925	72583
1926	73807
1927	67345
1928	59912
1929	60793
1930	57202
1931	52908
1932	46365
1933	45119

Die enge Verflechtung, die zwischen Kohlenbergbau und Eisenverhüttung besteht, verlangte in der Eisenindustrie den gleichen technischen Fortschritt wie im Revier. Schon allein der Eisenbedarf der Bergwerke, außerordentlich verstärkt durch die neuen Bahnbauten, bedingte eine erhebliche Produktionssteigerung. Da hierfür die einheimischen Erze nicht mehr ausreichten, mußten aus dem lothringischen Minettegebiet die notwendigen Mengen herbeigeschafft werden. Die neuerrichtete Burbacher Hütte (1857) stellte sich in ihrer technisch-maschinellen Einrichtung sofort auf die Verarbeitung dieser Erze ein. Die verkehrsgeographischen Beziehungen nach Lothringen wurden durch den Bau des Saarkohlenkanals 1866 erleichtert und durch die politische Einverleibung dieses Gebietes im Jahre 1871 außerordentlich eng gestaltet [31]). Die Holzkohlenfeuerung im Hochofen wurde durch die Koksfeuerung abgelöst, ebenso wurde im Hochofenprozeß das sogenannte Puddelverfahren anstelle des Herdfrischen eingeführt. Dadurch ergab sich eine bedeutende Kostenersparnis und damit eine Verbilligung der Herstellungsweise. Die Entstehung der wichtigen Verkehrsstraßen und ihr technischer Ausbau (Eisenbahnbauten, Saarkohlenkanal, Saarkanalisation bis Ensdorf) hatten auch eine Standortverschiebung der Industrie zur Folge. Die Familien Stumm und Böcking verlegten ihre Hoch- und Soonwaldhütten 1867 an den Halberg bei Brebach. Gegenüber diesen hochentwickelten Industrie-

[31]) Vgg. Jordan, B.: Der Saarkanal und seine Verkehrsentwicklung, Saarbrücken 1888.

unternehmungen mit Verarbeitungsweisen der Nebenprodukte waren die kleineren Industrien nicht mehr konkurrenzfähig. Sie lösten sich auf, nachdem die Arbeiterschaft auf den großen Hüttenwerken in der Nähe Saarbrückens bessere Arbeitsbedingungen gefunden hatte. Das gleiche Schicksal traf auch die saarländische Glasindustrie, die, soweit sie überhaupt noch produzierte, gegen die belgische Konkurrenz nicht mehr bestehen konnte. Die Folgen wirkten sich in einem starken Rückschlag der Produktionsmengen aus. So konnte die Tafelglasindustrie 1890 nur mehr 2 Mill. qm gegen 9 Mill. im Jahre 1880 herstellen. Die Kristallglasindustrie produzierte in den Jahren 1902—1909 durchschnittlich noch 750 00 kg, während 1913 die Menge auf 450 000 kg zurückgegangen war. Deshalb konnte dieser Industriezweig bei Ausbruch des Krieges nur 1715 Arbeiter beschäftigen [32]).

Demgegenüber entstanden besonders im Saartal eine Reihe neuer Industriezweige, die die landschaftliche Physiognomie des Gebietes vervollständigt haben. Es sind die Mannesmannröhrenwerke in Bous mit 3000 Arbeitern, die Maschinenfabrik Ehrhardt u. Sehmer mit 1200 Arbeitern, die Gesellschaft für Förderanlagen Heckel in Rohrbach mit 718 Arbeitern, die Maschinenfabriken Dingler-Karcher und Brown-Boveri mit 1300 Arbeitern, die Maschinenfabrik Meguin in Dillingen mit 500 Arbeitern, das Homburger Eisenwerk mit 1000 Arbeitern [33]).

[34])

Name des Werkes	Z. d. Arbeiter	Z.d. H'öfen	Z.d.Kupelöfen	Z.d. Thomaskonverter	Z.d. Martinöfen	Z.d. Elektroöfen
Burb.Hütte	6914	8	2	5	3	-
Völkl.Hütte Röchling'sche	6751	7	2	5	3	2
Neunkircher Eisenwerk	6208	6	3	4	3	1
Halberger H.	4975	6	10	-	-	-
Dillinger H.	6273	4	-	4	7	1
Gußstahlwerk Burbach	546	-	-	-	5	1
Dingler & Karkher Saarbr.	657	-	3	5	2	-
Ernst Heckel	718	-	2	2	-	-
Insges.	32042	31	22	25	23	5

[32]) Vgl. Lauer, A.: a. a. O. S. 162.
[33]) Vgl. Tabelle S. 30b.
[34]) Vogel Theodor, Deutsch die Saar immerdar, Berlin 1929, S. 34.

Die Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen Situation in den einzelnen Landschaften und der sozialen Gliederung der Bevölkerung.

Die Konzentrationsbewegung innerhalb des Saartals kommt deutlich in der Bevölkerungsverschiebung des Kreises Saarbrücken zum Ausdruck. Interessant ist, daß die großen Eisen- und Hüttenwerke besonders im Saartal Konzentrationsmittelpunkte für die Arbeiterschaft geworden sind. Sicherlich spielte die Größe des Unternehmens mit seinen festen Lohnverhältnissen für die Zusammenballung der sozialen Schicht eine maßgebende Rolle. Aber auch der Zug der Menschen überhaupt nach den Gebieten intensiven Verkehrs und seinen wirtschaftlichen Begleiterscheinungen, dürfte nicht ohne Einfluß auf die Wanderbewegung gewesen sein.

Wenn wir diese Vorgänge an einem Beispiel darstellen wollen, so halten wir uns vor allem an die Hauptindustriezweige der Kohle, des Eisens und der Keramik und ergänzen sie durch einige Beispiele aus der verarbeitenden Industrie. Die Kohlengewinnung hat ihre Arbeiterschaft über das ganze Gebiet verteilt. Von rund 69 000 Mann, die die Belegschaft 1925 zählte, entfielen rund 12 000 auf den äußeren Gürtel der Karbonformation, 14 000 auf das Kohlenzentrum, 24 000 allein auf den Landkreis Saarbrücken und 19 000 auf den Kreis Ottweiler [1]).

Zählt man die Belegschaft nach Orten, so rückt der Verteilungsmodus des 7000 qkm großen Gebietes noch klarer in den Blickpunkt. Ungefähr 760 Ortschaften schicken Arbeiter in die Kohlengruben. Darunter sind allein 535 Orte, die weniger als 50 Arbeiter stellen. Zu dieser Beschickung aus den periphär gelegenen Siedlungen kommen vor allen Dingen die Orte, in denen eine Arbeiterzusammenballung stattfand. 1925 konnten 15 Orte gezählt werden, die allein je 1000 Arbeiter auf die Gruben schickten. Darunter waren Dudweiler und Sulzbach mit je über 2000 Mann. Es ist selbstverständlich, daß Orte mit Niederlassungen größerer Hüttenwerke, so Neunkirchen, Völklingen, Malstatt, Brebach und Dillingen große Arbeiterkontigente in ihrem eigenen Raume aufgenommen haben. So wohnen beispielsweise von 6882 Arbeitern in Völklingen 6082 im Orte selbst. Von den 4448 auf der Neunkirchner

[1]) Der Landkreis Saarbrücken bildet den Kern des Kohlenreviers, während der Landkreis Ottweiler zum größten Teile, vornehmlich in seinem südlichen Zipfel, in die Kohlenformation übergreift und im Norden durch seinen Übergang in das Hunsrückvorland, das schon oben erwähnte Hauptrekrutierungsgebiet der Belegschaften bildet.

Vgl. auch die Übersicht über die Sozialstruktur der Belegschaft auf den Saargruben im Anhang.

Hütte Beschäftigten sind im gleichen Orte seßhaft 3815. Das entspricht einer Prozentzahl von 64,4 resp. 62,7 der Gesamtbelegschaft.

Bei anderen Siedelungen, die mehr an der Peripherie des Hüttenwerkes liegen, erleidet dieser Prozentsatz eine merkliche Verschiebung. So wohnen von 930 Arbeitern der Homburger Hütte nur 100 = 10,7% in Homburg. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Halberger Hütte in Brebach, wo von 5847 Arbeitern dieses Werkes nur 516 = 8,9% am gleichen Orte seßhaft sind [2]).

Interessant ist die Entwicklung der Arbeiterverhältnisse bei der weiterverarbeitenden Industrie, die besonders im Saartal bodenständig ist. Die Firmen Dingler u. Karcher und Brown-Boveri, verhältnismäßig junge Werke, sind typisch für den Zuzug der Arbeitermassen. Wenn auch die Belegschaft beider Werke nicht besonders groß ist — Brown-Boveri 700, Dingler u. Karcher 600 Arbeiter — so ist doch für ihre Arbeiterbeschaffung bedeutungsvoll, daß sie zwischen großen und alten industriellen Werken liegen, die schon einen festen Arbeiterstamm aufzuweisen hatten und dem Wechsel nicht unterlagen. Es blieb daher diesen jungen Industrieunternehmungen nichts anderes übrig, als von auswärts die notwendigen Kräfte heranzuziehen. Dadurch setzte eine allmähliche Wanderung in die näheren Orte der Werke ein.

Da beide Unternehmungen in verschiedenen Zeiträumen gegründet wurden, läßt sich der Grad ihres Arbeiterzuzuges deutlich feststellen. Indem man den Wohnort und den Geburtsort der Arbeiter dieser Werke vergleicht, findet man, daß die Arbeiter der Firma Dingler-Karcher als der ältesten Firma, in größerer Anzahl zugewandert sind, als die der Firma Brown-Boveri. Gerade bei ihr ist eine starke Zuwanderung von den nächstgelegenen Orten Bischmisheim und Saarbrücken zu beobachten. Bemerkenswert bei beiden Unternehmen ist auch die Tatsache, daß sich der größte Teil der Arbeiterschaft nach dem Saartal gruppiert, ein anderer aus noch zu erläuternden Gründen sich in ländlichen Orten niederläßt. In diesem Zusammenhange wäre es interessant, auch das Logierwesen zu untersuchen, vor allem im Hinblick auf die Lebenshaltungskosten, die vielleicht ausschlaggebend für die Siedlungsrichtung nach dem Dorfe oder nach der Stadt gewesen sind [3]).

Dabei ist die Feststellung wichtig, daß schon 1825 der Bevölkerungsüberschuß die Zahl der Sterbefälle übertroffen hat. Für die Standortfrage der saarländischen Industrien sei bemerkt, daß die Kreise Saarbrücken und Ottweiler die stärkste Zunahme aufzuweisen haben. Erst nach ihnen folgen die Kreise Saarlouis, Homburg, St. Ingbert, Merzig

---

[2]) Vgl. Rehaneck, R.: Dillingen und seine Industrie, wo eine Gegenüberstellung der Einwohnerzahl des Ortes Dillingen im Vergleich mit der Belegschaft der Dillinger Hütte in den Jahren 1810—1928 aufgezeichnet ist. Dieses Beispiel veranschaulicht in treffender Weise die Konzentrationsbewegung der Bevölkerungsmassen im Saartal, u. a. aber auch die Seßhaftigkeit der Arbeiterschaft am gleichen Standorte der Industrie.

[3]) Junghan, H.: Das Schlafhaus und Einlogierwesen im Bezirk der königl. Bergwerksdirektion zu Saarbrücken, Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen, Band 60, S. 12.

und St. Wendel. Dieser Unterschied ist sicherlich auf die Entfernung vom Industriezentrum zurückzuführen.

Saarbrücken und Ottweiler (Kreise) haben die stärkste Bevölkerungszunahme (relativ) 1850—1875.

Beide Kreise haben die stärkste absolute Zunahme in den Jahren 1875—1900.

Kreis Saarbrücken	1855—1875	48 151	auf	102 722	=	114 %
Kreis Ottweiler	1855—1875	31 000	auf	58 668	=	89 %
Kreis Saarbrücken	1875—1900	102 722	auf	203 939	=	100 %
Kreis Ottweiler	1875—1900	58 668	auf	102 729	=	42,5%.

Die starke Aufwärtsentwicklung der Industriekräfte im Saargebiet im Laufe des 19. Jahrhunderts hat natürlich die Landschaftsphysiognomie sehr verändert. Die einst sporadisch im Walde entlegenen Rodungsinseln erweiterten sich schlauchartig zu Industriegassen. Am eindringlichsten sind diese Wachstumsvorgänge im Sulzbachtal zu erkennen. Dort reiht sich von Saarbrücken aus längs des windenden Baches eine Kolonie an die andere, sodaß die ganze Tallandschaft heute einen einzig geschlossenen Industriekomplex darstellt, ein Gewirr von Häusern, Schloten, Schächten und Hochbauten, die solchen Bezirken ihren eigentümlichen Charakter verleihen. Nur eine formal-kommunale Gliederung vermag hier unsichtbare Grenzen zu schaffen, die in Wirklichkeit überhaupt nicht in Erscheinung treten. Nicht nur die Talsohle, auch die angrenzenden Höhen auf beiden Seiten haben sich in diesen hochentwickelten Raum eingegliedert. Dort, wo einst kleine Bauernhöfe in der Landschaft zerstreut lagen, sind mächtige Industrieorte in wenigen Jahren gewachsen. Die Industrietäler wie das Scheidterbach-, Sulzbach-, Fischbach- und Köllerbachtal, die gleich einem Strahlenbüschel in einen Mittelpunkt zusammenstoßen, treffen bei Saarbrücken auf die gewaltige Eisenhüttenstraße an der Saar. Von Brebach bis Dillingen gleicht das Saartal in seiner Gesamtphysiognomie von Hochöfen, Schloten, glasgedeckten Fabrikanlagen, Kohlenhalden und Schlackenbergen einer einzigen Industriestadt, in der als Kulminationspunkt Saarbrücken liegt.

Mit der starken Parzellierung des Grundbesitzes mußte notwendigerweise auch ein starker Wandel in der äußeren Lebensform gegeben sein. Anstelle des Bauernhauses trat das Wohnhaus des Industriearbeiters ohne größeren Landbesitz, wie es im Saartal und im Kohlenzentrum vorherrschend ist. Einstöckige genormte Wohnbauten ohne Scheune und Stall, von Ruß und Staub geschwärzt, gedrückt in der äußeren Haltung, treten dem Auge serienweise entgegen. Zuweilen findet sich im Hof ein kleiner Schuppen für das Kleinvieh, für eine Ziege, ein Schwein oder für die Hühner. Das alte Bauernhaus ist nur in den Dörfern erhalten geblieben [4]).

Die Bergmannshäuser sind durchweg aus Backstein oder Bruchstein errichtet, die man im Bereiche der Buntsandsteinschichten gebrochen hat. Trotz der großen Anzahl dieser Wohnbauten, die in allen Ortschaften

---

[4]) S. a. Fox, N.: a. a. O. S. 61. Keuth, H.: Das Bauernhaus an der Saar, im Saarlandheft des Rhein. Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz, 1929, S. 77.

errichtet wurden, und trotz der zahlreichen Bergmannskolonien sind die Arbeiterwohnungen sehr gesucht. Darum waren die Arbeiter wiederholt gezwungen, neben ihrer beruflichen Tätigkeit noch einen Nebenerwerb zu haben, um aus ihrem Einkommen die hohen Mieten zahlen zu können. Dieser Nebenerwerb kommt deutlich in der Übernahme von Gastwirtschaften und kleineren Kolonialwarenläden zum Ausdruck, die meist von den Frauen geführt werden. Zu dieser ihrer Tätigkeit kam vielfach die Bestellung eines Gartens oder eines kleinen Stückes Land hinzu, soweit dies überhaupt vorhanden ist. Die Erhöhung der Arbeitslöhne, die die steigende Lebenshaltung erforderten, konnte der Landwirt vielfach nicht einhalten. Dadurch wanderten seine Arbeiter auch in die Industrie ab.

Nach dem Verwaltungsbericht des Kreises Saarbrücken für die Zeit von 1859—1861 entfallen von 30 074 Erwerbstätigen nur 3898 auf die Landwirtschaft einschließlich der in Nebenbetrieben Beschäftigten [5]).

Die Umschichtungstendenz aus der Landwirtschaft zur Industrie ist nicht unwesentlich beeinflußt durch die Auflösungserscheinungen der Eigenwirtschaft, durch das neue Erbrecht des Code Civil und durch die Übergriffe des kapitalistischen Marktes.

Schon vor Eintritt in die Entwicklung des 19. Jahrhunderts sind vier voneinander verschiedene Bevölkerungsschichten vorhanden. Durch die Entstehung des Industriearbeiters wurden diese Sozialschichten nicht nur vermehrt, sondern auch durch Zwischenlagerungen ergänzt, weil die Entwicklung nicht in gradliniger Bewegung verläuft. Infolge der zahlreichen Nuancierungen und Schattierungen innerhalb der Schichten lassen sich an ihr die quantitativen und qualitativen Verlagerungstendenzen übersehen [6]).

Die erwähnte Zersplitterung des Grundbesitzes hatte zur Folge, daß die künftige Größe einer Durchschnittsparzelle 0,33 Morgen = 0,32 ha betrug. Die Größe der Einzelparzelle war aber außerdem abhängig von den natürlichen Gegebenheiten, sodaß bei schlechten Böden größere Parzellen entstanden, als bei ertragsreichem Grund und Boden. Außerdem hat auch der Kleinbauer durchschnittlich kleinere Parzellen als der Großbauer.

Aus den seitherigen Perspektiven gegenüber der Bevölkerungsvermehrung läßt sich durch die Bodenzersplitterung eine langsame Abkehr vom Grundbesitz erkennen. Je nach der Größe des Besitzes war auch die Schnelligkeit der sozialen Entwicklung verschieden. Wir unterscheiden vier Schichten:

Großgrundbesitz über 50 ha in der Hauptsache im westpfälzischen Gebiet bei Zweibrücken vertreten. Hier offenbart sich eine stark religiöse Tradition (Mennoniten) mit stark ausgeprägtem Familiensinn.

Großbauern mit 10—50 ha Land sind besonders im Köllertal vorhanden. Trotz günstiger Wirtschaftsbedingungen trat die Aufteilung eines Gutes häufig ein, vielfach durch die Uneinigkeit der Erbempfänger

[5]) Vgl. Gärtner, von, Landrat: Verwaltungsbericht für den Kreis Saarbrücken 1859—1861. S. 18.

[6]) Vgl. Kartels, J.: Die wirtschaftliche Lage des Bauernstandes im Kreise Merzig, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 22. Leipzig 1883. S. 198 ff.

bei der Erbauseinandersetzung. Nicht selten waren es auch spekulative Gründe bei der Erbteilung [7]).

Mittelbauern mit einem Besitz von 2—10 ha bildeten eine Zwischenschicht zwischen Großbauer und Arbeiter. Je nach der Ertragsfähigkeit des Bodens und je nach Lage des Gutes ist bei ihm noch der Drang zum Industriearbeiter festzustellen. Vielfach hat er schon an seinen landwirtschaftlichen Betrieb Nebenerwerbsquellen in Form von Fuhrgeschäften, Kolonialwarenhandlungen, Schnapsbrennereien angegliedert. Die Tendenz zum Arbeiter wächst mit der steigenden Generation. Wirtschaftlich steht er auf schwachen Füßen und hat um seine Selbständigkeit schwer zu kämpfen. Seine Ausgaben übersteigen oft bei weitem die Einnahmen. Interessant ist, daß 52% aller Ausgaben für Dinge des allgemeinen Bedarfs verwendet werden müssen wie Fleisch. Kleider und Schuhe, die die Familien früher selbst hergestellt haben [8]). Die Einnahmeseite des Haushaltes ist von der Marktenwicklung außerordentlich abhängig. Meist reichen die Einnahmen nicht aus, um ein Defizit auszugleichen. Die aufgenommenen Schulden können oft schwer abgetragen werden, sodaß den Kindern keine andere Möglichkeit übrigbleibt, als in ein festes Lohnverhältnis bei der Industrie überzutreten. Da eine innere Verbundenheit im Laufe der Jahre mit der Industriearbeit entstand, ist eine Rückkehr zur Landwirtschaft meist unmöglich, sodaß das väterliche Gut bei der Erbteilung zersplittert werden muß. Gewiß ist diese Entwicklungsrichtung nicht überall festzustellen und sie tritt umso seltener auf, je größer die räumliche Entfernung vom Industriezentrum ist. Wenn es außerdem noch gelingt, daß sich der Mittelbauer in seiner Produktion spezialisieren konnte, dann ist meistens die Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Betriebes gesichert [9]).

Der Kleinbauer mit einem Besitz unter 2 ha Land ist in der Regel schon von vornherein in seiner seelischen Konstellation zum Industriearbeiter vorbereitet. Schon im 18. Jahrhundert war seine wirtschaftliche Lage ungünstig durch die Verarmung der breiten Masse nach dem 30jährigen Krieg. Vielfach mußte er sich als Taglöhner durchschlagen oder mußte auswandern [10]). Im 19. Jahrhundert ging die Auswanderung deshalb zurück, weil die Heimat Industriekräfte verlangte. Der Übergang zum Industriearbeiter vollzog sich unter verschiedenen Begleitumständen. Bis das Arbeitsbedürfnis sich ausdrücklich herausgebildet hatte, war der Kleinbauer oft Taglöhner beim Großbauern, eine Erscheinung, die noch heute wahrzunehmen ist.

Von anderer Struktur in diesem Übergangsprozeß ist die Stellung des Heimarbeiters. So ist beispielsweise die Adt'sche Firma aus der Hausindustrie entstanden. Sie beschäftigt heute noch eine große Zahl dieser besonderen Arbeiterschicht [11]).

---

[7]) Kartels, J.: a. a. O. S. 217.

[8]) Kartels, J.: a. a. O. S. 218.

[9]) So können wir in Liedorf a/Saar und in Lautzkirchen an der Blies spezialisierte Gemüsebauern feststellen.

[10]) Vgl. a. Häberle, D. Auswanderungen und Koloniegründungen der Pfälzer im 10. Jahrhundert. Kaiserslautern 1909, S. 161.

[11]) Vgl. Göhler, A.: Die Dosen- und Papierlackwarenindustrie im Saargebiet, Frankfurt 1926.

Auch dort, wo der Kleinbauer ohne wirtschaftlichen Zwang zur Industrie ging, war er nicht ausschließlich Fabrikarbeiter. In den meisten Fällen konnte er seinen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb beibehalten.

Zusammenfassend können wir innerhalb der Wandlung des Kleinbauern zum Industriearbeiter drei Kategorien herausschälen:

1. Kleinbauern, zeitweise in der Industrie beschäftigt, um durch die Verdienste das Bauerngut schuldenfrei zu erhalten,
2. Kleinbauern als Heimarbeiter, nur im Winter in der Fabrik tätig.
3. Kleinbauern als Fabrikarbeiter, daneben das kleine Gut bestellend.

Wir haben oben festgestellt, daß die Industrie im Saargebiet ihre Arbeitermassen in der Hauptsache aus dem Bauernstande bezogen hat. besonders dann, wenn es sich um einheimische Arbeiter handelte. Diese traditionelle Verbundenheit ist bis die heutige Zeit wahrnehmbar. Das bestätigen Beobachtungen der Arbeitgeber [12]), wonach jährlich ein Teil der Arbeiter zur Zeit der Aussaat und der Ernte nicht auf der Arbeitsstelle erscheint und sich krank meldet; nicht etwa um Krankenversicherung zu erhalten, sondern um ihr Feld zu bestellen oder um die Ernte einzubringen.

Die industrielle Tätigkeit hat den Lebensstandard dieser drei Formen von Kleinbauern zu heben vermocht. Dadurch war es möglich, das Defizit im landwirtschaftlichen Betriebe auszugleichen.

Bei der letzten Gruppe der Kleinbauern ist die Eigenwirtschaft meist der Auflösung verfallen. Der Arbeitslohn spielt die Hauptrolle. Wie Schorr [13]) berichtet, konnte er an einem Beispiel die augenfällige Abhängigkeit des Arbeiters vom Markte sowohl als Käufer, wie als Verkäufer feststellen. Nur 24% seines Einkommens fallen auf die Landwirtschaft. Auf der Ausgabenseite werden fast alle Konsumgüter auf dem Markte gekauft, auch Brot, Milch und Fleisch.

So ist die Schicht des Kleinbauern im Industriezentrum allmählich ganz verschwunden. Nur in den Außenbezirken sind die landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse einer geringeren Wandlung unterworfen gewesen. Als Kleinbauer hat der Arbeiter in den meisten Fällen noch etwas Grundbesitz. Je nach der Vermögenslage sind auch eine Kuh, Ziegen, Schweine und Hühner vorhanden [14]). Auch Eigenhäuser sind durch-

---

[12]) Vgl. Müller, E.: a. a. O. Bd. 6 S. 12.

[13]) Schorr, A.: Zur Soziologie des Industriearbeiters an der Saar, Diss. Hamburg 1931, S. 26.

[14]) **Viehbestand im Saargebiet und in Deutschland.**

	Rinder		Schweine		Ziegen	
	Deutschland	Saargebiet	Deutschland	Saargebiet	Deutschland	Saargebiet
pro 100 Einw.	30,6	8,2	38,1	13,6	4	6,8
pro 100 ha landwirtschaftl. Fläche	65,2	75,7	81,2	125	8,6	62,8

weg feststellbar. Die jungen Eheleute wohnen meistens einige Jahre bei ihren Eltern, bis sie genügend Geld haben, um sich an der Peripherie des Dorfes ein Eigenheim zu errichten. Die mehrjährige Pause in der Belebung des Baumarktes während der Kriegszeit steigerte die Wohnungsnachfrage außerordentlich, sodaß auch in vielen Landgemeinden die Wohnungszwangswirtschaft eingeführt werden mußte. Erst in den letzten Jahren konnte durch eine erhöhte Bautätigkeit der Wohnungsmangel ausgeglichen werden.

Mit dieser Betrachtung sind jedoch die sozialen Strukturveränderungen nicht erschöpft, weil auch innerhalb der Arbeiterschaft selbst Wandlungen, die auf die Gewerkschaftsbewegung, auf die zunehmende Industrialisierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts und auf die Proletarisierungstendenz infolge besonderer politischer und wirtschaftlicher Ereignisse zurückgehen, in Erscheinung treten.

Der Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung übte weitgehenden Einfluß auf die Art der Bodenbestellung aus. Während der Anbau von Körnerfrüchten dauernd abnahm, war eine Ausdehnung innerhalb der landwirtschaftlichen Betriebe von Kartoffeln, Gemüse und Futtergewächsen festzustellen. Die Viehzucht, vor allem in den breiten Wiesen der Flußtäler erfolgreich durchgeführt, deckte zu Ende des vorigen Jahrhunderts nicht im entferntesten den Bedarf [15]). Das Pfund Fleisch kostete 1872 6—7, der Liter Milch 2—$2^1/_2$ Silbergroschen [16]).

Die in das saarländische Industriezentrum eingewanderten Arbeiter stammten in der Mehrheit aus den landwirtschaftlichen Gegenden der Kreise Saarlouis und Ottweiler, aus der Pfalz und aus Lothringen. Erklärlicherweise bevorzugen die Zuwanderer die größeren Orte, sodaß die Industriemittelpunkte die höchste Einwanderung zu verzeichnen hatten.

Aber auch die kleinen Orte nehmen zu, sofern sie in der Nähe größerer Industrieunternehmungen liegen. Man kann deshalb feststellen, daß sich der Zuwandererstrom mit gleichmäßiger Intensität über das saarländische Industriezentrum verteilt hat.

Diese Feststellungen identifizieren sich in der Hauptsache mit dem Inhalte des Goltzschen Wanderungsgesetzes im Saargebiet [17]), das die Bevölkerungsbewegung in ihrer allgemeinen Entwicklung kennzeichnet. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich der bäuerliche Besitz innerhalb der Bevölkerung nicht nur zu halten vermocht, sondern dank der günstigen Kombination von Landwirtschaft und Industrie, können heute noch im Kreise Saarbrücken 620 Menschen je qkm wohnen, ohne daß wir die typischen Mietskasernen anderer Industriereviere hier feststellen. Diese Dichte ist einmal auf die Bevölkerungsvermehrung innerhalb des Gebietes selbst, zum andern aber auch auf eine starke Zuwanderung aus dem Hinterlande zurückzuführen. Schorr fügt dieser allgemeinen Feststellung den Satz bei, daß in einem Gebiet mit günstigen Verkehrsverhältnissen, wo landwirtschaftliche und industrielle Tätigkeit bei einem großen Teil der Bevölkerung anzutreffen sind, die Auswanderung

[15]) Handelskammerbericht aus dem Jahre 1869, Saarbrücken. S. 10.
[16]) Handelskammerbericht aus dem Jahre 1872, Saarbrücken. S. 9.
[17]) Vgl. Schorr, A.: a. a. O. S. 40.

Bevölkerungsbewegung im Industriegebiet.

Ort	Einwohner 1843	1910	1922	Zunahme in % seit 1843
Saarbrücken Großstadt	10665	105089	116793	1000
Dudweiler, Jägersfreude	1905	21932	24472	1184
Sulzbach, Altenweiler, Hühnerfeld,	1130	22431	22943	1930
Friedrichsthal, Bildstock	871	13119	15405	1670
Quierschied, Göttelborn	626	6930	8416	1244
Guichenbach, Riegelsberg	451	5683	6335	1307
Neudorf, Altenkessel	224		6939	3002
Neunkirchen	2585	34539	35339	1390
Landweiler	363		5639	1465
Elversberg	25	6313	6855	27320
Wehrden	610	5407	6049	891
Brebach	260		2412	890
Wemmetsweiler	459		4250	826
Wadgassen	311		3259	951
Völklingen	1341		18319	1267
Fischbach	365		2484	600
Dillingen	1422		9154	544
Schwalbach	544		3321	510
Enzdorf	751		4450	506
Bous	671		4048	504
Wiebelskirchen	1468	8819	9312	533
Merschweiler	863		502	481
Spiesen	869		5065	482
Püttlingen	1901		10227	437
Hostenbach	582		3090	433
Fraulautern	1296		6940	434
Schaffhausen	519		2643	408
Pachten	622		3220	420
Schiffweiler	1061		5688	436
Scheidt, Rentrich	926		4278	361
Mittelbexbach	1317	5108	5823	342
Fürstenhausen	871		3975	357
Gaislautern	620		2756	344
Klarenthal	610		2609	328
St. Ingbert (1855)	5041	17278	19449	286
Rohrbach "	939	2915	3209	241
Hassel "	497	1610	1819	266
Saarlouis	4256		15084	254
Wellesweiler	758		2774	265
Bevölkerungszunahme durchschnittlich 100-200%				
Bevölkerungsbewegung i. Raum mit Agrarphysiognomie (Bliestal)				
Wolfersheim	262	407	451	72
Bubenheim	375	573	672	71
Ballweiler	431	625	739	71
Ormesheim	790	1058	1240	57
Wittersheim	367	582	564	54
Elzweiler	545	663	833	53
Bliesmengen	790	1024	1086	31
Reinheim	178	673	761	31
Gersheim	614	692	762	24
Bierbach	766	808	936	22
Babelsheim	638	616	743	16
Alschbach	413	438	470	14
Blieskastel	1645	1553	1820	11
Habkirchen	472	519	493	4

auf ein Minimum sinkt, die Bevölkerungsdichte (normale Bevölkerungszunahme und Zuwanderung) bis zur Grenze des Möglichen aufsteigt. Der äußere Gürtel des Industriegebietes bleibt jedoch in seiner bevölkerungspolitischen Entwicklung gegenüber dem Zentrum zurück. Die Zunahme betrug in den Jahren 1875—1925 je qkm 1—8 Personen in einem fünfjährigen Zeitraum, während sie in der gleichen Periode in den Kreisen Ottweiler und Saarbrücken sich zwischen 65 und 100 Personen bewegte.

Die Zuwanderungstendenz ins Industriegebiet bewirkte jedoch keine Entvölkerung in den Außenbezirken. Freilich bleibt die Bevölkerungsvermehrung hinter der des Industriebezirkes zurück. Wenn auch vereinzelt eine kleine Abnahme in wenigen Orten festgestellt werden kann. so sind das Ausnahmen, denen die Mehrheit der Orte mit umgekehrter Tendenz entgegensteht. Diese Beobachtungen stimmen mit den Goltzschen Gesetzen überein, daß die bäuerliche Bevölkerung, auch soweit sie in Beziehungen zur Industrie steht, seßhaft ist. Vielfach kann die industrielle Tätigkeit als ein Verdienstausgleich charakterisiert werden.

Eine Entvölkerung mit all ihren Folgeerscheinungen ist nicht anzutreffen.

Mit diesen Wanderungserscheinungen trat naturgemäß eine Verschiebung der Konfessionsverhältnisse auf. Da die Kreise Saarbrücken und Ottweiler die stärkste Veränderung aufzuweisen haben, seien diese Einheiten näher untersucht.

Beide Kreise waren vor 1800 Teile des Fürstentums Nassau-Saarbrücken. Durch den Übertritt der Grafen zum Protestantismus war auch die Bevölkerung in ihrer Mehrheit protestantisch geworden [18]). Obgleich in den Reunionskriegen der Grundsatz des „cuius regio, eius religio" durch die Franzosen durchbrochen wurde, und durch die Erwerbung der ehemaligen Herrschaft Püttlingen das katholische Element stärker zum Ausdruck kam, war doch noch um 1800 der protestantische Volksteil in der Mehrheit. Diese Situation war auch noch feststellbar, als 1815 im zweiten Pariser Frieden die katholischen Orte Auersmacher, Kleinblittesdorf und Hanweiler hinzugeordnet wurden. Die um beide Kreise liegenden Gebiete (Teile des Kurfürstentums Trier und des Herzogtums Lothringen) wiesen rein katholische Bevölkerung auf.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts vollzog sich nun eine Umschichtung in den beiden Innenkreisen zu Gunsten des katholischen Volksteils. Wenn wir im Jahre 1842 im Kreise Saarbrücken noch 20 180 Protestanten und 18 099 Katholiken zählen, so war das Verhältnis im Jahr 1875 schon 48 900 zu 74 159 und 1910 55 251 zu 114 767.

Diese Veränderungen innerhalb des Zahlenverhältnisses der religiösen Bekenntnisse im Kreise Saarbrücken lassen sich bei der Analyse der größeren Industrieorte in dieser Richtung deutlich feststellen [19]).

[18]) Ruppersberg, A.: a. a. O. S. 303.

[19]) Berichte des Stat. Amtes der Reg.Komm. des Saargeb. Hefte 1—10.

Ort	Protestanten	Katholiken
Saarbrücken		
Stadtteile St. Johann	15 446	18 254
Stadtteile Saarbrücken	18 879	14 244

Auffallend an dieser Gegenüberstellung ist die Erscheinung, daß an den Orten der großen Hüttenwerke wie Burbach, Völklingen und Neunkirchen der katholische Bevölkerungsteil stark hervortritt. Daraus dürfte geschlossen werden, daß die Zuwanderung aus solchen Gebieten herrührt, die früher dem Kurfürstentum Trier angehört haben [20]).

Besonders typisch zeigen sich die Folgen, die aus der Zuwanderung der Arbeiterschaft in der Gemeinde Dudweiler ersichtlich sind. Dort waren in den Jahren 1842—1858 227 Bergmannshäuser erbaut worden, sodaß $^2/_3$ der Gesamteinwohnerschaft dem Arbeiterstande angehörten. Da aber das Einkommen eines Bergmanns nur 160—180 Taler um diese Zeit betrug [21]) und nach einem Arbeiterbudget für den Kreis Ottweiler [22]), wo immerhin die Möglichkeit kleiner landwirtschaftlicher Betätigung gegeben war, die Ausgaben für den Haushalt 200 Taler ausmachten, konnte die Gemeinde keinen Steuerertrag vom großen Teile ihrer Bevölkerung erwarten.

Stadtteile Malstatt	10 014	17 862
Stadtteile Burbach	8 775	17 372
insgesamt	53 114	67 732
Brebach	12 333	8 342
Dudweiler	9 893	13 096
Friedrichsthal	4 149	9 604
Gersweiler	4 006	4 195
Heusweiler	3 411	8 317
Kleinblittersdorf	459	5 362
Ludweiler	3 290	8 569
Püttlingen	2 124	17 129
Quierschied	1 117	11 424
Riegelsberg	4 220	10 023
Sulzbach	9 138	12 851
Völklingen	9 858	23 633

Die Zahlen gelten für die Bürgermeistereien, die immer eine Anzahl von Orten umfassen.

[20]) Vgl. Ruppersberg, A.: a. a. O. Das Verhältnis der Protestanten zu den Katholiken im Kreise Saarbrücken. S. 107 ff.

Jahr	Protestanten	Katholiken
1842	20 180	18 099
1855	23 409	24 658
1858	25 433	30 296
1861	27 603	34 210
1885	48 900	74 159
1910	102 322	170 900

Vgl. a. Saarbrücker Zeitung vom 22. April 1930. Die Bevölkerungsbilanz des Saargebietes: Auf eine Eheschließung entfielen im Saargebiet:

	1926	1927	1928
Bei Katholiken	2,93	2,68	2,46
Bei Protestanten	2,17	1,96	1,93
Bei Juden	1,29	2,03	1,64

[21]) Vgl. Gärtner, von, Landrat: Verwaltungsbericht für den Kreis Saarbrücken 1842—1858 S. 68.

[22]) Schlechtenthal, E., von: Versuch einer statistischen Darstellung des Kreises Ottweiler. Neunkirchen 1843 S. 145.

Dadurch erreichten — wie Brandt zitiert [23]) — die Kommunalsteuerreste der Bergarbeiter eine beträchtliche Höhe. Infolgedessen konnte die Gemeindeverwaltung ihren kommunalen Verpflichtungen nicht nachkommen. Man suchte diesen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, indem man die Arbeiterkolonien zu selbständigen Gemeinden mit eigener Verwaltung erheben wollte, um damit die Bergverwaltung moralisch zu verpflichten, für den Gemeindebedarf dieser ausgesprochenen Bergmannsorte aufzukommen. Die Bergverwaltung wollte aber auf diese Umgruppierung nicht eingehen und verwies immer auf die Vorteile, welche den Gemeinden durch die Entwicklung des Bergbaues erwachsen seien: Steigerung des Grundstückwertes, Preiserhöhung der landwirtschaftlichen Produkte, Verbreitung der Kaufkraftbasis.

Außerdem wäre die Bildung einer Verwaltungsbehörde unmöglich, weil es an geeigneten Persönlichkeiten für die leitenden Positionen fehle. „Die Einwohner seien abhängig vom Bergamt und nicht imstande, selbständige Beschlüsse zu fassen, sodaß ihre Verwaltung tatsächlich vom Bergamt zu führen wäre, was zu Unzuträglichkeiten führen müsse“ [24]).

Diese auseinandergehenden Auffassungen führten zur Einberufung einer Konferenz, in der Vertreter des preußischen Ministers auf die Wohlfahrtseinrichtungen des französischen Industriellen de Wendel in Stieringen hinwiesen und schließlich erklärten, daß die Staatsregierung nicht hinter der Privatindustrie zurückbleiben wolle.

Andererseits könnten die Kolonien nicht in selbständige Gemeinden umgewandelt werden und auch den Bergwerksfiskus könne man nicht zu ihrer Unterstützung heranziehen. Man fand eine Zwischenlösung, daß Gemeinden ohne Arbeiterkolonien aber mit erheblicher Arbeiterbevölkerung diesen notleidenden Gemeinden Zuschüsse leisten sollten. Als wichtigstes Ergebnis dieser Verhandlungen möchten wir den Beschluß festhalten, daß die freiwillige Veräußerung des Siedlungshauses ohne Genehmigung des Bergamtes untersagt wurde, trotzdem der Arbeiter nach mehreren Jahren völliger Eigentümer geworden war. Dadurch war eine freie Verfügungsgewalt über das eigene Gut aufgehoben. Das gleiche Abhängigkeitsverhältnis bestand auch in der Freiheit des eigenen Entschlusses, wie aus einer Bemerkung A. von Brandts in seinem Buche hervorgeht. Brandt sagt auf Seite 27, „daß sich die Ansiedler wenig um den Bau ihrer Häuser gekümmert hätten und es lieber vorzogen, in das fertige Haus einzuziehen, statt ihre Kräfte zur Errichtung desselben anzustrengen. Auch hätten sich in den günstig gelegenen Kolonien Leute gemeldet, die kein Vermögen besaßen und vielfach unsolide Elemente gewesen seien. Deshalb hätte der Knappschaftsverband den Bau selber in die Hand nehmen müssen, während den Bau nur nominell der Bergmann errichtete. Den Hausbaulustigen hätte ohne Gefahr der Verschleuderung nicht die geringste Summe in die Hand gegeben werden können, und deshalb sei die feste Seßhaftmachung der Arbeiter und die Räumung der Schlafhäuser in weite Ferne gerückt.“

Man begreift diese Begründung nur, wenn man die Stellung Brandts

[23]) Brandt, von, A.: a. a. O. S. 19.
[24]) Brandt, von, A.: a. a. O. S. 23 ff.

näher untersucht. Brandt war Mitarbeiter des Landratsamtes von Saarbrücken und hatte in dieser Eigenschaft die wirtschaftlichen und die sozialen Verhältnisse innerhalb der Bergarbeiterschaft nur aus der Perspektive an Hand des ihm gebrachten Materials studieren können. Wer aber aus eigener Anschauung, besonders in der Nachkriegszeit in den Arbeiterdörfern beobachten konnte, mit welch hingebender Aufopferung der Bergmann in Gemeinschaft mit seinen Arbeitskollegen in seiner Freizeit das Eigenhaus errichtet hat, der versteht daß es sich bei Brandt um propagandistische Darstellungen handelte.

Neben der schweren Schicht unter Tag haben die Bergleute alle notwendigen Arbeiten selbst verrichtet, oft bis in die späte Nacht. Das ist ja das Lebensziel jedes Bergmanns im Saargebiet, ein kleines Haus zu besitzen. Und darum kämpft er mit seinem spärlichen Arbeitseinkommen bis oft an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit.

Das gleiche asoziale Verhalten der Bergverwaltung wie in den Fällen des Hausverkaufs war festzustellen, als von ihr das Bedürfnis zu einer Vermehrung der landwirtschaftlichen Nebenbeschäftigung innerhalb der Arbeiterschaft bestritten wurde mit dem Hinweis, daß die achtstündige Schicht keine Zeit dafür ließe.

Doch mußte dieser Standpunkt bald aufgegeben werden, weil die Bergwerksbehörde später selbst erkannte, daß die tüchtigsten Arbeiter aus landwirtschaftlichen Distrikten stammten. Im Gegensatz zu diesen festgeronnenen Meinungen, jede ablenkende Tätigkeit aus der Interessensphäre des Bergarbeiters zu verbannen, war die Bergverwaltung bestrebt, das Standesgefühl und die korporative Gesinnung stark zu züchten.

Diese Absicht bezog sich auf das außerberufliche Privatleben, um die ganze freie Zeit des Bergmanns für eigene Zwecke und Ziele einzuspannen. Die Uniformierung als äußeres Erkennungszeichen wurde eingeführt, ebenso der bergmännische Gruß. Musikkapellen, zusammengesetzt aus Bergleuten, gaben festlichen oder traurigen Veranstaltungen besonderen Charakter. Beerdigungsfeierlichkeiten, besonders bei Grubenunglücken, wurden in prächtiger Weise durchgeführt, um die Gefährlichkeit des Arbeiterdaseins bei Musik und Bier zu vergessen. — Das stille Gebet ging der Einfahrt in die Grube voraus.

Kirche und Schule wurden besondere Sorgfalt gewidmet. Noch heute überragen große, mächtige Kirchen, weithin sichtbar, die eintönigen Arbeiterkolonien. Die Verwaltung stellt Räume zu religiösen und schulischen Zwecken zur Verfügung. Vereinsbildungen unter den nur denkbarsten Gesichtspunkten gehörten zu den typischen Erscheinungen des Industriereviers, um damit auch außerhalb der beruflichen Tätigkeit einen Einfluß auf die Korporation zu gewinnen. Fortbildungsschulen, Nähschulen, Industrieschulen (1863 waren es 14, 1866: 30 [25]) dienten vor allem den Töchtern der arbeitenden Bevölkerung. Dabei mußte der Unterricht immer von einer unverheirateten Lehrerin erteilt werden.

Um den Spartrieb zu wecken, wurden Kreissparkassen gegründet, so in Saarlouis 1857, in Saarbrücken 1858, in St. Wendel 1859 und in Ottweiler 1869.

---

[25] Vgl. Brandt, A. von: a. a. O. S. 31.

Bei aller sozialen Gleichmäßigkeit konnte es nicht verwundern, wenn infolge der verschiedenartigen Zusammensetzung der Bevölkerung die auch aus italienischen, polnischen, französischen, mitteldeutschen, belgischen und saarländischen Typen bestand, manche Unzuträglichkeiten sich einstellten. So berichtet Brandt [26]), daß das Zusammenleben der Familien mit fremden, heimatlosen Burschen dazu angetan war, die Familienbande zu lockern. „Wilde Ehen, Ehebruch, uneheliche Geburten mehrten sich. Die Schlafhäuser mußten einer besonderen polizeilichen Revision unterstellt werden. Unter dem Einfluß des übermäßigen Alkoholgenusses mehrten sich die Rohheitsdelikte." —

Das veranlaßte die Bergverwaltung, den Wirtshausbesuch an Lohntagen zu untersagen. Ja, sie drohte sogar mit dem Konzessionsentzug bei Außerachtlassung dieser Verbote. Gegen die Rohlinge selbst ging der Bergfiskus mit Entlassung von der Arbeitsstätte vor.

Wenn auch die Industrie dem saarländischen Landschaftsbild einen besonderen Ausdruck gibt, so ist doch noch ein agrarisches Hinterland vorhanden, das mehr an der Peripherie des Industriezentrums sichtbar wird und das im Blies- und Saartal, sowie im Hunsrückvorland noch Formenreste aufweist. Es äußert sich in einer kombinierten Acker-, Wald- und Wiesenlandschaft, deren wirtschaftlicher Zug im wesentlichen durch den Ackerbau bestimmt wird.

Prozentuale Verteilung der Bodenbenutzung.

Kreis	Acker	Wald	Wiese
Saarlouis	50	23	18
Merzig	47	30	13
St. Wendel	56	20	16
Ottweiler	48	22	15
Homburg	40	34	20
St. Ingbert	30	32	25
Saarbrücken	23	49	20

Diese Verteilung besteht in ihrem Verhältnis seit Anfang des 19. Jahrhunderts. Die besonderen Tallagen der Kreise Saarlouis, Homburg, Saarbrücken und St. Ingbert rechtfertigen den starken Anteil der Wiesen und Weideflächen. Durch rationellere Bewirtschaftung, besonders durch Aufgabe der Dreifelderwirtschaft, durch Verwendung des künstlichen Düngers und nicht zuletzt durch die erbrechtliche Verteilung des Code Civil [27]) wurde die Ertragsfähigkeit der Anbauflächen gesteigert. Der Anbau vollzog sich noch 1923 [28]) unter folgender Verteilung:

---

[26]) Vgl. Brandt, A. von: a. a. O. S. 30.

[27]) Das individualistisch eingestellte Erbrecht des Code Civil wurde von Napoleon 1804 eingeführt (vergl. a. Ruppersberg, Geschichte der Grafschaft Saarbrücken S. 228). Der Grundgedanke dieses Erbrechtes ist die Gleichberechtigung aller Erben über das Eigentum des Erblassers. Niemand ist gezwungen, in ungeteilter Gemeinschaft zu leben. Jeder Miterbe kann das Erbanteil verlangen. Bei ungerechter Verteilung ist die Anfechtung des Erbvertrages möglich. Trotzdem enthält der

Prozentsatz des Anbaus.

Kreis	Getreide	Kartoffeln	Futterpflanzen
Ottweiler	57,5	27,7	14,6
Saarbrücken	51	27,8	21,1
Homburg	56,3	31,9	11,9
St. Ingbert	49,6	25,1	25,2
St. Wendel	48,6	30,8	20,4
Merzig	40,8	21,6	37,6
Saarlouis	22,8	27,5	19,6

Der auffallend hohe Prozentsatz des Kartoffelbaues in allen saarländischen Landkreisen bestätigt die Teilnahme der relativ geringen Landwirtschaft an der Ernährung der Industriebevölkerung. Selbstverständlich konnte infolge der eigenartigen Bodenbeschaffenheit der Gesamtprozentsatz der Produktion für die Saarbevölkerung nicht sehr groß sein. Denn, um die Rentabilität eines landwirtschaftlichen Betriebes zu sichern, muß das Gut die Mindestgröße von 10 ha haben. Da die ganze landwirtschaftliche Fläche im Saargebiet nur 114 000 ha beträgt, lassen sich daraus 11 400 lebensfähige Betriebe mit 10—12 Personen rekonstruieren, sodaß 120—140 000 Menschen durch die eigene Landwirtschaft er-

---

Code Civil auch Schutzbestimmungen gegen die Zerschlagung größerer Stammesgüter Diese Bestimmungen sind im Köllertal und im Bliestal zur Anwendung gekommen, wonach das erste Kind den Bauernhof erhalten hat und die übrigen Kinder freie Berufe ergreifen mußten.

Die Vorschriften dieses Erbrechtes, das in der Hauptsache ohne die erwähnten Schutzbestimmungen im Saargebiet zur Anwendung kam, sind für die soziale Schichtung innerhalb der Arbeiterschaft von Wichtigkeit. Bei der großen Anzahl der Bergleute, die sich aus landwirtschaftlichen Zentren rekrutierten, erfuhr das saarländische Landwirtschaftsgebiet durch die wiederholte Erbteilung eine immer größere Parzellierung, sodaß an einem Erbgute mit der Zeit immer mehr Personen Anteil nehmen konnten. Außerdem gelangte aber auch ein großer Teil der Äcker in den Besitz der Bergleute, die man heute noch „Bergmannsbauern" nennt. Die Betriebszählungen der Jahre 1882, 1885 und 1907 zeigen deutlich diese Verteilung und lassen ihre Fortentwicklung erkennen. Es betrug z. B. der prozentuale Anteil aller landwirtschaftlichen Betriebe unter 2 ha:

Kreis	1882	1895	1907
Merzig	57,87	58,68	64,16
Saarlouis	63,15	67,64	75
St. Wendel	42,27	42,68	47,14
Ottweiler	69,32	71,74	78,74
Saarbrücken	82,95	82,51	87,51

Der Anteil der Arbeiterschaft am Besitz landwirtschaftlichen Bodens, wenn auch in kleinem Maße, war mit ein Faktor für die Verlangsamung der Proletarisierung des Saararbeiters im Gegensatz zu anderen Industriezentren, wo der Arbeiter nur auf seinen Arbeitslohn angewiesen ist.

[28]) Bericht des statistischen Amtes der Regierungskommission des Saargebiets 1923, Heft 1.

nährt werden könnten. Das sind aber nur 20% der Gesamteinwohnerschaft. $^4/_5$ aller Nahrungsmittel müssen demnach in das Saargebiet importiert werden. Lothringen und die Pfalz waren in der Vorkriegszeit die Hauptlieferanten [29]). Durch die politische Abschnürung hat sich das Verhältnis zu Gunsten Lothringens und Frankreichs stark verschieben müssen.

Hinsichtlich der natürlichen Landschaften hat die Volksdichte von 1871 bis 1910 folgende Veränderungen erfahren:

Volksdichte.

Landschaft	1871	1895	1910	Prozentuale Zunahme in 40 J.
Kohlenzentrum	332	636	1038	214
Saartal	376	778	1149	206
Pfälz. Muschelkalk- u. Buntsandsteingebiet	74	110	150	116
Lothr. Muschelkalkfläche	64	86	119	86
Hunsrückvorland	88	112	138	57 [30])

Die Tabelle zeigt die anhaltende Steigerung der Bevölkerungszunahme in allen Teilen des Saargebiets. Die stärkste Bevölkerungsdichte, absolut genommen wie die Bewegung konstanter Steigerung, weisen das Saartal und das Kohlenrevier auf. Die riesenhafte Aufwärtsentwicklung des Bergbaues und der ihm verwandten Industriezweige haben die Ansiedlung breiter Arbeitermassen gefordert. Der dorfhafte Charakter der Siedlungen verwandelte sich in Industrierevire, deren Einwohnerzahl in rascher Folge die 10 und 20 000er Grenze überschritten hat. Auch die Agrargebiete haben immerhin eine Aufwärtsentwicklung in ihrer Bevölkerungszahl aufzuweisen, wenn auch vornehmlich um die Jahrhundertwende die Auswanderung aus diesen Zentren in die reinen Industriegebiete zurückgegangen ist.

Der Zuwanderungsgewinn dieser jungen Arbeiterstädte rekrutiert sich hauptsächlich aus Einwanderern von der Pfalz, vom Hunsrück, der Eifel und aus Lothringen. Wie eine Statistik der preußischen Bergbauverwaltung ausweist [31]), befinden sich im Jahre 1900 unter einer Gesamtbelegschaft von 53 000 Bergleuten 1500 außerhalb des Saargebiets beheimatet. Eigenartig ist bei aller industriellen Entwicklung, sozialen Ausweitung und Umschichtung der Arbeiterschaft die hohe Zahl der Hausbesitzer und Landeigentümer. Der enge Konnex mit Haus und Boden hat starken Einfluß auf die religiösen und politischen Anschauungen gewonnen und neben anderen Tendenzen, wie Einfluß der Geistlichkeit und Abwehrkampf in politischen Fragen, die Geschwindigkeit der Prole-

[29]) Vgl. a. Straus, E.: Die Einverleibung des Saargebietes in das französische Zollsystem und die wirtschaftlichen Folgen für den saarländischen Handel. Sbr. 1926, S. 20.

[30]) Rixecker, O: Die Bevölkerungsverteilung im Saargebiet. Berlin 1930, S. 76.

[31]) Bergwerksdirektion Saarbrücken, Die Arbeiterschaft der königl. Steinkohlengruben bei Saarbrücken 1900.

tarisierung gehemmt. Eine Tabelle [32]) aus dem Jahre 1910 für die Bürgermeisterei Wiebelskirchen bei Neunkirchen überzeugt von dem ausgesprochen starken Haus- und Grundbesitze innerhalb ihrer Bevölkerung.

	Es sind Haus-u.Grundbesitzer:		
Gemeinde	Einwohnerzahl	Im Bergbau Beschäftigte:	i.d.Hütten-industrie Besch.
Wiebelskirchen	8722	68.79 %	45.39 %
Hangard	1381	84.15 %	87.5 %
Münchwies	946	89.26 %	-
Fürth	885	96.46 %	-
Lautenbach	726	78.07 %	-

Bevölkerungsdichte des Saargebiets 1843 und 1922.

	Einwohner		Gesamtfläche in qkm		Einwohner auf 1 qkm	
	1843	1922	1843	1922	1843	1922
Homburg	11754	41291	217.80	217.80	54	189
Merzig	16605	34057	190.20	190.20	87	184
St.Wendel	14609	30211	162.70	162.70	90	185
Ottweiler	28692	133812	299.20	299.20	96	448
St.Ingbert	20952	49396	179.80	197.70	105	249
Saarlouis	45648	126151	433.00	433.00	105	291
Saarbrücken Land	38779	181390	380.40	329.10	102	551
Saarbrücken Stadt	10665	116793	51.4	51.4	207	2272

Volksdichten des ganzen Saargebietes.

Jahr	Bevölkerung	Dichte auf 1 qkm
1820	123958	65
1843	176158	93
1871	272610	143
1895	440566	230
1910	652294	341
1925	770830	405
1927	774546	405
1932	815907	427

[32]) Offermann: Bürgerbuch der Bürgermeisterei Wiebelskirchen, Neunkirchen 1911, S. 20.

Die soziale Lage der Arbeiterschaft, insbesondere die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung nach dem deutsch-französischen Kriege 1870.

Der Ausgangspunkt der saarländischen Gewerkschaftsbewegungen liegt in der Gründung der Knappschaftsvereine, deren Bestand schon zur Zeit des Merkantilismus nachgewiesen ist [1]). Es waren soziale Einrichtungen auf genossenschaftlicher Basis, deren ursprünglicher Aufbau ähnlich wie die Zunftkassen, die Unterstützung von arbeitsunfähigen Genossen zum Gegenstand hatten. Eine fürstliche Verordnung im Jahre 1769 sanktionierte diese Einrichtungen und zentralisierte sie 1779 als Knappschaftskassen in Gemeinschaft mit den anderen bei den Steinkohlenbergwerken im Saargebiet gebildeten [2]).

Mit der Übernahme der Steinkohlengruben 1815 durch den preußischen Staat, erfolgte ihre Verwaltung durch die Bergwerksdirektion.

In der Hüttenindustrie waren in jener Zeit genossenschaftliche Ansatzpunkte überhaupt nicht gegeben, sodaß hier eine geschlossene Entwicklung erst in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts einsetzen konnte. Für sämtliche Industriearbeiter sah das Gesetz Beitrittsrecht und Beitrittspflicht vor, ebenso wie auch die Arbeitgeber zu den verpflichteten Leistungen zwangsweise herangezogen wurden. Die Knappschaftskassen selbst konstituierten sich zu juristischen Personen mit eigener Verwaltung, während der Staat nur das Aufsichtsrecht ausübte. Obgleich eine einheitlich geschlossene Arbeiterschaft zu damaliger Zeit weder im Revier, noch auf den einzelnen Hütten anzutreffen war, erstreckte sich die Mitgliedschaft in dieser Sozialorganisation sowohl auf die Arbeiter, als auch auf die Fuhrleute und Erzgräber. Bis zum heutigen Tage haben sich die Grundzüge jenes Gesetzes erhalten, wonach die beschlußfassenden Organe dieser Knappschaftskassen die Vorstände sind, die zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern delegiert werden. Bis 1906 entsprach die Zusammensetzung der Beitragsleistung zu den Kassen nicht den sozialen Bedingungen, weil die Werksbesitzer ein Drittel, die Arbeiterschaft aber zwei Drittel aufbringen mußten. Entsprechend den Forderungen an den Verein gliederten sich die Teilnehmer in selbständige, unselbständige und jugendliche Mitglieder. Zu den Jugendlichen zählten alle bis zum 16. Lebensjahre und erst dann konnte bei vollkommner Gesundheit und bei tadellosem Lebenswandel eine Aufrückung in die Gruppe der Selbständigen erfolgen. Die neue Einstellung älterer Arbeiter als vollberechtigte und vollverpflichtete Mitglieder war an eine 6- bzw. 7jährige Tätigkeit auf den Werken ge-

---

[1]) Collet, Josef: a. a. O.

[2]) Beck F., Die Geschichte des Regierungsbezirkes Trier von 1868 bis 1871.

bunden. Die Aufrückung selbst erfolgte unter zunftartigen Zeremonien, Aufnahme durch Handschlag und Verpflichtung auf die Statuten vor versammelter Knappschaft. Im Laufe der Jahre schliffen sich diese Bräuche ab. Die Aufnahme erfolgte unter vereinfachten Bedingungen, besonders wenn der Vater schon selbständiges Mitglied der Kasse war. Gesundheit, Fleiß, Geschicklichkeit, Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte und sittlicher Lebenswandel blieben immer die Vorbedingungen der Kassenmitgliedschaft. Von der Zugehörigkeitsdauer waren sowohl Beitragshöhe wie Leistungsansprüche abhängig, die folgendermaßen formuliert waren [3]):

1. Bei Krankheitsfällen freie Kur und Arzneien für die Personen des Versicherten.
2. Ein Krankheitslohn während der Dauer der ohne grobes Verschulden entstandenen Krankheit.
3. Eine lebenslängliche Invalidenrente bei einer ohne grobes Verschulden eingetretenen Arbeitsunfähigkeit.
4. Ein Beitrag zu den Begräbniskosten.
5. Unterstützung der Witwen auf Lebenszeit.
6. Unterstützung der Waisen bis zum zurückgelegten 14. Lebensjahre.
7. Außerordentliche Unterstützung.

Die Arbeiter zwischen dem 16. und 23. Lebensjahre als unselbständige Mitglieder hatten nur bei unverschuldeten Betriebsunfällen Anspruch auf die Gesamtleistungen, in allen anderen Fällen waren nur die Bestimmungen unter 1, 4 und 7 auf sie anwendbar. Jugendlichen Mitgliedern wurde bei Gesundheitsstörungen freie Kur und Arznei, evtl. Krankenlohn für 3 Monate zugebilligt.

Nach dem Muster der Bergwerksknappschaft erfolgte im Laufe der 60er Jahre die Gründung der Hüttenknappschaften, so der Neunkircher Knappschaftsverein, der Knappschaftsverein der Burbacher Hütte, der Knappschaftsverein der Dillinger Hütte und der Halberger Knappschaftsverein. Obgleich durch das Berggesetz von 1865 eine Verpflichtung zur Errichtung von Kassen auf den Hüttenwerken nicht mehr bestand, wurden die bestehenden Organisationen aufrechterhalten. Sie bildeten sich allmählich in Wohlfahrtseinrichtungen um, die der Werksleitung unterstanden. Wenn die Werksbesitzer diese charitativen Organisationen, ohne daß eine gesetzliche Verpflichtung für ihre Aufrechterhaltung bestand, nicht aufgelöst haben wollten, so lag diese Entscheidung in der Lage des damaligen Arbeitsmarktes begründet. Durch die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften, infolge der Industrialisierung, hatte eine starke Wanderbewegung, verbunden mit Konzentrationserscheinungen innerhalb der Arbeiterschaft in den Industriezentren eingesetzt. Für die Auswahl der Arbeitsstätten waren nicht nur die Lohnhöhen und die Siedlungsgelegenheiten maßgebend, sondern ebenso das Risikominimum bei der Ausübung des Berufes und die Versorgungsmöglichkeiten bei Unglücksfällen. Da aber die staatliche Grubenverwaltung in ihren sozialen Einrichtungen günstige Arbeitsbedingungen geschaffen hatte und

[3]) Statuten der Knappschaftskassen der Steinkohlenbergwerke von Nassau-Saarbrücken.

damit vor allem die Masse der Qualitätsarbeiter an sich riß, war die Hüttenindustrie gezwungen, Ausgleichsmaßnahmen zu treffen, um sich einen gesunden Arbeiterstamm zu erhalten. Das führte zur Beibehaltung der bestehenden Knappschaftsvereine trotz einer finanziellen Mehrbelastung. Der soziale Zug dieser Einrichtungen wird in den übrigen Industriezweigen durch die Gründung privater Pensionskassen in der Glas- und Steingutfabrikation, auf dem St. Ingberter Eisenwerk [4]) und auf der Völklinger Hütte eindeutig bekundet. Diese festen Organe leisteten, als auch später der staatliche Zwang gefallen war, nützliche Arbeit. Kein Arbeiter wollte die Pensionsberechtigung missen. Die Hoffnung, bei zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit oder bei unverschuldetem Unglücke den Hinterbliebenen eine Einkommensquelle zu hinterlassen, ohne die privaten Reserven angreifen zu müssen, hat die Konflikte innerhalb des Arbeitsverhältnisses stark vermindert.

Die weitere Entwicklung der Knappschaftsvereine veränderte vielfach die Statuten, ohne jedoch die Grundideen zu verschieben. So erfolgte im Laufe der Zeit die Ausdehnung der Kassenleistungen auf die Arbeiterinnen und die Krankheitszuwendungen an Kinder und andere Familienmitglieder. Als 1883 die soziale Gesetzgebung im Deutschen Reiche begründet wurde, konnten die saarländischen Knappschaftskassen als wichtige Vorläufer dieser Sozialeinrichtung bestehen bleiben. So weit ihre technische Durchführung den Gesetzen nicht entsprach, paßten sie sich an, so in der Lastenabwälzung für die Unfallversicherung auf die Unternehmer, in der Zuschußverteilung der Alters- und Invalidenversicherung auf die Arbeitgeber und in der Versicherung der Gesellschaften. Die Trennung in Pensions- und Krankenkassen, die laut Knappschaftsnovelle am 1. Januar 1908 in Kraft getreten ist, war im Saargebiet schon längst durchgeführt, gleich wie die Gruppierung der Kassenmitglieder nach Gehaltsklassen und Beschäftigungsdauer. Um einer Beschränkung der Freizügigkeit, die sich einstellen konnte, als Arbeitswechsel gleichzeitig Rechtsverlust bedeutete, entgegenzuwirken, wurde die Auszahlung von Anerkennungsgeldern oder deren Rechtsübertragung auf einen anderen Verband geschaffen.

Die Knappschaftsvereine wollten aber auch in ihren allgemeinen charitativen Leistungen nicht hinter der Bergwerksknappschaft zurückstehen. Sie gewährten deshalb ihren Mitgliedern aus den verfügbaren Geldern vielfach Darlehen zum Erwerb von Kleinwohnhäusern und anbaufähigem Land. Diese Bestrebungen wurden von einzelnen Industriellen besonders unterstützt, um einen Stamm von seßhaften Qualitätsarbeitern immer zur Verfügung zu haben. Der Hüttenbesitzer Karl Ferdinand von Stumm hatte schon 1869 als Vertreter seines Heimatwahlkreises im norddeutschen Reichstag [5]) bei der Beratung der Gewerbeordnung einen Antrag eingebracht, daß Zwangskassen nach dem Muster der Knappschaftskassen für alle Industriearbeiter einzurichten seien. Wenn auch erst 14 Jahre später Stumms Vorschläge den Reichstag überzeugen konnten, so haben sich bei der reichsgesetzlichen Rege-

[4]) St. Ingbert liegt in der bayrischen Pfalz. Hier hatte das preußische Gesetz keine Gültigkeit.

[5]) Die Reden des Freiherrn Karl Ferdinand von Stumm - Halberg. Berlin 1915. Bd. 11, S. 44 ff.

lung der sozialen Fürsorge seine Erfahrungen nützlich erwiesen. Die saarländischen Knappschaftsvereine waren zu Beginn der patriarchalischen Ära ihrer inneren Struktur nach Wohltätigkeitsorganisationen ohne gewerkschaftliche Ziele. Das lag einmal in der Zentralisation der Berg- und Hüttenindustrie bei einer kleinen Unternehmergruppe begründet, zum andern trug aber auch die heterogene Zusammensetzung der saarländischen Arbeiterschaft dazu bei. Die Berg- und Hüttenarbeiter waren zwar gegen Ende des 19. Jahrhunderts bodenständig geworden, aber sie waren nicht nur Arbeiter, sondern auch Kleinparzellenbesitzer und Landwirte im Nebenberuf. Hinzu kommt die stete Zuwanderung von Arbeitern aus reinen landwirtschaftlichen Gegenden, der vorübergehende Aufenthalt auf der Arbeitsstätte und die Neuerscheinung der sozialen Versorgung, wie man sie bisher überhaupt nicht gekannt hatte. Diese Umschichtung der sozialen Gebundenheit wurde vertieft durch die verschiedenartigen Formen der Beihilfen, Darlehen und Kapitalzuschüsse für den Häuserbau, durch das Vorschußsystem auf den zukünftigen Lohn [6]), sodaß die gesamten Lebensbedingungen der Arbeiterschaft in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den Unternehmern eingeschlossen waren. Diese wiederum wollten sich durch die Form einer so bedeutenden Hilfsbereitschaft einen seßhaften Arbeiterstamm heranbilden, der sich weder politisch färben, noch sozial differenziert gliedern sollte. Gewisse Abstufungen in Bezug auf den Besitz waren nicht zu umgehen. Aber diese Schichtung äußerte sich nicht auf der Arbeitsstätte und konnte daher keine augenscheinlichen Lagerungsdifferenzen schaffen, welche die Voraussetzungen der früheren politischen Organisationen gewesen sind. Während in den deutschen Industriegebieten die Ansätze einer politischen Aktivität zu gleicher Zeit bei der Arbeiterschaft bemerkt wurden, waren im Saargebiet weder innerhalb der Arbeiterschaft, noch in ihrer Presse Andeutungen dieser Art zu finden. Diese eigentümliche Stetigkeit des sozialen Bewußtseins erklärte sich einmal aus den neuartigen sozialen Verhältnissen mit ihren charitativen Organisationen, zum andern aber auch aus der straffen Gesellschaftsordnung, die von der Industrie begründet und geleitet wurde.

Der erste Zusammenschluß innerhalb der Arbeiterschaft vollzog sich mit der Gründung der St. Barbara-Bruderschaft für Berg- und Hüttenleute 1856. Einige Jahre früher schon hatte sich besonders die katholische Geistlichkeit bemüht, die Arbeiter in ein engeres Verhältnis zur Kirche zu bringen. Die neue Vereinigung verfolgte auf Grund dieser Vorarbeit weniger wirtschaftliche Ziele, als vielmehr die enge Verknüpfung und die Durchdringung der Gemeinschaft mit religiösen Tendenzen. So schreibt das Gebetbüchlein dieser Bruderschaft, daß die sozialen Einrichtungen nicht ausreichten, den Arbeiter mit seinem Lose zu versöhnen, um ihm Ergebenheit und Geduld, Zufriedenheit und Freudigkeit zu verleihen. Dazu sei eine höhere überirdische Macht notwendig, die Religion. Weil diese Organisationen von den Ortsgeistlichen geführt wurden, in ihrer Zielsetzung auf die engste Verkettung des Arbeiters mit seiner Tätigkeit hinausliefen und dadurch im Sinne der Unternehmer-

[6]) Nach dem Bergmannskalender von 1907 zahlten manche Bergarbeiter 40 Jahre lang an ihrem Haus.

initiative wirkten, ergaben sich aus der gemeinsamen Richtung der sozialen Interessen auf verschiedene Seiten Koinzidenspunkte für die Bewegung. Die Bruderschaften konstituierten sich nach einem parlamentarischen System und betätigten sich auf religiösen Gebieten bei Familienfesten und Feiertagen. Ihre ideelle Zielsetzung im Sinne der Gottergebenheit verbürgte nicht unbedingt eine wirkliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Die zentrale Stellung des Geistlichen verschaffte diesem einen tiefen Einblick in die häuslichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter, eine Situation, die sich in den katholischen Zentren bis in die Gegenwart erhalten hat, von der allerdings heute weniger die Arbeiterschaft, als vielmehr die Geistlichkeit und deren politische Gruppen eine erhebliche Stütze erlangt haben.

Die Bruderschaften mit ihrem religiös-kirchlichen Tätigkeitsfeld bildeten die Grundlagen, auf denen sich später die katholischen Arbeitervereine aufgebaut haben. Die ersten Versuche, eines Kollektivzusammenschlusses der Arbeitnehmer zum Zwecke wirtschaftlicher und sozialer Besserstellung, begann in den 90er Jahren mit der Gründung der Rechtschutzvereine. Da diese jedoch die politische Richtung der deutschen Sozialdemokratie berührten, konnten sie gegenüber dem „System der strengen Hand" ihre Stellung nicht behaupten, zumal das patriarchalische System Stumms in der Gründung des „Vereins der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen" eine straffe Unternehmerorganisation geschaffen hatte, die den lockeren Gewerkschaftsansätzen fest entgegentreten konnte. Gewiß waren die sozialen Einrichtungen in Form von Geldstiftungen, Krankenhäusern, Schulen, Bibliotheken und Badeanstalten den gleichen Verhältnisse in den innerdeutschen Industriegebieten voraus. Aber wie das Unternehmertum selbst hervorhebt, waren diese Einrichtungen in beiderseitigem Interesse geschaffen. So berichtet ein, von der Wohlfahrtspflege der Röchling'schen Eisen- und Stahlwerke in Völklingen, verfaßtes Heft, „Studien und soziale Aufgaben, sowie deren Lösung" [7]). „Es ist daher nach Möglichkeit vermieden worden, die Öffentlichkeit irgendwie mit all diesen Maßnahmen zu beschäftigen, da erfahrungsgemäß bei jeder Veröffentlichung mehr wie genug außenstehende Geister sich bemühen, der Arbeiterschaft klarzumachen, daß alle Maßnahmen nicht getroffen seien zum Wohle des Arbeiters, sondern lediglich zum Wohle des Fabrikbesitzers. Wenn Wohlfahrtseinrichtungen recht wirken sollen, so können sie diese Wirkung nur dann haben, wenn sie auch von dem größeren Teile oder wenigstens erheblichen Teile derer, denen sie gewidmet sind, als das empfunden werden, als was sie gedacht sind. Die Rückwirkung muß sich dann äußern in einer größeren Anhänglichkeit an die Arbeitsstelle, in einem freiwilligen größeren Fleiß, als es unter sonstigen Umständen sein dürfte, mit einem Worte, einer größeren Dienstwilligkeit."

Wohl hatte der Arbeiter das Recht auf Grund des freien Arbeitsvertrags seine Stelle jederzeit zu verlassen. Er hatte auch die theoretische Möglichkeit — in der Gewerbeordnung festgelegt — sich zu koalieren. Aber de facto bedeutete die Aufgabe der Arbeit einen Verzicht

---

[7]) Gabel, Karl Alfred, Kämpfe und Werden der Hüttenarbeiterorganisation an der Saar. Saarbrücken 1921, S. 41 ff.

auf jedes Einkommen, ebenso wie die gewerkschaftliche Bindung den Verlust der Arbeitsstätte nach sich zog.

Die Wohlfahrtseinrichtungen beruhten nicht nur auf der Hilfsbereitschaft des Unternehmers, sondern waren auch zum guten Teile betriebsnützlich und unternehmeregoistisch gewesen. Der Arbeiter wurde ohne Zweifel wirtschaftlich gestützt und die Einrichtungen selber waren ein Kostenelement für die Industrie, das entweder auf den Konsumenten abgewälzt wurde, oder sich in einem größeren Leistungserfolg ausgleichen mußte, andererseits war der Arbeiter ein gefügiges Werkzeug in der Hand des Unternehmers, dessen Gunst er sich nie zu verscherzen gewagt hätte.

So entwickelte sich allmählich ein zufriedenes Arbeitsverhältnis, das umso tiefer und geschlossener sich auswirkte, je gleichmäßiger die soziale Lage der saarländischen Arbeiterschaft Konjunkturschwankungen überdauerte. Die Löhne waren relativ hoch und gleichmäßig. Konjunkturschwierigkeiten wirkten sich kaum in Arbeiterentlassungen aus. Die enge Verflechtung zwischen Arbeitsverhältnis und häuslichem Milieu nahm dem Arbeiter, ohne daß es ihm zum Bewußtsein gekommen war, die Möglichkeit sein Geschick oder seine Lage selbst zu bestimmen.

Diese Unselbständigkeit wurde weder gefühlt noch erkannt und die Arbeiterschaft war sich lange nicht klar darüber, daß die Wohlfahrtseinrichtungen „Almosen ohne Rechtsanspruch" gewesen sind, die entzogen werden konnten, sobald es dem Unternehmer gefiel [8]).

Das patriarchalische Verhältnis, das bis in die Vorkriegszeit im Saargebiet lebendig geblieben ist, hatte neben seinen sozialen Funktionen aber auch eine Kehrseite.

„Das System der strengen Hand", das sich in einer autokraten Beherrschung der Gesamtsituation auswirkte. Das lautlose Verhalten der Saararbeiterschaft ergab sich größten Teils aus der strengen, bisweilen an militärische Maßnahmen erinnernde Disziplin, die das gesellschaftliche, kulturelle, soziale und politische Leben beherrschte. Die Arbeitsordnungen auf den verschiedenen Betrieben waren die Leitfäden für das Verhalten der werktätigen Bevölkerung. Die selbstlose Unterwerfung und Ergebenheit unter die Autorität des Arbeitgebers färbte nicht unwesentlich auf das Leben des bürgerlichen Mittelstandes ab. Wir entnehmen der allgemeinen Arbeitsordnung des Neunkircher Eisenwerkes im Jahre 1890 folgende Ausführungen:

„Art. 19. Tätlichkeiten gegen Mitarbeiter oder Polizeibeamte, sowie Ruhestörungen werden mit Geldbußen oder mit Dienstentlassung bestraft.

Art. 36. Allen Meistern und Arbeitern ist es untersagt gegeneinander gerichtliche Klage zu führen, oder sich zu verheiraten, ohne dem Chef der Firma ihre Absicht vorgetragen zu haben.

Art. 42. Allen im Dienste der Firma stehende Personen ist es strenge untersagt mit Ausnahme des Ackerbaus ohne spezielle Erlaubnis irgendwelche Nebengeschäfte zu betreiben. Dieses Verbot erstreckt sich auch auf sämtliche Angehörigen.

---

[8]) Vgl. Stenbock-Fermor, Graf Alexander: Meine Erlebnisse als Bergarbeiter, Stuttgart 1928, S. 82 ff.

Art. 44. Jeder Meister und Arbeiter soll sich auch innerhalb des Dienstes so aufführen, daß er dem Hause Stumm zur Ehre gereicht. Sie können sich gewärtig halten, daß ihr Privatleben von der Firma stets im Auge behalten wird."

Die Einmischung des Industriellen Stumm in die privaten Angelegenheiten der Arbeiterschaft schuf jene dumpfe Abhängigkeitsatmosphäre, die bis in die Kriegszeit die Seele des Saararbeiters bedrückt hatte. Die Sorge um das Wohlergehen und das Interesse für die soziale Lage führten vielfach zur Unmündigkeit bei den Arbeitern und zur Verneinung der Verantwortung bei den Unternehmern. Stumm als der Prototyp aller saarländischen Industriellen glaubte die sittliche und moralische Berechtigung seiner Haltung aus dem formalen Recht des freien Arbeitsvertrages ableiten zu können [9]), wobei es jedermann freistand, bei Meinungsverschiedenheiten vom Vertrage zurückzutreten. Da aber der Arbeiter durch seine enge Verbindung mit der Scholle und durch die jahrzehntelange Gewohnheit in dem Glauben lebte, daß die Bürokratisierung des Arbeiterverhältnisses nur seinen Vorteil bedinge, fügte er sich bald in sein Schicksal, ohne zu erkennen, daß die dauernde Beaufsichtigung seine Bewegungsfreiheit stark eingeengt hatte.

Ein Spitzel- und Denunziantentum waren aber die unvermeidlichen Folgen eines solchen Systems, das auch Stumm in seiner wohlwollenden Autokratie nicht zu unterdrücken vermochte. Die Eingriffe in die außerbetrieblichen und privaten Angelegenheiten des Arbeiters, die Errichtung einer eigenen Fabrikgerichtsbarkeit, der verschleierte Ehekonsens, sind Erscheinungen, die lebhaft an den ausgeprägten Feudalismus erinnern.

Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die strenge Disziplinierung, die autoritäre Bindung der Arbeiterschaft an das Werk die gleichmäßige Aufwärtsentwicklung der Saarindustrie begünstigt haben.

In Deutschland beobachtete man die wirtschaftliche und soziale Eigenlage des Saargebiets mit wenig Verständnis. Man verglich sie gerne mit einer Paschawirtschaft des Orients. Naumann prägte in diesem Zusammenhange schon 1895 das Wort „Saarabien", das bis in die Nachkriegszeit seine üble Bedeutung behalten hat.

Seit 1904 war die Mehrheit der katholischen Bergarbeiterschaft im Gewerkverein christlicher Berarbeiter organisiert, der schon im Jahre 1906 durch eine unermüdliche Agitation der rheinischen Sekretäre Effert und Stegerwald in die entlegenen Dörfer des Hunsrücks und der Pfalz vorgedrungen war. Wie die Grubenverwaltung kurz nach der Gründung gegen die Arbeiter vorging, beleuchtet ein Bericht im Gewerkvereinsorgan „Der Bergknappe" [10]), wo es heißt: „Eine gewisse Furcht schien an verschiedenen Orten unter den Kameraden zu herrschen. Waren Grubenbeamte im Saale anwesend, und dies war meistens der Fall, so konnte man merken, daß mancher Kamerad zu ängstlich war, den Aufnahmezettel zu unterschreiben. Freilich blieben in verschiedenen Loka-

[9]) Stumm, Karl Ferdinand von, Die Reden, Berlin 1915, Bd. 12, S. 37 und 38.

[10]) Der Bergknappe, Organ des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Jahrgang 1904, Nr 29.

len auch die Beamten nach der Versammlung noch sitzen, stellenweise sogar bis die Leute das Lokal verlassen hatten. In einer Versammlung in Mittelbexbach blieben die Beamten der preußisch-fiskalischen Gruben sitzen, bis der Saal von den Leuten geräumt war." Durch diese Bespitzelung versuchte die Grubenverwaltung die Bergleute vom Gewerkverein fernzuhalten. Einer Aufwärtsentwicklung stand auch das damalige Vereinsgesetz entgegen, indem jede Zahlstellengründung von der zuständigen Polizeibehörde genehmigt werden mußte. Der formale Entscheid wurde aber erst getroffen, nachdem eine vollständige Mitgliederliste eingereicht war. Diese Listen wanderten oft durch Zuträger in die Bergwerksdirektion. Auch die damalige Presse war der Gewerkschaftsbewegung nicht freundlich gesinnt. Selbst innerhalb der Zentrumszeitungen haben nur „Die Saarpost" in Saarbrücken, „Die Westpfälzische Zeitung" in St. Ingbert und die „Neunkircher Volkszeitung" in Neunkirchen die Bestrebungen des Gewerkvereins unterstützt. Trotz der Schwierigkeiten gelang es der jungen Organisation im Saargebiet Fuß zu fassen und ihren Aufgabenkreis nach Lothringen zu erweitern.

Nur im Jahre 1912 erfolgte ein bedauerlicher Rückschlag, veranlaßt durch die Reichstagswahl. Das Zentrum hatte zum ersten Male versucht, ein Mitglied des Gewerkvereins — einen westfälischen Landtagsabgeordneten — als Kandidaten aufzustellen. Es rechnete damit, daß mindestens die Gewerkvereinsmitglieder diese Kandidatur unterstützen würden: Da aber die evangelischen Anhänger der Bewegung sich von ihrer vorgesetzten Beamtenschaft in Gemeinschaft mit den Unternehmern beeinflussen ließen, den liberalen Führer Bassermann zu wählen, und der Gewerkverein, um eine Spaltung in seinen Reihen zu vermeiden, in diesem politischen Spiele strikte Neutralität propagieren mußte, konnte der Zentrumsvertreter nicht in den Reichstag einziehen.

Für diese Enttäuschung machten viele Mitglieder den Gewerkverein verantwortlich und wandten sich von ihm ab. Er verlor damals $^3/_5$ seiner Mitglieder. Welche Folgen aus einer solch mangelnden Solidarität entstehen können, illustriert das Protokoll der 14. Generalversammlung des Gewerkvereins aus dem Jahre 1913. Dort heißt es:

> „Im Saarrevier war eine große Mitgliederflucht zu verzeichnen, infolge des Mißbrauchs der Reichstagswahlen. Dadurch hatte sich eine Schwächung unserer Position ergeben, welche der Fiskus schnell ausnutzen wollte — zum Schaden der Bergleute. Diese Antwort auf die Mitgliederflucht war recht deutlich und enthielt eine scharfe Lehre: Die Einführung einer bedeutend verschlechterten Arbeitsordnung. Da wurde der Fiskus an unseren Mitgliedern zum Erzieher, der als Schulmeister mit dem Stock den Leuten praktisch klarmachte: Wenn ihr von der Organisation weglauft, dann fallt ihr mir in die Hände."

Tatsächlich führte die Königliche Bergwerksdirektion im Jahre 1912 eine Arbeitsordnung ein, die mit einer Lohnsenkung die soziale Lage der Arbeiterschaft verschlechtert hat. Innerhalb des Vereins entstanden stark oppositionelle Kräfte, die mit einem Streik auf den Beschluß der Bergverwaltung reagieren wollten. Die Leitung des Gewerkvereins verhinderte zwar den Abbruch der Arbeit, aber viele Mitglieder lösten sich von der Organisation. Während des Krieges war die Tätigkeit des Ge-

werkvereins eingeschränkt, zumal die Militärbehörde die Genehmigung der Versammlungen verweigert hatte. Die Erklärung hierfür lautete noch 1916:

„Es bestehe nach Rücksprache mit dem Arbeitgeber kein Bedürfnis, Veranstaltungen dieser Art abzuhalten." Erst das Hilfsdienstgesetz 1917 brachte den Arbeiterorganisationen im Saargebiet größere Bewegungsfreiheit. Immerhin war es gestattet, unter militärischer Bewachung Standes- und Berufsfragen in größerem Kreise zu erörtern.

Nachdem eine Reihe von Bergleuten der notwendigen Kohlengewinnung wegen aus dem Heere reklamiert wurden, fanden sie vielfach in den Reihen des Gewerkvereins Aufnahme, durch den ja die Reklamationsverhandlungen mit der Militärverwaltung geführt worden sind.

Ähnlich wie die Entwicklung der Bergarbeiterorganisation liegen die Verhältnisse bei den Hüttenarbeitern. Die ersten Ansätze einer gewerkschaftlichen Sammlung leitete ein rheinischer Gewerkschaftssekretär. Sofort reagierte die Unternehmerschaft — an der Spitze deren Syndikus Tille —, der die Versuche der Bevölkerung als „Vorfrucht der Sozialdemokratie" bezeichnete.

Trotz des heftigen Widerstandes ergab sich schon im Gründungsjahre 1904 eine kleine Zahl organisierter Arbeiter. Vornehmlich war es die Burbacher Hütte, die das Hauptkontingent für die neue Gewerkschaftsbewegung geliefert hat. Diese Arbeiter haben schon damals eine gewisse Selbständigkeit in ihrer Entscheidung insofern bekundet, als hier der erste Streik in der Saareisenindustrie überhaupt ausbrach. Bemerkenswert dabei ist die Tatsache, daß seine Ursachen weniger in materiellen, als in ideellen Gesichtspunkten lagen. Es war die Frage der Gleichberechtigung und die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei Entlassungen, die den „Kampf um die Koalitionsfreiheit" verursacht haben.

Zur Vorgeschichte des Streikes sei bemerkt, daß die Burbacher Hütte nach anfänglicher Duldung gegenüber den organisierten Arbeitern nichts einzuwenden hatte. Erst als während der Arbeitszeit die Verbreitung gewerkschaftlicher Ideen laut geworden war, schritt sie gegen die im Betriebe tätigen Agitatoren ein und entließ sie. Auf diese Weise mußten innerhalb dreier Monate 61 Mann die Hütte verlassen. Der christliche Metallarbeiterverband erhob gegen diese Maßnahme schärfsten Protest und kündigte den Streik an, sofern eine Wiedereinstellung der Gemaßregelten nicht erfolgen würde. Die Direktion des Werkes beharrte auf ihrem Standpunkt, zumal durch die Kampfansage der Gewerkschaften ein Prestige für beide Parteien aufgeworfen war. Die Situation war aufs höchste gespannt, als in einer Mainacht auch noch einem Direktor die Fensterscheiben seiner Privatwohnung eingeworfen wurden. Aus dieser unaufgeklärten Tat wurde ein „christlicher Fenstereinwurf" konstruiert und damit der Beweis erbracht, wie sozialdemokratisch diese Christlichen schon gefärbt wären. Die noch geplanten Einigungsverhandlungen wurden abgebrochen. Das war das Fanal für die Arbeiterschaft den Streik zu beginnen. Mit welcher Leidenschaftlichkeit er auf beiden Seiten geführt wurde, geht aus einem Artikel in der „Saarpost" hervor, in der der Führer der Unternehmerschaft Tille als „Literarischer Schildknappe der Saarindustrie", als „Tintenfatalist der saarabischen Scharfmacher", als „literarischer Meldereiter rückständiger

Plutokraten" bezeichnet wurde [11]). Die Hüttenbesitzer erschienen in den Masken eines „Hilgerol, Kirdorfid, Stinnesin, Stummose usw. Der Streik gewann über die Grenzen des Saargebietes hinaus Interesse. Die „Soziale Praxis" beschäftigte sich in ihrer Nummer 35 des Jahrganges 1906 mit der saarländischen Arbeitslage und verurteilte entschieden das Verhalten der Industriellen.

Trotzdem mußte der Streik mit einer Niederlage des christlichen Metallarbeiterverbandes enden, da gerade die Burbacher Hütte, eines der best fundiertesten Unternehmen, einen Stillstand der Produktion längere Zeit zu ertragen gewillt war. Die damals rückläufige Konjunktur war einer Fortsetzung der Streikdauer im Interesse der Arbeiterschaft wenig günstig. Da außerdem dieser erste Versuch einer Kraftprobe die prinzipielle Änderung des herrschenden Systems nach sich gezogen hätte, wußte die Arbeitgeberseite genau, was sie mit einem vorzeitigen Abbruch des Streikes verlieren würde. Deshalb einigte man sich gegenseitig zu einem Wirtschaftsfrieden, was faktisch der Niederlage der Streikenden gleichgekommen ist. Immerhin hatte dieses erstmalige Wagnis, auf einer saarländischen Hütte, bewußt die Arbeit niederzulegen, der Arbeiterschaft eine gewisse Rückenstärkung verliehen, zumal nach Beendigung des Streikes alle Arbeiter wieder eingestellt worden sind.

Dieser etwas radikale Zug ist auch späterhin in der politischen Haltung der Saararbeiterschaft immer wieder zu bemerken. Die Arbeiter der Burbacher Hütte haben sich, besonders soweit sie in der Umgebung des Werkes wohnen und dadurch ein mehr proletarierhaftes Dasein führen müssen als ihre Arbeitskollegen auf dem Lande, immer früher und intensiver für die Extreme entschieden, als es anderwärts festzustellen war.

In den folgenden Jahren blieb die Propagandatätigkeit der Christlichen sehr schwach, weil es einmal an Versammlungslokalen mangelte, die die Wirte aus Angst vor dem Boykott nicht zur Verfügung stellten, zum andern, weil der politische Einfluß des Zentrums die evangelische Arbeiterschaft von dem Eintritt in den christlichen Metallarbeiterverband zurückhielt. Erst eine jahrelange eindringliche Aufklärungsarbeit in Wort und Schrift, insbesondere die taktische Haltung des Verbandes anläßlich der Reichstagswahl 1907, wo ein christlicher Gewerkschaftssekretär für die Nationalliberale Partei Propaganda machte (es handelte sich damals um den Spitzenkandidaten der Nationalliberalen, Generalleutnant von Schubert, den Schwiegersohn des Freiherrn von Stumm), vermochte die evangelischen Arbeitervereine von der Neutralität der christlichen Richtung zu überzeugen. Dadurch entwickelte sich dieser Verband allmählich zu einer Gesamtorganisation, in der die konfessionell gebundene Arbeiterschaft beider Richtungen ihre Interessenvertretung gefunden hat.

Die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften.

Das patriarchalische System des Freiherrn von Stumm, das jede gewerkschaftliche Lebensäußerung der saarländischen Arbeiterschaft un-

[11]) Gabel Alfred, a. a. O. S. 137 ff.

terdrückt hatte, verhinderte auch, daß die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine sich entfalten konnten.

Es ist dies eine eigentümliche Erscheinung, zumal diese Vereine auf den Grundsätzen der freien, individuellen Privatwirtschaft und der genossenschaftlichen Selbsthilfe aufgebaut waren und das bestehende System keineswegs berühren wollten.

Aber die absolute Autorität des Freiherrn von Stumm und später die erfolgreich durchgeführten Machtkämpfe des saarländischen Wirtschaftsführers Tille unterdrückten jeden Versuch der Arbeiterschaft, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Auch in diesem Falle stand berechtigt oder fragwürdig das Mißtrauen wenigstens als Argument im Vordergrund, daß die Werkvereine geheime Beziehungen zur Sozialdemokratie hätten, trotzdem Anhaltspunkte dieser Art kaum gegeben waren. Gerade diese Bewegung galt doch allgemein als sozialistenfeindlich und wurde in vielen Industriezentren als mit den Interessen der Unternehmerschaft gleichgesinnt, stillschweigend geduldet.

Als aber im Jahre 1906 eine stärkere Propaganda der Organisation einsetzte, stieß sie bei den evangelischen Arbeitervereinen auf stärksten Widerstand, da diese infolge ihrer schwachen Position von den neuen Vereinsbestrebungen schärfste Konkurrenz befürchteten. Denn die Arbeiterschaft, soweit sie nicht in katholischen Gemeinschaften gebunden war, mußte sich für eine der beiden Organisationen entscheiden, entweder für die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften auf religiös-neutraler Grundlage, oder für die evangelischen Arbeitervereine.

Da diese aber über intensive Agitationsmittel verfügten und in ihren Versammlungen mit einheimischen Geistlichen als Redner aufwarten konnten und außerdem durch den Stöcker-Stumm-Prozeß gerade im Saargebiet ihre leidenschaftliche Kampfesweise demonstriert hatten, blieb den Arbeitern die Entscheidung nicht schwer.

Zwar konnten die Hirsch-Duncker'schen Vereine ihre Organisation aufrecht erhalten, aber die Mitgliederzahl blieb in der Vorkriegszeit sehr schwach. Nach persönlichen Informationen betrug sie

1906	ca. 200
1911	ca. 110
1914	ca. 200

Erst in der Nachkriegszeit wuchs die Zahl der Mitglieder, die sich hauptsächlich aus Metallarbeitern rekrutiert hatte. Gerade in Neunkirchen, wo die Bewegung schon 1881 scheiterte, gewann sie die Hauptantriebskräfte und die stärkste Neubelebung. Ihre Entwicklung im Saargebiet vollzog sich folgendermaßen:

1918	ca. 2 500 Mitglieder
1919	ca. 4 200 Mitglieder
1920	ca. 4 000 Mitglieder

Trotzdem konnte sich die Organisation vielleicht ihres ausgesprochen neutralen Charakters wegen nicht halten. Das Saargebiet, als Grenzlandschaft erfordert gerade vom Arbeiter eine eindeutige Stellungnahme, besonders in Beziehung zu seiner beruflichen Interessenvertretung. Die nüchterne Wirtschafts- und Sozialpolitik, aufgebaut auf dem reinen be-

rufsständischen Interesse war hier etwas Ungewohntes. Die Arbeiterschaft, die jahrzehntelang wirtschaftlich und gesellschaftlich bevormundet war, wollte nicht auf den Kampf um ihr Schicksal verzichten. Sie konnte sich nicht mit den vom Unternehmertum diktierten Bedingungen einverstanden erklären, weil ihr immer wieder das Beispiel der innerdeutschen Arbeitskollegen vorschwebte. Gewiß war die große Masse der saarländischen Arbeiter unpersönlich und unselbständig, die dem Leitgedanken ihrer Führer oft blind Folge leisteten. Aber wenn es eine Kampfsituation gab, in der es um die nackten Lebensbedingungen ging, dann verlangte sie nach radikalen Maßnahmen und leistete Widerstand mit ihrer letzten Kraft. Solche Kämpfe konnten aber nur dann zu einem siegreichen Ende geführt werden, wenn die Organisationen schon immer die Eindeutigkeit ihrer Interessenrichtung bekundet hatten, wenn die Grenzen zwischen ihnen und ihren Gegnern immer klar und deutlich erkennbar waren. Da aber die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine durch ihre wirtschaftspolitische Einstellung mit dem Unternehmertum manche Berührungspunkte aufweisen konnten, war dies für den primitiven Arbeiter schon Vorbehalt genug, dieser Bewegung mit Skepsis zu begegnen. Der Arbeiter will klar sehen, er will die Argumente seines Kampfes erfassen, er will die Zielsetzung der Kampfrichtung von vornherein erkennen, um seine Entscheidungen mühelos zu treffen.

Außerdem war die religiöse Grundhaltung mit dem Appell an das Gefühl schon Tradition in der saarländischen Agitation geworden. Die Saararbeiterschaft brauchte schon immer Gefühlskomponente für ihren sozialen Kampf und die vermochten die Christlichen und die Freien Gewerkschaften abzugeben.

Deshalb entwickelten sich auch diese beiden Richtungen in der Nachkriegszeit, während die neutrale, entpolitisierte Bewegung nicht bestehen konnte. So schmolzen die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften immer mehr zusammen und bildeten bis 1933 nur noch an einzelnen Orten, so in Neunkirchen und Völklingen eine kleine, unscheinbare Gruppe ohne Einfluß und Bedeutung.

Die Freien Gewerkschaften.

Die seitherige Entwicklung der saarländischen Gewerkschaftsbewegung dürfte uns überzeugt haben, daß die Freien Gewerkschaften einen ganz besonders schwierigen Stand im Saargebiet hatten und in der Vorkriegszeit auf sehr schwachen Füßen stehend, kaum in die Erscheinung treten konnten.

Die führenden politischen Parteien waren Nationalliberale, Freikonservative und Zentrum, die immer im wirtschaftspolitischen und weltanschaulichen Gegensatz zur Sozialdemokratie gestanden haben. Die wenigen Anhänger der sozialistischen Bewegung waren meistens Bauhandwerker und Bergarbeiter. Die Hüttenindustrie hatte unter Stumms Führung auf Grund ihrer konsequenten Sozialpolitik und ihrer autoritativen Machtmittel immer die Sozialdemokratie bekämpft und jeden Arbeiter entlassen, der sich freimütig zur gewerkschaftlichen Richtung bekannt hatte.

Bis zum Kriege erfolgte der Aufstieg der Freien Gewerkschaften sehr langsam. So schrieb die „Volksstimme" vom 4. März 1928:

„Man muß sich des Streiks im Jahre 1892 und seiner geschlossenen Antibergarbeiterfront, die sich insbesondere gegen den angeblich sozialdemokratischen Rechtsschutzverein richtete, erinnern, um zu wissen, wie stark die Antisozialistische Front an der Saar stand. Die gesamte Nationalliberale und die Zentrumspresse waren damals einig. Der damalige Bischof Korum von Trier ließ einen Antistreikbrief los und der allmächtige Direktor der Saargruben, Herr Hilger, bekannte später im Krämerprozeß, daß sie damals gegen den Rechtsschutzverein Schulter an Schulter mit der Geistlichkeit gekämpft hätten. Wir greifen diese Beispiele heraus, da es typisch ist für den gesamten Kampf und für die Geschlossenheit und Erbitterung, mit der er gegen den Sozialismus ständig geführt worden ist."

Neben dieser offenen Kampfansage an die Vertreter der marxistischen Weltanschauung bestanden noch weitere Vorschriften, die die freie Meinungs- und Lebensäußerungen der saarländischen Hütten- und Bergarbeiter zu unterdrücken versuchten. So lautete beispielsweise der § 19 der Arbeitsordnung des Neunkircher Hüttenwerks wie folgt:

„Tätlichkeiten und Ungezogenheiten gegen Mitarbeiter, sowie Ruhestörungen und Raufhändel in und außerhalb des Werkes werden mit 50 Pfg. bis zu 10 Mk. bestraft. Arbeiter, welche sich schwerer Körperverletzungen gegen Mitarbeiter zuschulden kommen lassen, oder an großen Exzessen und Schlägereien sich beteiligen, oder Polizeibeamten tätlich Widerstand leisten, werden sofort aus dem Dienst entlassen. Jeder Arbeiter, der außerdem zu einer Gefängnisstrafe von mehr als 14 Tagen rechtskräftig verurteilt wird, hat die Kündigung zu gewärtigen." [12])

Neben diesen allgemeinen Strafen übte die Hütte aber noch das Kontrollrecht aus gegenüber dem privaten Verhalten der Arbeiterschaft. Auf diese Weise war der Arbeiter ein vollkommen willenloses Werkzeug in der Hand des Unternehmers, nicht einmal im Stande, die Gestaltung seines persönlichen Lebensschicksals aus freiem Ermessen zu treffen. So lautete der Artikel 36 der gleichen Arbeitsordnung: „Allen Meistern und Arbeitern ist es untersagt, gegeneinander gerichtliche Klage zu führen, oder sich zu verheiraten, ohne den Chef der Firma ihre Absicht vorgetragen zu haben. Zuwiderhandlungen werden mit Mk. 3.— bis Mk. 10.— bestraft und unter erschwerten Umständen tritt die Kündigung ein."

Der saarländische Großindustrielle Stumm hat die Haltung der Arbeiterschaft, besonders insofern sie eine gewerkschaftliche Bindung betraf, in seiner Reichstagsrede aus dem Jahre 1880 gezeichnet, indem er ausführte:

„. . . . Ich bestreite, daß die Sozialdemokratie den Anspruch erheben kann, sich eine politische Partei zu nennen. Ich fasse die Sozialdemokratie auf als ein Zusammenfassen aller derjenigen Elemente im

[12]) Vgl. Arbeitsordnung des Neunkircher Eisenwerks aus dem Jahre 1890.

Land, welche von Gift, Haß und Neid gegen die bessersituierten Klassen und Gesellschaftsordnung überhaupt erfüllt, alles mit Füßen treten, was dem Menschen heilig, oder wenigstens heilig sein sollte."

Die gleichen Gedanken äußerte 25 Jahre später der Leiter der Bergwerksdirektion, Herr Hilger, indem er in einem Prozeß 1905 vor Gericht aussagte:

„. . . . . Der Grund, weswegen wir keine Sozialdemokraten dulden können, liegt naturgemäß darin, daß die sozialdemokratische Partei unbestritten den Umsturz der jetzt bestehenden staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung anstrebt. Ich halte es deshalb für meine Pflicht als Leiter eines großen staatlichen Betriebes, die Sozialdemokratie aus dem Betrieb fern zu halten und meine Bergleute, die gute, brave, königstreue, patriotische Arbeiter sind, von den hetzerischen Verführern zu schützen und das sozialdemokratische Gift von ihnen fern zu halten.

. . . . . Ich befinde mich hierbei in vollem Einvernehmen mit der Königlichen Staatsregierung. Ich betrachte als einen Anhänger der Sozialdemokratie jeden, der sozialdemokratische Versammlungen besucht, sozialdemokratische Blätter hält, Beiträge in die sozialdemokratische Kasse bezahlt und für die Sozialdemokratie agitatorisch tätig ist. Notorische Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie genügt, um einen Bergmann in einem Staatsbetrieb unmöglich zu machen."

Unter diesen Umständen war es nicht verwunderlich, wenn die Freien Gewerkschaften zur damaligen Zeit so gut wie keine Anhänger in den saarländischen Großbetrieben gehabt haben. Da die Arbeitszeit im Tage bis zu 12 Stunden betrug, stand dem Arbeiter wenig Freizeit zur Verfügung.

Der Metallarbeiterverband verlegte daraufhin seine Geschäftsstelle nach St. Ingbert, weil die Unternehmerschaft in Saarbrücken eine solche Organisation nicht geduldet hat. Nur bei Handwerksmeistern oder in Kleinbetrieben konnten sich Mitglieder der Freien Gewerkschaften in ihrem Arbeitsverhältnis halten. Auf den Hütten war, wenn überhaupt eine Duldung durch die Werksleitung bestand, nur eine Organisation: die Werkvereine vertreten, die in ihrer Gesamthaltung von den Hüttenbesitzern abhängig waren.

In diesem Zusammenhang versteht man einen Anschlag vom 31. 12. 1904 auf der Neunkircher Hütte, in dem es heißt: „Die Besitzer der Firma, den Überlieferungen des Verewigten getreu, (gemeint ist Freiherr v. Stumm, der inzwischen verstorben war. d. Verf.) sind von der Notwendigkeit durchdrungen, ihre Arbeiterschaft auch fernerhin von den sozialdemokratischen Elementen freizuhalten und sprechen die Erwartung aus, daß ihnen im Hinblick auf das gute Verhalten und den gesunden und sozialen Sinn ihrer Arbeiter keine Veranlassung geboten wird, auch nur gegen einen Einzelnen Maßregeln zu ergreifen."

Die große Masse der Arbeiterschaft hatte sich im Laufe der Zeit mit den Verhältnissen abgefunden. Die wirtschaftlichen Nöte hatten alle Aussichten für eine Verbesserung der sozialen Lage verschüttet.

Die Gewerkschaftssekretäre führten zwar einen stillen Kampf ge-

gen die vorherrschende Auffassung; aber er schwebte nur unter der Oberfläche, für die Allgemeinheit weder sichtbar noch zugänglich. Hin und wieder, bei besonderen Anlässen kamen kleine Flugschriften und anderes Propagandamaterial ans Tageslicht. Die einzige Zeitung, „Der Bote an der Saar" mußte nach zweijährigem Erscheinen 1893 wieder eingehen.

In den Anklagen gegen die Unternehmerschaft wird den Hüttenarbeitern vorgeworfen, daß zwischen dem erzielten Reingewinn und der Lohnhöhe ein absolutes Mißverhältnis bestünde.

„Mk. 274 708.—" heißt es in einer gegen die Burbacher Hütte verbreiteten Flugschrift, „erhalten Vorstand und Aufsichtsrat als Tantieme (Trinkgeld) für ihre Mühe" und Mk. 1 607 656.— werden abgeschrieben, ein kleiner Teil davon zu „Zuwendungen für die Arbeiter".

In diesen Kampfschriften gegen die Unternehmerschaft beruft man sich auch auf die Unterstützung der Professoren. So zitiert Gabel in seiner Arbeit ein Flugblatt, in dem es heißt:

„Hüttenarbeiter des Saargebiets!
Wollt Ihr wissen, wie deutsche Universitätsprofessoren darüber denken? (über das Erziehungssystem, d. V.).
So hört denn! In Mannheim tagte kürzlich ein Kongreß der Sozialpolitiker Deutschlands . . . Vor diesen Leuten renommierte der Oberscharfmacher des Saargebiets, Dr. Alexander Tille aus Saarbrücken, mit der Fürsorge, die die Werkleiter an der Saar ihren Arbeitern zuteil werden ließen.
Der Herr ist dort elend abgeblitzt. Er mußte sich sagen lassen, daß man die Stickluft des Saargebietes schon kenne. Daß es eine Schande wäre, wie dort die Arbeiter von den Herren entrechtet würden." Das System, das Dr. Tille vertritt, erzieht Kanaillen, „rief der Heidelberger Gelehrte Dr. Max Weber unter großem Beifall der Versammlung und Dr. Tille mußte abziehen." [13]).

Interessant in diesem Zusammenhange ist auch der Leitartikel in der sozialistischen „Saarwacht", der ersten sozialdemokratischen Tageszeitung für das Saargebiet, vom 1. Jan. 1905. Es war die Zeit nach dem Tode des Freiherrn von Stumm, kurz nach dem Hilger-Krämer-Prozeß, durch den die ganze deutsche Öffentlichkeit auf die sozialen Zustände im Saargebiet hingelenkt worden war. Dort heißt es unter der Überschrift: „Wie das Saarrevier saarabisch wurde: Heute ist das Wort Saarabien im Munde all derer, die sich etwas mit öffentlichen Vorgängen beschäftigen. Wer über das eigentümliche Arbeitsverhältnis der Berg- und Hüttenarbeiter im Saarrevier spricht, braucht das Wort Saarabien. Wer von brutaler Behandlung der Arbeiter durch das Unternehmertum spricht, denkt an Saarabien. In Saarabien sind sie zuhause, die Herren im eigenen Hause, und die Arbeiter, die keine Wünsche mehr haben, die, wie Rechtsanwalt Trier, der Rechtsbeistand Hilgers, im letzten großen Prozeß, so treffend sagte, „Kein Rückgrat mehr haben". Ja, in Saarabien gibt es zwei Spezialitäten: Ein Unternehmertum, das nur seinen Willen kennt und eine Arbeiterschaft, die weiter kein Streben kennt, als es

[13]) Vgl. hierzu Bork, O., Die Großeisenindustrie des Saargebietes, Leipzig 1930, S. 50. Schriften des Vereins f. Sozialpolitik. Jahrg. 1907.

mit den Herrn im eigenen Hause nicht zu verderben, was Rechtsanwalt Trier „Liebedienerei“ und „Streberei“ nannte. War es denn immer so? Litt die Arbeiterschaft des Saarbegebiets denn von jeher an einem sittlichen und moralischen Defekt? Wo Wirkungen, sind Ursachen. Und die Ursache der moralischen Degeneration der Arbeiter im Saarrevier ist das patriarchalische Arbeitsverhältnis, ist die rührende Fürsorge der Vollzieher des sozialen Königstums, sind diejenigen, die aus den großen Berg- und Industriegebieten nichts weniger als Musteranstalten durch militärische Disziplin zur Vorbedingung des Vorwärtskommens gemacht haben.“

Trotz aller Vorstöße und Kampfansagen gegenüber den Unterdrükkungsmethoden durch das Unternehmertum, konnten sich die Freien Gewerkschaften im Saargebiet in der Arbeiterschaft nicht verankern. Die Gründe hierfür gibt ein Schriftchen, herausgegeben vom Deutschen Metallarbeiterverband im Jahre 1906 unter dem Titel „Es werde Licht! — In ernster Zeit ein ernstes Wort an die Hütten- und Metallarbeiter im Saargebiet!“ an. Dort heißt es:

„Ihr müßt uns helfen, das Vorurteil gegen die Freien Gewerkschaften im Saargebiet zu besiegen! Ihr wißt ja, Unternehmer und Behörden bieten alles auf, uns mundtot zu machen. Kein Wirt darf uns bei Strafe schwerer wirtschaftlicher Schädigung ein Lokal zur Verfügung stellen. Unsere Flugschriften müssen wir bei Nacht verbreiten. Unternehmer, Zivil- und Militärbehörden, Bürgermeister, Polizisten und Gendarmen stellen sich unseren Agitatoren entgegen. 30 Zeitungen schmähen und verleumden uns jeden Tag, ja selbst die Gotteshäuser werden entweiht, selbst dort werden wir von unseren Gegnern beschimpft.

In Roden und Freilautern haben die verhetzten Mitglieder der christlichen Vereine unsere Versammlungen gesprengt und uns aus dem Saal getrieben. Selbst Arbeiter also, denen es gewiß nicht allzu gut geht, die für 12stündige Arbeit bestenfalls auch nur Mk. 3.50 bis Mk. 4.— Lohn erhalten, auch sie kämpfen in ihrem Irrtum gegen uns. Zum Schaden der Arbeiter.“

Erst im Laufe der Kriegszeit, ungefähr seit dem Jahre 1917 wuchs die Mitgliederzahl der Freien Gewerkschaften.

Die Werkvereine.

Wenn wir die Gewerkschaften des Saargebietes in ihrer Gesamtheit aufführen wollen, müssen wir auch die Werkvereine erwähnen. Sie waren zwar keine Kampfgewerkschaft, als vielmehr eine Organisation, die auf Grund eines geringen Monatsbeitrages ihren Mitgliedern Unterstützungen gewährt hat.

Schon die Tatsache, daß die Sammlung dieser Arbeiter durch die Initiative der Unternehmerschaft auf wirtschafts-friedlicher Grundlage sich vollzogen und „durch Pflege des Gemeingeistes und Stärkung der Standesehre unter den Hüttenleuten alle Differenzen zwischen ihnen und der Verwaltung auf friedlichem Wege auszugleichen versuchte“ beweist, wie grundsätzlich sie sich von den bestehenden Gewerkschaften unterschied.

Nach dem Beispiel der Burbacher Hütte im Jahre 1906, die es verstand, 70 bis 80% ihrer Gesamtbelegschaft dem Verein anzugliedern, nahmen die übrigen Saarhütten die gleichen Gründungen vor. Die Hauptaufgabe dieser Vereine bestand nach außen in der Gewährung von Unterstützungen bei:

1) Kommunion und Konfirmation,
2) Langdauernder Krankheit und Bedürftigkeit,
3) Häufigen Krankheitsfällen in der Familie,
4) Besonderen Notfällen,
5) Krankenbehandlung durch auswärtige Ärzte oder in auswärtigen Kliniken.

Für jugendliche Arbeiter wurde eine Sparkasse errichtet, für die im Militärdienst stehenden wurden monatliche Beihilfen gewährt. Eine größere Bibliothek stand allen Mitgliedern zur Verfügung.

Zur Weiterbildung in den kaufmännischen Fächern wurden besondere Kurse eingerichtet. Den aus dem Arbeitsverhältnis wegen Arbeitsunfähigkeit Ausgeschiedenen wurden alljährlich Dienstalterspräm ien geschenkt, deren Höhe mit dem ausgewiesenen Bilanzgewinne variierte.

Vor dem Kriege gelang es diesen „Gelben" sogar, geringe Lohnsteigerungen in der Saarindustrie zu erreichen, andererseits war ihr Einfluß bei der Verwaltung denkbar gering.

Selbstverständlich konnte nur derjenige Mitglied werden, der nicht Sozialdemokrat war, und keiner anderen gewerkschaftlichen Organisation angehörte.

Der Kampf der übrigen Organisationen gegen die Werksvereine, der schon immer infolge der gegenseitigen Konkurrenz bestanden hatte, nahm mit der Einführung des Hilfsdienstgesetzes 1917 verschärfte Formen an.

Schon in den Schlichtungsausschüssen wurden sie als Arbeitnehmergruppe nicht anerkannt und von der Mitwirkung bei Lohnfestsetzungen ausgeschlossen. Diese Zurücksetzung konnte die Wirkung auf die Mitglieder nicht verfehlen. Sie verließen allmählich die Reihen der Werkvereine, und der noch vorhandene Rest wurde 1918 durch die „Arbeiter- und Soldatenräte" aufgelöst.

Im Rahmen der Gesamtentwicklung der Arbeitnehmerorganisationen kann man die Werkvereine vielleicht als ein Durchgangsstadium bezeichnen. Die Masse der Hüttenarbeiter, die sich dort zusammengefunden hatte, war meistens zum ersten Male korporativ zusammengefaßt. Der unmittelbare Verkehr im Arbeitsverhältnis wie er zu Zeiten von Stumms bestanden hatte, war durch die Christlichen Gewerkschaften erschüttert worden. Dieses enge Arbeitsverhältnis konnte infolge der mangelnden Persönlichkeit der Generaldirektoren, als auch im Hinblick auf die stetig wachsenden Arbeitermassen nicht mehr aufrecht erhalten werden.

Deshalb bedurfte es einer Zwischenformation, die das ehemals einträchtige Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern gewährleistete, andererseits die Führerstellung der Industriellen nicht erschütterte. Man mußte deshalb die Arbeiter in Korporationen zusammenfassen, denen man jetzt die sozialen Einrichtungen zuteil werden ließ. Und diese Korporationen waren die Werkvereine.

Die sozialpolitischen Ideen Dr. Alexander Tilles.

Nach dem Tode des Freiherrn von Stumm wurde der Syndikus der Saarbrücker Handelskammer, Dr. Alexander Tille der wirtschaftspolitische Nachlaßverwalter des patriarchalischen Systems.

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger, dem Empiriker und Praktiker von Stumm, versuchte Tille ein mehr wissenschaftliches Gebäude auf der Basis des ökonomischen Rationalismus zu errichten. Sein grundlegendes Werk [1]) sollte ein Lehr- und Handbuch für die Berufsstände sein in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, geistesgeschichtlicher, gesetzgeberischer und politischer Hinsicht.

Wirtschaften bedeute für ihn nicht nur die planmäßige und menschliche Betätigung zur Bedürfnisbefriedigung, sondern vor allem Schaffung eines Ertrags. Der Unternehmer ist Beherrscher der Wirtschaftsmittel und damit gleichzeitig Diktator über die Masse. So argumentiert Tille wörtlich:

„Unternehmerwille und Handeln sind schöpferische Kräfte, die allein imstande sind, eine ertragswirtschaftliche Unternehmung zu schaffen."

Analog dieser wirtschaftstheoretischen autoritären Grundhaltung bekämpft Tille alle Versuche, die die Selbständigkeit und die Freiheit des einzelnen Arbeiters im Gesellschaftsorganismus unterbauen wollen.

Alle arbeiterfreundlichen Meinungen erfahren, ebenso wie die soziale Gesetzgebung, strikte Ablehnung. Die Arbeitslosenunterstützung ist eine Faulenzerprämie, die der gewerblichen Ertragswirtschaft aufgebürdet ist [2]). Dementsprechend verwirft er jeden Zusammenschluß der Arbeiterschaft, während er die Organisationen der Arbeitgeber als wirksames Gewicht eines Einheitswillens fordert und fördert.

Nachdem im Jahre 1904 in Berlin die Zentralstelle Deutscher Arbeitgeberverbände entstanden war, beschloß man im Mai gleichen Jahres auch im Saargebiet eine solche Organisation zu gründen. Das Gründungsdokument hatte folgenden Wortlaut [3]):

„1.) Die Geschäftsführung des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie erfolgt durch die beiden wirtschaftlichen Vereine.

2.) Als Vorstand des Arbeitgeberverbandes fungieren die Vorstände der beiden Vereine.

3.) Der Beitritt in den Arbeitgeberverband steht nur den Mitgliedern des wirtschaftlichen Vereins und der Südwestdeutschen Gruppe offen.

---

[1]) Tille, A.: Die Berufsstandspolitik des Gewerbe- und Handelsstandes. Berlin 1910.

[2]) Tille a. a. O. Bd. II, S. 286.

[3]) Bork Otto, a. a. O. S. 60 ff.

4.) Der wirtschaftliche Verein tritt dem Arbeitgeberverband der Saarindustrie in seiner Gesamtheit bei. Den dem wirtschaftlichen Vereine nicht angehörigen Mitgliedern der südwestdeutschen Gruppe, welche im Saargebiet ihren Sitz haben, soll aufgelegt werden, sich dem Arbeitgeberverband der Saarindustrie ebenfalls anzuschließen.

5.) Der Arbeitgeberverband der Saarindustrie tritt der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände nach § 4 der Satzungen derselben als Mitglied bei."

Der Kreis, der von dieser Organisation eingeschlossenen Arbeiterschaft umfaßte 32 000 Lohnempfänger. Mit der Neugründung dieses Verbandes verließ man die Linie der seitherigen Arbeiterpolitik, indem das Einzelmitglied nicht mehr dem Einzelunternehmer gegenüberstand, sondern einer einheitlich geschlossenen Arbeitgeberfront. Dadurch war die Vormachtstellung in den Kreisen der Produktionsmittelinhaber gewährleistet. Die Arbeiterschaft hingegen war noch nicht im Stande ihre Interessen einig und geschlossen zu vertreten. Infolge dieses Mißverhältnisses der wirtschaftlichen Kräfte im Saargebiet, bestand die Aufgabe des Arbeitgeberverbandes weniger in der Klärung wirtschaftlicher Fragen, als in einer Kampfstellung gegenüber den Organisationstendenzen der Arbeitnehmer. So schrieb am 29. 4. 1904 die Zeitung des Verbandes: „Die Saarindustrie und Handel": „Die Gewerkschaften aller Art haben in der letzten Zeit mehrfach versucht, die königstreue und mit ihren Arbeitgebern in Frieden lebende Arbeiterschaft des Saargebietes aufzuwiegeln. Bis jetzt haben diese Bewegungen keinerlei Erfolg zu verzeichnen."

In der Vorkriegszeit war über die Tätigkeit des Arbeitgeberverbandes kaum irgendwelches Material in die Öffentlichkeit gekommen. Nicht einmal das Kaiserliche Statistische Amt in Berlin konnte Einblick in die Statistiken nehmen. Auch politisch betätigte sich die Vereinigung.

Die Arbeitgeberpartei als Vertretung der Industrie sollte im Saargebiet die gleiche Rolle übernehmen wie der Bund der Landwirte im Osten, um auf gesetzgeberischem Wege die wirtschaftliche Position dieser Unternehmerkreise zu stabilisieren.

Vornehmlich war es der Wahlkreis Saarbrücken-Ottweiler-St. Wendel, in dem sich seit dem großen Kriege der Kampf um die politische Macht abspielte.

Den Interessen der Saarindustrie entsprach zwar nur die Reichspartei, deren Vertreter jedoch mindestens die nationalliberalen Stimmen auf sich vereinigen mußte; denn absolut genommen war die Mitgliederzahl der Reichspartei zu gering, als daß sie einen eigenen Abgeordneten in das Parlament hätte schicken können. Überhaupt war zahlenmäßig neben dem Zentrum der Liberalismus vorherrschend [4]).

Abgesehen von den Versuchen des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie, die wirtschaftlichen Interessen auch politisch zu unterbauen, blieb sein Hauptaugenmerk darauf gerichtet, „die Aufrechterhaltung

[4]) Denkschrift der Deutschnationalen Volkspartei, Saarbrücken. Heitjan Emil, Zentrumspartei und Zentrumspresse an der Saar zur Zeit des Kulturkampfes. Saarlouis 1931. Meister, Alois, Frankreich und das Saargebiet im Spiegel der Geschichte. München 1922.

freundlicher Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiter im Saargebiet durch Bekämpfung sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Bestrebungen zu sichern [5]). Interessant ist aber noch folgende Bestimmung in den Satzungen des Verbandes, die seine Kampftendenz klar hervortreten läßt. „Die Mitglieder sind verpflichtet, den Beschlüssen des Vorstandes auf Nichtannahme ausständiger, ausgesperrter und widerrechtlich ausgetretener Arbeiter Folge zu leisten." Während des Krieges ist die Tätigkeit des Verbandes wenig in Erscheinung getreten. 1920 setzte er sich aus 10 Fachgruppen, gegliedert nach einzelnen Industriezweigen, zusammen. Die wichtigste Säule der Hütten-, Stahl- und Walzwerke umfaßt folgende Firmen:

Dillinger Hütte,
Halberger Hütte in Brebach,
Mannesmann Röhrenwerke in Bous,
Mannesmann Röhrenwerke Abtlg. Gußstahlwerk, in Saarbrücken 5,
Röchlingsche Eisen- und Stahlwerke, Völklingen,
St. Ingberter Eisenwerk,
Eisenwerk Neunkirchen vorm. Gebr. Stumm,
Burbacher Hütte, Saarbrücken 5 und deren Werk in Hostenbach.

Die Organisation des Verbandes wurde in der Nachkriegszeit wieder straff eingerichtet. Das geht schon aus der wirtschaftlichen Verpflichtung der Einzelmitglieder hervor [6]).

„Die Mitglieder sind verpflichtet, Pfänder (Wertpapiere oder dergleichen) bei ihrem Eintritt zu hinterlegen, die der Verband bei Verletzung der Vereinspflichten als zu seinen Gunsten verfallen erklären kann. Als Eintrittsgeld zu dem Verbande wird 0,5 pro Mille, der bei der Berufsgenossenschaft angemeldeten Lohnsumme, als Jahresbeitrag 1 pro Mille dieser Summe erhoben."

Die sozialpolitische Isolierung des Saargebietes, die zu Lebzeiten des Freiherrn von Stumm die gesellschaftlichen Verhältnisse eindeutig bestimmt hatte, wird zu Beginn des 20. Jahrhunderts durchlöchert. Zwar versuchen die Generaldirektoren der Hüttenwerke die sozialpolitischen Ideen des großen Industriellen zu konsolidieren. Aber es mangelt ihnen die Unternehmerpersönlichkeit, um den beherrschenden Einfluß auf die Arbeiterschaft auszuüben. Hinzu kamen sozialpolitische Einflüsse von außen her, die den Arbeitern das Mißverhältnis ihrer sozialen Lage gegenüber ihren Kollegen in den anderen deutschen Industriegebieten zum Bewußtsein brachten. Im benachbarten Lothringen war nach dem Kriege 1870 ein Aufschwung neuer Industriezweige gekommen. Die dortigen Löhne waren höher, als die im Saargebiet. Die Folge der örtlichen Nähe bedingte einen Austausch unter den Hüttenarbeitern. Da in Lothringen schon eingewanderte Arbeiter aus Westfalen beschäftigt waren (meist in Organisationen zusammengefaßt), lernten die zugewanderten Saarländer die Anschauungen ihrer rheinischen Kollegen kennen. Durch die-

[5]) Südwestdeutsche Wirtschaftszeitung 1911, Nr. 23.
[6]) Bork Otto a. a. O. S. 62. Satzungen des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie.

sen Gedankenaustausch wurden sie sich ganz besonders ihrer rückständigen Lage bewußt. Inzwischen hatten aber auch Arbeitereinwanderungen nach den saarländischen Gruben eingesetzt. Durch die wachsenden Organisationsbestrebungen im Reiche erhielten diese Gewerkschaften neue Antriebsstoffe. Die fortschreitende Konzentration großer Arbeitermassen um die Standorte industrieller Entwicklung und die damit zwangsläufig verbundene Uniformierung und Proletarisierung einer bestimmten Bevölkerungsschicht, stärkten persönlichen Mut und Entschlossenheit, um gegen das herrschende Arbeitsverhältnis vorzugehen. Es beginnt ein bodenständig wachsender Kampf, der die jahrzehntelang gepredigte Interessengleichheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu spalten drohte. Dazu bedurfte es allerdings eines Aufwandes an Propaganda, um die seit Generationen tief verankerte Gleichgerichtetheit beider Gruppen zu zerstören. Sowohl bei der privaten Hüttenindustrie, als auch innerhalb der Königlichen Bergwerksdirektion bestand ein so stabiles Autoritätsverhältnis zwischen dem etwas phlegmatisch veranlagten Saararbeiter und der Werksleitung, daß es für die Gewerkschaftsführer schwierig war, einen realen Stoff für ihre Ideen zu finden. Das abstrakte Denken in sozialen Ideen ist dem Arbeiter fremd. So lange er einen auskömmlichen Unterhalt hat, kümmert ihn die Welt wenig. Das Bedürfnis nach anderen Lebensbedingungen mußte erst geweckt und ins Bewußtsein gehoben werden. Das war aber nur möglich durch eine Gegenüberstellung des saarländischen Arbeitsverhältnisses mit der Lage der Arbeiterschaft in anderen Bezirken, in denen die Gewerkschaften schon eingerichtet waren. Daß bei dieser Werbung um die Notwendigkeit der Gewerkschaften Übertreibungen nicht vermieden werden konnten, ist ebenso selbstverständlich, wie die Schärfe des Kampfes, der daraufhin zwischen den Unternehmern und den Organisationen ausbrechen mußte.

Auch die politisch tätige Geistlichkeit nahm an diesen sozialen Kämpfen lebhaften Anteil, indem sie die Arbeiterinteressen unterstützte. Schon 1902 waren von katholischer Seite aus Fachabteilungen gegründet worden. Auch in den evangelischen Arbeitervereinen wurde das Solidaritätsempfinden gepflegt und gestärkt [7]).

Erst als am 19. April 1908 das freie Vereinsgesetz in Wirksamkeit trat und damit die Meldepflicht für die Mitglieder der Berufsvereine aufgehoben wurde, während gleichzeitig die Überwachungen der Versammlungen aufhörte, begann die planmäßige Gründung und Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen [8]). Trotzdem stellten sich der Ausbreitung des Gewerkschaftsgedankens noch viele Hemmungen entgegen, die die Sararbeiterschaft selbst verursacht hatte. Die bestehende Vereinsmeierei war in ungewöhnlicher Form verbreitet. Allein in der Bürgermeisterei Dudweiler mit rund 24 000 Einwohnern wurden 1907 nicht weniger als 150 Vereine mit 18 000 Mitgliedern gezählt. Ar-

[7]) Kiefer, Peter: 25 Jahre Gewerkverein christlicher Bergarbeiter im Saarrevier, Saarbrücken 1929, S. 31 ff. Siehe auch Ruppersberg, A., a. a. O. S. 75.

[8]) Gabel Karl Alfred, a. a. O. S. 125 ff.
Bork Otto, a. a. O. S. 38 ff.
Scheid Alois, Die Ideenwelt der kommunistischen Berg- und Hüttenarbeiter an der Saar. Diss. Bonn 1923.

beiter, die in mehreren Vereinen gebunden waren, hatten weder eine Idee für eine weitere Verpflichtung, noch hatten sie das Geld übrig für die Gewerkschaftsbeiträge [9]). Wie stark die Hindernisse gegenüber den Organisationsbestrebungen waren, geht aus einem Geschäftsbericht des Vorstandes des Gewerkvereins im Saarrevier für das Jahr 1909 bis 1910 hervor:

„Die Hindernisse sind:

Die bisherige fast militärische Erziehungsmethode durch die Bergwerksdirektion.

Das Wohnen der Bergarbeiter in einem verhältnismäßig großen Gebiet mit verschiedener Tradition.

Die große Seßhaftigkeit der Bergleute und das Streben hiernach, sowie das Gebundensein an eine Arbeitsstelle und die dadurch bedingte Abhängigkeit.

---

[9]) Kiefer Peter, a. a. O. S. 34 ff.
Derselbe, Vom Bergmannsstand an der Saar (Manuskript).
Lehmann W., Abriß der Wirtschaftsgeschichte des Saargebiets. Saarbrücken 1925, S. 47.
Siehe auch: König Josef, Die Einwirkungen der französischen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen auf die Psyche der Bergarbeiter. Diss. Köln 1924. S. 4 ff.
Eine Illustration zu dem Beispiel der Gemeinde Dudweiler bieten die Angaben in: „Geschichte des Ortes und der Pfarrei Püttlingen" von Kaplan W. Schwickerath. 1927 beträgt die Einwohnerzahl 11 614. 72,2% der Bevölkerung sind Bergarbeiter, 11,8% Hütenarbeiter.

Es bestanden 1925 folgende kirchlichen Vereine:

Name des Vereins	Gründungsjahr	Mitglieder
1.) Alter Bergmannsverein	1850	906
2.) Kindheit Jesuverein	1854	2 450
3.) Borromäusverein	1856	195
4.) 3. Orden	1860	120
5.) Kirchenchor Cäcilia	1874	150
6.) Jünglingsverein St. Josef	1893	340
7.) Jungfrauenkongregation	1894	750
8.) Rosenkranzverein	1895	980
9.) Kirchenbauverein	1897	1 150
10.) Sakramentsbruderschaft	1897	350
11.) Aloysiusverein	1898	205
12.) Männer- und Jünglingsverein	1899	70
13.) Volksverein	1904	460
14.) Arbeiterverein	1912	340
15.) Elisabethenverein	1912	1 080
16.) Kapellenverein	1913	150
17.) Männerkongregation	1917	148
18.) Caritasverein	1921	45
19.) Jünglings-Kongregation m. Kandid.	1921	105
20.) Bonifatiusverein	1922	240
21.) Missionsverein	1922	250
22.) Deutsche Jugendkraft	1924	155
	Summa	8 639

Die landwirtschaftliche Tätigkeit eines verhältnismäßig großen Prozentsatzes der für uns in Frage kommenden Arbeiter.
Die niedrigen Löhne, die Verschiedenartigkeit der Löhne und das Fehlen anpassungsfähiger Staffelbeiträge.
Die Einwirkung uns unfreundlich gesinnter Personen, besonders eines Teiles der Geistlichkeit beider Konfessionen.
Die teils recht große politische und religiöse Verhetzung der Arbeiterschaft.
Die Verhetzung der Arbeiterschaft gegen uns wegen der politischen Tätigkeit der unserer Bewegung angehörenden Abgeordneten, die ermöglicht wurde durch das mangelnde Verständnis eines großen Teils der Arbeiterschaft für die Notwendigkeit der Mitwirkung dieser Abgeordneten an der Gesetzgebung.
Die wüste Hetze der Sozialdemokratie gegen uns.
Das Einwirken gewisser Streber im Beamtentum zu Ungunsten unserer Bewegung auf organisierte Kameraden.
Eine systematisch, größtenteils aus Gewinnsucht betriebene Wirtshauspolitik und ein vielfach vorhandener zu großer Einfluß der Wirte auf die Arbeiterschaft.
Das Verquicken von kommunalen Wahlen und sonstigen örtlichen Angelegenheiten mit der Gewerkschaftsbewegung.
Aus zum Teil egoistischen Motiven entsprungene und künstlich genährte Abneigung gegen die Zentralisierung der Arbeiterbewegung und gewisse partikularistische Bestrebungen."

Ausgehend von der konfessionellen Gliederung der saarländischen Arbeiterschaft haben wir oben schon die St. Barbara-Bruderschaften und den Rechtschutzverein als Ausgangspunkte der organisierten Arbeiterinteressen kennengelernt. Ihnen parallel bestanden andere Vereinsgründungen auf religiöser Grundlage (siehe Beispiel Püttlingen), wie Handwerker-, Gesellen- und Jünglingsvereine, die auf die päpstliche Enzyklika 1891 zurückgehen und unter geistlicher Führung und Betreuung als Schutzformationen gegen Materialismus und Sozialismus einen mehr individuellen Lebenszweck verfolgten. Hier liegen die Versuche der katholischen Geistlichkeit, in intensiver Kleinarbeit ihren seelsorgerischen Einfluß auch innerhalb der Berufstätigkeit der Bevölkerung zu verankern. Nachdem weiterhin das Pastorale des preußischen Episkopats vom 22. August 1900 die Unterstellung der sozialen Frage unter die kirchliche Autorität gefordert hatte, mußten diese Vereine den Anschluß an die kirchliche Hierarchie vollziehen. Diese Wandlung bewegte sich über die Fachschaften, um, fußend auf dem sozialen Einzelinteresse des Arbeiters, eine möglichst umfassende Plattform für alle Berufsgruppen zu schaffen. Damit sollten die katholischen Arbeitervereine [10]) in der Lage sein, neben der geistigen Wohlfahrt auch die Standesinteressen ihrer Mitglieder weitgehenst zu vertreten.

[10]) Gründung der katholischen Arbeitervereine 1902 zu Berlin. Im Preußischen Episkopat heißt es: „Diese Fachabteilungen in den Arbeitervereinen werden in ihrer allgemeinen Verbreitung den Beweis liefern, daß es keiner religiösen Neuschöpfung bedarf, um die materiellen Interessen der christlichen Arbeiterschaft zu verteidigen und zu fördern."

Die Saarvereine begannen zu gleicher Zeit ihren Aufbau unter Einbeziehung der Orte des Saargebiets, als auch der näheren Umgebung, soweit deren Bewohner im Saargebiet tätig waren. Mit umfangreichem Propagandamaterial, in leicht faßlicher Form geschrieben, mit Zeitungsartikeln in den Zentrumsblättern [11]), durch Schulungskurse, von Geistlichen geleitet, versuchte man den Arbeiter sozialpolitisch zu bilden und bewirkte auch in unermüdlicher Kleinarbeit ein starkes Solidaritätsgefühl. Dieses äußerte sich insbesondere bei der gegenseitigen Unterstützung in Unglücks- und Krankheitsfällen. Andrerseits wurde durch diese Bindungen eine innere Zugehörigkeit und Verpflichtung zur Zentrumspartei gefestigt.

Diese Entwicklung darf vielleicht als Beispiel für eine politische Erziehung angesehen werden, um zu erkennen, mit welchen persönlichen Mitteln das Zentrum seine Mitglieder zu seinen politischen Funktionen verpflichtet hatte.

Immer wird es das Einzelschicksal sein, das, je intensiver sich eine politische Bewegung um seine Existenz und seine Zukunft bemüht, eine verpflichtende Bereitschaft zu einer politischen Idee gewinnt.

Damit wurden enge Bindungen zur Zentrumspartei geschaffen, insbesondere in den Arbeiterkreisen. Gleichzeitig wurde aber der vorhandene Gegensatz zu den nationalliberalen Eisenindustriellen und zur Königlichen Bergwerksdirektion noch mehr verstärkt.

„Maskierte Wahlvereine der Zentrumspartei" war die Bezeichnung in Arbeitgeberkreisen gegenüber diesen Fachschaften [12]).

Es ist symptomatisch für die Gesellschaftsstruktur im Saargebiet, daß es damals schon eine Macht gab, deren Einfluß stärker als der der Kirche gewesen ist.

Die Fachschaften konnten zwar in der Vorkriegszeit bestehen, aber sie fristeten infolge der Schwierigkeiten ein bescheidenes Dasein. Im Laufe des Krieges verloren sie vielfach ihre Mitglieder, teils durch die Militärdienstpflicht, teils durch Versprechungen anderer Organisationen, und nicht zuletzt durch ihre eigenen Mißerfolge.

Als 1919 im Saargebiet die ersten Tarifverträge abgeschlossen wurden, traten sie als Vertragspartner nicht mehr in Erscheinung. Sie waren entweder aufgelöst, oder beschränkten sich auf religiöse Aufgabenkreise. Die meisten Mitglieder hatten inzwischen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung ihre Interessenvertretung gefunden.

---

[11]) Tille, Alexander: Der soziale Ultramontanismus und seine katholischen Arbeitervereine. Sozialwirtschaftliche Zeitfragen, Heft 4, Berlin 1905.

[12]) Wagner, Eugen: Die Saarpresse im Kampf gegen Frankreichs Propaganda. Saarbrücken 1933, S. 30 ff.
Heidjan, Emil: a. a. O. S. 24 ff.

Die politische Stellung der Arbeiterschaft in der Vorkriegszeit.

Die unselbständige wirtschaftliche Lage der Saararbeiter spiegelte sich naturgemäß in der politischen Entscheidung bei den Wahlen wieder.

Die drei das Saargebiet berührende Wahlkreise: Saarbrücken für den westlichen, Ottweiler, — St. Wendel, — Meisenheim für den östlichen und Koblenz—Trier für den nördlichen Teil, bewarben sich um die saarländische Wählerschaft durch die Reichspartei, die Nationalliberalen und das Zentrum.

Während die Saarkreise Saarlouis und Merzig, dem Wahlkreis Trier—Koblenz zugehörend, seit 1871 unbestrittener Besitz des Zentrums waren, spielten sich in den übrigen Kreisen immer heftige Kämpfe zwischen Zentrum und Nationalliberalen ab, mit dem Erfolg, daß der Wahlkreis Saarbrücken seit 1874 bis 1918 ausschließlich von der Nationalliberalen Partei beherrscht werden konnte. Im Wahlkreis Ottweiler—St. Wendel—Meisenheim war die politische Physiognomie nicht so einheitlich. Trotz starker katholischer Volksteile wechselten Reichspartei und Nationalliberale in der Entsendung des Parlamentsvertreters miteinander ab. Erst 1903 bis 1918 gelang es der Zentrumspartei mit Hilfe der evangelischen Bauern im Kreise Meisenheim den Zentrumskandidaten durchzubringen. Den Wahlkreis Zweibrücken hatte von 1871 bis 1907 die Nationalliberale Partei, von 1907 bis 1912 das Zentrum und von 1912 bis 1918 wieder die Nationalliberalen inne. Im Wahlkreis Homburg wurden von 1871 bis 1903 nur nationalliberale Abgeordnete gewählt, von da ab bis 1918 die Kandidaten des Bundes der Landwirte. Bemerkenswert in diesem Zusammenhange sind die politischen Perspektiven aus einer Denkschrift der Deutschnationalen Partei im Saargebiet. Da heißt es auf Seite 1:

„Neben dem Zentrum war bis kurz vor dem Kriege der Liberalismus vorherrschend. Allerdings änderte sich das Bild im Wahlkreise Homburg seit 1903 zu Gunsten des scharf rechtsstehenden Bundes der Landwirte und im Wahlkreis Saarbrücken wurde im Jahre 1912 die Christlich-soziale Partei gegründet. Letztere Gründung fußte auf einer Bewegung, die ihren Ursprung in dem 1898 zu Ende geführten bekannten Stöcker-Stumm-Prozeß hatte. Infolge dieses Prozesses, bei welchem die gesamte evangelische Geistlichkeit an der Saar auf der Seite Stöckers stand, gewann Stöcker hier an der Saar viel Anhänger, besonders unter den Bergleuten im Köllertal. Zu einer Parteigründung kam es jedoch nicht, dies blieb vielmehr mir [1]) vorbehalten, indem ich im Jahre 1912 mit meinem Freunde, Herrn Sch., dem Vorsteher der Arbeitsstelle für Arbeitslose in Saarbrücken, die Christlich-soziale Partei ins Leben rief.

[1]) Dem Verfasser der Denkschrift. Stadtoberamtmann Herzberg, Saarbrücken.

Von welcher Bedeutung diese Bewegung war, geht aus einem Artikel der „Frankfurter Zeitung" hervor, welche gelegentlich der Stichwahl 1912 sinngemäß schreibt: „Wie wird es Bassermann im Wahlkreise Saarbrükken ergehen? Werden die 3 bis 4 Tausend christlich-sozialen Wähler Bassermann noch einmal ihre Stimme geben? Tun sie es nicht, so ist Bassermanns Schicksal besiegelt!" Die Christlich-sozialen Wähler entschieden sich jedoch noch einmal für Bassermann und dieser wurde gewählt. Nun kam der Krieg und mit ihm der parteipolitische Burgfriede. Infolge dieses Burgfriedens überraschte der Novembersturz die meisten Parteien unvorbereitet. Charakteristisch an diesen Ausführungen ist die Tatsache, daß trotz der Mehrheit einer katholischen Bevölkerung und der Arbeiterschaft im Kreise Saarbrücken die Partei Stumm's immer ihren Kandidaten zum Reichstag durchbrachte. Arbeitervertreter, die erstmals nach dem Streik 1889 aufgestellt wurden, erhielten ein Minimum an Stimmen. Ähnlich lagen die Verhältnisse bei den Wahlen zum preußischen Landtag. Seitdem von 1866 an die Freie Konservative Partei im Verein mit den Nationalliberalen unter der Führung Stumms geleitet wurde, gelang es auch dem Zentrum nicht, den Saarbrücker Wahlkreis zu erobern. Dazu kam, daß das preußische Dreiklassenwahlrecht den Industriellen einen Stimmenvorsprung gab, der durch die materiell fundierte Wahlpropaganda noch wirkungsvoll unterstützt wurde. Außerdem nahmen die Hüttenbesitzer oder ihnen nahestehende Personen die Aufstellung der Kandidaten selber vor. Auch die Programmredner in den Wahlversammlungen entstammten derselben Schicht.

Die Arbeiter selber konnten weder einen geeigneten Kondidaten aufstellen, noch verfügten sie über die politische Schulung, einen Wahlkampf zu führen. Andererseits waren Teile mit ihrem sozialen und wirtschaftlichen Schicksale zufrieden und überließen dann die politischen Aufgaben den Unternehmerkreisen. Die Betonung der Fürsorgemaßnahmen, der Appell an die vaterländische Gesinnung und die Bespitzelung durch eine hierarchisch gegliederte Beamtenschaft machten den Arbeiter unselbständig. Die Prozesse Hilgers, des damaligen Leiters der saarländischen Staatsgruben gegen einen Redakteur der Neunkircher Zentrumszeitung im Jahre 1903 und gegen den Bergmann Krämer 1904 bestätigten die herrschende Meinung innerhalb der saarländischen Privatbeamtenschaft, daß diese mitberufen sei, die Arbeiter bei der Ausübung ihrer Wahlhandlung im Sinne der Arbeitgeber zu beeinflussen. Das beleuchtet die Aussage eines Bergmannes vor Gericht:

„Wer gibt mir die Garantie, daß ich nicht abgelegt werde, wenn ich hier unter Eid die Wahrheit sage?" [2])

Daraus entwickelte sich ein allmählicher Gegensatz gegen das Stumm'sche System, indem sich besonders die katholische Geistlichkeit immer mehr mit der Arbeiterschaft verband.

Wenn man heute noch eine Expertenbefragung über jene Zustände bei älteren Arbeitern anstellt, erhält man immer wieder die lebendige Schilderung, daß man damals anläßlich der Wahlen fast bei allen Arbeitern vorher wußte, wem sie ihre Stimme geben würden. Auf jedem

---

[2]) Saarabien vor Gericht, der Hilger-Krämer-Prozeß, Berlin 1904, S. 35 ff.

Hütten- oder Kohlenbergwerk befanden sich immer einige Parteigetreuen, die die unsicheren Arbeiter mit Versprechungen für die betreffende Parteirichtung zu gewinnen versuchten. Da sich der Wahlakt selber ohne Wahlumschläge und ohne Zellen vollzog, wurde dem Zweifelnden vor Eintritt in das Wahllokal der richtige Stimmzettel in die Hand gedrückt, und beobachtet, ob er ihn auch in die Urne werfe.

Fügte er sich dem Wahlterror nicht, so wurde er meistens denunziert und beim geringsten Vergehen von seiner Arbeitsstätte entlassen. Selbst zur Zeit als Wahlumschlag und Wahlzelle eingeführt waren, konnte eine Wahlkontrolle mittels geschriebener Wahlzettel aufrecht erhalten werden [3]).

Die Wahlbeeinflussung konnte auf die gesamte Arbeiterschaft ausgedehnt werden. Die Parlamentsvertreter handelten im Sinne der Industrie und die Arbeiter selber hatten nie die Möglichkeit, ihre soziale Lage in der Öffentlichkeit zu schildern [4]).

Die politischen und sozialen Bestrebungen Stumms waren darauf gerichtet, den isolierten Arbeiter dem Arbeitgeber gegenüberzustellen und jeden korporativen Zusammenschluß von Arbeitnehmern zu verhindern. Arbeiterkammern, Arbeitsämter und Schiedsgerichte bedeuteten für ihn Störungen des persönlichen Verhältnisses und Schaffung einer Interessensphäre [5]).

Dabei wollte er die Betätigung jeder gewerkschaftlichen Art ausgeschlossen haben, auch wenn privatwirtschaftliche Aufgaben des Unternehmens nicht berührt wurden. Die Strömungen in der Arbeiterschaft, sich durch Selbsthilfe im Zusammenschluß sozial besser zu stellen, bezeichnete er als umstürzlerisch und sozialistisch und bekämpfte jeden leisen Versuch [6]).

Diese Tendenz führte schon 1877 zur Gründung des Vereins gegen die sozialdemokratische Bewegung [7]).

---

[3]) Siehe a. a. O. S. 101, wo der Staatsanwalt im Hilger-Krämerprozeß bekundete, daß eine Beobachtung beim Wahlakt nicht als direkt unzulässige Handlung angesehen werden könne, wenn sich die Werksverwaltung über die politische Gesinnung ihrer Leute orientieren wolle.

„Ich halte das gerade nicht für erwünscht, aber auch nicht für gesetzlich unzulässig."

[4]) Stumms Reden, Bd. 8, S. 135 ff., 145 ff., 157.

[5]) Stumms Reden a. a. O. S. 287. Gabel, a. a. O. S. 60

[6]) Stumms Reden, a. a. O. Bd. 9, S. 80 ff.

Sombart, Werner: Sozialismus und soziale Bewegung, Jena 1919, S. 381 ff.

[7]) Gabel, a. a. O. S. 70. Der Verein faßte folgende Beschlüsse:

1. Es sollen keine Arbeiter auf den Werken geduldet werden, welche sich an der sozialdemokratischen Agitation direkt oder indirekt beteiligen, insbesondere
   a) sozialdemokratische Blätter lesen oder verbreiten,
   b) an sozialdemokratischen Versammlungen oder Vereinen teilnehmen,
   c) Wirtshäuser frequentieren, in welchen sozialdemokratische Versammlungen abgehalten werden oder Blätter dieser Richtung aufliegen.
2. Arbeiter, welche in Ausführung dieses Beschlusses entlassen werden, sollen auf keinem anderen Werke Aufnahme finden.

Die Kampfstellung war die Voraussetzung für den im Jahre 1878 gegründeten Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen. Er war die Abwehrfront gegen die sich entwikkelnde Sozialdemokratie. Selbst als die Staatsbetriebe 1881 auf Veranlassung des Ministers aus dem Verein ausgeschieden waren, blieben diese Beschlüsse bis zum Kriege im Saargebiet bestehen.

Die erstmalige Erschütterung des autokratischen Arbeitsverhältnisses erfolgte durch den Bergmannsstreik im Jahre 1893. Das Spitzelsystem der Beamtenschaft hatte seinen Höhepunkt erreicht, die Löhne des saarländischen Bergarbeiters waren niedriger als die seiner innerdeutschen Kollegen, die allgemeinen Arbeitsbedingungen hatten sich im Lauf der Zeit verschlechtert, kurz, es entwickelte sich eine unzufriedene Stimmung in der Arbeiterschaft gegenüber der Bergverwaltung.

Da aber seither nur die katholischen Brudervereine als Sammelbecken der Arbeiter bestanden hatten und dadurch der katholische Geistliche als Außenstehender Einblick in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse nehmen konnte, trat er als Wortführer der bedrängten Arbeiterschaft auf. Die evangelischen Pastoren nahmen infolge ihrer engen Beziehungen zur Stumm'schen Politik wenig Anteil an der Notlage der Werktätigen [8]).

Die während des Streikes von Kaplan Dasbach gegründeten Rechtsschutzvereine, die eine Interessenvertretung der Arbeiterschaft gegenüber den Knappschaftskassen, den Inspektionen und den Berufsgenossenschaften darstellen sollten, erfuhren durch ihre einseitig-konfessionelle Grundhaltung Ablehnung auf evangelischer Seite, sodaß die Erfolglosigkeit der Bewegung schon während des Streikes eintreten mußte. Als aber die letzten Rettungsversuche der Schutzvereine darauf hinzielten, sich unter sozialdemokratische Flagge zu stellen, erregten sie bei den übrigen politischen Parteien eine ablehnende Haltung und verfielen dann der Auflösung.

Damit war das alte Patriarchalverhältnis auch gegenüber den Bergarbeitern wieder hergestellt und die ersten Versuche einer unabhängigen Gestaltung des Arbeiterschicksals für längere Zeit lahmgelegt.

Mehrere Tausend Saarbergleute verloren ihre Arbeitsplätze [9]). Für die Saarbergleute begann mit den folgenden Jahren eine Zeit völliger Machtlosigkeit. In einer Denkschrift des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter aus dem Jahre 1910 wird die Lage wie folgt geschildert [10]):

„Seit dieser Zeit (dem Eingehen des Rechtschutzvereins D. Verf.) wurden die Saarbergleute mit eiserner Strenge regiert. Mehr noch wie früher ward jede selbständige Regung unterdrückt, jeder Versuch der Auflehnung streng geahndet. Eine gewerkschaftliche Organisation wurde über ein Jahrzehnt lang nicht geduldet. Die nach dem Streik von 1889 eingeführten Arbeiterausschüsse hatten nur eine theoretische Bedeutung. Die Ausschußmitglieder durften es nicht wagen, ihren Posten gut auszu-

---

[8]) Vgl. auch Freiherr von Stumm-Halberg und die evangelische Geistlichkeit im Saargebiet, Göttingen 1906.

[9]) Stumms Reden a. a. O. Bd. 8 S. 263 ff. Saarbrücker Gewerbeblatt 22. 12. 1889 und 8. 1. 1893.

[10]) Kiefer, Peter: 25 Jahre Gewerkverein christl. Bergarbeiter. Saarbrücken 1929.

füllen. Abweichend von früher war die von der Bergverwaltung betätigte Lohnpolitik. Während man bisher sich eng an die jeweilige Konjunktur anlehnte, wurde jetzt für eine längere Zeit eine stetige Lohnpolitik verfolgt. Die staatliche Bergverwaltung ließ bei aufsteigender Konjunktur weder ein schnelles bedeutendes Steigen der Löhne zu, noch bei niedergehender Konjunktur ein entsprechendes Sinken. Wie die Arbeiter dabei fuhren, sei an einer Stelle gezeigt.

Das im Saarrevier herrschende System hatte wiederum recht üble Folgen, die allerdings sich erst voll zeigten, als das System zusammengebrochen war. Ebenso wie vor 1889 übte das herrschende System einen ungünstigen Einfluß auf den Charakter vieler Beteiligten aus, ebenso wie damals fand auch wieder das Schmiersystem Eingang. Es kamen Durchstechereien in außerordentlich großem Maße vor. Die in den letzten Jahren dieserhalb geführten Prozesse zeigten dieses recht deutlich, wenn sie auch keine volle Klarheit über den Umfang der geübten Betrügereien brachten."

Die Saarbergleute waren wirtschaftlich und politisch geknechtet. Neben dem Verlust ihrer persönlichen Freiheit und Unabhängigkeit verminderte sich fortwährend ihr Einkommen. Während der Durchschnittslohn eines Gedingarbeiters 1892 Rm 4,23 gegenüber Rm 3,06 im Jahre 1888 betrug, sank er auf Rm 3,68 im Jahre 1894. Erst 1904 erreichte er den früheren Stand wieder. Im Ruhrgebiet war das Lohneinkommen von Mk 2,96 im Jahre 1888 auf Mk 4,78 im Jahre 1904 gestiegen.

Mit dem Tode Karl Ferdinands von Stumm am 8. März 1901 war das große Bollwerk gegenüber den Organisationsbestrebungen der Saararbeiterschaft gefallen. Stumm war jener Industriellentyp, der infolge der Beherrschung aller Produktionsfaktoren sein Unternehmen hatte wachsen und entwickeln sehen.

Damit war eine Überbetonung der Unternehmerpersönlichkeit insofern verknüpft, indem sich die bei ihm beschäftigten Menschen seinen Entschlüssen beugen mußten.

Psychologisch gesehen entsprang diese Machtstellung weniger individuellem Utilitarismus, als vielmehr einem sittlichen Pflichtbewußtsein gegenüber dem Staatswohle und dem seiner Bürger.

Er beurteilte den Arbeiter in der Hauptsache als Objekt in einer bestehenden Wirtschaftsorganisation, das wenig Einfluß auf sein Arbeitsverhältnis und auf die Gestaltung seiner sozialen Lage haben durfte.

Damit waren aber auch die Voraussetzungen nicht gegeben, die man im Saargebiet damals an den „dumpfen Schritt mächtiger Arbeiterbataillone" hätte stellen können. Zwar bestand eine gesellschaftliche Gleichrichtung, aber die wirtschaftlichen Unterschiede und die persönliche Machtlosigkeit des einzelnen verhinderten die Entstehung einer einheitlichen Berufsorganisation.

Hinzu kam die Haltung der Saarindustrie, jede Arbeiterbewegung, auch wenn sie rein berufsorganisatorisch ausgerichtet war, als sozialistisch zu diffamieren. Das löste bei den königstreuen Saararbeitern Zurückhaltung und Mißtrauen aus.

Die Arbeiterschaft ist gewerkschaftlich kaum erfaßt — resp. sie ist zersplittert, politisch ungeschult und wirtschaftlich abhängig und unselbständig.

Der Gesellschaftsprozeß im Saargebiet von der Jahrhundertwende bis zum Jahre 1919.

Die soziale Struktur und die gesamte gesellschaftliche Entwicklung der saarländischen Menschen stehen im engsten Zusammenhange mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts, als die Kohlenlager an den preußischen Fiskus übergingen, begann ein systematischer Ausbau der Kohlengruben. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts setzte der moderne Großbetrieb ein. Schritt mit ihm hielten die Hütten im Saargebiet. Man hatte Kohlen zur Verhüttung der Erze in nächster Nähe, sodaß für beide Industrien die Hauptstandortsfaktoren gegeben waren, die eine Aufwärtsentwicklung versprachen. Die einzige Schwierigkeit, nämlich der Absatz der Industrieprodukte auf dem Landwege, fiel mit der Schaffung der Verkehrswege [1]) um die Mitte des vorigen Jahrhunderts hinweg. Ein gewaltiger Aufschwung ließ in weniger als 4 Jahrzehnten eine Industrie emporblühen, die 24 Grubenanlagen, 6 große Hüttenwerke und eine Reihe bedeutender weiterverarbeitender Industrien ins Leben gerufen hat [2]). Während um 1800 auf den Gruben ungefähr 900 und auf den Hütten ungefähr 1000 Arbeiter beschäftigt waren, betrug die Zahl 1919 63 788 und 28 051. Dazu kommen 1920 in der weiterverarbeitenden Industrie noch ungefähr 9700, auf den Glashütten 2400, in der keramischen Industrie 3300, in der chemischen Industrie 2340, in der Kalk und Zementindustrie 1128 [3]) Arbeiter, sodaß das

---

[1]) Vgl. hierzu Zirkler Alwin, Dr., Das Verkehrswesen im Saargebiet in „Handel und Industrie im Saargebiet", Düsseldorf 1926.
Hagn Hugo, Rechts und links der Saarbahnen, Saarbrücken 1932.
Eifler O., Das Verkehrswesen im Saargebiet, Diss. Erlangen 1927.
Diehl Hermann, Geopolitik der Saarfrage, Manuskript Saarbrücken 1930.

[2]) Siehe „Handel und Industrie im Saargebiet" S. 69 ff.
Vgl. hierzu auch Cartellierie Dr., Die Eisenindustrie an der Saar in „Das Saargebiet, seine Struktur und seine Probleme" S. 223 ff.
Weber Hans Siegfried, Der Kampf um die Saar, Berlin 1928, S. 28 ff.
Vogel Theodor, Deutsch die Saar immerdar, Berlin 1929 S. 14 ff.

[3]) Vgl. hierzu Bergschul-Hauptlehrer Keller, Die Entwicklung des Steinkohlenbergbaues an der Saar, in „Handel und Industrie im Saargebiet", Düsseldorf 1926.
Martin Robert, Die Eisen- und Stahlindustrie des Saargebietes, im gleichen Heft.
Franz H., Die Weiterverarbeitende Eisenindustrie im Saargebiet, im gleichen Heft.
Lauer Walter, Die Glasindustrie im Saargebiet, im gleichen Heft.
Dilk Fritz, Die keramische Industrie des Saargebietes, im gleichen Heft.
Kauter Hans Erhardt, Die Ziegelindustrie im Saargebiet, im gleichen Heft.

Saargebiet 1920 rund 120 000 Industriearbeiter aufweist, das bedeutet mit Berufszugehörigen $^2/_3$ der Gesamtbevölkerung.

Die Zusammensetzung dieser saarländischen Arbeiterschaft war verschieden. Die Gruben- und Hüttenverwaltungen gingen davon aus, sich einen Arbeiterstand heranzuziehen, der bodenständig an die Werke geknüpft, in einem fest verankerten Arbeitsverhältnis stehen sollte. Das war jedoch nicht immer möglich, besonders als in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts durch den Industrialisierungsprozeß in Deutschland eine Expansion der Werke eintrat, die die Zuwanderung anderer deutscher Arbeitskräfte bedingt hat. Vorher waren alle Kräfte aus der ackerbautreibenden Bevölkerung in der nächsten Umgebung herangeholt worden, sodaß damals bereits eine Zweiteilung der Arbeiterschaft nach soziologischen Gesichtspunkten festzustellen war: Arbeiter aus den Ortschaften des Gruben- und Hüttenbereiches und Arbeiter aus den ländlichen Gegenden des Saargebietes [4]). Wie eine statistische Erhebung im Jahre 1900 ergab, waren 40% der Saararbeiterschaft Hausbesitzer, daneben ungefähr ebensoviel Eigentümer von Feld und Wiesen.

Die Arbeiter [5]) die aus der näheren Umgebung kamen und ihre alten Wohnsitze beibehielten, waren in der überwiegenden Mehrzahl Kleinbauern.

---

[4]) Vgl. hierzu die Belegschaft der Werke der „Administration des Mines Domanial Françaises de la Sarre", nach dem Ergebnis der statistischen Erhebungen vom 1. 12. 1925, Sbr. 1927.

[5]) Vgl. hierzu Groß E., Die Wohnverhältnisse im Saargebiet, in „Handel und Industrie im Saargebiet", Saarbrücken 1926.

Vogel Theodor, a. a. O. S. 28 ff.

Weber Hans Siegfried, a. a. O. S. 43 ff. und 49 ff.

Metz Friedrich, Zur Geographie des Saargebietes, in „Das Saargebiet, seine Struktur und seine Probleme. Saarbrücken 1929. S. 13 ff.

Röchling Hermann, Die industrielle Entwicklung an der Saar im „Saarlandheft des rheinischen Vereins für Denkmalspflege und Heimatschutz" 1929.

Nolte P., Das Wirtschaftsgebiet an der Saar, München-Gladbach 1912, S. 25 ff.

Haßlacher A., a. a. O. S. 35 ff.

Capot R., L'agriculture dans le territoire de la Sarre, Paris 1923.

Herr G., Der Steinkohlenbergbau im Saargebiet, Frankfurt 1929.

Rehanek R., Dillingen und seine Industrie, Dillingen 1928.

Martin R., Die Eisen- und Stahlindustrie des Saargebietes, Saarbrücken 1923.

Weigert E., Die Großeisenindustrie des Saargebietes, Schmollers Jahrbuch 1922.

Kollmann J., Die Großindustrie des Saargebietes, Stuttgart 1911.

Sante Georg Wilhelm, Die Saarfrage, Einzelmonographien, Saarbrücken 1931.

Andres O., Die Saarfrage, Schriften zur politischen Bildung, herausgegeben von der Gesellschaft „Deutscher Staat", 5. Reihe, Heft 7, Langensalza 1928.

Allot A., Le Bassin de la Sarre, Paris 1924.

Babelon E., Au pays de la Sarre, Sarrelouis et Sarrebruck, Paris 1918.

Vgl. Born Wilhelm: Die wirtschaftliche Entwicklung der Saargroßeisenindustrie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Diss. Tübingen 1919.

Vgl. die ausführliche Zeittafel über alle industrielle Gründungen im Saargebiet, in: „Der Saarkalender", Saarbrücken 1923, S. 147 ff.

Noch im Jahre 1925, als die Saarindustrie die höchste Kapazität aufzuweisen hatte, sind die sozialen Verhältnisse ungefähr die gleichen geblieben. Nach der Statistik der Bergwerksdirektion [6]), wonach ihre Gesamtbelegschaft 69 575 betrug, sind

22 801 = 32,7% Hauseigentümer,
12 162 = 17,5% Besitzer von Feld und Wiesen.

Hinsichtlich der Unterkunft sei festgestellt, daß

62 758 = 90,2% im Saargebiet wohnten,
6 728 = 9,7% im Reiche und nur
89 = 0,1% in Frankreich.

Die materielle Lage der Saararbeiter war auf Grund dieser sozialen Voraussetzungen nicht ungünstig, zumal auch die Industrie mit wenig Krisen zu kämpfen hatte. Besonders auf den Hütten waren die Arbeiter, da sie eine bessere Entlohnung als die Bergleute hatten, mit ihrem Lose zufrieden. Vor allem hatte ja der Staat und mit ihm auch die Privatindustrie das größte Interesse daran, eine homogene Arbeiterschaft zu besitzen.

Durch Wohlfahrtseinrichtungen, Knappschaftskassen, Krankenkassen, Vorschüssen zu Bauzwecken [7]) baute die Industrie selbst Häuser, Kirchen und Schulen, richtete Kinderbewahranstalten, Spiel-, Näh-, Flick- und Kochgelegenheiten ein.

Der Bergmann war freier Eigentümer seines Hauses. Denn es handelte sich hier nicht, wie in den sonstigen Industriezentren üblich, um ein gemeinnütziges Wohnungswesen, das gewöhnlich dem Arbeiter nur solange zur Nutznießung zur Verfügung stand, als er in dem Betriebe tätig war. Schon die persönliche Initiative des saarländischen Bergmanns,

---

[6]) Die Belegschaft der Werke der Administration des Mines Domaniales Françaises de la Sarre, Saarbrücken 1927, S. 7.

[7]) Weber Hans Siegfried, a. a. O. S. 50 in den Jahren 1842—70 wurden die Darlehen gegen eine Verzinsung von 4% bis 450 Mk. gegeben. Die Prämien betrugen in dieser Zeit 75—120 Mk., je nach Größe des Hauses. Seit 1873 750—800 Mk. Von 1863 an nahm der preußische Staat selbst an Stelle der Knappschaftskassen die 1. Bauunterstützung in die Hand und gab unverzinsliche Vorschüsse in Höhe von 1200 Mk. Seit 1873 wurde dieser Betrag auf 1500 und im Jahre 1904 auf 2100 Mk. erhöht. Er blieb unverzinslich und wurde den Bergleuten nur vom Lohn abgezogen, sodaß im Laufe von 10 oder 20 Jahren die Summe abgetragen war. Bis zum Jahre 1910 wurden an Prämien 5,5 Millionen Mark verteilt, für unverzinsliche Darlehen 7,7 Mill. Mk. Die Knappschaftskassen, die von 1842 bis 1870 Bauvorschüsse gaben, hatten in dieser Zeit über 2 Mill. Mk. ausgezahlt und später dann in die Millionen gehende Hypotheken auf Bergmannshäuser ausgeliehen. Insgesamt konnten bis 1910 7 306 Bergleute Eigenheime errichten, bis 1914 mag sich die Zahl auf etwa 8 200 erhöht haben. Die Jungverheirateten konnten von der Bergverwaltung die Bürgschaft eines Darlehens zum Bau eines Wohnhauses erhalten, durchschnittlich 5000 Mk., die ihnen dann in Ratenzahlungen von ihrem Lohn einbehalten wurde. In langen Jahren wurde der Betrag so abbezahlt.

Vgl. auch Herr Dr. und Jahns Dr.: Die Kohlenlagerstätte und der Bergbau an der Saar, in: „Das Saargebiet, seine Struktur und seine Probleme, Sbr. 1929, S. 208 ff.

sein Haus an jedem beliebigen Ort zu bauen und selbst Bauherr zu sein, war symptomatisch für die Baufreiheit und das Eigentumsverhältnis. Nur in den ersten Jahren notwendig gewordene Inanspruchnahme hypothekarisch gesicherter Kredite verlangte geringfügige Bindungen hinsichtlich des freien Verkaufs. Diese Bindung an den Eigenbesitzer bedeutete bei den Bergleuten an der Saar eine feste Verankerung mit Lohn und Arbeit. Dadurch hat sich das Unternehmertum einen festen Stamm eingesessener Arbeitskräfte gesichert. Selbst wenn man von auswärts hie und da Arbeiter zuzog, so handelte es sich um Gebiete, die in der engsten Nachbarschaft des Saarlandes liegen, so aus dem Hunsrück, der Eifel, Birkenfeld und aus der Pfalz. Im allgemeinen blieben diese Eingewanderten immer in der Minderzahl [8]).

Sofern eine Ausweitung von Arbeitskräften durch den wachsenden Industrialisierungsprozeß notwendig war, ergänzte sich die bergmännische Bevölkerung aus ihren eigenen Reihen. So bleibt sie mit der heimatlichen Scholle verbunden.

In Deutschland entspannen sich nach dem Kriege heftige sozialpolitische Kämpfe um die Koalitionsfreiheit und Arbeitsbedingungen. Auch im Saargebiet begann eine Werbearbeit in der Richtung langsam an die Öffentlichkeit zu dringen.

Gewerkschaftssekretäre, aus Innerdeutschland hierher eingewandert, hielten Versammlungen ab und in den Zeitungen erschienen Berichte.

Damit aber begann gleichzeitig der offene Kampf auf der anderen Seite gegen die kollektiven Bestrebungen und gegen den Sozialismus. Das Organ der Unternehmerschaft war das „Saarbrücker Gewerbeblatt". Das patriarchalische System zeigte seine strenge Seite, indem es den Arbeitern mit verschiedenen Gewaltmaßnahmen drohte, wenn sie sich den Bedingungen der Hüttenbesitzer nicht unterwerfen wollten.

Mit eiserner Disziplin und mit militärischen Mitteln wurde die Arbeiterschaft im Zaume gehalten. Die Neunkircher Hütte als das Besitztum des Freiherrn von Stumm, war für das ganze Saargebiet tonangebend in der Entwicklung der sozialen Verhältnisse.

Mit der Bevormundung der Arbeiterschaft, die mit den Berufszugehörigen $^2/_3$ der Gesamtbevölkerung des Saargebietes ausmachte, war natürlich eine Beeinflussung der Restbevölkerung verknüpft. Auch die Handel- und Gewerbetreibenden, deren Existenz von der sozialen Lage der Arbeiterschaft abhing, waren gezwungen, weitgehende Rücksicht auf die gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse zu nehmen.

Das Bürgertum, soweit es nicht der liberalen Richtung angehörte, und damit die Politik des Unternehmers mit dem Stimmzettel guthieß, konnte es nicht wagen, selbständig Kritik zu üben. — So konnte man feststellen, daß in der Vorkriegszeit die Industrieführer im Saargebiet sowohl das wirtschaftliche, als auch das politische Leben dirigiert haben. Niemand war imstande, sich gegen die bestehenden Verhältnisse aufzulehnen, und die Gruppen, die einen diesbezüglichen Versuch machten, wurden mit den entsprechenden Maßnahmen unterdrückt.

So war die saarländische gesellschaftliche Struktur bis zum Ausgang

[8]) Siehe Statistik der Bergverwaltung im Jahre 1925.

des Krieges. Der Schützengraben wurde zum Hörsaal, wo der verdummte Saararbeiter seine politische Schulung durchmachte.

Deshalb konnte es nicht Wunder nehmen, daß der vor dem Kriege so stille, ruhige, abgeschlossene Arbeiter, als „Roter" in die Heimat zurückkehrte. Damals setzte eine gewaltige Bewegung im Saargebiet ein und es schien, als wollte man auf dem schnellsten Wege die deutschen Arbeiterverhältnisse einrichten. Doch eine neue Schranke verbaute den Weg. Kaum daß man in allen Betrieben den Achtstundentag durchgesetzt hatte, da rückten französische Besatzungstruppen ein. Unter der Gewalt der Waffe brachen die Versuche in sich zusammen. Scheu und gedrückt beugten sich die Arbeiter einer fremden Macht. Der französische Staat, als der Besitzer der Saargruben, wies die Forderungen der Arbeiterschaft ab, und wo sich Streiks zu entwickeln drohten, setzte er mit Gewaltmitteln ein. Diese schroffe Behandlung änderte sich etwas, als die Saargruben offiziell übernommen und französisches Kapital in einer 60%igen Verteilung in der Saarindustrie investiert wurde. Man versuchte durch diplomatische Behandlung die Arbeiter willig und gefügig zu machen, um sie den Gegensatz zu den früheren preußischen Unternehmern fühlen zu lassen.

Mit dem 9. November 1918 kamen auch die Arbeiter- und Soldatenräte ins Saargebiet. Bemerkenswert ist, was Peter Kiefer in seiner Schrift [9]) über die Vorgänge der damaligen Zeit schreibt:

„Der Krieg mit Waffen ging am 11. November 1918 zu Ende. Damit war der ersehnte Friede nicht eingekehrt. Neues Leid kam über das deutsche Volk, besonders über die Bevölkerung des deutschen Landes an der Saar. Von Kiel her drang die sogenannte deutsche Revolution ins deutsche Land, vom Westen her zogen die feindlichen Heeresmassen dem Rheine zu. Ungewißheit über das Kommende drückte die Gemüter. Kläglich versagten da Militär- und sonstige Behörden, als am 9. November 1918 auch in Saarbrücken Revolution gemacht wurde und einige Heimkrieger einen Arbeiter- und Soldatenrat bildeten. Dieser riß, ohne den geringsten Widerstand zu finden, alle Gewalt an sich.

Aus war es da mit der alten Herrlichkeit. Erbärmlich klein zeigten sich viele ehemalige Gewaltinhaber. . . .

Das stolze Bürgertum knickte auch meist zusammen. Voller Bangigkeit um Gut und Leben ergaben sich die früher herrschenden Schichten.

Leute, die vorher viel in Patriotismus gemacht haben, waren plötzlich mäuschenstill. Die Zahl der Novembersozialisten ist gewachsen. Man versuchte sich anzupassen, denn sozialdemokratisch war Trumpf geworden. Die „Saarbrücker Zeitung" trug als Untertitel „Amtliches Organ des Arbeiter- und Soldatenrates".

Die alten Begriffe und Anschauungen galten nichts mehr. Die Schutztruppe der Unternehmer, die „Gelben" traten fast geschlossen zu den Revolutionären über. In den einzelnen Betrieben wurden Arbeiterräte gegründet, die zu Neuwahlen der Ausschußmitglieder schritten, die teilweise die Knappschaftsältesten absetzten und neue bestimmten. Die wirtschaftsfriedlichen Werkvereine wurden aufgelöst, und die Unterneh-

[9]) Peter Kiefer: a. a. O. S. 43.

mer versprachen, sie nicht mehr anzuerkennen. Neue sozialpolitische Forderungen wurden aufgestellt. Sie lauteten [10]):

1. Entlassungen von Arbeitskräften haben nur unter Zustimmung der Lohnkommission zu geschehen.
2. Die bisherigen Löhne sind in jedem Falle weiter zu bezahlen.
3. Bei Regelung von Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten hat ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates teilzunehmen.
4. Beschwerden von Kriegsbeschädigten über Zeitlöhne sind mit dem Arbeiterausschuß von den vereinbarten tariflichen Bestimmungen der betreffenden Organisation geregelt.
5. Mit Beginn der Demobilisation tritt die achtstündige Arbeitszeit in Kraft.
6. Die Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte, soweit diese gewerblichen Betrieben angehören, erhalten ihren Lohn wie bisher von ihren Firmen.
7. Die Bestimmungen betr. Lebensmittelversorgung bleiben bestehen.
8. An den Sitzungen der Stadtverordneten sowie der engeren Stadtverwaltung nehmen zwei Beauftragte des Arbeiter- und Soldatenrates teil.
9. Mitglieder des Soldatenrates sind von jeglichem Dienste befreit.
10. Ein Wohlfahrtsausschuß wird sofort ins Leben gerufen.

Diese Forderungen konnten infolge der Besetzung des Gebietes nicht alle erreicht werden. Die Wirtschaftsvormacht der Arbeiter dauerte nicht lange. Die Kommandanten der Besatzungstruppen lösten die Arbeiter- und Soldatenräte auf. Inzwischen waren durch die Markentwertungen dauernd Lohnforderungen notwendig geworden. Das Saargebiet wurde das Loch im Westen [11]), in das lange entbehrte Waren hineinströmten. Nachdem das französische Militär und viele Beamten der Bergwerksdirektion als Franzosen in Franken entlohnt wurden, entwickelte sich die Lohnfrage zur Valutafrage." Gleichzeitig fanden in dieser Zeit die Wahlen der Deutschen National-Versammlung statt. Die Bewohner des Saargebietes, die wahlberechtigt waren, mußten einen Kandidaten aufstellen. Das Saargebiet selbst gehörte in seinem preußischen Teil dem 21. Wahlkreise, Koblenz—Trier an, der pfälzische Teil verblieb bei dem 27. Wahlkreis, der Pfalz. Demokraten, Zentrum, Sozialdemokraten

---

[10]) Vgl. Saarbrücker Zeitung v. 11. Nov. 1918.

[11]) Vgl. hierzu Diehl Hermann, a. a. O. S. 24 ff.
Savelkouls Hermann, Der Franc im Saargebiet, Münchener volkswirtschaftliche Studien, Stuttgart und Berlin 1921, S. 71 ff.
Lehmann Werner, a. a. O. S. 56 ff.
Straus Emil, a. a. O. S. 44 ff.
Scheid Alois, a. a. O. S. 52 ff.
„Saarbrücker Zeitung" vom 13. März 1920.
„Saarpost" vom 10. April 1920.
„Saar-Wirtschaftszeitung" vom 26. Oktober 1920.
„Neuer Saarkurier" vom 14. April 1923.
„Landeszeitung" vom 10. Februar 1923.
Cohnstaedt Wilhelm, Die Deutschen an der Saar, Flugschriften der Frankfurter Zeitung, Frankfurt 1922.

und Deutschnationale traten in Wettbewerb. Die Parteien der Weimarer Koalition setzten an aussichtsreiche Stellen meistens Arbeitervertreter. Von Arbeitgeberseite war kein Kandidat aufgestellt. Gewählt wurden im 21. Wahlkreis 8 Abgeordnete der Zentrumspartei, 2 Demokraten, 2 Mehrheitssozialisten. Im 27. Wahlkreis 2 Mitglieder der bayrischen Volkspartei, 1 Demokrat, 1 Vertreter der deutschen Volkspartei und 2 Mehrheitssozialisten. Die Wahlbeteiligten hatten bei der damaligen Wahl die Höchstziffer von 87,8% erreicht. Im Wahlkreis 27 war die unabhängige Sozialdemokratie zum ersten Mal vertreten. Sie hatte im Saargebiet nur 813 Stimmen auf sich vereinen können. Das Stimmenergebnis für das gesamte Saargebiet war folgendes:

Partei	Abgegebene Stimmen	% d. Abstimmenden
Zentrum	135 640	46,8
Mehrheitssozialisten	105 708	36,5
Deutsch demokr. Partei	39 771	13,7
Deutsche Volksp. (Nur im 27. W.)	4 529	1,5
Deutschnationale Volksp.	2 105	0,7
U.S.P. (Nur im 27. Wahlkreis)	813	0,5

Die Arbeiterorganisationen hatten inzwischen neben den Berarbeitern auch die Hüttenarbeiter in ihren Reihen aufgenommen. Entsprechend der Zeitströmung hatten die freien Gewerkschaften den stärksten Zugang [12]).

Ein entscheidender Tag für die Arbeiterorganisationen war der 18. Oktober 1919, an dem der erste Tarifvertrag zustande gekommen ist. Die Gewerkschaften wurden dabei als Berufsvertreter der Arbeiterschaft anerkannt. Seit dieser Zeit konnte die Saararbeiterschaft keinen direkten Anteil mehr an der deutschen sozialpolitischen Entwicklung nehmen, weil durch die Bestimmung des Versailler Vertrages das Saargebiet als ein selbständiges politisches Gebilde besteht und alle Gesetze und Verordnungen, die am 19. November 1919 in Kraft waren, im Saargebiet bestehenbleiben mußten.

---

[12]) Gabel Alfred, a. a. O. S. 188.
Nach ihm betrug die Mitgliederzahl 1920:
Beim Deutschen Metallarbeiterverband 21 000
Bei den Hirsch-Dunckerschen Werkvereinen 4 000
Beim christl. Metallarbeiterverband 9—10 000.
Nach Obé Rudolf: Die Arbeiterschaftsverhältnisse im französisch-fiskalischen Saarbergbau. Leipzig 1930, S. 47 weist die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften folgende Zahlen auf:

Jahr	Chr. Gewerksch.	Freie Gewerksch.
1913	11 402	1 250
1918	rund 18 000	rund 23 000
1919	rund 22 000	rund 34 500
1920	rund 29 000	rund 41 000
1927	rund 37 500	rund 29 000
1928	rund 35 000	rund 25 000

Die politische Konstruktion des „Saar-Kohlen-Beckens" durch den Versailler Vertrag.

Die Schaffung des Saargebietes durch den Versailler Vertrag ist eine Kompromißlösung. Vorher hatte man weder den Begriff „Saargebiet" noch den „Saarrevier" gekannt. Erst durch das Saarstatut des Versailler Vertrages entstand dieses neue politische Gebilde [1]). Schon im Februar 1917 hatte Frankreich bezüglich einer besonderen Position im Saartal mit Rußland ein Geheimabkommen getroffen. Am 27. März 1919 wurde auf der Friedenskonferenz der Anspruch Frankreichs auf die Wiederherstellung seiner Grenze von 1814 [2]) und die Abtretung der Kohlengruben und der übrigen Teile des Saarbeckens gefordert [3]).

Die Verhandlungen über die Saarfrage gestalteten sich außerordentlich schwierig, weil die Amerikaner sich einer Annexion entgegenstellten und die Engländer kein neues Elsaß-Lothringen schaffen wollten.

Nach einem Austausch von Denkschriften und Sonderbesprechungen einigte man sich schließlich dahin, den Franzosen das Eigentum an den Kohlengruben zu gewähren, ihnen jedoch die politische Souverenität des Gebietes vorzuenthalten [4]).

---

[1]) Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den alliierten und asoziierten Mächten, Charlottenburg 1919, Reichsgesetzblatt S. 169 ff., Teil 3, Abschnitt 4.

[2]) Vgl. auch Fischer E. W.: Die Verhandlungen über die Saarfrage auf der Pariser Friedenskonferenz. Schriftenreihe der „Preußischen Jahrbücher", Nr. 17, Berlin 1924.

Tardieu André: La Paix, Paris 1921, Kapitel 8.

„Weißbuch über das Saargebiet", herausgegeben vom auswärtigen Amt, im Buchhandel unter dem Titel erschienen: „Das Saargebiet unter der Herrschaft des Waffenstillstandsabkommens und des Vertrages von Versailles." Berlin 1921. S. 1 ff.

[3]) Vgl. auch: Meinecke Friedrich: Frankreichs Ansprüche auf das Saargebiet, Deutsche Allgemeine Zeitung v. 19. 1. 1919.

Oncken Hermann: Historische Beleuchtung der Ansprüche Frankreichs auf das Saargebiet in „Die Woche" Nr. 10 vom 8. März 1919.

Brockdorf-Rantzau, Graf von: Dokumente und Gedanken um Versailles, Berlin 1925.

Görgen Josef, Die Geschichte des Saarstatuts von Versailles, Saarbrücken 1924.

[4]) Vgl. ausführliche Berichte in:

Kall, Max, v. d.: Das Saargebiet in der Politik der Gegenwart, in „Das Saargebiet, seine Struktur und seine Probleme", Saarbrücken 1929, S. 469 ff.

Geimer, Alexander: Völkerrechtliche Stellung des Saargebietes, Saarbrücken, 1932, S. 26 ff.

Diese „Lösung" deckte auch der Vermittlungsvorschlag des amerikanischen Präsidenten Wilson, daß eine Kommission des Völkerbundes das Gebiet 15 Jahre lang verwalten sollte.

Trotz eines Einspruches der deutschen Friedensdelegation, daß auf diese Weise rein deutsches Land fremder Verwaltung unterordnet werde [5]), bestanden die alliierten Mächte auf der vorgeschlagenen Lösung und erklärten:

„daß sie die größte Sorgfalt darauf verwenden würden, den Bewohnern des Saargebietes jeden materiellen und moralischen Schaden zu ersparen. Deren Interessen seien in jeder Hinsicht sorgfältig beachtet worden."

Durch diese Lösung war den ökonomischen Interessen Frankreichs weitestes Entgegenkommen gewährt worden. Die übrigen staatsrechtlichen Verhältnisse sollten ja möglichst die gleichen bleiben wie unter deutsche Souverenität. Das Ergebnis der Verhandlungen gipfelte also darin, daß die Rechte Deutschlands und der Saarbevölkerung nur in soweit eine Einschränkung erfahren sollten, als sie die ungehinderte Ausbeutung der Kohlengruben durch Frankreich in keiner Weise behindern würden. Diese zweideutige Auslegung der juristischen Grundfragen hinsichtlich der organisatorischen Verwaltung des Saarbeckengebietes überhaupt, sowie die schwankende Interpretation hinsichtlich des staatsrechtlichen Sonderregimes, haben im Laufe der Zeit manche Unklarheit über Umfang und Aufgabe der Treuhänderschaft des Völkerbundes mit sich gebracht. Das Saargebiet ist weder ein Staat im Rechtssinn, noch hat es ein Vorbild im Völkerrecht. Die Stellung der Regierungsgewalt liegt zwar in der Hand einer Kommission und die Bevölkerung genießt den Schutz gewisser Grundrechte, sie besitzt aber in staatsbürgerlicher Hinsicht kaum ein Aktivum, ihre Rechte zu vertreten [6]). Die Einwohner behalten zwar ihre religiösen Freiheiten, ihre Schulen, ihre Sprache und auch ihre bisherige Staatsangehörigkeit wird in keiner Weise geän-

---

Katsch, Helmut: Regierung und Volksvertretung im Saargebiet. Leipzig 1930 S. 3 ff.

Weber, Hans Siegfried: a. a O. S. 32 ff.

Görgen, Josef: Die Geschichte des Saarstatuts, Saarbrücken 1925, S. 40.

Görgen, Josef: Frankreichs Fundamentalirrtum, Berlin 1927.

Haskins, Ch. u. Lord R.: Some Problems of the Conference, Cambridge 1920, S. 132 ff.

Fischer, E. W.: Die Verhandlungen über die Saarfrage auf der Pariser Friedenskonferenz, Berlin 1924.

Nitti, F.: Das friedlose Europa, Frankfurt 1921, S. 128.

Abray, A.: Der unsaubere Friede, Berlin 1925, S. 110 ff.

Braun v. Stumm: Das Saargebiet des Friedensvertrages zu Versailles, Diss. Erlangen, 1928, S. 5 ff.

[5]) Vgl. „Weißbuch" S. 150 ff.

[6]) Vgl. hierzu:

Andres Otto: Die Grundlagen des Rechts im Saargebiet, in Völkerrechtsfragen, Heft 13, Berlin 1926.

Anschütz H.: Der Kampf der Saarbeamten unter der Völkerbundsregierung, Frankfurt a. M. 1922.

Mohlenbröck: Das Saargebiet unter der Herrschaft des Völkerbundes, Süddeutsche Monatshefte, Heft 9, 1925.

dert. Andererseits darf aber auch niemand daran gehindert werden, eine neue Staatsangehörigkeit zu erwerben. Die Rechte der Bewohner in der sozialen Versicherung und in Rentenangelegenheiten bleiben unangetastet [7]).

Außerdem bestimmt der § 25 des Saarstatuts, daß die im Gebiete bestehenden Zivil- und Strafgerichte aufrecht zu erhalten sind. Selbstverständlich hat die Bevölkerung Anspruch auf Schutz von Person und Eigentum, sowie auf Schutz ihrer Interessen im Ausland. Es gibt außerdem im Saargebiet keinerlei Heeresdienst, sondern lediglich eine örtliche Polizei.

Vor Einführung dieser Bestimmungen besaß die Saarbevölkerung das Wahlrecht zum Reichstage, sowie zu den Landtagen von Preußen und Bayern. Dieses politische Recht wurde der Bevölkerung mit der Konstituierung des Saargebietes am 10. Januar 1920 genommen, sodaß sie nur noch an den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung und des preußischen und bayerischen Landtages im Jahre 1919 teilnehmen konnte. Die übrigen im Saargebiet zu wählenden Körperschaften, die zur Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung in Kreisen, Bezirken und Gemeinden notwendig waren, haben laut § 23 des Saarstatuts nur ein Gutachterrecht, sodaß die gewählten Vertreter gegenüber der Regierungskommission nur beratende Stimme besitzen. Dadurch verfügen die Bewohner nicht über die Möglichkeit, durch ihre gewählten Vertreter an der Gestaltung der Gesetzgebung entscheidend mitzuarbeiten. Ursprünglich waren die Gemeinde- und Kreisvertretungen die einzigen Stätten, in denen der Wille der Bevölkerung überhaupt zum Ausdruck gebracht werden konnte. Die Forderung, eine einheitliche Vertretung der Gesamtbevölkerung zu schaffen, wurde von der Regierungskommission bis zum 24. März 1922 abgelehnt. Erst damals schuf sie ein sogenanntes „Saarparlament", den Landesrat, dessen Mitglieder als die gewählten Vertreter der Einwohnerschaft gelten und die Begutachtung der Gesetzentwürfe vornehmen.

Aktives und passives Wahlrecht als Voraussetzung der Teilnahme an diesem „Parlament" beruhen nicht auf der deutschen Staatsangehörigkeit der Bevölkerung, sondern auf der Eigenschaft als „Saareinwohner". Das ist ein neuer Rechtsbegriff, der die Ausübung politischer Rechte von der Staatsangehörigkeit unabhängig macht. Andererseits setzt natürlich die Eigenschaft als Saareinwohner eine bestimmte Staatsangehörigkeit voraus. Die Einwohnerschaft kann erworben werden „von Rechts wegen",

---

[7]) Vgl. hierzu:
Biesel E.: Die Völkerrechtliche Stellung des Saargebietes, Leipzig 1929.
Teßmar B.: Besonderheiten des Arbeitsrechts im Saargebiet, Saarbrücken 1926.
Kiefer P.: a. a. O. S. 105 ff.
Wehberg: Die völkerrechtliche Stellung des Saargebietes, Saarbrücken 1925.
Groten, A.: Die Kontrolle des Völkerbundes über die Tätigkeit der Regierungskommission des Saargebietes, Saarbrücken 1929.
Hallauer, W.: Knappschaftskassen u. Wohlfahrtspflege im Saargebiet, Diss. Köln 1922.

wie durch Erwerb [8]). Dadurch ist das Wahlrecht zum Landesrat nicht an den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit geknüpft. Es genießen auch Nichtdeutsche im Saargebiet staatsbürgerliche Rechte, sofern sie die Voraussetzungen für den Erwerb der Saareinwohnerschaft erfüllen.

In diesem Zusammenhange sei gleichzeitig darauf hingewiesen, daß für die Volksabstimmung im Jahre 1935 der Begriff der Saareinwohnerschaft keinerlei Bedeutung hat. Denn stimmberechtigt ist nach § 34 des Saarstatuts „ohne Unterschiede des Geschlechts jede zur Zeit der Abstimmung über 20 Jahre alte Person, die bei der Unterzeichnung des Vertrages in dem Gebiet gewohnt hat."

Der Landesrat als das Saarparlament unterscheidet sich in seinen Befugnissen und Rechten grundsätzlich von den Parlamenten der europäischen Staaten. Er besitzt weder das Kontrollrecht gegenüber der verantwortlichen Regierung, noch steht ihm die Genehmigung des öffentlichen Haushaltes zu. Auch die wichtigste Befugnis, die gewöhnlich das bedeutendste Recht einer parlamentarischen Vertretung ist, nämlich das Gesetzgebungsrecht, ist ihm vorenthalten. Seine Kompetenzen beruhen lediglich auf einer Funktion als Gutachterorgan in einem begrenzten Sinne, denn die Gutachtererstattung erstreckt sich nur auf gesetzliche Änderungen und auf Einführung neuer Steuern. Jede weitergehende Betätigung ist ihm genommen. Trotzdem hat der Landesrat bei zahlreichen Gelegenheiten zu politischen Tagesfragen kritisch Stellung genommen und hat sich zum Sprachrohr der öffentlichen Meinung gemacht [9]). Auf diese Weise gelang es ihm manchmal, einen moralischen Einfluß auf die Haltung der Regierung auszuüben.

Trotz dieser schwachen Position des Saarparlaments haben die Wahlen dazu immer den politischen Willen der Saarbevölkerung klar wiedergegeben. Die Wahlentscheidungen zu den Gemeinde- mitunter auch zu den Kreisvertretungen hingegen waren wiederholt von örtlichen Interessenkreisen bestimmt und haben die politische Haltung der Wählerschaft nicht immer eindeutig gespiegelt.

Deshalb haben wir auch in unserer Untersuchung auf eine Analyse der Gemeindewahlen verzichtet, weil die politische Grundhaltung hier oft von sekundärer Bedeutung bei der Wahlhandlung gewesen ist.

Gewiß haben die Wahlen zum Landesrat niemals ein Bild der politischen Leidenschaftlichkeit abgegeben, wie wir es aus deutschen Parlamentswahlen kennen; denn die Erkenntnis von der Bedeutungslosigkeit des Saarparlaments hat die politische Leidenschaft der Bevölkerung kaum angeregt. Es war jedem von vorneherein klar, daß zwar die Abgabe seiner Stimme die politischen Gruppen verschieben könnte, daß aber eine Vertretung seiner politischen Belange und seiner staatsbürgerlichen Rechte im Landesrat unterbleiben müsse, solange dessen Funktionen von untergeordneter Bedeutung sind.

Daraus geht auch hervor, daß die Wahlbeteiligung bei den saarländischen Wahlen viel geringer gewesen ist, als bei der Wahl zur Nationalversammlung.

---

[8]) Siehe Art. 2 der Verordnung über die Errichtung eines Landesrates v. 24. 3. 1922, Amtsblatt der Regierungskommission 1922, S. 41.

[9]) Der Landesrat des Saargebietes, Protokolle der Vollversammlungen 1922 bis 1933.

Wenn jedoch 1922 bei der erstmaligen Landesratswahl nur ungefähr die Hälfte (54,5%) der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, so liegt es darin begründet, daß damals gewisse Parteien Stimmenthaltung propagierten, um gegen die Zurücksetzung der Bevölkerung in ihren einfachsten staatsbürgerlichen Rechten zu protestieren. Diese Parole wurde in öffentlichen Versammlungen verkündet.

Daraufhin hat die Regierungskommission am 23. April 1922 eine Bekanntmachung in Flugblattform und durch Plakatisierung veröffentlicht, die wir als historisches Dokument festhalten wollen [10]).

---

[10]) An die Bewohner des Saargebietes!

Die Regierungskommission ist durch die Presse belehrt worden, daß die politischen Parteien und verschiedene Berufsorganisationen Protestkundgebungen veranstalten gegen die Verordnung vom 24. März 1922, welche die Errichtung eines Landesrates und eines Studienausschusses zum Gegenstand hat.

Die Regierungskommission hält es für ihre Pflicht, zur Aufklärung der öffentlichen Meinung, zur Vermeidung zweckloser Beunruhigung und zur Feststellung der in Frage kommenden Verantwortung, folgende Erklärung abzugeben:

Die Regierungskommission erstrebt, wie sie des öfteren betont hat, ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit der Bevölkerung. Die Bedingungen und Grenzen dieser gemeinsamen Betätigung sind jedoch durch den Friedensvertrag von Versailles festgelegt.

Im Hinblick auf die Verantwortung der Regierungskommission für die Ausführung des Friedensvertrages im Saargebiet, ist es ihre erste Pflicht, den Friedensvertrag zu achten und ihm Achtung zu verschaffen. Als sie die Verordnung vom 24. März 1922 erließ, suchte sie durch gleichzeitige Errichtung eines Landesrates und eines Studienausschusses der Bevölkerung eine möglichst weite, von gegenseitigem Vertrauen getragene Mitarbeit an den öffentlichen Angelegenheiten zu sichern. Weiter konnte sie nicht gehen, ohne die Bestimmungen des Friedensvertrages zu verletzen. Die Verordnung vom 24. März 1922 kann daher nicht geändert werden.

Die Verordnung ist zudem dem Rate des Völkerbundes vorgelegt worden, der sie in seiner Sitzung vom 26. März dieses Jahres einstimmig genehmigt und der Regierungskommission seine Glückwünsche zu ihrem liberalen Vorgehen übermittelt hat.

Bei dieser Gelegenheit hat der Rat des Völkerbundes ausdrücklich darin erklärt, welchen Beschränkungen die Zuständigkeit des Landesrates unterliegen muß, mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Friedensvertrages. Einstimmig wurden nachstehende Bemerkungen des Berichterstatters für das Saargebiet bewilligt: „Immerhin erachte ich es für meine Pflicht, die Aufmerksamkeit des Völkerbundrates auf die schwerwiegenden Folgen aufmerksam zu machen, welche die Errichtung eines saarländischen Landesrates nach sich ziehen könnte, hinsichtlich der Erfüllung der Aufgabe, welche der Völkerbund sich stellt, indem er die Verantwortung für die Verwaltung des Saargebietes übernahm. Diese Aufgabe, welche der Völkerbund nun einmal übernommen hat, legt ihm die Verpflichtung auf, der Regierungskommission alle die Autorität zu erhalten, die ihr durch den Friedensvertrag vorbehalten ist. Der Völkerbund konnte der Regierungskommission nicht gestatten, sich der ihr übertragenen Befugnisse zu entäußern. Es ist die Pflicht des Völkerbundes, darüber zu wachen, daß die Regierungskommission immer in der Lage ist, ihr Amt gemäß dem Friedensvertrag auszuüben. Es war für

Die Vorbereitungen zur erstmaligen Wahl zu einem Saarparlament waren auch sehr mangelhaft getroffen. Die Wählerlisten waren ungenau. Es fehlten oft viele Namen von Wahlberechtigten. Andererseits standen Personen in den Wählerlisten, die nicht die Saareinwohnerschaft hatten. So schreibt das Saarlouiser Journal [11]): „Die „Saarbrücker Zeitung" schreibt: Ganze Straßenteile waren ausgelassen. Man kann ruhig behaupten, daß 15% aller Wähler in der Stadt Saarbrücken aus diesem Grunde nicht wählen konnten. Wie man sich erzählt, soll in Saarlouis auch nicht alles geklappt haben." Schon bei der ersten Kreistagswahl im Jahre 1920 waren ähnliche Feststellungen in den Zeitungen zu lesen. So schreibt damals das „Saarlouiser Journal" aus Merzig [12]): „In Merzig wurden abgegeben . . . . . Die Wählerlisten waren sehr mangelhaft. Es fehlten nicht nur Namen, sondern einzelne Häuser und ganze Straßen."

Trotzdem wurden die Wahlen zum Landesrat durchgeführt, der am 19. Juli zum ersten Mal tagte. Die Parteivertreter gaben in dieser Eröffnungssitzung ihrer Meinung Ausdruck, daß dieses Parlament den Rechten der Saarbevölkerung in keiner Weise entspräche [13]).

---

die Regierungskommission unzulässig, entgegen dem Friedensvertrag, ein saarländisches Parlament zu errichten, dem die Regierungskommission verantwortlich ist, und welches die von dem Völkerbundsrat ernannte Kommission hindern könnte, ihr Amt zu versehen." Die Regierungskommission, die im Saargebiet den Rat des Völkerbundes vertritt, ist daher eng daran gebunden, die Befugnisse, die ihr der Friedensvertrag übertragen hat, unversehrt zu bewahren. Diese Pflicht wird sie nicht verletzen.

Es ist ihr wohl bekannt, daß der Protest der politischen Parteien gegen die Verordnung vom 24. März 1922 unter anderem auch gegen die Bestimmung sich richtet, welche die Wählbarkeit den Personen vorbehält, die im Saargebiete wohnen und aus dem Saargebiete stammen.

Die Regierungskommission erklärt hierzu, daß die Anordnung von ihr in der Absicht getroffen wurde, die Interessen der Einwohnerschaft des Saargebietes zu wahren, der die gute Verwaltung des Landes zumeist am Herzen liegt, nämlich denjenigen, die durch Geburt und Familienüberlieferung mit dem Lande verknüpft sind. Es entspricht dies der Vorschrift des Friedensvertrages, der zufolge das saarländische Mitglied der Regierungskommission im Saargebiet wohnen und aus dem Saargebiet stammen muß. Die Regierungskommission ist überzeugt, durch diese Maßnahme dem Geist des Friedensvertrages entsprochen und dem ständigen Interesse der Bevölkerung gedient zu haben.

Die Regierungskommission wird daher die Verordnung vom 24. März 1922 nicht ändern, was auch versucht werden sollte, um einen Druck auf sie auszuüben. Sie betont nochmals ihren Willen, die Verordnung in freiheitlichem Sinne zur Ausführung zu bringen. Sie wendet sich an alle, denen unter Achtung der Verhältnisse, die durch den Friedensvertrag geschaffen sind, die Ruhe und das Wohlergehen des Landes am Herzen liegt und ruft sie zur Mitarbeit auf."

[11]) Saarlouiser Journal, 1922, Nr. 144.

[12]) Saarlouiser Journal, 1920, Nr. 181.

[13]) Siehe Saarbrücker Landeszeitung vom 20. und 28. Juli 1922; Kölnische Volkszeitung vom 21. Juli 1922.

Der politische Ausdruck der saarländischen Gesellschaftsstruktur, bedingt durch besondere wirtschaftliche Ereignisse.

Am 21. November 1918 zogen die letzten deutschen Truppen über die Saar. Ihnen folgten die Franzosen, und die Besatzungszeit begann. Die damalige Zeit gehört zu den bedauerlichsten Epochen in der Geschichte des Saargebietes. Teile der Bevölkerung kümmerten sich nicht mehr um Gesetze und Rechte, sondern suchten sich an dem Zusammenbruch des alten Staates so viel wie möglich zu bereichern. Plünderungen von Geschäften häuften sich von Tag zu Tag, zumal das Saargebiet in der damaligen Zeit zum Sammelbecken vieler fragwürdiger Elemente geworden war. Erst das französische Militär bot durch seine Bajonette dem Raub und der Plünderung Einhalt. Trotzdem verhielt sich die Saarbevölkerung gegenüber den anwesenden Truppen äußerst ablehnend und kühl[1]). Die öffentliche Gewalt ruhte jetzt in den Händen der Militärbefehlshaber, die mit drakonischen Maßnahmen, Verboten, Gefängnisstrafen und Ausweisungen eine unfreie, drückende Atmosphäre im Saargebiet geschaffen hatten.

Die öffentlichen Verwaltungsorgane konnten nur unter außerordentlichen Schwierigkeiten arbeiten, weil ihre Tätigkeit der Kontrolle des Militärs dauernd unterlag. Es war eine Zeit, in der Rechtsunsicherheit und Gewaltmaßnahmen große Teile der Bevölkerung bedrückten. Ausländer und Schieber[2]) hatten sich im Saargebiet angesammelt, fremde Waren strömten in das Loch vom Westen herein. Da das Saargebiet noch deutsches Zollinland blieb, konnten die Waren ungehindert nach Deutschland ausgeführt werden. Andererseits lockte der erleichterte Verkehr mit Frankreich unreelle Händler an, die nach Westen Gold, Silber und Schmuckgegenstände verschoben und dafür Stoffe, Schuhe und Nahrungsmittel in das Saargebiet brachten und von dort weiter nach Deutschland transportierten. Durch die Entwertung der Mark machte sich eine starke Preissteigerung[3]) für alle Bedürfnisse des einfachen Lebensunterhalts

---

[1]) Vgl. „Saarbrücker Zeitung" vom 25. Januar 1919.

[2]) Vgl. Saarkalender, Saarbrücken 1923, S. 142:
Vgl. Saarbrücker Zeitung vom 19. Januar 1920. Der Ausverkauf des Saarlandes durch die Lothringer.
General Wirbel gibt bekannt, daß ein Verkauf von Gegenständen des täglichen Lebens nur an Personen gestattet sei, die sich als Saarländer ausweisen können, um einen Ausverkauf infolge Valutaschwankungen zu verhindern.

[3]) Vgl. Krause Wischmann Georg: Die Teuerung im Saargebiet, im Saarkalender, Saarbrücken 1924, S. 41.
Vgl. die Tabelle im Anhang: Die Überteuerung im Saargebiet.

bemerkbar, zumal sich im Inland die Kaufkraft dem Markkurs nicht gleichzeitig anpaßte. Die Kaufleute andererseits machten sich diese Scheinkonjunktur zunutze und verlangten hohe Preise für ihre Waren. Die Teuerung wurde unerträglich.

Die französischen Offiziere mit ihren Damen, viele Ausländer, die sich damals im Saargebiet aufhielten, wirkten wie ein rotes Tuch auf die Bevölkerung. Der Taumel des Geldverdienens und des Genießens hatte weite Kreise ergriffen.

Dadurch erhielt der politische Radikalismus einen ungeheueren Antrieb, weil nur d e r seinen Lebensstandard erhöhen konnte, der sich zu unlauteren Machenschaften hinreißen ließ.

Die Rücksichtslosigkeit im wirtschaftlichen Handeln übertrug sich auch auf das Politische.

Diese rein menschlichen Schwächen waren auch die Ursachen eines Generalstreikes am 7. Oktober 1919, der alle Betriebe, einschließlich der Eisenbahn, völlig lahmlegte. Eine feste Regierung war nicht vorhanden. Die Beschränkung der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift war durch die Gewalt der Militärverwaltung auf jedermann ausgedehnt.

Einerseits bestanden Ernährungsschwierigkeiten, während andererseits die Teuerung weiter fortschritt. In Industrie und Haushaltungen herrschte Kohlenmangel, aber die Kohlenpreise stiegen dauernd. Ausweisungen größeren Umfangs hatten die Lebensunsicherheit stark vermehrt. Ein übliches Schieber- und Wuchertum war allenthalben zu sehen [4]).

Die arbeitende Bevölkerung war unwillig, diese Zustände weiter zu ertragen.

Durch diese Umstände war es nicht zu verwundern, daß auch solide Teile der Saararbeiterschaft mit in diesen Taumel hineingerissen wurden und die Begriffe Recht und Unrecht nicht mehr zu unterscheiden im Stande waren. Auch aus ihren Reihen haben radikale Elemente an den Plünderungen, an dem Raub und an den Zusammenrottungen teilgenommen.

Wie die Militärbehörde mit drakonischen Maßnahmen vorging, beweist eine Notiz in der „Saarzeitung“ [5]), in der es heißt:

„Der Herr Militärverwalter des Kreises Saarlouis verhängt folgende Strafen: Herrn Dr. Gilles, Bürgermeister von Saarlouis 500.— Strafe, weil er dem Herrn Militärverwalter des Kreises Saarlouis eine ungenaue Auskunft erteilt hat.“

Besonders litt die Presse unter dem Drucke der Verwaltung außerordentlich. Nicht nur, daß ihre Berichterstattung dauernd eingeschränkt und gekürzt wurde, fortwährend mußte sie Meldungen, Informationen und Anweisungen der militärischen Zensurstelle entgegennehmen und wenn sie sich den Befehlen nicht fügte, wurde sie verboten [6]). Hinzu

---

[4]) Vgl. die Darstellung über die damaligen Zustände im Saargebiet, in: Bringolf: Der Lebensroman des Leutnants Bringolf sel., Zürich 1928, S. 219 ff.

[5]) Siehe „Saarzeitung Saarlouis“ vom 31. Januar 1919.

[6]) Siehe die ausführliche Darstellung darüber in: Wagner Eugen, Die Saarpresse im Kampf gegen Frankreichs Propaganda 1918—1925, Saarbrücken 1932.

kommt noch, daß eine Reihe saarländischer Redakteure verhaftet, mit hohen Geldbußen bestraft und ausgewiesen wurden, sodaß die Fortführung zahlreicher Zeitungen durch die bisherigen Besitzer unmöglich geworden war.

Mit der Berufung der Regierungskommission durch den Völkerbund zum Treuhänder über das Saargebiet im Jahre 1920 änderten sich auch die wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Kohlengruben mußten laut Versailler Vertrag an Frankreich abgetreten werden. Damit war ein neuer Arbeitgeber in die saarländische Wirtschaft eingedrungen, zumal sich auch im Laufe der Zeit französisches Privatkapital an den Hütten, mit Ausnahme der Völklinger Hütte, beteiligt hatte. Mit einer bemerkenswerten Proklamation hat sich die Grubenverwaltung der Belegschaft vorgestellt. Sie sagte unter anderem [7]): „Den Arbeitern gegenüber wird der französische Staat seine Überlieferung von Freiheit und Gerechtigkeit zur Geltung bringen. Denn der Arbeitseifer und die Achtung der zur Ordnung und Sicherheit notwendigen Disziplin, die allgemeine Eintracht ermöglichen die Steigerung der Produktion und damit die Erhöhung der Löhne, die Verminderung der Preise der Lebenshaltung und die Entwicklung des allgemeinen Wohlstandes. Der Saarbergmann wird seiner Vergangenheit und seinem Ruf als mutiger und eifriger Arbeiter treu bleiben. Die französische Verwaltung ist gesonnen, ihm die Möglichkeit zu geben, seine trefflichen Eigenschaften zu entwickeln."

Während sich in der Saarindustrie die neue Situation verhältnismäßig schnell eingespielt hatte, indem sich die beiden Gruppen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einigermaßen reibungslos auf einander anpaßten, bestanden kurz nach der Amtsübernahme der Regierungskommission zwischen ihr und der saarländischen Beamtenschaft Reibungsflächen, die den Mechanismus der Beamtenapparatur auseinandersprengten. Die Regierung hatte sich nach ihrem Dienstantritt entschlossen, die im Saargebiet dienstuenden Reichs- und Länderbeamten ihrer Heimatbehörde zur Verfügung zu stellen. Sie entschied sich bei der Übernahme der Beamtenschaft in ihre Dienste nur für eine beschränkte Anzahl der vorhandenen Beamten. Diese forderten aber die Sicherung ihrer wohlerworbenen Rechte, die Aufrechterhaltung ihrer Amtssprache und die Abberufung landfremder Vorgesetzten. Hinzu kam, daß ein neues Beamtenstatut disziplinarische Maßnahmen enthielt, die den saarländischen Beamten unerträglich waren. Da die Regierungskommission den Forderungen der Beamtenschaft nicht entsprach, trat diese 1920 in den Streik [8]).

Die im Saargebiet noch stationierten Truppen übten in dieser Zeit wieder einen schlimmen Terror auf die Saarbevölkerung aus. Der Belagerungszustand wurde verhängt, Kriegsgerichte traten in Tätigkeit, Presseverbote, Freiheitsberaubungen und Massenausweisungen waren an der Tagesordnung, während die nachgestellten Beamten sich zum Teile in den Wäldern verborgen hielten oder über die Grenze flüchteten. Die gesamte Saarbevölkerung erklärte sich mit den Beamten solidarisch und trat in einen Generalstreik.

[7]) Kiefer Peter, a. a. O. S. 55.

[8]) Vgl. ausführliche Schilderung in: Anschütz H.: Der Kampf der Saarbeamten unter der Völkerbundsregierung, Frankfurt a. M. 1922.

Immerhin mußte die Regierung auf Grund der passiven Resistenz der Gesamtbevölkerung gewisse Zugeständnisse machen. Aber die Situation als solche blieb doch eine Keimzelle für den Radikalismus, der sich gegen die bestehenden Verhältnisse aufbäumte, unbekümmert um die wirtschaftlichen und politischen Folgen, die eine solche Demonstration hätte nach sich ziehen können.

Trotz einer scheinbaren Beruhigung in den kommenden Monaten, gab es immer noch eine Reihe Reibungsflächen, die das Gleichgewicht des saarländischen Menschen störten, weil außerordentliche politische und wirtschaftliche Verhältnisse bestanden.

Das französische Militär hatte zwar die Autorität der Regierung wieder hergestellt. Aber der einzelne Mensch bewegte sich in einem Milieu, das von einer gleichmäßigen Lebensführung weit entfernt war. Die Ausländer waren nicht ausgewiesen. Die Wucherer und die Schieber hatten nicht das Land verlassen. Die kapitalkräftigen Elsässer und Lothringer kamen mit ihren Franken nach wie vor ins Saargebiet. Dadurch waren große Mengen Franken in den Handel gekommen. Andere Bevölkerungsschichten verdienten noch immer Mark. Schärfere soziale Unterschiede traten deutlich in Erscheinung. Eine Währungsnot schien allmählich heranzuschleichen. Das Spekulationsfieber hatte weite Kreise der Bevölkerung befallen. Teile der Arbeiterschaft hatten sich an die Bergwerksdirektion gewandt und von ihr, als französischem Unternehmer, Frankenlöhne gefordert. Diese hatte zwar am 1. Februar 1920 entsprechend der Markentwertung eine 30%ige Lohnerhöhung gewährt. Aber der oben erwähnte Radikalismus und die Ichsucht waren so weit vorgestoßen, daß große Teile der Bergarbeiterschaft, von kurzsichtigen Führern geleitet, die Einführung des Franken verlangten [9]). Sie hatten eben nur eine privatwirtschaftliche Besserstellung im Auge, ohne Rücksicht auf allgemeine wirtschaftliche und politische Folgen. Die Meinung der Bevölkerung war zwar nicht einheitlich in dieser Frage und in zahlreichen Versammlungen prallten die Ansichten der verschiedenen Gruppen aufeinander. „Wir wollen keine Frankenwährung" sagte ein Redner, „die Mark hat den Leidensweg nach abwärts gemacht, der Franken wird ihr folgen" [10]). Beibehaltung der Markwährung und der Wunsch nach dem Franken wurden überall lebhaft diskutiert. Gerade die Entscheidung der Bergwerksdirektion war höchst ungewiß, zumal sie im Juni 1920 Lohnforderungen abgelehnt hatte. Überraschend, am 1. Juli im gleichen Jahre gab sie bekannt, daß die französische Regierung im Saarbergbau nur mit Franken entlohnen werde. Ein neuer Tarif wurde herausgegeben, sodaß die Bergleute den hohen Durchschnittstagelohn von 20 bis 25 Franken erhielten.

Nun war eine Übersättigung mit Geld gekommen. Die Stimmung in den Arbeitermassen schlug um. Politische Bedenken waren ausgeschaltet. Die Sorge um das Dasein war mit einem Male verschwunden. Kümmernis und Not wandelten sich in Leichtlebigkeit. Unsinnige Masseneinkäufe

---

[9]) Laut Saarstatut Art. 32 heißt es: „Der Umlauf des französischen Geldes im Saargebiet unterliegt keinem Verbot und keiner Beschränkung."

[10]) Siehe „Saarbrücker Zeitung" vom 13. März 1920.

wurden besonders von Arbeiterfrauen getätigt. Es waren weniger Angstkäufe, als die Sucht, das viele Geld auszugeben. Man deckte sich wahllos mit allen möglichen Gebrauchs- und Luxusgegenständen ein. Manche Arbeiter kauften sich mehrere Küchenherde, 1 Dtzd. Kohlenkasten, andere legten ihre Franken in Zimmereinrichtungen für ihre kaum geborenen Kinder an. Die Juwelierläden waren belagert von Arbeiterfrauen mit ihren Kindern [11]). Scheid berichtet in seiner Arbeit darüber, daß er selbst Zeuge war, wie eine Frau sich unter anderem $^1/_2$ Dtzd. Tranchierbestecke kaufte. Wenn man berücksichtigt, daß jeder Tag der Markentwertung eine Steigerung der Frankenkaufkraft mit sich brachte, dann versteht man, welche psychologischen Schäden mit dem Franken bei den Menschen eintreten mußten. Die Menschen freuten sich, wenn ein Kurssturz der Mark einsetzte.

Die Sucht zur Spekulation, durchgeführt mit Teilbeträgen des Lohnes, war so groß, daß man beobachten konnte, wie die Frauen von einer Wechselstube, deren Zahl in Saarbrücken täglich wuchs, zur andern liefen, um den höchsten Kurs zu erfahren. Da die Saarbrücker Banken im Durchschnitt etwas mehr bezahlten, als die auf den Bergmannsdörfern, setzte an Zahltagen eine Art Völkerwanderung ein. In den Straßen, in den Cafés sprach man nur vom Kurs. Priou schildert dieses Spekulationsfieber folgendermaßen [12]): „Die Leute halten sich auf der Straße an: „4,25 steht der Frank heute". Wenn in der Straßenbahn oder in der Eisenbahn ein Herr seine Zeitung aufschlägt, sieht man, wie sich sein Blick gleich auf den Kursbericht stürzt. Würde an der Saar von einem blauen Himmel die Sonne strahlen, so könnte man von 2 Monakos in Europa reden [13])".

Die Jugend verausgabte große Teile ihrer Löhne ohne jede Wirtschaftlichkeit, in Kinos und Tanzlokalen hielt man sich allabendlich auf. Der Alkohol- und der Zigarettenkonsum erfuhren eine ungewöhnliche Steigerung [14]). Leichtsinniger Lebenswandel setzte ein. Der Heiratslust

---

[11]) Scheid Alois, a. a. O. S. 51.

[12]) Priou J.: L'organisation politique et economique du territoire de la Sarre, Paris 1921.

Priou J., Le territoire de la Sarre. Nancy 1923.

Herly, R., L'introduction du franc dans la Sarre, une expérience monétaire. Paris 1926.

[13]) Vgl. auch: Savelkouls Hermann, Der Franc im Saargebiet, München 1923.

[14]) Vgl. den Aufsatz in der „Saarbrücker Zeitung" vom 23. Mai 1922: „Was verbraucht das Saargebiet?":

„ . . . . . Der Bierverbrauch, der von jeher im Saargebiet verhältnismäßig hoch war, ist im Rechnungsjahre 1921/22 auf 112,5 l pro Kopf der Bevölkerung gestiegen und übertrifft den Reichsdurchschnitt wiederum um 31,7 l. Den größten Teil des Bierbedarfs deckt das heimische Braugewerbe."

„Der Branntweinverbrauch, der ja in den Jahren der doppelten Währung die anormale Höhe von 5 l auf den Kopf der Bevölkerung erreicht hatte, bewegt sich seit dem Jahre 1921/22 wieder in normalen Grenzen."

„ . . . . . Der Verbrauch von Tabakwaren hat wiederum zugenommen. Am stärksten ist der Zigarettenverbrauch gestiegen. 728 Zigaretten entfallen auf den einzelnen Einwohner des Saargebietes, während

boten sich die realen Grundlagen. Die Zahl der Eheschließungen stieg beträchtlich [15]).

Der Frankentaumel war so ausgeprägt, daß die Arbeiter vielfach selbst einen ausgesprochenen Devisenhandel betrieben, indem sie in Wirtschaften und auf der Straße Franken an- und verkauften. Da jedoch die Kursentwicklung nicht geradlinig verlief, waren die Gewinn-Chancen oft unsicher [16]). Manchmal brachte das Wechselgeschäft auch Verlust. Trotzdem ließ man es nicht. Politische und wirtschaftliche Interessen waren überhaupt nicht mehr wahrzunehmen. Die Wahlbeteiligung bei allen Wahlen der damaligen Zeit war außerordentlich niedrig. Man brachte weder Interesse auf für seine Standesfragen, noch war man berührt von irgendwelchen politischen Erscheinungen [17]). Nur der Frankentaumel stand im Mittelpunkt aller Interessen und überschüttete die ganze geistige und materielle Umwelt.

Die finanziellen Vorteile der Bergleute gegenüber den Markempfängern wurden von Tag zu Tag größer. Das Preisniveau glich sich zwar allmählich an, aber die valutarische Entwertung der Mark vollzog sich mit größter Geschwindigkeit. Selbstverständlich erregte der frankenentlohnte Bergmann den Neid seiner Kollegen in der Industrie, deren

---

auf den Reichsdurchschnitt nur 520 Zigaretten pro Kopf im gleichen Zeitraum geraucht wurden." . . . .

„. . . . . Der größte Teil der im Saargebiet gerauchten Zigaretten wird im Saargebiet selbst hergestellt. (? der Verf.) Seit dem Jahre 1920 hat sich die Zigarettenindustrie des Saargebietes stark entwickelt, sie ist allerdings in den letzten Jahren infolge günstigerer Einfuhrverhältnisse wieder zurückgegangen. Sie beschäftigt gegenwärtig etwa 6—700 Personen. An der Einfuhr, die im letzten Jahre etwa 150 Millionen Stück betrug, von denen allerdings ein großer Teil zunächst in die Steuerläger wanderte, ist Deutschland mit 39%, Frankreich mit 11% und das sonstige Steuerausland mit 50% beteiligt." . . .

[15]) Eheschließungen in Saarbrücken 1917 = 761, 1920 = 1839, in den Bergmannsorten: Völklingen, Neunkirchen, Sulzbach, Friedrichthal, Püttlingen 1917 = 606, 1920 = 2034.

[16]) Vgl. Küppersbusch Adolf, Die französische Valuta in der Kriegs- und Nachkriegszeit, Leipzig 1929.

[17]) Trotzdem die Regierungskommission die Wahlvorbereitungen überwachen ließ, vgl. folgendes Rundschreiben der obersten Polizeiverwaltung an die Landräte:

Saarbrücken, den 8. Juni 1923.

Abhaltung von Wahlversammlungen, soweit im Saargebiet ansässige Redner das Wort ergreifen.

„Die Wahlversammlungen sind zu überwachen und die Berichte über den Verlauf mit Beschleunigung hier her gelangen zu lassen. Sollten jedoch wichtige und imposante Versammlungen stattfinden, so ist eine vorherige Genehmigung nach hier geboten."

Der Direktor der obersten Polizeiverwaltung."

Ein Landrat berichtet vom 1. 7. 23 an die Regierungskommission:

„Der Bürgermeister ging so weit, diese vollkommene Ruhe als ausgesprochene Gleichgültigkeit zu bezeichnen. Die Versammlungen seien oft schwach besucht. In nicht wenigen Fällen so schwach, daß man sie gar nicht erst eröffnet hätte und daß die Redner schon unverrichteter Sache und ohne zu sprechen wieder nach Hause gegangen seien."

Markeinnahmen nur wenig zunahmen. So schreibt die „Wirtschaftszeitung" damals [18]):

„Durch die von der französischen Bergwerksverwaltung zur Durchführung gebrachte Frankenlöhnung wurden die Bergarbeiter bei dem hiesigen Stand des Franken so bevorzugt entlohnt, daß die Erlangung seiner gewaltig gestiegenen Kaufkraft auch von der übrigen Arbeiterschaft angestrebt wurde. Tatsächlich begann auch die französische Majorität auf den Hüttenwerken den Wünschen ihrer Arbeiterschaft entgegenzukommen. Sie führte am 1. Dez. 1920 auch die Frankenwährung ein."

$^2/_3$ der Gesamtbevölkerung waren jetzt Frankenempfänger. Da entschloß sich die Regierungskommission im Mai 1921 auch bei Post und Eisenbahn die gleiche Währung einzuführen. Einige Monate später, am 1. August, wurden auch die Gehälter der Staatsbeamten in Franken ausbezahlt. Inzwischen hatten Post und Eisenbahn ihre Tarife umgestellt, was natürlich einer erheblichen Belastung der Verkehrsspesen beim Handel gleichkam. Diese Maßnahmen führten unweigerlich zu Preiserhöhungen [19]). Davon wurden allerdings die Hauptverbraucher, die Arbeitermassen nicht getroffen. Es entwickelte sich eine außerordentliche Hochkonjunktur, die zahlreiche Neugründungen von Unternehmen nach sich zog.

Es bestanden im Saargebiet	1913	80	Neugründungen [20])
	1920	560	„
	1921	410	„
	1922	456	„
	1923	520	„
außerdem	1922	22	Aktiengesellschaften
	1923	78	„

Der angedeutete Konjunkturaufstieg war allerdings von kurzer Dauer, zumal sich seit Ende 1922 die soziale Lage der Hauptverbraucherschicht, nämlich der Bergarbeiter, zu verschlechtern begann. Der 1. November hatte eine erhebliche Lohnreduzierung gebracht. Auf der anderen Seite aber zog der fortgesetzte Warenbezug aus Frankreich eine erhebliche Steigerung des saarländischen Preisniveaus nach sich. Die Frankenempfänger wurden nach einigen fetten Monaten gezwungen, ihre Lebenshaltung einzuschränken. Die Kaufkraft der Löhne sank. Viele Bergarbeiter begannen ihre gehamsterten Waren nach und nach zu verkaufen. Das berechtigte Verlangen nach einer Lohnerhöhung von 7 Franken für die Schicht wurde Ende 1922 abgelehnt. Daraufhin beschlossen die Gewerkschaften in einer Versammlung am 30. Dezember 1922, den Lohntarif zum 15. Januar 1923 zu kündigen und in den Ausstand zu treten. Doch ließ sich die Bergwerksdirektion im Hinblick auf die schweren wirtschaftlichen Störungen, die ein Streik mit sich bringen würde, herbei, erneute Lohnverhandlungen aufzunehmen. Allein sie scheiterten.

---

[18]) Saarwirtschaftszeitung vom 26. 10. 1920.

[19]) Vgl. ausführlicher: Straus E. a. a. O. S. 50 ff.

[20]) Vgl. die saarländischen Aktiengesellschaften, in: „Der Saarkalender" Saarbrücken 1924, S. 135 ff.

Daraufhin proklamierten die Gewerkschaften den Streik, beginnend am 5. Februar 1923, dem umfangreichsten, den man im Saargebiet je erlebt hatte. Der Streikruf [21]) lautete:

„An die Belegschaften der Saargruben!

Die unterzeichneten Organisationen hatten angesichts der wachsenden Teuerung im Dezember vorigen Jahres auf Wunsch ihrer Mitglieder den Tarifvertrag zum 15. Januar 1923 gekündigt und die Bergwerksdirektion um Verhandlung zwecks Lohnerhöhung gebeten. Die Bergwerksdirektion hat in den Verhandlungen vom 13. und 15. Januar die Erhöhung der Löhne abgelehnt. Die Funktionäre der unterzeichneten Verbände haben sich seit dem 16. Januar eingehend mit der augenblicklichen Lage befaßt und nach reiflicher Überlegung den Streik zum 5. Februar beschlossen.

Wir fordern die gesamte Belegschaft der Saargruben auf, dieser Parole Folge zu leisten und ab 5. Februar der Arbeit restlos fernzubleiben. Für erforderliche Notstandsarbeiten werden von der Organisation Leute bestimmt und erhalten diese einen entsprechenden Ausweis. Wir haben die Regierungskommission ersucht, von Polizeientsendungen und Militäraufgeboten Abstand zu nehmen, da wir selbst für Ordnung im Revier sorgen werden. Wir ersuchen deshalb die Belegschaft, Ruhe zu wahren und den Anweisungen der Organisationen in jeder Beziehung Folge zu leisten. Durch Einmütigkeit und Geschlossenheit müssen wir unser Ziel erreichen. Darum hoch die Solidarität!

Gewerkverein christlicher Bergarbeiter,
Verband der Bergarbeiter Deutschlands,
Christlicher Metallarbeiter-Verband,
Deutscher Metallarbeiter-Verband."

90 000 Bergarbeiter legten daraufhin die Arbeit nieder. Inwieweit die Forderungen berechtigt waren, ergibt sich aus folgender Tabelle, aus der trotz Steigerung der Warenpreise die Rückläufigkeit der Löhne ersichtlich ist [22]):

Jahr	Zeitraum	Franken pro Schicht
1920	Juli—Dezember	24,62
1921	Januar—April	23,05
1921	April—Juli	19,09
1921	Juli—Oktober	19,19
1921	Oktober—Dezember	17,89
1922	Januar—Juli	16,02
1922	Juli—Dezember	15,83

14 Wochen lang dauerte der Streik. Von Seiten der Bergwerksbehörde und der Regierungskommission wurden scharfe Maßnahmen gegenüber der Arbeiterschaft angeordnet. Das Streikpostenstehen wurde verboten. Nur dem Umstand, daß ausreichende Streikunterstützungen

[21]) Siehe „Saarbrücker Zeitung" vom 29. Jan. 1923; „Saarbrücker Landeszeitung" vom 29. Jan. 1923; „Volksstimme" vom 29. Jan. 1923.
[22]) Tabelle nach Mitteilung der Bergwerksdirektion.

gezahlt wurden, ist es zu verdanken, daß er nicht in sich zusammenbrach.

Die plötzlichen Schwierigkeiten, in die sich die Bergarbeiterschaft durch den Lohnausfall versetzt sah, wirkten um so intensiver, als man einige Monate vorher im Geld geschwommen hatte. Zwar hielten sich viele Familien durch die Unterstützungen und durch den Verkauf ihrer gehamsterten Sachwerte über Wasser, aber immerhin mußten sie sich in ihren Bedürfnissen sehr einschränken. Der Unwille wurde dadurch noch gesteigert, daß die Regierungskommission die Wirtschaften um 9 bzw. 10 Uhr abends schließen ließ und tagsüber den Schnapsausschank verbot. Indem die streikenden Arbeiter zu 95% den Anweisungen ihrer Führer Folge leisteten und die Arbeit nicht aufnahmen, standen sie meistens in Gruppen auf Straßen und freien Plätzen, lebhaft diskutierend, zusammen. Da es ihnen abends nicht möglich war, die Lokale aufzusuchen, um sich durch Alkohol zu beruhigen, verstärkte sich der Zug zum Radikalismus durch diesen 3 Monatsstreik ganz erheblich. Doch gelang es den Führern die Bergleute vor Ausschreitungen zu bewahren, dank einer vorzüglichen Disziplin.

Da entschloß sich die Bergwerksdirektion in erneute Verhandlungen einzutreten, die von einer, wenn auch geringen Lohnerhöhung gekrönt waren. Am 15. Mai 1923 wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Arbeiterschaft sah sich wieder von Not und Elend umgeben. Die Ersparnisse waren völlig aufgezehrt, die Vorräte waren veräußert. Arbeiter und Angestellte waren tief verschuldet, trotzdem sich die Bäcker und Lebensmittelhändler während des Streikes entschlossen hatten, ihre Preise für die Streikenden zu ermäßigen oder bei besonderer Bedürftigkeit gegen eine Bescheinigung der Streikleitung die Waren auf Kredit zu verabreichen [23]).

Der Streik hatte natürlich auf die Gesamtkonstellation des Saargebietes gewirkt. Die Stimmung war gedrückt und unzufrieden. Selbst die ehemals begehrte Frankenlöhnung hatte nicht den Ausgleich bringen können. Die Saarwirtschaft zeigte eine rückläufige Konjunkturbewegung. Die Kaufmannschaft hatte geglaubt, daß mit der Beendigung des Streikes eine Besserung der Wirtschaftslage eintreten würde. Sie hatte angenommen, daß durch die lange Entsagung der Arbeiterschaft von vielen Waren und Bedarfsartikeln der Absatzmarkt eine Steigerung erfahren würde. Sie hatte sich getäuscht. Die 3,50 bis 5.— Franken Lohnerhöhung pro Schicht waren durch die fortschreitende Teuerung längst überholt. Für den Bergmann galt es in erster Linie, seine Streikschulden abzudecken.

Der Handel selbst hatte in den 3 Monaten einen Umsatzausfall von ungefähr 40 Mill. Mark erlitten, ohne daß die Außenstände mit berück-

---

[23]) Siehe Neuer Saarkurier v. 14. April 1923:
„Die Notlage der Arbeiterschaft. Da heißt es v. Sulzbach: „Ein Geschäftsmann weist in seinen Büchern nach, daß ein streikender Bergmann mit seinen 8 Söhnen 8 Millionen Mark Schulden bei ihm hat. Die Bücher weisen insgesamt 175 Mill. Streikschulden auf. Ein Bäcker führte Brotschulden von 5—8 Mill. Mk., ein Wirt Trinkschulden von 1,650 000 Mk. an.

sichtigt waren, die alle noch auf Papiermark lauteten und daher abgeschrieben werden mußten. Die Pumpwirtschaft setzte wieder ein [24]).

In Innerdeutschland begann um diese Zeit die Entwertung der Mark mit Riesenschritten voranzuschreiten. Im Saargebiet gab es immer noch eine kleine Schicht, die auf Markeinnahmen angewiesen war. Das Mißverhältnis zwischen den beiden Währungen und damit der Höhe des Lebensstandards zeitigte unerträgliche Folgen. Die Flucht vor der Mark hatte alle Bevölkerungsschichten befallen. Die ursprüngliche Ablehnung gegenüber dem Franken war verschwunden. Jeder wollte französisches Geld besitzen, um der Entwertung seiner Vermögensbestandteile zu entgehen. Die Wirtschaftsnotlage hatte die Sehnsucht nach einer stabilen Währung ungeheuer verstärkt. Die zersetzenden Einflüsse, die das Nebeneinander von Franken und Mark auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet bedingt hatten, die Schwierigkeiten des deutschen Warenbezugs, der Einkommensausfall nach dem 100tägigen Streik, die Entwertung der Mark, die Steigerungstendenz des Preisniveaus, alle diese Erscheinungen haben den Franken als allgemeines Zahlungsmittel erstrebenswert gemacht.

Handel und Gewerbe hatten schon seit 1920 französisches Geld in Zahlung genommen. Dadurch wurden allerdings die spekulationslüsternen Wechselstuben etwas zurückgedrängt. Seitdem sich der hiesige Markt nach Frankreich orientiert hatte, wurden nur solche Waren gegen Papiermark verkauft, die aus Deutschland bezogen waren. Inzwischen hatten Kaufmannschaft und Handwerker um der Unsicherheit der verändernden Währungslage zu entgehen, schon seit geraumer Zeit mit dem Franken kalkuliert. Da die Bergwerksdirektion immer ihre Kohlen nur gegen Franken verkauft hatte, sahen sich die Städtischen Werke veranlaßt, folgende Zeitungsnotiz bekanntzugeben [25]): „Am Montag, den 21. ds. Mts. werden die Straßenbahntarife in Franken in Kraft treten. Diese Maßnahmen rührt von den hohen Frankentarifen für Kohlen her."

Ein anderes Blatt berichtet [26]): „Die gemeinnützige Theater- und Musikgesellschaft ist gezwungen, eine Reihe unerläßlicher Betriebsausgaben in Frankenwährung zu bezahlen, u. a. Porto, Telefon, Kohlen, Frachten, Reisespesen usw. Vom 1. 2. treten hinzu: Gas, Wasser und Elektrizität. Aus diesen Gründen ist die Leitung nicht mehr in der Lage, sich mit der Bezahlung der Eintrittskarten in Markwährung zu begnügen, sondern ist gezwungen, neben den bisherigen Marksätzen auf die Tageskarten einen Zuschlag in Franken zu erheben."

Wie sich der Franken weiter einbürgerte, darüber geben folgende Zeitungsberichte Aufschluß [27]): „Ab 12. Febr. 1923 werden auf Anordnung der Regierungskommission die Schulstrafen in Franken erhoben" [28]). „Zur Umstellung geben wir bekannt, daß wir am 11. März 1923 das Bier in Franken verkaufen müssen. Die Umstellung der Wäh-

---

[24]) Vgl. „Saarbrücker Zeitung" vom 18. Okt. 1923.
[25]) „Volksstimme" vom 19. Jan. 1923.
[26]) „Neuer Saarkurier" vom 6. Febr. 1923.
[27]) „Neuer Saarkurier" vom 6. Febr. 1923.
[28]) „Saarbrücker Zeitung" vom 18. März 1923.

rung erfolgt nach reiflicher Überlegung und ist durch die Wirtschaftslage erzwungen. Verband der Brauereien des Saargebietes."

„Infolge der mehrfachen Frankenausgaben, namentlich mit Rücksicht darauf, daß die Lederhändler, um beim Verkauf gegen Mark unvermeidlichen Kosten zu begegnen, das Leder nur noch gegen Franken an ihre Kunden abtreten, sieht sich das saarländische Schuhmacherhandwerk gezwungen, nunmehr restlos die Preisberechnung in Franken vorzunehmen" [29]).

Über die Einführung des Franken und die politischen Zustände im allgemeinen entnehmen wir der Zeittafel zur Geschichte der Stadt und Grafschaft Saarbrücken vom Antritt der Regierungskommission des Saargebietes am 26. Febr. 1920 bis August 1923 folgende interessanten Feststellungen, in: „Der Saarkalender", Saarbrücken 1924, zusammengestellt von Albert Zühlke:

S. 147, „27. Juli 1922:
2. Vollsitzung des Landesrates.
Nach scharfer Kritik der von der Regierung vorgelegten Geschäftsordnung lehnte der Landesrat in einer mit allen Stimmen bei 2 Enthaltungen der Abgeordneten Schmoll und Wagner von der Haus- und Grundbesitzerpartei angenommenen Entschließungen den Entwurf der Regierungskommission ab."
„1. Sept. 1922:
Die Völklinger Gemeindewirtschaft wird in Franken umgestellt. Der Kreistag St. Wendel beschließt das Gleiche."

S. 148, „11. Okt. 1922:
Verhandlungen gegen den sozialistischen Parteiführer Schäfer, der angeklagt ist, das französische Offizierkorps beleidigt zu haben. Es erfolgte das Urteil: 5000 Mk Geldstrafe, im Nicht-Auftreibungsfalle für je 50 Mk ein Tag Gefängnis."

S. 149, „23. Okt. 1922:
Die Arbeiter der weiterverarbeitenden Industrie legen die Arbeit nieder. Forderung auf Frankenlöhne."
„28. Okt. 1922:
Ab 1. Nov. werden die Straßenbahntarife in Saarlouis in Franken umgestellt.
Die Stadt St. Wendel führt die Frankenbesoldung der Stadtverwaltung ein.
Der Verein der Beamten und Angestellten der Stadt Saarbrükken fordert eine teilweise Frankenbesoldung."

S. 150, „15. Nov. 1922:
Die Straßenbahn Saarbrücken—Heusweiler bestimmt Frankentarife."
„19. Nov. 1922:
Die Frankenwährung nimmt immer mehr zu. Zum Beispiel Saarlouis und Friedrichsthal bezahlen die Stadtbeamten in Franken. Gas und Wasser in Merschweiler und St. Wendel in Franken. Markenfreie Backwaren in Sulzbach in Franken."
„28. u. 30. Nov. 1922:

[29]) „Saarbrücker Volkszeitung" vom 10. Febr. 1923.

Streik der saarländischen Buchdrucker. Forderung von Frankenzulagen."

2. Jan. 1923:

„Die Stadtverwaltung Saarbrücken teilt der Regierungskommission am 30. Dez. 1922 mit, daß sie die am 1. Januar fälligen Gehälter an die Stadtbeamten und Lehrkräfte nicht auszahlen könne, wegen Mangel an Einnahmen."

„Am 2. Jan. 1923 reicht die Organisation der Beamten und städtischen Arbeiter gemeinsam eine Eingabe an die Regierungskommission, umgehend Maßnahmen gegen die finanzielle Notlage der Gemeinden zu ergreifen.

Die Regierungskommission stellte daraufhin 500 000 Franken als zinsloses Darlehen zur Verfügung."

Solche und ähnliche Berichte lagen in damaliger Zeit von vielen Handels- und Gewerbetreibenden vor. Andererseits fehlte es nicht an Unternehmen, die aus dieser eigenartigen Lage Kapital für sich zu schlagen suchten. So beantragten beispielsweise saarländische Zigarettenfabriken bei der Regierungskommission ein Einfuhrverbot für deutsche Zigarren und Zigaretten durchzuführen. Man wollte sich auf diese Weise sowohl vor einer starken Konkurrenz als auch vor Valutarisiken schützen.

Nachdem alle Wirtschafts- und Handwerkerverbände den Franken für die Aufrechterhaltung ihrer Betriebe beansprucht hatten, erhob die Regierungskommission am 1. Juni 1923 die französische Währung zum alleinigen, allgemein gesetzlichen Zahlungsmittel.

Freilich wurden damit die häßlichen Erscheinungen der Valutaspekulationen ausgeschaltet, aber ein psychologisches Minus war nicht zu vermeiden, indem der Saarländer von den Erschütterungen der deutschen Valuta nicht mehr berührt wurde. Die wirtschaftlichen Nöte, in denen sich Deutschland befand, bestanden für den Saarländer nur noch in der Perspektive. Die letzten ungewöhnlichen Erscheinungen wirtschaftlicher Art, die das Saargebiet innerhalb zweier Jahre erfahren hatte, gingen nicht spurlos an dem saarländischen Menschen vorüber. Auch der einfachste Arbeiter hatte entdeckt, daß hinter allen den wirtschaftlichen Maßnahmen oft politische Spekulationen lauerten. Damit entstand zuweilen eine Sphäre des Mißtrauens und der Unaufrichtigkeit innerhalb der Gesamtbevölkerung.

Die politischen Wahlen im Saargebiet seit der Wahl zur deutschen Nationalversammlung 1919 bis zur Gegenwart.

Das Saargebiet wurde am 5. Januar 1920 aus dem deutschen Reichskörper gelöst und als selbständiges Gebilde mit eigener Regierungshoheit erklärt. Die Saarbevölkerung war von der Teilnahme an deutschen Wahlen ausgeschlossen. Während der Übergangszeit im Jahre 1919 hatten die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung am 19. Jan. 1919, zur preußischen Landesversammlung, resp. zum bayrischen Landtag am 26. Januar 1919 als letzte deutsche Wahlen stattgefunden [1]). Diese Wahlergebnisse sind insofern bedeutsam, als es die ersten Wahlen nach dem Kriege gewesen sind und einen Ausgangspunkt darstellen, von dem man die Entwicklung der saarländischen Parteien beurteilen kann. Diese Wahlen weisen den Höchstprozentsatz (87,8% bei der Nationalversammlung, 81,7% bei den Wahlen zum bayrischen bzw. preußischen Landtag) der Wahlbeteiligung auf, der jemals im Saargebiet erreicht worden ist. Auch der außerordentlich niedrige Satz der ungültigen Stimmen, nämlich 0,3 v. H. der überhaupt abgegebenen Stimmen, ist seither nicht mehr erreicht worden. Nach diesen letzten deutschen Wahlen wurden neben der neugebildeten politischen Vertretung gewählt: der Landesrat am:

25. Juni 1922
27. Januar 1924
25. März 1928
13. März 1932

die Kreistage am:

18. Juli 1920
8. Juli 1923
11. Juli 1926
17. Novbr. 1929
13. Novbr. 1932.

Daneben Gemeindevertretungen, die im allgemeinen am gleichen Tage mit den Kreistagswahlen stattgefunden haben [2]).

---

[1]) Während die Landtagswahl im rechtsrheinischen Bayern am 12. Januar stattgefunden hat, mußte sie in der Pfalz auf den 2. Februar 1919 vertagt werden, weil am ersten Termin die Genehmigung der obersten französischen Militärbehörde noch ausstand. Aus den gleichen Gründen hatte die Pfalz auch einen eigenen Wahlkommissar.

[2]) Wir haben aus oben zitierten Gründen die Gemeindewahlen aus unseren Untersuchungen ausgeschaltet, weil die Wahlentscheidung vielfach von lokal-politischen Gründen bestimmt war.

Nach Art. 2 der Verordnung vom 24. März 1922 setzt sich der Landesrat aus 30 Mitgliedern zusammen, die in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahl-Systems gewählt werden. Das Saargebiet bildet in seiner ganzen territorialen Ausdehnung einen Wahlbezirk.

Die Legislaturperiode beträgt nach Art. 6 der Verordnung 3 Jahre [3]). Aus praktischen wie aus politischen Gründen hat man diese Frist bis jetzt noch nicht eingehalten, sodaß der Landesrat bis heute einmal 2 Jahre und während der übrigen Perioden 4 Jahre jeweils getagt hat.

Wir haben schon in einem früheren Kapitel festgestellt, daß unabhängig von der bisherigen Staatsangehörigkeit die Eigenschaft als „Saareinwohner" die Voraussetzung für das aktive und passive Wahlrecht ist [4]). Dadurch sind alle Personen wahlberechtigt, die diese Eigenschaft besitzen und am Wahltage das 20. Lebensjahr vollendet haben. Ausgeschlossen von der Wahl sind nur solche Personen, die nicht vollständig rechtsfähig sind.

Das passive Wahlrecht erfährt insofern eine Einschränkung, als die Gewählten aus dem Saargebiet stammen, dort wohnen und mindestens 25 Jahre alt sein müssen [5]).

Das Wahlverfahren regelt sich nach einer Verordnung vom 19. Mai 1922 [6]) und lehnt sich inhaltlich an das Wahlrecht zu den innerdeutschen Körperschaften an. Die Einteilung nach Wahlbezirken und die Untergruppierung in Stimmbezirke, die Aufstellung der Wahllisten, die Ernennung eines Wahlkommissars, eines Wahlausschusses, eines Wahlvorstandes entsprechen den Verhältnissen im Reiche.

Alle Landesratswahlen mit Ausnahme derjenigen im Jahre 1924 erfolgten nach dem System der gebundenen Listen. Der Wähler war bei seiner Stimmabgabe verpflichtet, sich den Bedingungen auf einem der eingereichten Wahlvorschläge zu unterwerfen. Änderungen durften nicht vorgenommen werden.

Die Mandatsverteilung vollzog sich in der Weise, daß die Gesamtzahl aller abgegebenen gültigen Stimmen durch die feststehende Anzahl der Mandate (30) dividiert wird. Der so gefundene Wahlquotient ergab den Divisor für jeden einzelnen Wahlvorschlag. (Wahlvorschlag der politischen Partei) [7]).

---

[3]) Vgl. die Verordnung betreffend die Errichtung des Landesrates, Amtsblatt der Regierungskommission, Jahrg. 1922, S. 41 ff. und 170 ff.

[4]) Vgl. Rundschreiben der Regierungskommission an die Landräte vom 22. Mai 1920:

„Bei der Aufstellung der Wahllisten ist zu beachten, daß nach § 3 der Wahlordnung die Wahlberechtigung auch Ausländern zusteht, welche die daselbst hinsichtlich des Wohnsitzes und Aufenthaltsortes bezw. der Abstimmung gestellten Bedingungen erfüllen" . . . . . .

[5]) Dadurch war es den Vorsitzenden zweier politischer Parteien nicht möglich, zum Landesrat zu kandidieren. Diese Vorschrift wurde später wieder aufgehoben und dahingehend geändert, daß der Gewählte 6 Jahre lang, vom Wahltage an zurückgerechnet, seinen ununterbrochenen Wohnsitz im Saargebiet gehabt haben muß.

[6]) Vgl. Amtsblatt der Regierungskommission Jahrg. 1922, S. 76.

[7]) Vgl. ausführlicher über die Mandatsverteilung in: Katsch Helmut: a. a. O., S. 103 ff.

Als mit der Verordnung vom 9. Dezember 1923 [8]) an Stelle der gebundenen Listen das freie Listensystem für die kommende Landesratswahl eingeführt wurde, entsprach dieses Wahlverfahren keineswegs den Wünschen der Bevölkerung. Denn man hatte das System der freien Listen bei den bisherigen Kommunalwahlen 1920 und 1923 zur Genüge kennengelernt und erfahren, daß es große Mängel aufwies [9]).

Nach dieser Neuordnung hatte jeder Wähler das Recht, auf dem Wahlzettel, der, entsprechend der politischen Partei schon 30 Namen enthielt, einen oder mehrere Kandidaten zu streichen, um an deren Stelle andere Namen einzusetzen [10]).

---

[8]) Vgl. Amtsblatt der Regierungskommission, Jahrg. 1923, S. 292.

[9]) Für die Aufstellung der Wahllisten bei der ersten Kreistagswahl 1920 sollten die Ergebnisse der Volkszählung vom 2. Okt. 1919 berücksichtigt werden. Diese konnte im Kreise Ottweiler garnicht durchgeführt werden, weil ein diesbezügliches Verbot der Militärverwaltung bestand. Nach einer Verfügung der Regierungskommission (Amtsblatt Jahrg. 1920, Stück 2, war wahlberechtigt, wer am 11. November 1918 seinen Wohnsitz im Saargebiet hatte oder von Eltern abstammte, die zur Zeit seiner Geburt ihren Wohnsitz im Saargebiet hatten oder endlich von einem Vater, bei unehelicher Geburt von einer Mutter abstammte, welche im Saargebiet geboren ist, und dort mindestens 10 Jahre ansässig war.

Bei der Kreistagswahl 1923 waren im Kreise Saarbrücken 21 Wahlvorschläge eingereicht: U. a. lauteten die Bezeichnungen: Arbeitsgemeinschaft, Bürgerpartei, Vereinigte Partei, Freie Bürgervereinigung, Arbeiterpartei, Wirtschaftliche Vereinigung, Unpolitische Arbeiter- und Bürgervereinigung, Evangelische Volkspartei, Mehrheitspartei, Beamtenpartei, Freie Gewerkschaften, Partei ohne jedes Kennzeichen, Ortsinteressen, Katholische Vereinigung und die übrigen politischen Parteien. Das Amtsblatt der Regierungskommission vom 5. 6. 1920 Stück 5 enthält folgende Verordnung:

„Bewerber, welche zurückgetreten sind oder gegen deren Wahl bereits der Wahlkommissar Bedenken erhebt, können innerhalb der Fristen des § 12 Abs. 2 (7 Tage vor dem Wahltage) durch andere ersetzt werden, wenn mehr als die Hälfte der Unterzeichneten des Vorschlages einen entsprechenden Antrag schriftlich stellt."

Bezüglich der Bedingung über den Aufenthalt des Wahlberechtigten im Saargebiet war auch eine Person in einer Gemeinde wahlberechtigt, wenn sie nicht dort gewohnt hat. Ihr Aufenthaltsort mußte nur im Saargebiet liegen. Die Kreistagswahlen 1923 wurden allein im Kreise Saarbrücken-Land in folgenden Orten angefochten:

Fischbach, Wehrden, Sulzbach, St. Nikolaus, Karlsbrunn, Groß-Rosseln, Brebach und Ludweiler.

In Ludweiler wurde die Wahl für ungültig erklärt, weil die Wähler nach 6 Uhr gewählt haben. Außerdem wurde das Wahlgeheimnis nicht gewahrt, weil im Stimmbezirk 1 mehrere Wähler zusammen den Absonderungsraum betreten haben.

Kleinblittersdorf, Kreistagswahl 1923:

„Benutzung einer Zigarrenkiste als Wahlurne."

Lauterbach, Kreistagswahl 1920:

„Nachwahl wegen des KPD.-Mannes Detemple; er besitzt deshalb die Saareinwohnerschaft nicht, weil er 1 Jahr von Lauterbach in Westfalen war."

[10]) Vgl. Rundschreiben der Regierungskommission an die Landesräte vom 22. Mai 1920:

Offenbar war es die Absicht der Regierung mit dieser Neugestaltung des Wahlrechtes dem einzelnen Wähler völlige Freiheit bezüglich seiner Entscheidung zu geben. Das führte zu einer ungeheuren Zersplitterung, sodaß man heute noch im Volksmund von diesem Wahlverfahren als dem sogenannten „Streichkonzert" spricht. Wenn man bedenkt, daß jeder Wähler die Möglichkeit hatte — mit leserlicher oder unleserlicher Schrift —, irgendeinen Namen der eingereichten Vorschläge außerdem auf den Stimmzettel zu schreiben, dann erkennt man, welch ein Arbeitsaufwand notwendig war, um das wahllose Durcheinander zu entziffern und zu ordnen [11]).

Daß einzelne Wähler sich auf dem Stimmzettel mit der Anschrift mancher Personen die tollsten Scherze gestattet haben, sei nur nebenbei erwähnt. Nachdem die Regierungskommission die großen Mängel dieses Verfahrens selbst eingesehen hatte, und da die politischen Parteien sich einer Aufrechterhaltung widersetzten, wurden für die Kreistagswahlen 1926 die gebundenen Listen wieder eingeführt [12]). Das Gleiche galt auch für die kommende Landesratswahl.

Die Durchführung der Kreistagswahlen vollzog sich in analogem Sinne. Auch hier wurden die Wahlvorschläge nach rein politischen Gesichtspunkten aufgestellt. Die Anzahl der Mandate schwankte je nach Größe des Kreises zwischen 22 und 39 Sitzen.

„ . . . . . Listenverbindung ist in keiner Weise gestattet. Auch nicht bei der Einreichung von Wahlvorschlägen. Der Wähler kann einen auf einem bestimmten Zettel gestrichenen Bewerber durch einen Bewerber ersetzen, dessen Name in einem der zugelassenen Wahlvorschläge genannt ist."

[11]) Umschläge und Wählerkarten waren überhaupt nicht vorgesehen. Die Stimmzettel hatten die Größe 10/15 cm. Die erste Seite war mit 30 Namen bedruckt. Man kann sich unschwer vorstellen, wie mancher Stimmzettel nach der Wahlhandlung aussah, wenn vorgeschriebene Namen angestrichen waren und an deren Stelle geschriebene standen.

[12]) Vgl. Amtsblatt der Regierungskommission, Jahrg. 1927, S. 241.

Die politischen Interessensphären im Saargebiet, insbesondere Untersuchungen über die Parteistruktur.

Die saarländische Parteistruktur glich den Verhältnissen, wie sie in Deutschland bis zum 5. März 1933 bestanden. Die politischen Strömungen, die Parteiprogramme und die Organisationen waren deshalb schon gleichartig, weil bis zu jener Zeit die engsten Beziehungen zu den Heimatparteien erhalten waren. Alle Parteien verfügten über eine eigene Verwaltung, weil die politischen Sonderverhältnisse im Saargebiet es erforderten. Sie blieben im übrigen Bestandteile der großen Reichsparteien [1]). Das ging schon aus den gemeinsam beschickten Parteitagen, aus der gegenseitigen Abordnung von Vertretern zu bestimmten Tagungen, und aus der Errichtung von Saarausschüssen hervor [2]).

Innerhalb der saarländischen Parteien ließen sich 3 Gruppen unterscheiden: das Zentrum, die Bürgerlichen und die Sozialisten. Bis vor kurzer Zeit zeigten diese Parteien in grundsätzlichen Fragen eine gewisse Geschlossenheit. Sie war größer, als man das innerhalb der Reichsparteien beobachten konnte. In der Zeit, für die die saarländischen Wahlen Geltung hatten, bestand diese Einheitlichkeit. In außenpolitischen Fragen war die einmütige Front jedenfalls gegeben [3]).

Die saarländischen Parteien und ihre Führer sahen sich infolge der politischen Sonderstellung des ganzen Gebietes häufig vor staatspolitische Entscheidungen gestellt, die außerordentliche Anforderungen an Erfahrung, Klugheit und Verantwortung stellten. Es bleibe dahingestellt, ob diese überaus schwierigen Aufgaben immer die geeigneten Männer fanden. Das gilt ausnahmslos für sämtliche politische Parteien. Wenn man unter diesen Gesichtspunkten die politischen Ideen einer Gesamtwählerschaft zu ordnen versucht, dann lassen sich die verschiedenartigen Gesinnungen auf 3 Denkhaltungen zurückführen. Daraus haben die politischen Parteien ihre Forderungen und ihre Machtansprüche abgeleitet.

---

[1]) Durch den Auflösungsprozeß aller großen Parteien im Reiche und durch das Vereinsgesetz der Regierungskommission vom 30. 5. 1933 haben sich die Saarparteien in der letzten Zeit verselbständigt.

[2]) Bei den Reichstagswahlen 1930 war auf der Reichsliste des Zentrums der saarländische Gewerkschaftssekretär Kuhnen gewählt worden. Zum letzten preußischen Landtag sind gewählt: die Gewerkschaftssekretäre Hillenbrand von der Zentrumspartei und Schwarz von den Sozialdemokraten.

[3]) Vgl. Vogel Theodor: a. a. O., S. 86.
Weber Hans Siegfried: a. a. O., S. 155 ff.

Es waren dies die Grundsätze des Konservatismus, des Klerikalismus, des Liberalismus, des Sozialismus und des Nationalismus [4]).

Die konservative Haltung war entsprechend der gesellschaftlichen Schichtung Westdeutschlands im Saargebiet kaum vertreten. Denn die Bevölkerung des Saargebietes, überwiegend katholisch, setzt sich in der Hauptsache aus Kleinbauern und Arbeitern zusammen. Sowohl der Adel als auch der Großgrundbesitz, die eigentlichen Träger einer konservativen Weltanschauung [5]), fehlen vollkommen. Infolge dessen konnten sich konservative Neigungen nur innerhalb der politisch-katholischen Parteibildung und in einer liberalen Richtung äußern.

Soweit die Träger überhaupt auffindbar sind, gehörten sie bestimmten Sozialschichten an, nämlich dem Beamtentum. Das erklärt sich daraus, daß ein großer Teil der Staats- und Privatbeamtenschaft aus Ostdeutschland, insbesondere aus Schlesien hierherkam und die konservative Geisteshaltung nach der Saar verpflanzte. In der Vorkriegszeit hat die Verwaltung der Staatsgruben diese Beamtenpolitik in bewußter Absicht betrieben, um eine Gegengewicht zum vorherrschenden Zentrum zu schaffen. Wenn auch die Deutschnationale Volkspartei die politische Trägerin des konservativen Gedankens war, so kann man kaum davon sprechen, daß sie im Saargebiet die konservative Ideologie verkörpert hätte. Sie vertrat zwar staatspolitisch die Monarchie und stand agrarpolitisch dem Großgrundbesitz nahe. Das Saargebiet gab weder für den einen noch für den anderen Grundsatz Vorbedingungen ab. Deshalb war auch die zahlenmäßige Position verschwindend und einflußlos [6]).

Die Weltanschauung des Katholizismus entsprang grundsätzlich zwei Quellen. Es war einmal die Politik des heiligen Stuhles und zum andern das Verhalten des einzelnen organisierten Staatsbürgers in der Gesellschaft.

Seit der Säkularisierung der europäischen Staaten ist die Machtposition des Papsttums zurückgegangen. Die Kirche befand sich staatspolitisch in einer Verteidigungsstellung. Doch bemühte sie sich dabei, weil ja das Religiöse lange nicht völlig vom Politischen zu trennen war, we-

---

[4]) Vgl. Veit Valentin: Die politischen Parteien in Deutschland, in: „Teubners Handbuch der Staatskunde", Leipzig 1924, Abt. 1, 2. Bd., S. 24 ff.
Calker van F.: Wesen und Sinn der politischen Parteien, Tübingen 1930, S. 23 ff.
Bergsträsser L.: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. Mannheim 1928, S. 12 ff.

[5]) Vgl. die ausführliche Darstellung: Mannheim Karl: Das konservative Denken, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Bd. 57, Heft 1 und 2, S. 68 ff. und 470 ff.

[6]) Die Verhältniszahl der Stimmen zu den Wahlberechtigten bei der Deutschnationalen Volkspartei des Saargebietes schwankte seit 1919 zwischen 0,4 und 3,8%. Dieses Maximum wurde nur einmal bei den Landesratswahlen 1928 erreicht.

Deutschnationale Stimmen in der Stadt Saarbrücken:

1919	=	1,9%
1924	=	4,6%
1928	=	10,4%
1932	=	3,7%

Vgl. im Anhang das Diagramm der Deutschnationalen Stimmen.

nigstens ihre konfessionelle Autorität zu erhalten [7]). Sie erstreckte sich auf den Schutz der Kulthandlungen, des Kirchenvermögens, auf den Einfluß in der Schulpolitik und letzten Endes auf die Zugehörigkeit zum politischen Bekenntnis.

Es gab zwar keinerlei pontifikale Richtlinien über die vom Katholizismus bevorzugte Staatsform. Andererseits hatte sich der Klerus lange Zeit mit der Staatsauffassung befreundet, die die kirchlichen Forderungen anerkannte und sicherte. Der Grundsatz, Gottes Recht bricht Staatsrecht [8]), war die Grundforderung für das Verhalten des katholischen Menschen im Leben der Gemeinschaft. Während dem Liberalismus Freiheit etwas Absolutes bedeutete, erhielt die menschliche Freiheit für den Katholiken erst dann ihre sinnvolle Zuordnung, wenn sie sich mit der religiösen Form vereinbaren ließ.

Als der wachsende Kapitalismus das Sein des Mittelstandes und der Kleinbürger bedrohte, erhielten diese um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die Unterstützung der katholischen Kirche. Max Weber bemerkte treffend, daß der Klerus dem Kapitalismus nicht deshalb gram war, weil seine Moral zu lax gewesen sei, sondern vielmehr, weil sie in gewissen Schichten zu streng war. Das bedeutete für die Kirche Konkurrenz [9]).

Aus dieser Denkhaltung erklärte sich auch die zeitweise betont antikapitalistische Einstellung der katholischen Kirche. Päpstliche Erlasse gaben diesen Auffassungen mitunter fast revolutionären Ausdruck [10]). Lange Zeit ruhte das politische Schwergewicht des Katholizismus weder im Revolutionären noch im Kapitalistischen. Die Zentrumspartei, als das politische Sprachrohr, nahm eine vermittelnde Haltung ein. Ihre Stellung war der ununterbrochene Versuch, einen Ausgleich zwischen erhaltenden und fortschrittlichen Kräften zu erreichen. Jedenfalls war im Saargebiet die Macht und das Ansehen der Kirche gegenüber dem katholischen Menschen ungebrochen. Der Grundsatz, die im Jenseitigen ruhende übersinnliche Haltung schien bis in die Gegenwart unabänderlich. Daher kam es auch, daß das religiöse Bekenntnis, vermöge seiner umspannenden und tragenden Kraft imstande war, die verschiedensten sozialen Schichten innerhalb mehrerer Generationen auf eine politische Verpflichtung festzulegen.

Das saarländische Zentrum, so wenig einheitlich es innerlich zusammengesetzt war, glich in den bisherigen Wahlkämpfen einem unerschütterlichen Bollwerk. Die Anhängerschaft stimmte keineswegs in sozialen Fragen immer mit der Führung überein. Trotzdem versagte sie ihr nicht die Gefolgschaft. Der vergeistigte Konservatismus, der das Lebenselement des Zentrums bedeutete, aufgebaut durch eine fast tausend-

---

[7]) Vgl. Rohan, Karl Anton Prinz: Inventar der politischen Grundhaltungen im modernen Europa, in Soziologische Studien, Alfred Weber gewidmet. Potsdam 1930, S. 230 ff.

[8]) Vgl. Schwer, Wilhelm: Katholische Gesellschaftslehre, Paderborn 1928, S. 163.

[9]) Vgl. Weber, Max: Grundriß der Sozialökonomik, 3. Abt. Wirtschaft und Gesellschaft, a. a. O. S. 805.

[10]) Vgl. Enzyklika: Rerum Novarum, Leos des XIII. Staatslexikon der Görres-Gesellschaft, Freiburg 1929, S. 934.

jährige Denkarbeit, besaß eben jene Weltaufgeschlossenheit, die anderen politischen Richtungen bisher mangelte. Daher hatte die zu 72,7% katholische Bevölkerung des Saargebietes die Zentrumsparole bis 1932 kaum verlassen, zumal die Menschen in engster Fühlung durch vielfältige Vereinsbindungen mit ihr verknüpft waren. Selbst der vor der Kreistagswahl 1926 gemachte Versuch, durch Gründung einer christlich-sozialen Partei die sozialen Interessen der katholischen Bergarbeiterschaft mehr in den Vordergrund zu stellen, schlug fehl. Denn nur in bestimmten Arbeiterzentren der Kreise Saarlouis, Ottweiler und Saarbrücken gelang es, eine Entscheidung zu Gunsten dieser Partei zu erreichen. Einen Erfolg gewann sie bei den Landesratswahlen 1928, wo sie 3,3% der Gesamtstimmen auf sich vereinigen konnte, um einen Vertreter in den Landesrat zu entsenden. Das Zentrum konnte seinen Einfluß bis 1932 wahren, obwohl eine Abkehr von der Partei in bestimmten Landschaften des Saargebietes stattgefunden hatte. Es hielt noch die Spitze aller Parteien [11]), aber nach den Aussichten, die sich aus unserer Wahlanalyse ergeben, kann mit Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die Höchstlinie überschritten sein dürfte. Denn wenn die Gesamtbevölkerung des Saargebietes zu 72,7% katholisch ist, und sich bei der letzten Kreistagswahl 1932 nur 40% der Abstimmenden für das Zentrum entschieden haben, so ergibt sich schon daraus ein gewisses Mißverhältnis.

Dieses Urteil wird aber noch deutlicher bei der Untersuchung des Wahlergebnisses des Kreises Saarlouis. Bei einer Bevölkerung von 96,1% Katholiken hatten sich nur 43,3% zur Zentrumspartei bekannt. Der Rückgang war hier besonders deutlich. Während das Zentrum bei der Wahl zur Preußischen Landesversammlung 1919 noch 68,4% aller Stimmen auf sich vereinigen konnte, und dann in rückläufigen Bewegungen von Wahl zu Wahl immer mehr abnahm, betrug seine Position 1932 nur noch 43%. Auf Grund unserer Statistik über den Kreis Saarlouis ist ersichtlich, daß dieser Rückgang in erster Linie den Kommunisten zugute kam, die von 15,8% im Jahre 1920 auf 22,9% 1932 gestiegen sind. Außerdem haben auch erhebliche Teile der katholischen Bevölkerung nationalsozialistisch gewählt, denn selbst wenn man annimmt, daß die 3,3% evangelischen Glaubens der Gesamtbevölkerung sich in dieser Richtung entschieden hätten, dann betrug das nationalsozialistische Wahlergebnis mit 6,9% immer noch doppelt so viel, als die evangelischen Stimmen.

Eine ähnliche Entwicklung weist auch der Kreis Merzig auf. Während 96,5% der Gesamtbevölkerung dem katholischen Bekenntnis angehören, haben sich 1932 nur 45,4% dem Zentrum angeschlossen, im Gegensatz zu 71,1% 1919.

Grundsätzlich darf man behaupten, daß kein Wahlkreis des Saargebietes ein Anwachsen der Zentrumsstimmen in den letzten Jahren aufweist.

Unsere Vermutung über die Entwicklung der Zentrumspartei im Saargebiet findet insofern ihre Bestätigung, als nach Pressemeldungen

---

[11]) Vgl. das Diagramm über die Zentrumsstimmen im Saargebiet im Anhang.

die Partei in den Kreisen Ottweiler und St. Wendel ihre Auflösung beschlossen hat. Den Wählern wird nahegelegt, sich der NSDAP. anzuschließen.

Vgl. hierzu: „Saarfront" vom 23. Sept. 1933
„Saarbrücker Zeitung" vom 23. Sept. 1933
„Volksstimme" vom 25. Sept. 1933.

Zentrumsstimmen:

in der Stadt Saarbrücken 53,38% katholische Bevölkerung:

1919	=	30,2%
1924	=	26,7%
1928	=	29,9%
1932	=	26,9%

in Eiweiler (Kr. Saarbrücken) 97% katholische Bevölkerung:

1919	=	84,4%
1924	=	79,5%
1928	=	81,4%
1932	=	72,2%

in Kutzhof (Kr. Saarbrücken) eine rein katholische Bevölkerung:

1919	=	84,8%
1924	=	86,4%
1928	=	54,9%
1932	=	46,6%

in St. Nikolaus (Kr. Saarbrücken):

1919	=	70 %
1924	=	63,2%
1928	=	48,5%
1932	=	54,9%

in Altheim (Kr. Homburg) 99% katholische Bevölkerung:

1919	=	82 %
1924	=	53,4%
1928	=	62,4%
1932	=	59,1%

in Niederwürzbach (Kr. St. Ingbert) 97% katholische Bevölkerung:

1919	=	73,5%
1924	=	68 %
1928	=	71,9%
1932	=	55 %

in Blieskastel (Kr. St. Ingbert) 70% katholische Bevölkerung:

1919	=	58,9%
1924	=	50,1%
1928	=	54,3%
1932	=	36,8%

in Tholey (Kr. Ottweiler) 95% katholische Bevölkerung:

1919	=	68,8%
1924	=	59,2%
1928	=	66,3%
1932	=	57,3%

in Urweiler (Kr. St. Wendel) 97% katholische Bevölkerung:

1919	=	70 %
1924	=	53,9%
1928	=	75,1%
1932	=	37,8%

in Wellingen (Kr. Merzig) rein katholische Bevölkerung:

1919	=	95,8%
1924	=	74,7%
1928	=	61,7%
1932	=	52,2%

in Merzig-Stadt (Kr. Merzig) 91,2% katholische Bevölkerung:

1919	=	61,6%
1924	=	67,9%
1928	=	56,8%
1932	=	37,6%

in Überherrn (Kr. Saarlouis) 98% katholische Bevölkerung:

1919	=	74,3%
1924	=	61,5%
1928	=	70,5%
1932	=	49,9%

in Felsberg (Kr. Saarlouis) 99,3% katholische Bevölkerung:

1919	=	85,9%
1924	=	78,5%
1928	=	69,4%
1932	=	53 %

in Wallerfangen (Kr. Saarlouis) 96,3% katholische Bevölkerung:

1919	=	60,4%
1924	=	33,1%
1928	=	46,4%
1932	=	31,5%

Während wir das konservative Element als die Denkhaltung bezeichnet haben, die vorwiegend agrarischen Interessen dient, kann man das liberale Prinzip in die gleiche Verbindung mit Handel und Industrie bringen.

Die kapitalistische Markt- und Tauschwirtschaft war aus der Enge des mittelalterlichen Zunftwesens gewachsen. Die Bewegungsfreiheit der Einzelmenschen als Träger der Idee konnte sich nur durch die Beseitigung feudaler Bindungen entfalten. Die Auflehnung gegen die Kirche und ihre Priester, gegen Adel und privilegierte Schichten, unter Berufung auf die erkennbare Gleichheit alles Menschlichen, hatte das Streben nach Freiheit unterbaut und zu rechtfertigen versucht. Lösung des Menschen von jeder engen staatlichen und zünftigen Gebundenheit, politische Rechte im Absoluten, Freiheit und Gleichheit aller Mitbürger, waren die Grundgedanken dieser Geisteshaltung [12]). Der Staat war dazu berufen, Eigentum, Freiheit und Frieden zu schützen.

[12]) Vgl. Bergsträsser, Ludwig: a. a. O. S. 21.
Mannheim, Karl: Das konservative Denken, a. a. O., S. 90.

Hervorragende Denker der vergangenen Jahrhunderte hatten die Idee philosophisch begründen wollen. Der Sieg der Vernunft, ihre Verwirklichung in der Technik waren die Leitgedanken des Zeitalters. Erziehung und Bildung waren Angelegenheiten jedes Einzelnen. Jeder Mensch war von Natur aus gut, deshalb bedurfte er keiner höheren Autorität [13]).

Diese gedankliche Grundhaltung hatte der Liberalismus jedoch nicht gleichermaßen auf das Wirtschaftliche übertragen. Je stärker das Fassungsvermögen der Produktionsmöglichkeiten ausgedehnt wurde, umsomehr versperrten Machtgruppen, wie Kartelle, Syndikate und Trusts der Einzel-Wirtschaftspersönlichkeit den Weg. Der Mensch stieß sich im Wirtschaftsraum. Wenn wir im Saargebiet von dem Vorhandensein des liberalen Denkens überhaupt sprechen, so verstehen wir dies mit gewissen Einschränkungen. Es handelt sich hier keineswegs um eine staatspolitische, sondern um eine aus den wirtschaftlichen Verhältnissen gewachsene Einstellung.

Die Beherrschung der Produktionsmittel einschließlich der menschlichen Arbeitskraft, zusammengefaßt in den Händen weniger Wirtschaftsführer, hat das Gesellschaftsbild immer eindeutig bestimmt. Der in der Vorkriegszeit im Saargebiet eigentümliche Staatskapitalismus, dargestellt im Grubenbesitz des preußischen und bayerischen Staates, gestaltete im Bündnis mit dem liberalistisch gerichteten Unternehmertum entscheidend das gesellschaftliche, kulturelle und politische Leben jahrzehntelang. Wir erinnern nur an die unumschränkte Machtstellung von Männern, wie Geheimrat Hilger und Freiherr von Stumm, um sofort zu erkennen, in welch völliger Abhängigkeit das ganze Saargebiet mit der Weltanschauung dieser Unternehmerkreise verflochten war.

Dabei ist es nicht ohne Interesse zu erwähnen, daß diese Kreise, obzwar wirtschaftlich liberal ausgerichtet, in ihrem Gesellschaftsideal den höchsten Konservatismus vertreten haben. Die saarländischen Unternehmer glichen auch in ihrem politischen Bekenntnis dem konservativen schlesischen Großgrundbesitzer, wie dem rheinischen Großindustriellen. In diesem Zusammenhange ließe sich der Gesellschaftsaufbau des Saargebietes einer Brücke vergleichen, die die Verbindung herstellte zwischen den konservativen Kräften des Großgrundbesitzes und der bodenständigen Schwerindustrie im Sinne eines liberalen Kapitalismus. Im Gegensatz zum Ruhrgebiet war die saarländische Wirtschaft nach dem Tode Stumms weniger in der Unternehmerpersönlichkeit verkörpert, als vielmehr in einem ausgesprochenen Staatskapitalismus. Er war der politische Exponent, der die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit beherrschte und leitete. Deshalb gab es im Saargebiet keinen kulturellen Liberalismus.

Die Weltanschauung des Bürgertums wie der patriarchalisch gebundenen Arbeiterschaft waren letzten Endes konservativen Einwirkun-

---

[13]) Mises, Ludwig: Liberalismus. Jena 1927, S. 3.
Stillich, Otto: Die politischen Parteien in Deutschland, Leipzig 1932, S. 41.
Hensel, Albert: Grundrechte und politische Weltanschauung, Tübingen 1931, S. 25 ff.

gen vollständig unterworfen. Das geht auch aus den politischen Wahlen der Vorkriegszeit hervor, wonach es der deutschen Reichspartei, mit Ausnahme der Legislaturperioden von 1883 und 1912 gelang, einen freikonservativen Vertreter in den Reichstag zu entsenden, trotzdem $^3/_4$ der saarländischen Bevölkerung in einem Lohn- und Gehaltsverhältnis standen und mehr als 70% der Bevölkerung dem katholischen Bekenntnis angehörten. Aber nicht nur bei solchen bedeutungsvollen Willensäußerungen politischer Ausdrucksformen herrschte die konservative Grundanschauung vor, sie war auch in den kleinsten örtlichen Vertretungen offenbar [14]).

Die politische Ausdrucksform des liberalen Gedankens war ursprünglich im Saargebiet die Liberale Volkspartei [15]). Sie trat bis kurz vor der Landesratswahl 1924 mit eigenen Wahlvorschlägen auf. Ihr Einfluß war anfänglich sehr gering, er wuchs aber von Wahl zu Wahl, indem das Bürgertum von der Demokratischen Partei zu ihr herüberwechselte [16]). Während sie im ganzen Saargebiet ihren Einfluß von 1919 bis 1922 von 1,5% auf 12,8% aller Stimmen steigern konnte, nahmen die Demokraten während der ganzen Zeit von 13,7% auf 3,9% ab. Diese Wandlung veranlaßte beide Parteien im Saargebiet, eine gemeinsame Front aufzustellen, um durch einen Burgfrieden sich gegenseitig die Stimmen zu erhalten. Im Jahre 1924 erfolgte die Vereinigung unter dem neuen Namen: Deutschsaarländische Volkspartei. Daraufhin verzichteten 1924 die Demokraten auf die Aufstellung eines eigenen Wahlvorschlages, zumal ihre Hauptvertreter auf der neuen Vorschlagsliste mit erwähnt waren. Da jedoch das liberale Element in dieser neuen Partei stärker in den Vordergrund trat, auf Kosten der Demokratie, wie alte Demokraten zu argumentieren pflegten, bildete sich die demokratische Partei bei der Kreistagswahl 1926 neu. Von da ab trat sie wieder als selbständige Partei auf. Ihre Wählerstimmen nahmen, entsprechend der Rückläufigkeit des demokratischen Gedankens, überhaupt [17]) immer mehr und mehr ab, sodaß sie bei der letzten Kreistagswahl 1932 im

[14]) Vgl. die Berufszugehörigkeit der Kreistags- und Gemeinderatsmitglieder in der Tabelle im Anhang.

[15]) In Anlehnung an die Deutsche Volkspartei im Reiche.

[16]) Gesonderte Wahlvorschläge der Liberalen Volkspartei, resp. der Deutschen Volkspartei bestanden 1919 und 1920 nur in den beiden saarpfälzischen Kreisen Homburg und St. Ingbert, entsprechend den Beziehungen zur Deutschen Volkspartei der Pfalz. In dem preußischen Teile des Saargebietes haben in den beiden Jahren die liberalen Wähler ihre Stimme der Deutschen Demokratischen Partei gegeben. Erst bei der Landesratswahl 1922 trat die Liberale Volkspartei auch in dem übrigen Saargebiet mit einem eigenen Wahlvorschlag an die Öffentlichkeit.

[17]) Siehe: Weber, Alfred: a. a. O. Berlin 1925.

Vgl. Schmitt, Carl: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, München 1926, S. 42.

Kelsen, Hans: Vom Wesen und Wert der Demokratie, Tübingen 1930, S. 99.

Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Leipzig 1922, S. 49 ff.

Bryce, James: Moderne Demokratien, München 1926, S. 26.

Schwarz, Wolfg.: Über die Staatswillensbildung in der deutschen Demokratie, Berlin 1931, S. 37 ff.

ganzen Saargebiet nur noch 2058 Stimmen (0,6%) der Abstimmenden erhalten konnte [18]).

Ihren höchsten Stimmenanteil hatte die Deutsch-saarländische Volkspartei bei der Landesratswahl 1924 erreicht, wo viele Demokraten (37 575 Stimmen = 14,7% aller Stimmberechtigten) sich ihr angeschlossen hatten. Von dem Zeitpunkte ab, an dem sie wieder als selbständige Organisation auftrat, verlor sie rasch an Einfluß. Bei der Kreistagswahl 1932 haben sich nur 16 229 Wähler = 5,2% der Abstimmenden für sie entschieden. Diese rückläufige Bewegung ist in allen Saarkreisen festzustellen. Selbst in vereinzelten Hochburgen des Liberalismus, wie in Brebach mit überwiegend evangelischer Bevölkerung, und dem Sitz der dem Stumm-Konzern gehörenden Halberger Hütte oder in Völklingen, dem Wohnort des Parteiführers Röchling oder in Brenschelbach und Wolfersheim mit fast 100%ig evangelischer Bevölkerung, Grenzorte nahe bei Zweibrücken oder Neunkirchen, der einstigen Zentrale, hat die Bewegung schnell abgenommen. Ihren Bestand zu erhalten, resp. ihre Stimmen zu vermehren, vermochte sie nur in einzelnen Orten des Warndt, bedingt durch eine rege Werbung der Völklinger Hütte. Diese Kleinarbeit, vor allem in den Gemeinden Karlsbrunn, Naßweiler und St. Nikolaus, bezog sich weniger auf die Partei, als auf das gefährdete Gebiet. Daraus erklärte sich auch besonders der Stimmengewinn in diesen Landesteilen. Im Gesamtbilde machten sich Auflösungserscheinungen immer deutlicher bemerkbar, seitdem das Bürgertum sich der NSDAP. anschloß [19]).

---

[18]) Vgl. das Diagramm über die Entwicklung der demokratischen Stimmen im Anhang.

[19]) Aus diesen Erwägungen haben im Stadtverordnetenkollegium zu Saarbrücken 3 Vertreter der Deutsch-saarländischen Volkspartei ihr Verhältnis zu ihr gelöst, um sich der NSDAP anzuschließen.

Stimmen der Deutsch-saarländischen Volkspartei

in Saarbrücken-Stadt:

1922	=	25 %
1926	=	14,2%
1929	=	17,4%
1932	=	7,9%

in Brebach (Kr. Saarbrücken):

1922	=	26,9%
1926	=	31,9%
1929	=	30,4%
1932	=	17,1%

in Sulzbach (Kr. Saarbrücken):

1922	=	21,6%
1926	=	16,6%
1929	=	14,2%
1932	=	6,2%

in Völklingen (Kr. Saarbrücken):

1922	=	20,9%
1926	=	20,4%
1929	=	22,1%
1932	=	15,6%

Ihre geistige Wurzel im Liberalismus hat auch die Wirtschaftspartei des Saargebietes. Sie ist die Nachfolgerin der ehemaligen Vereinigung für Haus- und Grundbesitz. Zum ersten Mal trat sie bei der Landesratswahl 1922 mit eigenen Listen an die Öffentlichkeit. Weil sie damit in den Wählerbestand der Deutsch-saarländischen Volkspartei einzubrechen versuchte, haben sich diese beiden Parteien mitunter heftig bekämpft, und zwar in einer Form, die die gegenseitigen Konkurrenzmotive sehr auffällig in den Vordergrund gestellt hat. Ihr Einfluß ist sehr schwach. Nur in einzelnen Orten mit vorwiegend bäuerlicher Bevölkerung vermochte sie eine größere Stimmenmehrheit auf sich zu vereinigen. Aber auch selbst dort war ihre Stellung außerordentlich schwankend [20]).

---

in Brenschelbach (Kr. Homburg):

1919	=	82,6%
1922	=	34,8%
1926	=	31,4%
1929	=	32,1%
1932	=	6,6%

in Walsheim (Kr. Homburg):

1919	=	53,3%
1922	=	14,9%
1926	=	24,5%
1929	=	6,8%
1932	=	1,3%

in Wolfersheim (Kr. St. Ingbert):

1919	=	58,1%
1922	=	64,4%
1926	=	47,8%
1929	=	7,5%
1932	=	%

in Neunkirchen (Kr. Ottweiler):

1922	=	14,8%
1926	=	8,5%
1929	=	5,7%
1932	=	5,3%

in Überherrn (Kr. Saarlouis):

1922	=	10 %
1926	=	45,8%
1929	=	18,6%
1932	=	5,8%

in Dillingen (Kr. Saarlouis):

1922	=	11 %
1926	=	12,9%
1929	=	9,5%
1932	=	5,8%

Vgl. im Anhang das Diagramm der Stimmen der Deutschsaarländischen Volkspartei.

[20]) **Stimmen der Wirtschaftspartei**

in Kurhof (Kr. Saarbrücken):

1926	=	80 %

seitdem keine Stimme mehr

Wir haben schon oben festgestellt, daß das Saargebiet, als hochentwickeltes Industrieland, eine Bevölkerung aufweist, die zu zwei Drittel in der Wirtschaft Beschäftigung gefunden hat. Vornehmlich ist es die Berg- und Hütten-Arbeiterschaft, die der sozialen Struktur des Landes ihr eigentümliches Gepräge verleiht. Hinzu kommt, daß mehr als 72% der Einwohnerschaft dem Katholizismus angehören, und daß dieses religiöse Bekenntnis in der Gesellschaft dauernd im Vordringen begriffen ist. Nichts ist bezeichnender für den Ausdruck der politischen Vergangenheit des Gebietes, als die politische Willensäußerung der Bevölkerung in zwei Richtungen. Der Liberalismus industrieller Färbung stand dem politischen Katholizismus, dem Zentrum, von jeher gegenüber. Alle Wahlkämpfe in der Vergangenheit spielten sich zwischen diesen beiden Weltanschauungen ab, gleichgültig ob es sich um die Vorkriegswahlen zum Preußischen Landtag mit seinem einseitigen Dreiklassenwahlrecht handelte, oder um die Reichstagswahlen, die sich unter dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlverfahren vollzogen.

Die Arbeiterschaft selber hatte an diesen politischen Kämpfen nur mittelbar teilgenommen, indem ihre Stimme von der Grundhaltung des jeweiligen Arbeitnehmers in unmittelbarer Abhängigkeit stand. Im Gegensatz zu den innerdeutschen Verhältnissen mit gleich-hochentwickelter Industrie, gab es an der Saar weder einen ständischen Aufbau zur Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, noch bemerkte man eine einheitlich ausgerichtete Willensäußerung in der Politik. Das patriarchalische System auf der Arbeitgeberseite, vertreten durch Führernaturen, wie Stumm und Hilger, hatte nicht nur jede gewerkschaftliche Bindung untersagt, sondern auch jede sozialistische Parteimeinung durch Gegenmaßnahmen im Keime erstickt. Deshalb war im Saargebiet bis in die Kriegszeit, entgegen den Reichsverhältnissen, eine sozialdemokratische Partei so gut wie nicht vorhanden. Bei den Reichstagswahlen brachten es die Sozialdemokraten nur höchstens zu einer Zählkandidatur. Da-

---

in Bitschied (Kr. Saarbrücken): 100% Bauern

1920	=	100 %
1922	=	100 %
1926	=	68,5%
1929	=	5,2%
1932	=	—

in Böckweiler (Kr. Homburg): 81% Bauern

1922	=	54,9%
1924	=	11,1%
1926	=	0,8%
1929	=	0,5%

in Berschweiler (Kr. St. Wendel): 52,8% Bauern

1922	=	92,3%
1924	=	63,2%
1928	=	16,8%
1932	=	2,6%

in Hargarten (Kr. Merzig): 52,3% Bauern

1922	=	32,3%
1924	=	13,7%
1928	=	2,7%
1932	=	0,6%

bei haben sie das Wahlergebnis der übrigen Parteien nie ernsthaft beeinflußt.

Auch auf der Arbeitnehmerseite standen einer sozialdemokratischen Entwicklung große Hindernisse entgegen. Entsprechend dem katholischen Bevölkerungsanteil war auch die Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit bei den christlichen Gewerkschaften organisiert. Zwischen ihnen und den vereinzelt auftretenden Sozialdemokraten bestand immer schon ein scharfer Konkurrenzkampf um die Mitglieder. Daher konnte es nicht wundernehmen, daß eine sozialdemokratische Parteientwicklung in der Vorkriegszeit durch den hemmenden Einfluß, sowohl innerhalb der Arbeiterschaft selber, als auch von Unternehmerseite, kaum zu bemerken war. Der starke Einfluß der Geistlichkeit in den katholischen Arbeiterorganisationen, und die enge Bindung des einzelnen Mitgliedes an die Kirche, verhinderten die Austrittsbewegungen und die Zuwanderungen zu den Sozialdemokraten. Im Gegensatz zum Ruhrgebiet, mit einer fluktuierenden Arbeiterschicht, und zu Oberschlesien, mit einer gemischt nationalen Bevölkerung, ist der Arbeiter im Saarland noch zudem besonders bodenständig verwurzelt. Der kleinbäuerliche Nebenberuf, der Besitz einer Kuh oder einer Ziege, das Eigentum eines kleinen Häuschens, haben ihn mit seiner Heimat aufs engste verknüpft, und ihn lange Zeit gegen jeden Radikalismus immunisiert. Die Seßhaftigkeit, wie der Beruf des Bergmanns selber, haben sich Generationen ihndurch in vielen Familien verwurzelt und gefestigt. Der Typ des „Bergmanns-Bauern" ist im Saargebiet sprichwörtlich geworden. Die Weltanschauung des Saararbeiters blieb lange Zeit konservativ und vererbte sich gleicherweise vom Vater auf den Sohn.

Hinzu kommt außerdem, daß auch die Umweltbedingungen jene Denkhaltung begünstigt haben. Wir kennen an der Saar, trotz einer hochentwickelten Wirtschaft, heute noch nicht die Zusammenballungen von Menschen in Form nebeneinander liegender Großstädte, wie sie andere Industriemittelpunkte des Reiches aufweisen. Die einzige Stadt, die die Hundert-Tausender-Grenze überschritten hat, ist Saarbrücken, seit der Vereinigung dreier Schwesterstädte am 1. April 1909. Noch bis zum Jahre 1920 hatte Neunkirchen keine städtische Gemeindeverfassung. Das dörfliche Element mit seinem Nährboden für überlieferte konservative Lebenskräfte ist heute noch aus der saarländischen Gesellschaft nicht ausgelöscht. Es fehlten also hier neben den innermenschlichen Bedingungen auch der äußere Raum, der die Entwicklung zum Radikalismus hätte fördern können.

Dieser Tatbestand wird außerdem noch soziologisch unterstützt. Denn das berufsmäßige Schicksal des Bergarbeiters erzieht ohnedies zu einer gewissen Gläubigkeit. Es gibt im Bergbau Naturkatastrophen, gegen die der Mensch mit allen technischen Vollkommenheiten machtlos ist. Trotz aller Vorbeugungsmaßnahmen kann der Bergmann gegen eine Schlagwetterexplosion oder gegen einen Gebirgseinsturz nicht geschützt werden. Der Gruß des „Glück-Auf" bei der Einfahrt in die Grube birgt in seinem Unterton die Ohnmacht menschlichen Seins. Die seelischen Gegenwirkungen, denen der Bergmann ausgesetzt ist, teilen sein Schicksal mit dem des Schiffers auf hoher See. Er steht immer mit einem Fuße im Grab. In dieser psychischen Belastung findet er in religiösen Einflüssen,

besonders wenn sie mit Kulthandlungen verknüpft sind, Gleichgewicht und Stütze, seinem Schicksal jederzeit ins Auge zu sehen. Es kann daher nicht wundernehmen, daß der Katholizismus seinen Einfluß in breiten Arbeiterschichten geltend machen konnte.

Aus der Schwere des Berufes und dem schicksalhaften ungewissen Dasein ergibt sich auch das stumpfe Verhalten des Saararbeiters gegenüber geistigen Fragen. Das kann nicht wundernehmen, denn überall dort, wo infolge der Schwierigkeiten der Lebenserhaltung der Mensch in seiner Gesamtheit beansprucht wird, bleibt für kulturelle Bedürfnisse weder Zeit noch Aufnahmefähigkeit. Deshalb bewegt sich auch das äußere wie das innere Leben des Saararbeiters in einer bedrückenden Einfachheit.

Neben diesen äußeren Bedingungen gibt es noch eine Reihe Innenvorgänge, die die politische Stetigkeit des Arbeiters veranlaßt haben. Den Hauptanteil der Saararbeiterschaft beanspruchen Kohlenbergbau und Eisenhütten. Es fehlt größtenteils die weiterverarbeitende Industrie, durch die gerade Deutschland seinen Ruf als Verarbeitungsland begründet hat. Die typischen Stände der Schlosser, Feinmechaniker, Buchdrucker und Holzarbeiter sind hier nur in einer schwachen Minderheit anzutreffen. Diese Schicht zählte nicht nur zu den qualifizierten Arbeitern in Bezug auf die Fertigkeit, sondern auch in Bezug auf das Bildungsbedürfnis. Diese Gruppen stellten in Deutschland lange Zeit die Führer und die treuen Mitglieder der sozialistischen Parteien. Ihnen eigentümlich waren die bürgerlichen Umgangsformen, die Reise- und Wanderfreudigkeit und das Interesse für Kultur und Wissen. Diese allgemeine Aufgeschlossenheit wehrte naturgemäß einen propagierten Marxismus nicht ab. Da aber im Saargebiet diese Gruppen schwach vertreten waren, fehlten immer die Stützen der sozialdemokratischen Parteirichtung.

Erst in der Nachkriegszeit begannen sich die Sozialdemokraten im Saargebiet organisatorisch festzusetzen. Das Schützengraben-Erlebnis, der Freiheitszug der sogenannten Revolution, die Loslösung von allen gesellschaftlichen Bindungen in den Jahren 1918 und 1919 brachten dem Saararbeiter seine soziale Lage zum Bewußtsein. Er lehnte sich auf gegen die patriarchalischen Verhältnisse. Der konjunktur-bedingte Zulauf zu den Mehrheitssozialisten brachte auch im Saargebiet viele neue Anhänger. Schon bei der Wahl zur Nationalversammlung hatten 36,5% aller Abstimmenden sozialdemokratisch gewählt. Dieses Ergebnis blieb ein einmaliger Höhepunkt. Die Stimmen verminderten sich von Wahl zu Wahl, sodaß eine gradlinige Rückwärtsentwicklung dauernd zu beobachten ist. Bei der letzten Kreistagswahl 1932 konnte die SPD. im Saargebiet nur noch 10,4% aller Stimmen auf ihrem Wahlvorschlag vereinigen [21]). Diese Bewegung war nicht nur im Saargebiet überhaupt war-

[21]) **Sozialdemokratische Stimmen**

in der Gemeinde Dudweiler (Kr. Saarbrücken):

1919	=	58,7%
1924	=	15,1%
1928	=	9,5%
1932	=	7,3%

zunehmen, sondern auch in den Industrieorten, die einstens sozialdemokratische Hochburgen zu sein schienen [22]). Der sozialdemokratische Stimmenrückgang in den letzten Jahren zeigte sich in einer Zunahme der Kommunisten. Durch eine heftige Werbetätigkeit hatten sich große Arbeitermassen bewegen lassen, das sozialdemokratisch gefärbte Ideal schnell zu verlassen. Die kommunistische Partei im Saargebiet, die sich in der Nachkriegszeit als die Hüterin der marxistischen Tradition aufgespielt hatte, galt einige Jahre hindurch als die politische Interessenvertretung eines Teiles der Arbeiterschaft. Die anormalen wirtschaftlichen Verhältnisse, das Nebeneinander von Mark und Franken in den Jahren 1920 bis 1923, die hohen Frankenlöhne im französischen Saarbergbau hatten das Eigennutzdenken gezüchtet. Der fortwährende Lohnabbau, die Einschränkung des eigenen Lebensraumes, die dauernde Gefahr der Arbeitslosigkeit verschärften die Unzufriedenheit und stärkten den Radikalismus. Auf der anderen Seite befestigte das Unternehmer-

in der Gemeinde Ludweiler (Kr. Saarbrücken):

1919	=	78 %
1924	=	8,6%
1928	=	12 %
1932	=	5,1%

in der Gemeinde Karlsbrunn (Kr. Saarbrücken):

1919	=	45 %
1924	=	0,9%
1928	=	2,2%
1932	=	0,9%

in der Gemeinde Mittelbexbach (Kr. Homburg):

1919	=	40,8%
1924	=	11 %
1928	=	10,1%
1932	=	6,8%

in der Gemeinde Elversberg (Kr. Ottweiler):

1919	=	53,6%
1924	=	14,4%
1928	=	15,6%
1932	=	10,1%

in der Gemeinde Niederlinxweiler (Kr. St. Wendel):

1919	=	45,2%
1924	=	23,5%
1928	=	18,6%
1932	=	12,2%

in der Gemeinde Hargarten (Kr. Merzig):

1919	=	31,6%
1924	=	11,5%
1928	=	6,3%
1932	=	1,2%

in der Gemeinde Bous (Kr. Saarlouis):

1919	=	36,1%
1924	=	11 %
1928	=	6,1%
1932	=	3,3%

[22]) Vgl. das Diagramm der sozialdemokratischen Wählerstimmen im Anhang.

tum, das im Saargebiet in wirtschaftlichen Fragen den französischen Interessen sehr nahestand, seine Stellung, durch eine straffe Verwaltungsautonomie und durch Steigerung seiner Bedürfnisse. Diese Tatsachen verschärften die sozialen Gegensätze und trieben den Arbeiter in radikale Parteien. Wir verstehen daraus, daß die Kommunisten im Saargebiet ihren Zugang besonders aus den Reihen der Sozialdemokraten, zum Teil auch aus katholischen Parteien erhalten haben, denn auch hier gab es zuweilen unzufriedene Elemente.

Die zahlenmäßige Entwicklung der kommunistischen Bewegung verläuft deshalb in umgekehrter Richtung, wie die der Sozialdemokraten. Während die Parteiideologie in den Jahren 1919 und 1920 wahrscheinlich bei der USP. zu suchen war, traten die Kommunisten bei der Landesratswahl 1922 zum ersten Male mit einem eigenen Wahlvorschlag hervor. Seit dieser Zeit sind die Wählerstimmen stetig gewachsen. Bei der letzten Kreistagswahl 1932 vereinigte sie noch 23,2% aller Stimmen auf sich. Damit wurde sie im Saargebiet zur zweitstärksten Partei überhaupt. Es waren vornehmlich Arbeiterorte, die den Hauptanteil der Wähler stellten [23]). Das religiöse Bekenntnis wurde bei diesen Wahlen vollkom-

[23]) **Kommunistische Stimmen**

in Hargarten (Kr. Merzig): rein kath. Bevölkerung

1922	=	1,4%
1926	=	2,6%
1929	=	2,7%
1932	=	6 %

in Urweiler (Kr. St. Wendel): 97,7% kath. Bevölkerung, 46,5% Bergarbeiter:

1922	=	7,2%
1926	=	24,4%
1929	=	8,6%
1932	=	24,1%

in Gronig (Kr. St. Wendel): 99,5% kath. Bevölkerung, 81,1% Bergarbeiter:

1922	=	0,6%
1926	=	14,9%
1929	=	7,9%
1932	=	20,4%

in Merschweiler (Kr. Ottweiler): 93,4% kath. Bevölkerung, 75% Bergarbeiter:

1922	=	7,4%
1926	=	7,9%
1929	=	14,9%
1932	=	36,4%

in Elversberg (Kr. Ottweiler): 59,2% kath. Bevölkerung, 70,5% Bergarbeiter:

1922	=	9,7%
1926	=	26,8%
1929	=	13,6%
1932	=	30,7%

in Niederwürzbach (Kr. St. Ingbert): 97,9% kath. Bevölkerung, 48,5% Bergarbeiter, 30,4% Hüttenarbeiter:

1922	=	0,6%

men außer Acht gelassen. Die wirtschaftlichen Interessen, die Massentriebkräfte der eigenen, und die politische Ohnmacht der anderen Parteien brachten den Saararbeiter in die extreme Richtung. Maßgebend für seine politische Entscheidung war allein die Umgestaltung seines wirtschaftlichen Schicksals.

1926 = 8,3%
1929 = 14,5%
1932 = 24,5%

in St. Ingbert-Stadt: 82,1% kath. Bevölkerung, 21,5% Bergarbeiter, 35,4% Hüttenarbeiter:

1922 = 12,4%
1926 = 11 %
1929 = 11,9%
1932 = 25,6%

in Höchen (Kr. Homburg): 56% kath. Bevölkerung, 73,5% Bergarbeiter:

1922 = 2,3%
1926 = ——
1929 = 2,5%
1932 = 17,2%

in Homburg-Stadt: 46,1% kath. Bevölkerung, 35,1% Hüttenarbeiter:

1922 = 1,1%
1926 = ——
1929 = 3,1%
1932 = 11,4%

in Saarbrücken-Stadt: 54,3% kath. Bevölkerung, 23,4% Hüttenarbeiter:

1922 = 5,4%
1926 = 13 %
1929 = 12,8%
1932 = 20,3%

in Dudweiler (Kr. Saarbrücken): 55,5% kath. Bevölkerung, 63,7% Bergarbeiter:

1922 = 23,1%
1926 = 42,8%
1929 = 41,1%
1932 = 41,6%

in Schwalbach (Kr. Saarlouis): 70,7% kath. Bevölkerung, 65,1% Bergarbeiter:

1922 = 3,8%
1926 = 6,1%
1929 = 4,2%
1932 = 16,4%

in Aussen (Kr. Saarlouis): 99,2% kath. Bevölkerung, 57,2% Bergarbeiter:

1922 = 2,1%
1926 = 23,1%
1929 = 19,7%
1932 = 41,8%

Die oben angedeuteten allgemein-wirtschaftlichen Entwicklungslinien mit Inflation, Rationalisierung und kapitalistischer Zusammenballung hatten neben der Arbeitslosenarmee auch umfangreiche Schichten des Mittelstandes aus dem Wirtschaftsprozeß ausgestoßen. Für diese Menschen versank damit der Traum einer gewissen bescheidenen Bürgerlichkeit in ein Nichts. Die ursprüngliche Trägheit wandelte sich in eine feindliche Haltung gegen den Staat, den sie für ihr Schicksal verantwortlich machten. Die Umstellung vollzog sich in heftiger Form, stärker, als in den Kreisen des Konservatismus, weil der Mittelstand sozusagen über Nacht mittel- und arbeitslos wurde.

Das Gefühl der Ohnmacht bei diesen Schichten hatte, wie jedes Gefühl der Schwäche, Haß erzeugt, der sich weiterhin gegen die Träger des Kapitalismus richtete. Denn der kleine gewerbliche oder händlerische Selbständige kann einer wirtschaftlichen Krise weniger Widerstandskraft entgegenstellen, als der große Konzern. Deshalb litt er hart unter dem Niedergang. Seine Existenz wurde von Tag zu Tag immer mehr bedroht.

Wenn sich im Saargebiet die Auflösung des Mittelstandes ebenso klar abzeichnete, so lag aber dies auch daran, weil viele aus anderen Berufen abgedrängte Elemente ohne Handelserfahrung, ohne kaufmännische Schulung, ohne Kalkulationsvermögen und ohne eigenen Vermögensrückhalt hier ein Unterkommen gefunden hatten. Der anormale Ausdehnungsprozeß der Saarwirtschaft nach dem Jahre 1923 mußte wieder zusammenschrumpfen, um einen normalen Ausgleich zwischen Erzeugung und Verbrauch zu schaffen. Es kann mit Bestimmtheit damit gerechnet werden, daß diese Entwicklung im Saargebiet noch nicht abgeschlossen ist.

Neben den wirtschaftlichen Schwierigkeiten war es aber auch die Minderung seiner Geltung, der Rückgang seines sozialen Gewichtes, die auf die seelische Verfassung des Mittelstandes gedrückt haben.

Entsprechend der starken Stellung des Zentrums und der Linksparteien erzielte die nationalsozialistische Bewegung im Saargebiet bei den seitherigen Wahlen nur geringe Ergebnisse. Diese Feststellung bezieht sich allerdings auf das Jahr 1932, und hat heute sicherlich in keiner Weise noch irgendwelche Geltung. In der Gegenwart würde der Mittelstand nicht mehr allein das Rekrutierungsgebiet der nationalsozialistischen Wähler stellen. Große Teile der Arbeiterschaft sind inzwischen zum Nationalsozialismus vorgestoßen. Inwieweit diese Wandlung der ehrliche Ausdruck der Gesinnung oder der Spekulation ist, läßt sich schwer ermitteln, zumal der Abstimmungstermin über das politische Schicksal des Saargebietes immer näherrückt. Diese Tatsache ist für die politische Haltung der Beamtenschaft von größter Wichtigkeit. Denn 1920 wurde eine große Anzahl Beamte und Angestellte von der Deutschen Regierung zur Dienstleistung ins Saargebiet beurlaubt. Es kann nicht

---

in Lisdorf (Kr. Saarlouis): 98% kath. Bevölkerung, 33,4% Hüttenarbeiter, 19,4% Bergarbeiter:

1922	=	3,1%
1926	=	9 %
1929	=	12,3%
1932	=	24 %

Vgl. im Anhang das Diagramm der kommunistischen Stimmen.

wundernehmen, wenn diese Gruppen schon heute den politischen Anschluß an das Reich vollziehen, abgesehen von der Grundhaltung jedes deutschen Menschen im Saargebiet. Der Einfluß der Kultur, der Sitte, der Sprache, der Lebensgewohnheiten ist stärker als jede Grenze.

Daß natürlich die Jugend den nationalen Aufbruch des Staates mit großer Begeisterung aufgenommen hat, ist selbstverständlich, wenn man weiß, daß sie schon längst Gefühl und Sinn jeder Bürgerlichkeit verloren hatte. Schon einige Jahre lang lehnte sie sich gegen die Lebensformen früherer Generationen auf. Mit der Welt und der Meinung ihrer Väter wußte sie nichts mehr anzufangen. Die Auslöschung aller sozialen Grenzen und Unterschiede und die Zusammenfassung in einer Gemeinschaft ist die Erfüllung jugendlicher Hoffnung geworden.

Von der nationalsozialistischen Entwicklung im Saargebiet kann gesagt werden, daß sie nicht nur von der richtigen Ausdeutung der Wirtschaftsvorgänge abhängig war, sondern, daß sie viel stärker von der politischen Lage getragen ist. Die Ereignisse im Reiche haben das Selbstbewußtsein des Saarvolkes neu gestärkt. Die Anteilnahme des ganzen deutschen Volkes an den hiesigen politischen Vorgängen hat die Anlehnung an das Mutterland noch enger gestaltet als seither. Die Nähe des Abstimmungstermines drängt auch auf seelische Gleichschaltung mit der deutschen Volksgemeinschaft.

Bei den Stadtratswahlen in Saarbrücken im Jahre 1929 hat sich die Partei zum ersten Male an die Wähler gewandt. Sie erhielt damals nur 2,7% aller Stimmen. Erst bei der Landesratswahl im Frühjahr 1932 wandte sich die NSDAP. an alle Wähler des Saargebietes. Sie erzielte nicht nur in bäuerlichen Gegenden, in Grenzbezirken beachtliche Stimmengewinne, sondern auch in Arbeitermittelpunkten. Schon ein halbes Jahr später, im Herbste 1932, konnte sie ihren Stimmenanteil nicht unerheblich erhöhen [25]).

[25]) **Nationalsozialistische Stimmen:**

in Brebach 6 (Kr. Saarbrücken):
Landesratswahl 1932 9,4%
Kreistagswahl 1932 10,7%

in Kleinblittersdorf (Kr. Saarbrücken):
Landesratswahl 1932 6 %
Kreistagswahl 1932 10,8%

in Saarlouis-Stadt:
Landesratswahl 1932 7,9%
Kreistagswahl 1932 8,8%

in Neuforweiler (Kr. Saarlouis): 90% kath. Bevölkerung, 47% Bauern, 22% Bergarbeiter:
Landesratswahl 1932 6,4%
Kreistagswahl 1932 12,3%

in Knorscheidt (Kr. Saarlouis): 100% kath. Bevölkerung, 36,1% Bergarbeiter, 26,9% Bauern, 27,9% Hüttenarbeiter:
Landesratswahl 1932 1,4%
Kreistagswahl 1932 12,7%

in Ottweiler-Stadt (Kr. Ottweiler): 70,5% ev. Bevölkerung, 43,5% Bergarbeiter:
Landesratswahl 1932 13,8%
Kreistagswahl 1932 17 %

Neben diesen Hauptparteien gab es noch eine große Anzahl Splittergruppen, die z. T. örtlich, z. T. standesmäßig bestimmt waren, z. B. die sogenannte Bürgerliche Vereinigung bei den Kreistagswahlen, die Sozialistische Arbeiterpartei, die Kommunistische Opposition und die Liste Fried bei der Landesratswahl 1932. Ähnlich diesen Parteien bestanden bei der Landesratswahl 1922 die Parteien der Kriegsopfer und der Mieterschutzinteressen. Daneben gab es aber auch eine Partei, die die politische Stellung des Saargebietes über das Jahr 1935 hinaus verkündete. Sie trat bei der Kreistagswahl 1920 unter dem Namen „Vereinigte Bauern- und Bürgerpartei" (Spitzenkandidat der französische Staatsangehörige Urban Favier aus Wallerfangen) auf, nannte sich bei der Landesratswahl 1924 „Saarländische Arbeitsgemeinschaft" und änderte ihren Namen bei der Kreistagswahl 1932 in „Arbeiter- und Bauernpartei" um. Ihre Wählerstimmen waren bei allen Wahlen sehr gering. Sie scheidet deshalb für unsere Untersuchungen aus.

---

in Dörrenbach (Kr. St. Wendel): 98,2% ev. Bevölkerung, 34,8% Bauern, 44,1% Bergarbeiter:

Landesratswahl 1932	37,9%
Kreistagswahl 1932	47,7%

in Böckweiler (Kr. Homburg): 91,5% ev. Bevölkerung, 81% Bauern:

Landesratswahl 1932	80,1%
Kreistagswahl 1932	48,3%

in Ensheim (Kr. St. Ingbert): 96,2% kath. Bevölkerung, 51,1% Heimarbeiter, 22% Bauern:

Landesratswahl 1932	5,4%
Kreistagswahl 1932	9,3%

Der saarländische Gauleiter sprach am 20. 7. 1933 in einem Telegramm an den Reichskanzler von 100 000 Parteimitgliedern.

Die Dynamik der politischen Entwicklung im Saargebiet seit 1919.

Obgleich die saarländische Wählerschaft in ihrem Sozialaufbau eine gewisse Einheitlichkeit aufweist, ist die saarländische Parteientwicklung nicht geradlinig.

Wenn wir die Wahlergebnisse seit 1919 ausdeuten, so begegnen wir drei Erscheinungen innerhalb der Parteirichtung und ihres Umfanges. Es fällt auf:

1. Die Labilität aller Einzelparteien einschließlich des Zentrums.
2. Die Abwanderung von der SPD. zur KPD.
3. Die rasche Liquidierung des Liberalismus.

Diese Erscheinungsformen sind nicht nur zeitbedingt durch eine veränderte Soziallage, sie sind vielmehr grundlegende Entwicklungslinien einer revolutionären Epoche.

Rein äußerlich gesehen weisen die Diagramme sämtlicher Parteien bei allen Wahlen seit 1919 eine gleichartige Bewegung auf, die bei den Kreistagswahlen regelmäßig eine Stimmenabnahme aufzeigte[1]). Das rührte u. a. daher, daß das politische Interesse für diese Körperschaften weit schwächer zum Ausdruck kam, als bei den Wahlen zum saarländischen Parlament, dem Landesrat. Aber auch dabei war festzustellen, daß mit Ausnahme der Wahl zur deutschen Nationalversammlung, die Wahlbeteiligungsziffer nicht mehr die Höhe von 90 v. H. erreicht hat. Sie schwankte dauernd zwischen 65 und 75%, was andererseits auch auf die mangelhafte Ausdrucksmöglichkeit des Volkswillens in den saarländischen Vertretungen zurückzuführen ist. Aber immerhin können die Wahlen für das politische Bekenntnis einen Maßstab abgeben, wenn auch die direkte Mitwirkung der gewählten Vertreter infolge der besonderen politischen Lage des Saargebietes auf ein Mindestmaß beschränkt war. Aus der lokalen Bedeutung der Kreistagswahlen verstehen wir die auffallenden Schwankungen, die alle saarländischen Parteien betroffen haben. Bei den Landesratswahlen stieg nicht nur die relative Teilnahme der Wähler an dem Wahlakt, sondern es zeigte sich erst das parteipolitische Gesicht der saarländischen Wählerschaft. Die Wahlen zu den Kreistagen verlieren aber außerdem noch den Anspruch, als Wahlen im politischen Sinne zu gelten, weil meistens eine größere Wahlzersplitte-

---

[1]) Vgl. das Diagramm über die Wahlberechtigten nach der Abstimmung im Anhang.

rung stattfand und der Wahlkampf häufig von persönlichen Interessenkonflikten diktiert war [2]).

Überhaupt stellen wir fest, daß die größten Zuckungen innerhalb der saarländischen Parteien in den Kreisen sichtbar werden, die an der Peripherie des Saargebietes liegen und deren Restkreise im Reiche weiterbestehen. Es sind dies vornehmlich die Kreise Merzig, St. Wendel und St. Ingbert. Man versteht diese Wandelbarkeit innerhalb der politischen Entscheidung, wenn man die Einflüsse berücksichtigt, denen die Wählerschaft aus den Restkreisen ausgesetzt war. Dabei läßt sich aufzeigen, daß die politischen Ereignisse in Deutschland ungefähr 2 Jahre denen im Saargebiet vorausgegangen sind. Auffällig ist die Beobachtung, daß der östliche Kreis Homburg eine andersartige Entwicklung aufweist, wie die zentralen Kreise, trotzdem auch er ein Restkreis ist. Er unterliegt auch nicht den Schwankungen, wie sie in den Kreisen Merzig, St. Wendel und St. Ingbert vorkommen. Zwar zeigte sich auch hier eine Zersplitterung der Stimmen. Aber die Zentrumspartei bewegte sich in mehr gradliniger Richtung. Das rührte u. a. daher, daß der Kreis Homburg in seiner beruflichen Gliederung gleichmäßiger ist, weil die konservative Bergarbeiterschicht einen größeren Bevölkerungsanteil darstellt, als in den übrigen Gebieten.

Überhaupt scheinen Schwankungen politischer Gesinnungen ein Merkmal der Grenzlandschaften zu sein, in denen die Bergarbeiterschaft gegenüber anderen Berufsgruppen eine Minderheit darstellt. Im Kreis Homburg hat an der Stetigkeit der politischen Haltung auch das wirtschaftlich gesicherte Kleinbauerntum einen gewissen Anteil, das sich aus den günstigen Naturbedingungen in einer gleichmäßigen Aufwärtsentwicklung befand [3]).

---

[2]) Bei der Kreistagswahl 1932 ereignete sich im Kreise Merzig das Kuriosum, daß allein 5 Zentrumswahlvorschläge eingereicht worden sind. Neben den allgemein politischen Parteien wurden noch Stimmen für folgende Wahlvorschläge abgegeben:

Nationaler Block, Arbeitervereinigung, Freie katholische Vereinigung, Liste Haustadtertal, Freie bürgerliche Vereinigung Merzig, Eisenbahner und Postbedienstete Mettlach.

Die ungleichmäßige Sozialstruktur dieses Kreises:

Bauern 15,6%, Bergarbeiter 15,1%, Hüttenarbeiter 31,6%, Tagelöhner 19%, Kaufleute 6,2%, Handwerker 7,2%, Angestellte 2,6%, Beamten 2,7%, sowie seine Grenzlage, haben bei allen Wahlen nicht nur die größte Parteizersplitterung aufgezeigt, sondern auch die traditionellen Parteien selbst unterlagen bedeutenden Schwankungen. So veränderte sich allein das Stimmenergebnis der Zentrumspartei (von der Gesamtbevölkerung des Kreises gehören 96,5% dem Katholizismus an) bei den einzelnen Wahlen, daß das Zentrum bei der Wahl zur preußischen Landesversammlung 1919 noch 72,8% aller Gesamtstimmen erzielte, um bei der kommenden Kreistagswahl 1920 auf 53,2% herabzusinken. Es stieg bei der Landesratswahl 1922 wiederum auf 66,8% und fiel bei der Kreistagswahl 1923 auf 51%. Bei der Kreistagswahl 1926 konnte das Zentrum nur 39,8% Wähler an die Urne bringen. Anläßlich der Landesratswahl im Frühjahr 1932 erzielte es wieder 58,7%, verminderte aber seinen Einfluß im gleichen Jahre bei der Kreistagswahl auf 45,4%.

[3]) Vgl. Cahn, Ernst: Motive des politischen Wesens und die maßge-

Wir haben festgestellt, daß in allen Kreisen bei allen Parteien die Wahlbeteiligung bei den Kreistagswahlen zurückging, um bei der Landesratswahl wieder anzusteigen. Diese Zickzack-Linie wird unterbrochen anläßlich der Landesratswahl 1922. Damals hatten alle Parteien, als Protest gegen den geringen Einfluß des Parlaments auf die Regierungsgewalt, Wahlenthaltung beschlossen. Diesen Beschlüssen leisteten auch die meisten Wähler, mit Ausnahme der des Zentrums, Folge. Wir konnten daher bei dieser Wahl beobachten, daß alle Parteien bedeutend abgenommen haben, ja, daß die Wahlbeteiligung damals für das ganze Saargebiet nur 54,5% betrug. Den Arbeiterwählern kam diese Losung vielleicht ganz gelegen, weil damals in der Zeit wirtschaftlicher Abnormitäten das politische Interesse zudem schon außerordentlich schwach gewesen war.

Die oben festgestellte Neigung der Grenzlandbevölkerung zu möglichst vielen Splitterungen, bewirkt auch die auffällige Erscheinung, daß alte politische Parteien nur in gewissen Wahlperioden wiederzukehren pflegen.

So tritt bei den Kreistagswahlen im Kreis St. Wendel jeweils eine Liste der Bürgerlichen Vereinigung an die Öffentlichkeit, die die Stimmen der liberalen Parteien aufsaugt. Ebenso bestand im Kreise Ottweiler ein Wahlvorschlag der Deutschnationalen Volkspartei nur im Jahre 1919, um dann bis zum Jahre 1924 zu ruhen. Die saarländische Wirtschaftspartei hat im Kreise Homburg bei der Landesratswahl 1922 zum ersten Male Kandidaten aufgestellt. Dann erschien sie erst wieder im Jahre 1924. In den gleichen Zusammenhang gehört auch das Verhalten der Kommunisten. Sie kandidierten zwar zur Kreistagswahl 1920, reichten aber in den folgenden Jahren nur zu den Landesratswahlen einen Wahlvorschlag ein. Erst seit der Kreistagswahl 1929 erscheinen sie wieder regelmäßig.

Auch der Kreis St. Ingbert kennt eine Reihe Parteien, die nur gelegentlich auftraten. So die Wirtschaftspartei in den Wahlen von 1922 und 1924, von da ab regelmäßig. Die Deutschnationale Volkspartei kandidierte zum ersten Male 1924, dann 1928 und zuletzt zum Landesrat 1932. Die Deutsche Demokratische Partei hielt sich in diesem Kreis von 1919 bis 1923, dann wandte sie sich 1928 nochmals an die Wähler, um 1932 von der Aussichtslosigkeit ihres Versuches überzeugt zu sein, denn sie erhielt bei dieser letzten Landesratswahl nur noch 0,2% der Stimmen. Splittergruppen gab es hier auch bei den Landesratswahlen. So 1922, 1924 und 1932.

Im Kreise St. Wendel liegen die Verhältnisse ähnlich. Auch dort kandidierte die Deutschnationale Volkspartei 1919, 1924 und 1932. Die 1926 neu gegründete Christlich-soziale Partei trat hier nur 1928 und 1932 auf. Selbst die Kommunisten und die Deutsch-saarländische Volkspartei waren nicht bei allen Wahlen vertreten Die KPD. bemühte sich um die Wähler 1922 bis 1924, dann ruhte sie bis 1928. Die Deutsch-saarländische Volkspartei kandidierte 1920 bis 1922, 1924 bis 1928 und dann zuletzt bei

---

benden Gesichtspunkte für die Haltung der politischen Parteien in prinzipiellen Fragen, in: Patria Jahrbuch der Hilfe, herausgegeben von Dr. Fr. Naumann, Berlin, 1907, S. 1 ff.

der Landesratswahl 1932. In diesem Wahlkreis haben die Splitterparteien ihr Unwesen getrieben. Sie stiegen bei der Landesratswahl 1924 von 4,2% bis zur Kreistagswahl 1926 auf 27,3% und von der Kreistagswahl 1929 von 11,1% bis zur Kreistagswahl 1932 auf 14%.

Die äußeren Wahlkreise des Saargebietes gaben somit ein deutliches Bild von der mangelhaften politischen Verläßlichkeit der Wählerschaft. Je größer die Entfernung der Menschen von autoritativen Mittelpunkten ist, desto geringer erscheint offenbar die Solidarität und die Verpflichtung zur Gemeinschaft. Der Wähler in diesen Landschaften läßt sich eben nicht von einheitlichen Gesichtspunkten leiten. Die Interessen werden meistens mehr gefühlsmäßig erfaßt, aber weniger wirklich geglaubt.

Trotzdem diese peripheren Kreise in ihrer Konfession fast ausschließlich katholisch sind (Kreis St. Wendel 84,7% Katholiken, Kreis Merzig 96,5%, Kreis St. Ingbert 87,3% Katholiken) und die Geistlichkeit in enger Beziehung zur Bevölkerung steht, weisen sie diese auffällige Wandelbarkeit auf.

Die Labilität der saarländischen Parteien hing u. E. wesentlich von dem Schicksal des Einzelwählers ab. Die jeweilige Gesamtwirtschaftslage bedingte eine fortwährende Änderung der Beschäftigungsmöglichkeit und damit des Einkommens. Die wirtschaftliche Marktlage warf ihre Schatten bis auf den Tisch des Arbeiters. Die Einkommensschwankungen hingen nicht nur vom Beschäftigungsgrad ab. Wenn nämlich die Höhe des Lohnes bestimmt wird von dem Druck, den die Gesamtzahl der verfügbaren Arbeitskräfte auf die in Arbeit Stehenden ausübt, so muß durch Abgleiten der Konjunktur die Arbeitslosigkeit auch das Einkommen der Beschäftigten senken. Der Arbeiter, und um den handelt es sich in erster Linie im Saargebiet, ist auf seinen Lohn angewiesen, und deshalb hängt seine Lebenshaltung von der Höhe des erzielten Warenpreises ab.

Daraus ergeben sich eine Reihe von Vermutungen, die für die ökonomisch-soziale Lage des Arbeiters und damit für seine politische Entscheidung nicht ohne Einfluß gewesen sind. Wenn nämlich die wirtschaftliche Situation des Arbeiters allein von seinem jeweiligen Einkommen abhängt, so läßt sich aus der ständigen Veränderung des Lohnes mit einem gewissen Recht auf die Unstetigkeit seiner Gesamtlebensführung schließen. Das gilt nicht nur für die räumliche Standortverschiebung des Arbeiters, es bestehen zumindest ebenso enge Beziehungen zum sozialen Absinken aus der Arbeitsarmee in die Sphäre des Pauperismus. Daraus ergeben sich weitgehende Einflüsse für sein politisches Verhalten. Diese sozial-bedingten Erscheinungen haben aber einen noch größeren Wirkungsumfang: es besteht zweifellos ein enger Zusammenhang zwischen allgemeiner Wirtschaftslage und Bevölkerungsbewegung, die sich auf Eheschließungen, Geburten[4]) und Sterbefälle erstreckt.

---

[4]) Während noch 1912 die Durchschnittsziffer der Familienangehörigen 5,2 Köpfe betrug, und eine Arbeiterfamilie 6 bis 7 Kinder hatte, sind diese Zahlen in den letzten Jahren bedeutend zurückgegangen.

Außerdem kann der Einfluß des Wirtschaftskreislaufs auf die sittlichen Zustände der Gesellschaft nicht geleugnet werden.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung wird von den Schwankungen der Wirtschaft wesentlich weniger betroffen. Daher rührt auch die gewisse politische Stetigkeit in den landwirtschaftlichen Gebieten mit günstigen Naturbedingungen, wie z. B. im Bliestal. Da in diesen Gegenden die Abwanderung in die Industriezentren wesentlich beendet ist, steht die Landwirtschaft in keiner direkten Beziehung zur industriellen Konjunktur.

Ebenso ist auch die Einwirkung der Wirtschaftsschwankungen bei den Festangestellten nicht so unmittelbar, da ihre Gehälter eine absolute Elastizität vermissen lassen.

Diese Erscheinungen, die gerade in den letzten Jahren im Saargebiet aufgetreten sind, decken für die radikale Entwicklung der Arbeiterschaft manche Ursachen auf. So hängt nicht nur das Schicksal der Arbeiterschaft mit dem Konjunkturverlauf aufs engste zusammen, auch bis in die intimsten Lebensbedingungen des einzelnen Haushaltes wirkt sich die wirtschaftliche Gesamtsituation aus. Andererseits dürfte unbestritten sein, daß das persönliche Schicksal und das wirtschaftliche Gleichgewicht der Familie bestimmte Kausalfaktoren für die politische Atmosphäre sind. Wenn im Saargebiet die Radikalisierung der Arbeiter erst in den letzten Jahren sich vollzogen hat, im Gegensatz zu den Verhältnissen im Reiche, so war dies sicherlich der Ausdruck der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Einzelschicksals. Es handelte sich hier nicht nur um die Aufrechterhaltung des Existenzminimums, der einfachsten Lebensbedin-

---

Siehe die amtlichen Angaben der Bürgermeisterei Brebach, wonach 31,9% aller Ehen überhaupt keine Kinder mehr aufweisen.

Bürgermeisteramt Brebach.

Anzahl der Lohnempfänger:

ledig	4 980	=	47,184%
verheiratet	5 575	=	52,816%
insges.	10 555		

Von den Verheirateten haben Kinder:

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1784	1596	1128	599	289	108	54	11	5	1
			% Verhältnis:						
31.9	28.6	20.2	10.7	5.2	1.9	0.9	0.2	0.09	0.01

Es entfallen: Auf jeden verheirateten Lohnsteuerpflichtigen:

2,4 Angehörige
1,38 Kinder,

Auf jeden Lohnsteuerpflichtigen:

1,26 Angehörige
0,72 Kinder.

gungen, sondern, was viel einflußreicher auf das seelische Gleichgewicht des Menschen drückte, um den ausgeglichenen Verlauf des Familienlebens. Denn es ist erwiesen, daß die wirtschafts-dynamischen Momente auf Massenhandlungen wie Eheschließung, Fortpflanzung und Alkoholgenuß einen immer stärkeren Einfluß gewinnen. Die ehemals traditionalen und religiösen Bindungen, die für diese Handlungen der Menschen mitbestimmend waren, fallen immer mehr dem seelischen Rationalisierungsprozeß zum Opfer.

Das Herrschaftssystem des Kapitalismus wurde durch den Krieg in viel stärkerem Maße zerschlagen, als es nach äußeren Merkmalen den Anschein hatte. Vor allem mußte seine wichtige Grundlage, die kapitalistische Expansion, bedeutende Einbuße erleiden. Dadurch rückte für einen weiten Bevölkerungskreis, insbesondere auch für den Mittelstand die Verarmungsgefahr näher. An Stelle der Erweiterung der Produktion sind die Verteilungsfragen wieder in den Vordergrund getreten. Durch diese Umlagerung wirtschaftlicher Tatsachenbestände, wurde insbesondere die Existenz der Arbeiterschaft bedroht. Das Bürgertum empfand ebenso stark die Verschärfung seiner wirtschaftlichen Lage, insbesondere durch die steuerliche Belastung. Sein Haß wandte sich gegen den Staat mit seiner kostspieligen Sozialpolitik und gegen die neue Machtstellung der Arbeiterschaft selbst. Dadurch wurde zwar die Kampfstimmung gegen die Wirtschaftsordnung verschoben, weil Bevölkerungskreise verschiedener sozialer Herkunft sich gegen die bestehende Ordnung auflehnten. Hinzu kam eine ausgesprochen politische Tatsache, daß nämlich das Machtbewußtsein in Schichten lebendig wurde, die früher selten eine politische Aktivität gezeigt hatten. In Deutschland ist dieser Vorgang seit 1930 besonders bemerkbar. Sicherlich hat die Unterbrechung der Entwicklung durch den Krieg und der Übergang zur demokratischen Staatsform den politischen Aktivismus genährt. Unterbrechung der Kontinuität bedeutet schon an und für sich einen gewissen Verzicht auf traditionelle Bindung. Solange eine Aufwärtsentwicklung auch in veränderter Form gesichert ist, reagiert das Bürgertum auf die Gestaltung der Umwelt wenig. Allein da die wirtschaftlichen Schwierigkeiten alle Bevölkerungskreise erfaßt haben, verbreiterte sich gleichzeitig die Reaktionsbasis. Selbst die Bauern, deren geistiger Konservatismus einst sprichwörtlich war, lehnten sich gegen die politische Führung auf. Als zwingende Folge entstand der Zustand, daß sie wie andere Schichten sich einer neuen Autorität unterordneten und sich deren Führung völlig unterwarfen. In ähnlicher Lage befanden sich auch große Teile der jungen Arbeiterschaft, die zu neuem Machtbewußtsein und Machtwillen erwachten. Bis zu den letzten Wahlen im Herbst 1932 hat sich diese Entwicklung in zwei Richtungen geäußert: einmal in dem Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung innerhalb eines halben Jahres, zum anderen in dem Wechsel der SPD.-Wähler zur KPD. Die Radikalisierung ist zweifellos durch die einsetzende Wirtschaftsdepression im Saargebiet begünstigt worden. Die Arbeitslosigkeit stieg rasch. Während es 1930 noch 12 226 Erwerbslose waren, wuchs diese Zahl im folgenden Jahre auf 29 266 und 1932 auf 41 311. Dabei wurden gerade

die Gruppen betroffen, die dem Radikalismus am ehesten zugänglich sind [5]).

Die besonders schwierige Lage der Saarwirtschaft wirkte sich zuerst in einer Lohnsenkung aus, die durch zahlreiche Feierschichten die Lebenshaltung der saarländischen Arbeiterschaft eingeengt hat. Die im Jahre 1930 gleich den Verhältnissen im Reiche versuchte Preissenkung blieb in der Diskussion stecken, weil die kapitalistischen Machtfunktionen im Saargebiet stärker waren, als der Wille der breiten Käuferschichten. Schon 1930 schrieb die „Frankfurter Zeitung" in zuverlässiger Beurteilung der Situation: „Von dieser Art der Preissenkung scheint im Saargebiet aus verschiedenen Gründen nicht viel erwartet zu werden [6]).

Weil auf diese Weise das Kaufkraftvolumen der breiten Masse, infolge der sich wiedersprechenden Lohn- und Preisbewegungen den stark ausgebauten Einzelhandel nicht mehr ausfüllte, setzte auch in der Sozialschicht des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes eine Kette von Vergleichsverfahren ein [7]). Es erweist sich damit die Richtig-

[5]) Arbeitslose im Saargebiet:

Berufsgruppe	16. 8. 1933	2.12. 1931	2.12. 1930
Bergarbeiter	5520	1937	304
Bau-u. Bauindustr. Arb.	10513	10836	5898
Eisenindustrie Arb.	496	5209	2125
Fabrikarbeiter	1524	1721	230
Nahrungs-u. Getränkearb.	6881	421	216
Handwerksmäßige Ber.	2542	2487	934
Angestellte	2194	1482	691
Verschiedene Berufe	7156	5173	1828
	36826	29266	12226

Jahr	Beschäftigte Arbeiter und Angestellte	Zahl d. Arbeitslosen	Arbeitslose auf 100 Besch.	Hauptunterstützungs-Empfänger	auf 100 Arbl.	Unterstützungsaufwand
1925	199825	1933	1.02	729	38 %	1005463
1926	198943	2393	1.21	1317	57 %	2773971
1927	199109	2976	1.50	2188	70 %	5346751
1928	190527	3871	2.04	3076	80 %	10086808
1929	184431	6592	3.53	5410	82 %	20534129
1930	177387	9286	5.20	8300	90 %	25128123
1931	159831	20986	13.25	18547	88 %	68000226
Dez. 1931	142112	35045	24.50	28966	82 %	8900426

[6]) Vgl. „Frankfurter Zeitung" vom 17. Dezember 1930.
[7]) Vgl. Saarwirtschafts-Statistik Heft 6, 1932.

Konkurse und Vergleichsverfahren im Saargebiet:

Jahr	Anzahl
1925	74
1926	107
1927	92
1928	112
1929	116
1930	100
1931	98
1932	118

keit des Satzes, daß die gesamte Wirtschaft des Saargebietes auf die Kauffreudigkeit der Arbeiterschaft zurückzuführen ist. Sobald deren Reallohn die Schwelle des Existenzminimums unterschreitet, überträgt sich die Krise in die übrigen Schichten.

Den äußeren Anstoß zur Erschütterung auf dem Einzelhandelsmarkte gab der 1929 erfolgte Kreditabbau der Bank für Saar- und Rheinland. Die eigentliche Ursache war jedoch eher die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den großen und mittleren Kaufhäusern im Wirtschaftszentrum Saarbrücken. Der groß aufgezogene Verkaufsapparat mit einer übertonten Quantität der Auswahl und der Reklame, verschaffte den Großunternehmen einen immer weiteren Vorsprung gegenüber den Fachgeschäften. Auch die beträchtlichen Aufwendungen der mittleren Kaufhäuser und Spezialgeschäfte für Modernisierungsarbeiten und Betriebsorganisationen haben das Mißverhältnis zwischen Kapitalumschlag und fixen Kosten bis an die Höchstgrenze gesteigert.

Umsatzschrumpfungen durch eine verminderte Kaufkraft begannen die finanziellen Schwierigkeiten noch mehr zu erhöhen.

Der Ausdruck der Konjunktur erfolgte in dieser Zeit aber auch von der Geldseite her. Auf dem Baumarkte äußerten sich zuerst die kapitalmäßigen Verengungen. Die bisher aus deutschen Quellen fließenden Bauzuschüsse stockten und hemmten damit die Bautätigkeit. Das wirkte sich in erster Linie in der Freisetzung der dem Radikalismus verfallenen Bauarbeiter aus. Die Saarbrücker Hypothekenbank versuchte zwar den kapitalmäßigen Ausfall durch französische Kredite auszugleichen. Jedoch waren diese Versuche im Hinblick auf die politische Lage des Saargebietes nur von einem schwachen Erfolg begleitet. Die Kreditschwierigkeiten im Saargebiet wurden augenscheinlich durch den Zusammenbruch der Bank Gebr. Haldy, der gerade mit der Periode der deutschen Bankinsolvenzen zusammenfiel und daher die Vertrauensbasis des deutsch-saarländischen Kapitalmarktes stark erschütterte. Das intensive Mißtrauen zu den saarländischen Bankinstituten steigerte sich zu einer Massenpsychose. Ihr unterlag auch die saarländische Privatbank Grohé-Henrich, die durch den Run des Publikums illiquid wurde und ihre Schalter schließen mußte. Die Kraft des Gläubigeransturms zehrte so tief an der Geschäftssubstanz, daß eine Verschmelzung dieser Privatbank mit der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft erfolgen mußte.

Es war nicht verwunderlich, daß der Zusammenbruch zweier alt ansässigen Bankinstitute eine Reihe von Schuldnern in Mitleidenschaft gezogen hatte, zumal die Vertrauenskrise bei sämtlichen Banken die Neigung zur Kreditabgabe eindämmte. Verschiedentlich erfolgten Kreditkündigungen, um allen Krisensymptomen begegnen zu können. Diese Kapitalverengungen trafen fast ausschließlich die mittleren und kleineren gewerbetreibenden Kaufleute und Handwerker. Leider war es nicht möglich, die Schwierigkeiten durch eine zentrale Aktion zu beheben, weil der ungeheure Geldbedarf der saarländischen Kreise und Gemeinden daran hinderte. Die mißliche Lage des saarländischen Kapitalmarktes wurde etwas behoben durch die 40 Millionen-Anleihe der Straßen-

bahnen im Saartal. Zum ersten Male wurde französisches Anleihekapital zur Deckung des saarländischen Kreditbedarfes herangezogen. Denn seither stand der französische Anleihemarkt vor allem aus politischen Gründen dem saarländischen Kreditbegehren ablehnend gegenüber. Das war der erste, aber auch der letzte Kapitalstrom, der von Frankreich offiziell in das Saargebiet geflossen ist.

Wenn auch die saarländische Großindustrie von den Erschütterungen des Geldmarktes kaum berührt wurde, so hatte der Rationalisierungsprozeß Mittel beansprucht, die über die Grenzen der natürlichen Kapitalbildung hinausgegangen sind. Deshalb mußten besonders die Hüttenwerke zu Zwangsmaßnahmen schreiten, um die normale Aufrechterhaltung ihrer Betriebe sicher zu stellen. Die Burbacher Hütte griff auf Anleihemittel des Konzerns zurück. Das Röchlingsche Werk hat seinen Kapitalbestand durch Verkauf der Maxhütte wieder aufgefüllt. Neunkirchen beanspruchte einen Kredit von seinen Teilhabergruppen. Die Dillinger Hütte verzichtete auf Ausbau und Modernisierung der Betriebsanlagen [8]).

Wenn auf den Saargruben die wirtschaftlichen, insbesondere die geldlichen Schwierigkeiten nicht in der Weise zum Ausdruck kamen, wie dies in den übrigen Industriezweigen sichtbar wurde [9]), so liegt das in der Preis- und Absatzpolitik der französischen Bergverwaltung begründet. Einmal stellte die Erhöhung der Kohlenpreise (im Jahre 1929 am 1. Jan., 1. Juni und 16. Nov.) die Ertragsfähigkeit der Gruben sicher, zum anderen entschloß sich Frankreich zu einer erhöhten Aufnahme von Saarkohle. Schon seit dem Jahre 1926 fiel die Ausfuhr der Saarkohle nach dem Reiche, nach Italien und Österreich. Deshalb mußte Frank-

---

[8]) Vgl. „Saarbrücker Zeitung" vom 21. Aug. 1928, 15. Nov. 1928.

[9]) Vgl. Saarwirtschaftsstatistik Heft 6, Saarbrücken 1932.

Jahres-ende	Reserve-bildung Frs.	Ausgesch. Gewinn Frs.	Gesamt-Uebersch. Frs.	Kurs d. Goldmark Frs.	Reingewinn in Goldmark
1920	72049246	---	72049246	3.88	18569393
1921	50895812	20000000	70895812	2.98	23790541
1922	39919364	60000000	99919364	3.44	29046327
1923	14880688	50000000	35119312	4.43	7927610
1924	95977777	34543561	130521338	4.43	29463056
1925	48168875	10059541	58228416	6.34	9184293
1926	39444228	112580229	152024457	6.03	25211353
1927	2767285	23693909	26461194	6.06	4366533
1928	13337471	---	13337471	6.08	2193662
1920-28	321004428	310877240	631881668		145365444

Weitere Zahlen hat die Bergwerksdirektion nicht mehr veröffentlicht.

reich seinen Bezug erweitern. Welche Veränderungen im Absatz der Saarkohle eingetreten sind, verdeutlicht die nachstehende Tabelle[10]):

Absatzländer	1913 t	1928 t	1929 t
Saargebiet	4225586	4641357	4634321
Uebr.Deutschl.	4717974	1285484	1140332
Deutschl.m.Saargeb.	8943560	5926841	5774653
Frankreich von 1914	1045163	3305186	3529701
Elsass-Lothringen	1625402	1167440	1445636
Frank.m.Elsass-Lothr.	2670365	4472626	4975337
Schweiz	793740	412396	467289
Belgien-Luxemburg	141133	299073	277612
Oesterreich-Ungarn	22690	144028	61591
Italien	183070	526575	346028
Andere Länder	---	4849	179
Insgesamt	12754758	11786388	11902689

Wir haben den Konjunkturverlauf der Saarwirtschaft deshalb ausführlich betrachtet, um die andersgeartete Grundlage der Hüttenindustrie gegenüber dem Bergbau zu unterscheiden. Zusammenfassend können wir eine größere Krisenfestigkeit im Bergbau feststellen, während die Hüttenwerke den Konjunkturschwankungen weit mehr ausgesetzt waren. Daraus ergibt sich, daß die Lohn- und Sozialpolitik, ebenso die Bindung des Arbeitsverhältnisses für den Bergarbeiter günstigere Bedingungen aufweisen, als für den Hüttenarbeiter. Deshalb haben die Wellen des Konjunkturverlaufes den Hüttenarbeiter stärker getroffen, als die Bergarbeiter.

Nach unserer oben angeführten Auffassung über die Zusammenhänge von wirtschaftlicher Sicherheit und politischer Entscheidung, müßten demnach die Hüttenarbeiter eher der Radikalisierung verfallen, als die Bergarbeiter. Gewiß spielen auch die Herkunft, die Verwurzelung mit dem Boden der Landschaft, und das konfessionelle Bekenntnis eine Rolle. Aber alle diese Voraussetzungen sind bei beiden Arbeitergruppen in gleicher Weise anzutreffen. Wenn wir deshalb im Folgenden nachzuweisen in der Lage sind, daß gerade in den Orten mit überwiegender Hüttenarbeiterschaft die radikale Partei der Kommunisten in den letzten Jahren an Stimmen zunahm, während im gleichen Verhältnis die Sozialdemokraten zurückgegangen sind und andererseits dieser Umschichtungsvorgang in Orten mit überwiegend Bergarbeitern gar nicht oder weit geringer festzustellen ist, dann dürften unsere Beobachtungen eindeutig bestätigt sein.

Bei der Untersuchung kann natürlich das Wahlergebnis der einzelnen Kreise kein eindeutiges Bild ergeben, weil es sich aus einzelnen Ergebnissen von Gemeinden und Bürgermeistereien zusammensetzt. Es ist vielmehr notwendig, auf die kleinsten Einheiten von Gemeinden und Wahlbezirken zurückzugreifen, um die Zuverlässigkeit des Verfahrens zu gewährleisten[11]).

[10]) Vgl. „Saarbrücker Zeitung" vom 31. Febr. 1930.

[11]) Vgl. Geiger, Theodor: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932, S. 18.

Orte	Berg-arb.	Hütt-ena.	1920 KPD	1920 SPD	1924 KPD	1924 SPD	1928 KPD	1928 SPD	1932 KPD	1932 SPD
Merzig	6.4	25.1	---	24.6	20.8	3	2.9	23.1	15.6	9.8
Jägersburg	22.6	35.6	4.4	17.4	2.8	30.7	16.4	15.7	19	11
Völklingen	19	34.2	11.5	31.9	21.2	18	22.3	15	22.3	9.8
Bous	8.8	50	6	35.3	25.1	11	19.2	6.1	30.7	3.3
Hostenbach	27.2	64.4	15.8	10.2	42.3	4.6	31	4.7	34.7	3.7
Lisdorf	19.4	33.4	3.1	29.8	27	15.4	15.8	14.7	24	5.6
Kleinblittersdorf	13.4	18.8	1.9	58.1	12.7	33.5	8.8	24.5	19.6	16.6
Auersmacher	1.8	21.9	---	26.2	8.4	36.5	6.9	36.2	15.1	22.4
Reinheim	5.3	80.6	---	25.7	2.6	14.3	4.3	12.1	7.4	1.1
Homburg	1.5	35.1	1.1	18.5	3.8	19.5	4.1	30.3	11.4	12.8

Stimmenverteilung in %.

Wir stellen also fest: Die Bergarbeiterschaft ist im allgemeinen, abgesehen von ungefähr drei Ausnahmen im Saargebiet [12]), ihrer politischen Parteibindung treu geblieben; d. h., die ursprünglichen Parteien haben nicht in dem Grade abgenommen, als die Radikalen zugenommen haben. Der Rückgang der Sozialdemokraten ist zwar allgemein, aber vielfach haben sich die abgesprungenen Wähler Splitterparteien angeschlossen oder gingen zum Zentrum über. Die ausgesprochene Radikalisierung läßt sich nur in jenen Arbeiterdörfern beobachten, bei denen die Hüttenwerke die Mehrzahl der Beschäftigten stellen.

[12]) Es sind dies die Arbeitergemeinden von Elversberg, Ludweiler und Dudweiler, in denen trotz der Mehrheit der Bergarbeiterschaft die Kommunisten eine auffallende Stabilität bewahrt haben.

Elversberg. Bevölkerungsgliederung:

katholisch	59,2%
evangelisch	39,9%
Diss.	0,9%

Soziale Gliederung:

Bergarbeiter	70,5%
Hüttenarbeiter	2,5%
Kaufleute	8,4%
Handwerker	5,5%
Angestellte	8,3%
Beamte	4,6%
Bauern	0,9%

Ludweiler. Bevölkerungsgliederung:

katholisch	43,4%
evangelisch	53,3%
Diss.	1,5%
Andersgläubige	1,8%

Soziale Gliederung:

Bergarbeiter	61,8%
Hüttenarbeiter	6,8%
Kaufleute	3,6%
Handwerker	4 %
Angestellte	1,7%
Beamte	1,3%
Bauarbeiter	17,6%
Bauern	1,2%

Orte	Bergarb.	Hüttena.	1920 KPD	1920 SPD	1924 KPD	1924 SPD	1928 KPD	1928 SPD	1932 KPD	1932 SPD
Eiweiler	62.9	6.4	7.1	13.6	1.2	14.2	2.7	4.2	7.5	2.2
Großrosseln	64.4	1.1	43	---	25.8	0.1	33.7	1.1	30.1	0.7[13]
Nassweiler	58.8	25.3+	59.4	1.8	10.3	0.7	18	2.3	20	5.6
Püttlingen	72.2	11.8	7.4	39.3	6.5	25.8	15.1	8.9	16	13.2
Quierschied	53.9	2	0.8	25.7	2.2	14.6	8.5	10.1	12.2	12.2
Sulzbach	47.8	13.3	---	18.9	14.8	19.5	14.3	26.3	16.1	22
Schwalbach	65.1	9.4	7.4	30.7	3.7	40	7.7	30.5	16.4	25.3
Ottweiler	43.5	13.6	---	16.6	18.8	28.6	28	23.3	22.3	21.1
Talexweiler	58.2	8.6	---	6.9	8.9	---	6.6	1.6	7.5	0.9
Habach	82.9	3.4	---	1.2	1.2	3.1	7.4	4.9	9.6	1.8
Illingen	63.4	1.3	2.6	27.7	1.9	17.3	8.1	6.9	8.1	16.4
Hirzweiler	70.9	0.8	---	17.4	0.7	26.6	1	30.8	3.7	20.8
Dörrenbach	44.1	1.1	---	26	2	39.4	6.1	33.8	1.9	37.4
Urexweiler	80.8	1.7	---	33.8	2.5	2.5	8.6	10.5	2	20.8

+ = Bauarb.

Stimmenverteilung in %.

Dudweiler. Bevölkerungsgliederung:

katholisch	55,5%
evangelisch	41,8%
Diss.	6,9%
Andersgläubige	1,8%

Soziale Gliederung:

Bergarbeiter	63,7%
Hüttenarbeiter	6,7%
Kaufleute	15,5%
Handwerker	2,6%
Angestellte	9,9%
Beamte	1,5%
Bauern	0,1%

Jahr	Elversberg KPD	Elversberg SPD	Ludweiler KPD	Ludweiler SPD	Dudweiler KPD	Dudweiler SPD
1920	---	2.4	70.2	14	42.7	20.1
1922	9.7	17.3	59.3	12.6	43.1	13.1
1923	23.7	17.4	55.3	23	26.9	16.5
1924	28.1	14.4	61.6	---	28.7	15.1
1926	26.8	19.1	60.5	8.6	42.8	13
1928	23.8	15.6	60	10.5	44	9.5
1929	13.6	17.3	47	12	41.1	9.6
1932	29.3	12.6	43.8	8	49.5	6.9
1932	30.7	10.1	38.3	5.1	41.6	7.3

[13]) Sehr interessant dürften die Wahlergebnisse der gegenüber der Gemeinde Großrosseln liegenden französischen Gemeinde Kleinrosseln sein. Beide Orte sind durch ein kleines Flüßchen, die Rossel, voneinander getrennt, mit der die politische Grenze verläuft. Eine Brücke verbindet beide Gemeinden. Trotz außerordentlich räumlicher Nähe und fast gleicher Sozialstruktur (Bergarbeiter 88,9%, Hüttenarbeiter ——) ist die Wahlentscheidung absolut verschieden. Während in Großrosseln die KPD. ihren Bestand bewahrt hat und bei der letzten Kreistagswahl immer noch ein Drittel aller Stimmen sammeln konnte, während nur das Zentrum mit 46,3% stärker war, ist die KPD. in dem französischen Rosseln kaum vertreten. Sie konnte bei den Kammerwahlen am 11. Nov. 1924 noch 32,3% aller Stimmen gewinnen und bei den gleichen Wahlen am 29. 4. 1928 ihren Anteil auf 44,1% erhöhen. Seit dieser Zeit befindet sie sich auf französischem Boden in einem Auflösungsprozeß. Denn bei der Bezirkswahl im Jahre 1931 erreichte sie nur noch

Unser Satz von der Radikalisierung der Arbeiterschaft in den letzten Jahren findet jedoch nicht nur in den Wahlergebnissen der Landgemeinden seine Stütze. Auch die Stadt Saarbrücken bietet bei einer Untersuchung der Wahlbezirke die gleichen Erscheinungen. Wir stellen im Folgenden die Wahlbezirke mit hauptsächlicher Arbeiterbevölkerung zusammen, insbesondere den Stadtbezirk Malstatt-Burbach mit einer spezifischen Hüttenarbeiterschaft (Burbacher Hütte) und gewahren an den abgegebenen Stimmen der Wahlen zum Kreistag 1929 und zum Landesrat 1932 die gleichen Verschiebungen, wie sie uns in den Orten mit Hüttenarbeitern entgegengetreten sind [14]).

Mitunter läßt sich der Verlust der Sozialdemokraten zu Gunsten der Kommunisten eindeutig feststellen. Es ist damit bis zum Jahre 1932 erwiesen, daß die sozialistisch gerichtete Arbeiterschaft des Saargebietes ihre parteipolitische Bindung gewechselt hat, indem die politische Labilität ihren Ausgangspunst von der SPD. nahm.

1,1% und bei den Kammerwahlen am 8. Nov. 1932 nur noch 4,8%, während die Sozialdemokraten von 3,1% im Jahre 1924 auf 50,4% im Jahre 1931 wuchsen. Indem das Zentrum — das bei der Verschiedenartigkeit der politischen Konstellation beider Gemeinden nicht uninteressant ist — seinen Wählerbestand einigermaßen halten konnte, sind die kommunistischen Arbeiter seit 1928 bis 1932 von der KPD. zur Radikal-sozialistischen Partei (einer bürgerlich-demokratischen Gruppe) hinübergeschwenkt. Dies ist eine politische Erscheinung, wie wir sie in Deutschland niemals erlebt haben, denn während die Radikalsozialisten 1928 0,1% der Stimmen für sich gewannen, erweitern sie sprungartig ihren Einfluß 1932 auf 58,2%. Das war nur möglich, indem die Kommunisten sich plötzlich für die Radikalsozialisten entschieden haben. Daraus ergibt sich, daß der französische Arbeiter viel weniger mit der Parteidoktrin verflochten ist, als es der deutsche war. Er entscheidet sich eben für den Kandidaten, unbekümmert um die politische Parteizugehörigkeit.

[14])

Stimmbezirk	Landesratsw. 1928		Kreistagsw. 1929		Landesratsw. 1932		Kreistagsw. 1932	
	SPD	KPD	SPD	KPD	SPD	KPD	SPD	KPD
Altsaarbrücken								
7 Dellengartenschulh.	195	202	194	160	114	324	112	286
8 Hospitalschulhaus	233	125	165	121	67	129	131	229
9 Moltke Schulhaus	145	81	156	159	84	335	123	584
St.Arnual								
1 Turnh.Arnulfstr.	399	123	374	109	301	172	260	16
2 Schulh.Wackenberg	271	67	293	129	291	196	258	300
St.Johann								
22 Rathaus St.Johann	115	93	86	106	84	163	70	157
24 Neues Nauw.Schulh.	152	53	151	57	127	154	100	128
Malstatt-Burbach einschl.Russhütte								
36 Reformgymnasium	93	33	86	22	107	66	78	59
37 Schulh.Russhütte	218	200	279	134	178	253	151	254
38 Stadtp.Ludwigsberg	138	60	145	69	116	162	81	127
39 Wirtschaft Zapp	153	88	139	81	111	108	91	91
40 Reformgymnasium	124	57	118	164	103	147	78	130
41 Schulh.Friedrpl.	296	148	286	180	206	345	199	204

Diese Grundzüge lassen nicht nur eine politische Wanderbewegung, sondern auch die Gefahren einer solchen überhaupt erkennen. Freilich wird der eindeutige Übergang im Saargebiet später sichtbar werden, entsprechend dem zeitlichen Abstand aller politischen Erscheinungen, von denen im Reich. Aber, daß heute schon symptomatische Tendenzen auch im Saargebiet festzustellen sind, das geht nicht nur aus dem allerletzten Wahlergebnis, der Gemeinderatswahl in Nalbach am 28. Mai 1933, hervor [15]), sondern auch aus der Gegenüberstellung einzelner Wahlbezirke

---

[14])

Stimmbezirk	Landesratsw. 1928		Kreistag 1929		Landesratsw. 1932		Kreistagsw. 1932	
	SPD	KPD	SPD	KPD	SPD	KPD	SPD	KPD
42 Mittelschule	174	113	203	125	251	504	226	469
43 Wirt. Weise u. Ballier	61	46	84	60	82	129	68	136
44 " Reinhart u. Friedrpl.	95	56	79	59	51	112	45	83
45 " " u. Tivoli	162	103	140	130	39	258	90	213
46 " Stapf	178	130	158	140	95	256	32	59
47 Pestalozzischule	151	120	96	114	70	213	51	220
48 Friedrichsplatz 11	129	89	121	103	96	155	81	128
49 Pestalozzischule	144	90	138	130	85	208	73	190
50 Wirt. Wand u. Bauer	149	157	135	156	117	205	97	201
51 Schulh. Wilhelmspl.	122	157	115	137	90	267	78	128
52 Wirtschaft Pink	140	141	129	146	104	187	61	156
53 Schulh. Weyersberg	171	118	146	118	119	184	78	139
54 " " "	146	158	118	124	97	270	78	195
55 Wirt. Schnell u. Bergstr. 77	213	157	189	154	116	257	202	214
56 Schulh. Bergstr. 52	256	199	234	225	145	368	131	320
57 " " 30	205	274	230	236	163	399	144	329
58 Volkshaus Aachenerstr.	96	168	102	148	92	195	38	170
59 Schulh. Füllengarten	65	67	126	174	153	368	147	351
60. Wirt. Bärental u. Anthes	121	142	108	121	86	192	83	169

[15]) Vgl. „Saarfront" vom 31. Mai 1933. Danach vollzog sich in der Zeit vom 13. Nov. 1932, Gemeinderatswahl, bis zum 28. Mai 1933, Gemeinderatswahl, (die Wahl vom Nov. 1932 war durch den Beschluß des obersten Gerichtshofes auf Grund eines Antrages als ungültig erklärt worden) folgender politischer Wechsel:

Parteien	Stimmen: Wahl am 13. Nov. 1932	Stimmen: Wahl am 28. Mai 1933
NSDAP.	83	601
Zentrum	536	397
Ortsinteressen (Wirtschaftspartei)	233	103
Alte Arbeiterpartei	185	74
Arbeiterpartei	158	62
KPD.	108	58

in der Stadt Saarbrücken [16]). Es handelt sich um die Wahlergebnisse seit der Kreistagswahl 1929 bis zur Kreistagswahl 1932, nach der auch die einstigen Arbeiterzentren Stimmenverluste aufweisen, während die NSDAP. einen Stimmengewinn zu verzeichnen hat.

Wir haben als letzte Äußerung saarländischer Parteidynamik die unvermittelte in steilem Absinken begriffene Auflösung des saarländischen Liberalismus aufgewiesen. Dieser negative Richtungsverlauf unterscheidet sich insofern von den innerdeutschen Vorgängen, als die Mittelparteien, wie Demokraten, Deutsch-saarländische Volkspartei, Deutschnationale und Wirtschaftspartei einem gleichmäßigen Auflösungsprozeß

---

[16])

Stimm-bez.	Landesratsw. 13.3.1932		Kreistagsw. 13.11.1932	
	KPD	NSDAP	KPD	NSDAP
1	172	48	16	37
7	324	108	286	118
10	322	78	244	98
13	132	158	112	150
14	193	118	149	134
15	125	116	119	150
16	178	128	173	154
20	77	100	60	107
21	114	63	122	134
24	154	90	128	109
29	127	109	107	62
32	134	108	177	113
34	103	135	84	139
35	420	68	91	67
36	66	84	59	109
38	162	149	129	174
39	108	142	91	176
40	147	99	130	95
44	112	38	83	49
45	258	83	213	89
46	256	68	59	24
48	155	47	128	67
51	267	55	128	77
52	187	45	156	57
53	184	51	139	63
54	270	21	195	23
55	257	31	214	45
56	368	48	320	65
57	399	38	329	71
58	195	40	170	60
59	368	59	351	73
60	192	42	169	65

Wenn auch vielfach die Abnahme der kommunistischen Wählerstimmen nicht sofort als Zugänge bei der NSDAP. zu sehen waren, so ging aber doch daraus hervor, daß auch die Kommunistische Partei sehr starken Schwankungen unterworfen war. Nach unserer seitherigen Analyse dürfte sie demgemäß im Saargebiet bei der Landesratswahl 1932 die Höchstgrenze der Stimmen erreicht haben. Das ist insofern bemerkenswert, als sie nicht imstande war, über mehrere Wahlperioden eine Stabilität resp. eine stetige Aufwärtsentwicklung zu bewahren. Sie teilte damit in ihrer äußeren Struktur die schwankende Beweglichkeit der bürgerlichen Parteien. Diese Feststellung ist vielleicht deshalb symptomatisch, weil ihr zukünftiges Schicksal aller Wahrscheinlichkeit nach gleich dem der Mittelparteien verlaufen wird.

überantwortet waren. Während im Reiche die einstigen Demokraten durch die Interessengemeinschaft mit der Volks-konservativen Vereinigung bei den Reichstagswahlen 1930 immerhin noch eine fraktionsstarke Gruppe in das Parlament schicken konnten, sind sie im Saargebiet seit einiger Zeit weder im Landesrat, noch in den Gemeindeparlamenten irgendwie einflußreich vertreten [17]).

Auch die Wirtschaftspartei befand sich, mit Ausnahme der Stadt Saarbrücken, schon bis zum Herbste 1932 in einer rückläufigen Bewegung. Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß ihr inzwischen auch noch die letzten Wählerreste davongelaufen sein werden.

Ähnlich erging es seit 1929 der Deutsch-saarländischen Volkspartei, die seit dieser Zeit überall Stimmenverluste zu verzeichnen hatte. Die Deutschnationalen sind ja durch den Übertritt ihres Spitzenkandidaten nach der Landesratswahl 1932 schon ohne weiteres in der NSDAP. aufgegangen [18]).

Im Gegensatz zu den Reichsverhältnissen, wonach selbst am 5. März 1933 sowohl die Deutschnationalen, als die Wirtschaftspartei, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten, noch eine Vertretergruppe in den Reichstag entsenden konnten, haben diese liberalen Parteien des Saargebietes ihren Auflösungsprozeß aus der eigenen Mitte immer mehr und mehr vollzogen [19]). Es waren weniger von außen wirkende politische Einflüsse, welche den Parteiapparat und den gesamten Organismus ins Wanken gebracht haben, als vielmehr der Wille der Wählermassen, sich an die entsprechende deutsche Entwicklung anzugleichen. Bezeichnend war hierfür der Ausspruch eines ehemals volksparteilichen Stadtverordneten im Saarbrücker Rathaus: „Wie können wir noch als Vertreter einer volksparteilichen Richtung gelten, nachdem

---

[17]) Nach Zeitungsnotizen haben die bürgerlichen Parteien seit Juli 1933 in einer Reihe von saarländischen Gemeinden, so in St. Wendel, Ottweiler, Saarlouis und Merzig ihre Auflösung vollzogen, um sich der NSDAP. anzuschließen, resp. als Hospitanten ihr beizutreten.

[18]) Vgl. „Saarbrücker Zeitung" vom 1. Okt. 1933, wonach sich die Deutschnationale Volkspartei des Saargebietes zum 30. September 1933 aufgelöst hat.

[19]) Vgl. „Frankfurter Zeitung" vom 7. März 1933:

Reichstagswahlen am 5. März 1933:

Parteien	Stimmen absl.	%	Mandate
NSDAP	17 269 629	43.9	288
SPD	7 177 294	18.3	120
KPD	4 845 654	12.3	81
Zentrum	4 423 329	12.3	74
Deutschnationale	3 133 938	7.9	52
D. Volkspartei	438 234	1.1	2
Chr. soz. Volksdst.	384 146	1	4
D. Staatspartei	333 619	0.8	5
Bayr. V. Partei	1 073 815	2.7	18
D. Bauernpartei	144 237	0.5	2
Württ. Bauernbund	83 828	0.2	1
			647

wir über Nacht zu Parteivertretern geworden sind, die keine Anhängerschaft mehr besitzen." Hier zeigte es sich, daß die parteipolitischen Wandlungen innerhalb des Bürgertums weniger von den Führern her, als vielmehr von unten erfolgten. Die Wählerschaft hatte die Gefolgschaft gekündigt und die Vertreter in einem luftleeren Raum stehen gelassen. Dabei lassen sich die Gründe für die parteipolitische Umwertung für das Saargebiet außerordentlich schwer feststellen. Sicherlich kommt hier der Massencharakter des liberalen Bürgertums besonders deutlich zum Ausdruck. Denn die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, wie wir sie oben aufgezeichnet haben, treffen den Mittelstand nicht nur zu einem späteren Zeitpunkt, als vielmehr auch in einer abgeschwächten Heftigkeit. Das Bürgertum an der Saar ist nicht imstande, einen bestimmten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Willen solidarisch zu vertreten. Die Triebkräfte für diese politische Wanderbewegung scheint u. E. vielmehr der Wille zu sein, bei einer späteren Wiederangliederung an den deutschen Volkskörper die entsprechende politische Position vorweisen zu können. Im Gegensatz zu den deutschen Verhältnissen, in denen sich der Besitzmittelstand den Luxus weltanschaulicher Idealpolitik nicht mehr leisten konnte, weil das Bürgertum allmählich zwischen zwei Puffer gepreßt zu werden drohte — nämlich auf der linken Seite durch die Macht des Sozialismus, auf der rechten Seite durch den beängstigenden Druck der wirtschaftlichen Großorganisationen —, war es an der Saar am ehesten vom Nationalsozialismus zu gewinnen. Das Bürgertum, das den Boden seiner Weltanschauung aus Interessenängsten verloren hatte, das aber gleichzeitig im positiv wirtschaftsbestimmten Sozialdenken seine Einheit nicht finden konnte, schloß sich dem neuen Lebensideal auf. Hinzu kam, daß ihm damit eine neue Einflußmöglichkeit in der kommenden Gesellschaftsordnung zugesichert wurde. Ständisches Prinzip bedeutet Geltung und Ansehen und war das Aufbegehren gegen die Einebnungstendenzen der Klassengesellschaft. Mit dem Mittelstand wanderten auf gleicher Ebene die Handwerker und Kaufleute nach Verlust ihrer Selbständigkeit, die Akademiker, um in die mittleren Funktionärstellungen der freien Wirtschaft einzurücken, dazu ein starker Schub ehemaliger Beamten und entlassener Offiziere. Diesen Gruppen folgten allmählich das Heer der Mittel- und Unterbeamten und die Arbeitslosen. All diese sozial-ökonomischen Typen waren im Saargebiet in dieser Deutlichkeit bis heute kaum zu bemerken. Sie befanden sich nicht nur zahlenmäßig in einer Minderheit, sondern ihr soziales Schicksal wies immerhin noch eine Lebenshaltung auf, die das politische, wie das wirtschaftliche Gleichgewicht rechtfertigte [20]).

[20]) Unter 198 669 Erwerbstätigen im Saargebiet gehören den bürgerlichen Mittelschichten an:

3,9%	Bauern,
4,2%	Kaufleute,
3,9%	Handwerker,
15,3%	Angestellte,
7,9%	Beamte,
zus. 35,2%.	

Sodaß diese sozialen Gruppen zusammengefaßt einheitlich politisch orientiert immerhin ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Für unsere Betrachtung kann die wirtschaftliche Lagerung nicht den alleinigen Ausgangspunkt für die veränderte politische Haltung bilden. Die Angestelltenschaft hat sich in steigendem Maße der nationalsozialistischen Bewegung angeschlossen, je eindeutiger sich ihre Existenzunsicherheit in Kündigungen und Erwerbslosigkeit abzeichnete. Tatsächlich haben sie und die Beamten bis zu den Kreistagswahlen 1932 die ersten Grundlagen für die nationalsozialistische Bewegung im Saargebiet gelegt, besonders so weit sie evangelischen Bekenntnisses gewesen sind. Ein umfassender Parteiapparat ist aber erst seit den Märztagen 1933 entstanden, begünstigt durch die symbolischen Ausdrucksformen von Fahnen und Abzeichen. Man konnte die deutliche Feststellung machen, daß gerade im Saargebiet durch die allgemeine Uniformierung des politischen Bekenntnisses ein starker Zwang auf die Äußerung der politischen Gesinnung gefallen ist.

Der Mittelstand hatte bei fast allen Parteien sein Heil versucht, während es ihm immer schlechter ging. Die Nutzlosigkeit einer Parteizersplitterung hatte er eingesehen. Auch die Gründung eines großen bürgerlichen Blocks mußte mißlingen, weil die Interessengegensätze zu groß waren. So blieb kein anderer Ausweg, als sich der aufbrechenden Neuordnung anzuschließen, nachdem ihn alle früheren Versuche enttäuscht haben.

Hinzu kommt, daß die politische Sonderstellung des Saargebietes, wie sie durch die Abtrennung vom Reiche durch den Versailler Vertrag sich ergab, eine nationalpolitische Überbetonung mit sich brachte. Da außerdem in Innerdeutschland der gesamte Staatsapparat in den Händen der NSDAP. zusammenläuft, will die innerpolitische Frontstellung im Saargebiet gleichzeitig die nationale Zuverlässigkeit beweisen. Deshalb werden alle Prämissen, die eine soziologische Analyse für die Parteistruktur bestimmter sozialer Gruppen herausgeschält hatte, auf die Saarverhältnisse in Zunkunft nicht mehr anwendbar sein, weil die hiesige Entwicklung sich unter einem anderen Zeitmaß und unter anderen Bedingungen vollzog, als politische Wandlungen in Normallagen verlaufen.

Wenn wir trotzdem einen Versuch der Nachprüfung unternehmen wollen, so reichen unsere Ergebnisse nur bis zum Herbst 1932, einer Zeit, für die die angeführten Sonderverhältnisse noch nicht zutrafen. Bis dahin konnte man noch von revolutionären Strömungen sprechen, die sowohl bei der Angestelltenschaft, beim Bauerntum, wie bei den freien Berufen anzutreffen waren. Die Triebkräfte dazu flossen aus den Krisenverhältnissen und belasteten vornehmlich die Arbeitnehmer und die Landwirtschaft. Um es grundsätzlich auszudrücken: der Arbeiter übernahm in steigendem Maße kommunistische Vorstellungen, der Angestellte und Bauer bekannte sich vielfach zum Nationalsozialismus. Bis zum Herbste 1932 war dem einkommenslosen Mittelständler das Dritte Reich, was dem erwerbslosen Arbeiter Moskau gewesen ist.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat im Saargebiet zum ersten Male bei den Landesratswahlen im Herbst 1932 eigene Listen aufgestellt. Nur in der Stadt Saarbrücken konnt sie schon bei den Stadtverordnetenwahlen 1929 mit 1 095 Stimmen einen Vertreter in das Stadtparlament entsenden. So weit die Wahlergebnisse uns bis 1932 überhaupt vorliegen, kann festgestellt werden, daß die Partei nur im

Kreise Homburg und in der Stadt Saarbrücken eine ansehnliche Stimmenziffer erreichen konnte. Diese Ergebnisse stützen unsere These insofern, als die Stadt Saarbrücken ein ziemliches Kontingent von Angestellten und Beamten aufweist (27,3% Angestellte, 11% Beamte), der Kreis Homburg mit dem höchsten evangelischen Bevölkerungsteile von allen Kreisen (46,4%) und 12,2% Bauern, 9,5% Angestellten und 8,5% Beamten, die Vorbedingungen für die normale Wandlung zur nationalsozialistischen Parteiideologie abgab. Dementsprechend hatten auch die bürgerlichen Parteien in beiden Kreisen außerordentlich starke Rückgänge aufzuweisen.

Im Gegensatz zu den Reichverhältnissen, rekrutierten sich bis gegen Ende des Jahres 1932 die Nationalsozialisten im Saargebiet wahrscheinlich kaum aus der industriellen Arbeiterschaft, sondern vielmehr aus dem Mittelstand, den Angestellten, den Beamten und den Bauern.

Wenn wir auf den Bezirk Homburg zurückgreifen und für den ganzen Bezirk 6,6% Handwerker und 4,6% Kaufleute, oder für die Stadt Homburg 7,4% Handwerker und 5,1% Kaufleute feststellen, so muß man sagen, daß das Bürgertum seine Position nicht nur gehalten hat, sondern entsprechend der Arbeits- und Wirtschaftsentwicklung an Boden gewann. Gewiß gab es einige Handwerkerkategorien, deren Aktionsumfang begrenzt geblieben ist. Das rührte aber in der Hauptsache daher, daß diese kleinen Unternehmungen in einer fast undurchdringlichen, zum Teil selbst verschuldeten Anonymität stecken geblieben sind.

Trotz aller Vermögensumschichtungen ist auch der saarländische Mittelstand noch heute im Grundbesitz verankert. So haben sowohl im Bezirk Homburg, als auch in den anderen Kreisen des Saargebietes, zumindest die Hälfte aller Haushaltungen eigene Häuser [21]).

Wenn nun im Kreise Homburg die liberalen Mittelparteien ihre Auflösung in unerhört raschem Tempo vollzogen haben, so waren diese Erscheinungen besonders in den spezifischen Bauerndörfern wahrzunehmen. Sicherlich haben die räumlich nahen Parteiverhältnisse in der Pfalz einen maßgeblichen Einfluß auf die politische Haltung des saarpfälzischen Bauerntums ausgeübt, ohne daß eine wirtschaftliche Depression zu dieser Umstellung Veranlassung gegeben hätte, zumal die Kulturbeziehungen des Kreises Homburg immer noch stärker nach dem Osten als nach dem preußischen Teile des Saargebietes verlaufen. Aber trotzdem ist es schwer verständlich, wenn in einer Reihe saarpfälzischer Gemeinden mit überwiegender bäuerlicher Bevölkerung die bürgerlichen Mittelparteien schon im Frühjahr 1932 gewissermaßen aufgehört haben zu existieren. Nach dem Verwaltungsbericht für den Kreis Homburg sind die finanziellen Verhältnisse dieser Bevölkerungsteile keineswegs zurückgegangen. Nach dem Einkommensteuersoll und den Spareinlagen der Bezirkssparkasse in Homburg ist zu schließen, daß sich der Wohlstand der Bevölkerung in aufsteigender Linie bewegt hat.

---

[21]) Auf 11 114 Haushaltungen im Gesamtkreise Homburg kommen 6899 Häuser = 62%. Für die anderen Saarkreise liegen die Ziffern:

im Kreis St. Wendel	bei 66,8%
im Kreis Saarlouis	bei 66,6%
im Kreis Ottweiler	bei 51,7%

Um so verwunderlicher war deshalb die politische Unzufriedenheit des Bauern, weil seine Krisensituation zumindest keinen Dauercharakter aufwies. Er hielt immer noch seine Substanzwerte und sie vermehrten sich eher, als sie sich verringerten [22]). Hinzu kam, daß in den saarländischen bäuerlichen Zentren die Landwirtschaft die Grundlage wirtschaftlich selbständiger Arbeit ist. Sie umfaßt die Glieder der Familie und ihre verschiedenen Generationen in einer Einheit von Lebensgemeinschaft und Arbeitsgemeinschaft. Gerade weil unsere Betriebe nur eine Höchstgrenze von 20 Hektar Größe erreichen, deshalb ist in ihnen der familienhafte Charakter bewahrt. Fremde Arbeitskräfte, sofern sie überhaupt vorkommen, bleiben weit hinter der Zahl der Familienangehörigen zurück. Viele von diesen Bauerntypen haben noch einen handwerklichen Nebenberuf oder sind Handeltreibende und Gastwirte. Sie bewahrten sich damit in jeder Hinsicht ein großes Stück Selbständigkeit, das kostbare Gut von Natur und Familienverbundenheit. Der Boden, der in diesen Bezirken bearbeitet wird, ist immer das Eigentum des Pflanzers. Pachtland gibt es innerhalb des saarländischen Bauerntums kaum. Durch den schuldenfreien Besitz, durch die eigenen Arbeitskräfte sind die bäuerlichen Familienbetriebe auch krisenfest und rentabel [23]).

Und trotzdem sind die Bevölkerungsteile besonders im Kreise Homburg so schnell und unvermittelt den Einflüssen der neuen Parteidoktrin zugänglich gewesen. Entweder waren es die parteipolitischen Einflüsse aus der Pfalz, oder aber es sind Aufstiegshemmungen, daß die räumliche Ausdehnung des Betriebes versperrt ist, indem durch Preisrückgang und steuerliche Belastung der Barertrag eingeschränkt wurde. Daraus entstand eine Rentabilitätsminderung, weil der Lebensstandard der gleiche geblieben ist. Es könnte außerdem möglich sein, daß der Mensch durch den Mißerfolg des Großbauerntums, propagiert durch Presse und Radio, selber Zweifel an dem Streben nach Expansion empfand. Als die bedeutsamen Voraussetzungen für einen nationalsozialistischen Parteiaufschwung kommen für unser Gebiet in Frage:

1. Die Größe des Dorfes,
2. Das evangelische Bekenntnis,
3. Der verminderte Einfluß der Arbeiterschaft.

---

[22]) Nach amtlicher Anschauung gliedert sich der bäuerliche Besitz in folgende Kategorien:

Landwirtschaftl. Betriebe bis 0,5 ha = Betriebe im Nebenberuf,
Landwirtschaftl. Betriebe bis 2 ha = Zwerg- und Parzellenbetriebe,
Landwirtschaftl. Betriebe bis 5 ha = Kleinbäuerliche Betriebe,
Landwirtschaftl. Betriebe bis 20 ha = Mittelbäuerliche Betriebe,
Landwirtschaftl. Betriebe über 20 ha = Großbäuerliche Betriebe.

Im Kreise Homburg ist die Verteilung folgendermaßen gegliedert:
Von der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe entfallen:

auf Nebenberufsbetriebe	bis	0,5 ha	38,7%
auf Parzellenbetriebe	bis	2 ha	29,7%
auf Kleinbäuerliche Betriebe	bis	5 ha	17,7%
auf mittelbäuerliche Betriebe	bis	20 ha	12,5%
auf großbäuerliche Betriebe	über	20 ha	1,4%.

[23]) Vgl. Feiler, Artur: Bauernkrieg in: „Frankfurter Zeitung" Nr. 142—144, 145—147, 164—166, Jahrgang 1932.

Je kleiner der Bezirk ist, in dem die Menschen zusammenwohnen, um so eher ist für gegenseitige Verständigungen und Aussprache Möglichkeit gegeben. Je weniger Arbeiter es gibt, um so einheitlicher sind die sozialen Interessen. Und wenn die Bevölkerung gar dem evangelischen Bekenntnis angehörte, dann waren fast alle politischen Einflüsse von anderer Seite ausgeschaltet.

Für unsere Verhältnisse tritt dabei eine höhere Wahlbeteiligung nicht in Erscheinung. Die Nationalsozialisten rekrutieren sich nicht aus den früheren Nichtwählern. Sie haben demnach die Wahlmüden [24]) nicht besonders zur Stimmenabgabe heranzuholen brauchen. Ihr Erfolg fließt vielmehr aus den ehemals bürgerlichen Parteien, soweit die Wählerschaft evangelisch ist. In den katholischen Bezirken ist es offensichtlich, daß das Zentrum gegenüber der NSDAP. seinen Besitzstand besser zu wahren wußte, als die übrigen Parteien. In den katholischen Gemeinden sind deshalb die Stimmenerfolge 1932 außerordentlich gering. Wir stellen im Folgenden eine Reihe von Gemeinden zusammen, in denen wir den Übergang von den bürgerlichen Parteien zu den Nationalsozialisten ohne Schwierigkeit ablesen können [25]).

---

[24]) Mit zwei Ausnahmen im ganzen Saargebiet sind wir imstande, nachzuweisen, daß an den Orten, an denen es den Nationalsozialisten gelang, bei der Landesratswahl 1932 zum ersten Mal einen Stimmenanteil von mehr als 10% aller abgegebenen Stimmen zu erreichen, daß dort die Wahlbeteiligung gegenüber der Kreistagswahl 1929 zurückgegangen ist. Wenn die Gesamtwahlbeteiligung für das ganze Saargebiet seit 1929 bis 1932 von 71,1% auf 77,3% gestiegen ist, so rekrutiert sich diese Steigerung in der Hauptsache aus den Orten, in denen der Stimmenanteil der Nationalsozialisten unter 10% liegt, oder wo sie überhaupt keine Stimmen erhalten haben. Das hängt u. E. mit der katholischen Bevölkerung zusammen. Es gelang den Parteien, vornehmlich der Zentrumspartei, durch den politischen Einfluß der katholischen Geistlichkeit, die Wahlbeteiligung zu erhöhen, ohne daß die Nationalsozialisten imstande gewesen wären, die Jungwähler zugunsten ihrer Weltanschauung umzustimmen. Wir stützen unsere These durch folgende Statistik:

Gemeinde	Wahlbeteiligung 1929	1932	Stimmenanteil der NSDAP 1932 in %
Homburg	78.5	76.9	18.2
Brenschelbach	80.3	75.5	61.2
Altheim	96.5	87	10.5
Jägersburg	79.9	68.2	13.8
Mittelbexbach	83.8	82.1	11.2
Ottweiler	79	78.3	13.8
Büdingen	78.9	55.3	9.9
Dörrenbach	86.7	79.4	37.9
Knorscheid	66.3	50	12.7
Ueberherrn	65.7	70	31.1
Felsberg	69.9	71	20.6

[25]) Vgl. „Saarbrücker Zeitung“ vom 15. März 1932: „Auch innerhalb der Stadt Saarbrücken ist der Übergang von den bürgerlichen Parteien zu den Nationalsozialisten deutlich erkennbar. Alle Parteien, mit Ausnahme der beiden radikalen Flügelparteien, befinden sich seit 1929 in absteigender Bewegung. Wenn zwar die Wirtschaftspartei als einzige bürgerliche Partei bei den Kreistagswahlen 1932 einen kleinen Stimmen-

Stimmbezirk	Kreistagswahl 1929						Landesratswahl 1932						Kreistagswahl 1932					
	DDP	DSVP	WP	DNVP	Summe d.bür-gerl.P	NSDAP	DDP	DSVP	WP	DNVP	Summe d.bür-gerl.P	NSDAP	DSVP	WP	DNVP	Summe d.bür-gerl.P	NSDAP
St.Arnual																	
3 Wirt.u.Gesellsch.H.	19	271	154	48	492	26	5	198	130	39	371	146	147	123	40	310	200
4 " Hirsch	18	441	251	98	808	21	19	372	252	76	699	194	294	256	101	651	196
Altsaarbrücken																	
5 Aug.Vikt.Lyzeum	20	263	152	73	508	32	4	233	147	74	458	168	182	134	59	375	190
6 Schule am Triller	10	214	103	64	391	15	7	193	113	55	368	117	116	81	66	263	157
12 Kath.Vereinshaus	15	153	131	80	424	30	11	138	123	73	375	135	95	113	67	275	237
13 Ludwigsgymnasium	22	160	104	53	339	35	9	134	105	32	280	158	85	100	35	220	150
14 Kronprinzenschule	14	138	97	69	318	16	4	121	99	40	264	118	85	81	36	202	134
15 Stengelschule	24	187	126	42	379	16	9	153	---	45	207	116	99	93	37	229	150
16 Herb.zur Heimat	10	130	95	38	273	23	4	108	67	27	206	128	60	67	24	151	154
St.Johann																	
20 Rathaus St.Johann	26	165	82	41	314	13	9	111	78	33	230	100	95	77	38	210	107
21 " "	6	126	76	38	246	16	3	122	74	23	223	63	87	70	22	188	134
23 " "	18	82	85	36	221	24	8	104	58	25	195	96	85	57	15	157	117
26 Wirtsch.Julliard	37	408	221	110	944	39	17	365	248	59	689	248	238	285	49	572	217
27 Cecilienschule	22	114	109	41	286	22	12	134	105	26	277	144	89	113	15	217	174
30 Johannishof	12	285	125	98	520	35	12	305	112	55	484	225	166	117	54	537	239
31 Schillerschule	26	265	118	77	486	8	21	257	138	73	489	143	199	140	62	401	134
33 Bismarckschule	12	121	105	59	298	20	2	106	101	30	239	79	52	114	33	199	115
34 "	16	140	111	64	331	25	14	130	87	39	280	135	73	107	35	215	139
Malstatt-Burbach																	
38 Stadtp.Ludwigsberg	3	151	75	22	251	24	13	161	94	19	287	149	80	101	21	202	179
39 Wirtsch.Zapp	17	117	8	28	170	31	2	71	26	28	127	142	43	6	24	73	176
41 Schuln.Friedrpl.	13	136	87	42	178	38	2	123	84	40	249	170	94	22	24	176	169
42 Mittelschule	4	151	95	32	322	22	5	123	118	37	283	155	97	105	24	226	225

zuwachs zu verzeichnen hat, so ist dies der Ausdruck einer lokalen Agitation gegenüber dem Saarbrücker Oberbürgermeister, der damals von der Deutsch-saarländischen Volkspartei verteidigt wurde. Deshalb können wir die Entwicklung der Wirtschaftspartei nur sehr relativ werten. Wir bringen im Folgenden eine Wahlanalyse aus den einzelnen Wahlbezirken, in denen der Verlust der bürgerlichen Parteien besonders instruktiv auf das Konto der Nationalsozialisten zu buchen ist."

Gemeinde	Wahl	Von 100 abgegeb. Stimmen erhielten: DDP.	DSVP.	WP.	DNVP.	Bürgl. Zus.	NSDAP.
Homburg	K.T.1929	9.6	16.3	7.5	2.7	36.1	---
"	L.R.1932	3.2	7.5	1.2	0.8	12.7	29.6
	K.T.1932	3.8	6.7	1.9	2.6	15	29.5
Brenschelbach	K.T.1929	4.5	32.1	4.5	21.6	62.7	---
	L.R.1932	0.3	3.6	0.3	7.9	12.1	61.2
	K.T.1932	24	6.6	0.9	5.9	37.4	35.6
Altheim	K.T.1929	0.3	0.9	10.6	4.8	16.6	---
	L.R.1932	--	0.6	7.8	2.1	10.5	10.5
	K.T.1932	0.6	---	10.6	2.1	13.3	16.6
Jagersburg	K.T.1929	2	11.2	2.8	22.7	38.7	---
	L.R.1932	0.6	3.3	0.2	0.2	4.3	13.8
	K.T.1932	1.7	4.5	2.3	0.9	9.4	14.8
Böckweiler	K.T.1929	0.5	4.7	0.5	71.8	77.5	---
	L.R.1932	1.3	1.8	---	6.4	9.5	80.1
	K.T.1932	1.1	---	---	30.9	32	48.3
Kreis Homburg	K.T.1929	4.4	12.2	4.3	11.1	32	---
	L.R.1932	1.2	5.2	0.9	2	18.2	18.2
	K.T.1932	2.9	6.7	2.2	4.3	16.1	18.5
Dörrenbach	K.T.1929	---	---	---	---	---	---
	L.R.1932	---	---	1.7	17	18.7	37.9
	K.T.1932	---	---	---	---	---	47.7
Wetschhausen	K.T.1929	---	---	---	---	---	---
	L.R.1932	---	---	---	77.4	77.4	22.3
	K.T.1932	---	---	---	---	---	42.8
Ottweiler	K.T.1929	1.4	9.4	5.9	13	29.7	---
	L.R.1932	1.6	7.6	2.2	3.9	15.3	13.8
	K.T.1932	1.1	10.2	3.8	---	15.1	17
Neunkirchen	K.T.1929	7.5	5.7	8.3	4.9	26.4	---
	L.R.1932	1.5	5.4	5.6	1.6	14.1	8.7
	K.T.1932	2.6	5.3	6	---	13.9	12.4
Neuforweiler	K.T.1929	---	5	3.8	---	8.8	---
	L.R.1932	0.6	3.6	0.3	---	4.5	6.4
	K.T.1932	---	2.9	1.8	0.3	5	12.3
Ueberherrn	K.T.1929	---	18.6	2.8	3.9	25.3	---
	L.R.1932	5.4	2.4	0.6	0.2	8.6	31.1
	K.T.1932	---	5.8	1.2	0.9	7.9	27.3
Felsberg	K.T.1929	---	3	6.7	---	9.7	---
	L.R.1932	0.2	2	1.2	0.2	3.6	20.6
	K.T.1932	---	3.3	3.9	3.1	10.5	9
Lisdorf	K.T.1929	---	13.2	16.9	1.2	22.3	---
	L.R.1932	0.2	0.8	7	0.4	8.4	10.8
	K.T.1932	---	1.4	2.2	0.6	4.2	22.5
Bietschied	K.T.1929	---	---	5.2	---	5.2	---
	L.R.1932	---	---	---	---	---	91.7
	K.T.1932	---	---	---	---	---	91
Auersmacher	K.T.1929	---	4.9	0.4	0.4	5.7	---
	L.R.1932	0.4	0.4	---	0.1	0.9	11.4
	K.T.1932	---	0.3	2.5	0.5	3.3	11.9

DDP. = Deutsche Demokratische Partei,
DSVP. = Deutsch-saarländische Volkspartei,
WP. = Wirtschaftspartei,
DNVP. = Deutschnationale Volkspartei,
NSDAP. = Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.
*) K.T. = Kreistagswahl; L.R = Landesratswahl.

In diesem Zusammenhange ist es nicht uninteressant, das Verhalten der weiblichen Wählerschaft zu untersuchen und zwar deshalb, weil zum ersten Male bei den Saarbrücker Stadtverordnetenwahlen im November 1932 für Männer und Frauen, verschiedene Stimmzettel benutzt wurden. Es läßt sich aus einer einmaligen Erscheinung zwar kein allgemeingültiges Urteil über die Wahlfreudigkeit der Frauen aussprechen, zumal die ganze Parteistruktur seit dem Jahre 1932 dauernden Veränderungen unterworfen war. Der Einfluß der politischen Geschehnisse im Reiche ist in seiner Rückwirkung so bedeutend, daß vielleicht eine kommende Wahl das politische Gesicht des Saarlandes von Grund auf verändern wird. Außerdem stehen uns zur Untersuchung dieser Frage nur drei Wahlbezirke zur Verfügung, die allerdings nach dem Sozialaufbau völlig voneinander abweichen. Wenn wir unter Berücksichtigung der Relativität solcher Stichprobenmethoden trotzdem eine Deutung des Ergebnisses versuchen, so deshalb, um überhaupt einmal einen allgemeinen Anhaltspunkt für die politische Haltung der Frau im Saargebiet zu gewinnen.

Zunächst fällt uns auf, daß in zwei Wahlbezirken ein Übergewicht von Frauenstimmen gegenüber den Männerstimmen vorliegt, das wohl aus dem katholischen Bekenntnis der Wahlberechtigten zu erklären ist. Bekanntlich war von jeher in katholischen Bevölkerungskreisen die Frau sich stärker ihrer Stimmpflicht bewußt, als wir das bei anderen Bekenntnissen feststellen konnten. Deshalb waren auch die Aufrufe der Zentrumspartei bei allen Wahlen immer besonders auf den politischen Interessenkreis der Frau zugeschnitten. Sie arbeitete mit einfachen, ins Auge stechenden Argumenten, bezogen sich vor allem auf die Schule, Erziehung und die religiöse Unterweisung des Kindes [1]).

Wahlaufruf des Zentrums zur preußischen Landesversammlung [2]):

„Die Trennung von Staat und Kirche ist von der sozialistischen Regierung in dem § 19 des Etwurfs der neuen Reichsverfassung angekündigt worden. Ein besonderes Reichsgesetz soll für diese Trennung die Grundlage aufstellen, während die Durchführung der Trennung den einzelnen Ständen überlassen bleibt. Für uns kommt dabei Preußen in Frage. Wir haben uns also in Preußen zu entscheiden:

1. ob Trennung von Staat und Kirche
2. ob konfessionelle und religionslose Schule
3. ob der Religionsunterricht zum Unterricht gehört oder nicht
4. ob vor und nach der Schule gebetet werden darf oder nicht
5. ob der Gekreuzigte aus der Schule entfernt wird oder nicht.

[1]) Vgl. den Wahlaufruf des Zentrums zur preußischen Landesversammlung.

[2]) Vgl. Saarzeitung vom 25. Januar 1919.

Das sind einige wenige wichtige Punkte, über die in Preußen die Entscheidung fallen muß."

Entsprechend der Bevölkerungsverteilung von 54,3% Katholiken zu 43% Protestanten in der Stadt Saarbrücken, stehen in den drei Wahlbezirken 60,2% Frauenstmmen, 39,8% Männerstimmen gegenüber. Daß diese Tatsache durch konfessionelle Faktoren getragen ist, geht auch daraus hervor, daß bei gleichen Untersuchungen über die Wahlbeteiligung der Frauen, anläßlich der Reichstagwahl 1930, in dem evangelischen Berlin die Ergebnisse gerade umgekehrt liegen. Es betrug nämlich dort die Wahlbeteiligung der Männer 84,4% gegenüber 78,4% bei der Frau. Aber auch diese Untersuchung hat eindeutig festgestellt, daß die Frauen religiösen Einflüssen stärker zugänglich sind, als die Männer. In den Stimmbezirken mit katholischer Bevölkerungsmehrheit liegen die Ergebnisse ähnlich wie in unserem Falle. Nämlich die Frauenstimmen bei 61% und die Männerstimmen bei 39%. Bei den bürgerlichen Parteien ist festzustellen, daß auch hier sich mehr Frauen für sie entscheiden, als Männer. Für unsere Saarbrücker Untersuchung ergeben sich folgende Zahlen:

Deutsch-saarländische Volkspartei: Frauenstimmen 54,5%; Männerstimmen 45,5%.

Deutschnationale Volkspartei: Frauenstimmen 54,1%; Männerstimmen 45,9%.

Diese Ergebnisse stimmen auch mit denen des Reiches überein. So verzeichnete die Deutschnationale Volkspartei bei der Reichstagswahl 1930 58% an Frauenstimmen, die Deutsche Volkspartei 57%. Bei allen übrigen Parteien bilden die Männerstimmen das Hauptkontingent. Für die Saarbrücker Verhältnisse liegen die Ziffern für die Kommunisten bei 64,4% Männerstimmen und 35,4% Frauenstimmen. Es folgen die Nationalsozialisten mit 54,6% Männerstimmen und 45,4% Frauenstimmen und die Wirtschaftspartei mit 50,9% Männerstimmen gegen 49,1% Frauenstimmen. Die drei ausgewählten Stimmbezirke geben folgendes Bild [3]):

Stimmbezirk 4 (rein bürgerliche Wählerschaft):

Wahlberechtigte	2 018
Abstimmende	1 202 = 59,5%

Verheiratete: Männliche: 390 weibliche 380
Ledige: „ 165 „ 266

Es haben gewählt	Männer:	Frauen:
Zentrum	83	147
NSDAP.	103	93
KPD.	22	13
Wirtschaftspartei	132	124
KPO.	2	1
Deutschnationale	45	56
Deutsch-saarl. Volksp.	130	164
SPD.	38	48
Zusammen:	555	646

[3]) Vgl. „Saarbrücker Zeitung" vom 16. Dez. 1932.

Stimmbezirk 28 (gemischte Wählerschaft):

Wahlberechtigte	1 099	
Abstimmende	633	= 57,6%

Verheiratete: Männliche: 211 weibliche 194
Ledige: „ 98 „ 123

Es haben gewählt	Männer:	Frauen:
Zentrum	62	117
NSDAP.	54	46
KPD.	68	46
Wirtschaftspartei	28	34
KPO.	5	1
Deutschnationale	7	8
Deutsch-saarl. Volkspartei	32	30
SPD.	53	35
Zusammen:	309	317

Stimmbezirk 52 (Arbeiterwählerschaft):

Wahlberechtigte	1 320	
Abstimmende	875	= 66,2%

Verheiratete: Männliche: 322 weibliche 275
Ledige: „ 146 „ 118

Es haben gewählt	Männer:	Frauen:
Zentrum	163	202
NSDAP.	36	21
KPD.	107	49
Wirtschaftspartei	38	23
KPO.	19	11
Deutschnationale	27	29
Deutsch-saarl. Volksp.	34	41
SPD.	44	17
Zusammen:	468	393

Aus diesen Ergebnissen geht hervor, daß die Linksparteien, die zwar das Frauenwahlrecht geschaffen haben, die wenigsten Frauenstimmen erhalten. Am geringsten ist die Zahl bei den Kommunisten. Diese Ergebnisse treffen übrigens für das ganze Reich zu.

Bedeutungsvoll ist auch in diesem Zusammenhange die Stellung der Frau zu den Nationalsozialisten. Der Zustrom zum Hakenkreuz steht ja in einem gewissen Widerspruch zu der deutlichen Neigung der weiblichen Wähler, sich radikalen Parteien fernzuhalten. Auch im Reiche konnte man bis zum Jahre 1930 die Feststellung treffen, daß nur 42 weibliche Wähler, bezw. 45 in den Großstädten auf je 100 nationalsozialistische Stimmen kamen. Im allgemeinen kann aber behauptet werden, daß die Frauen einen stärkeren Zug zur konservativen Parteilehre haben, als die Männer. Sie wählten an der Saar seither das Zentrum und die Mittelparteien, von denen sie die größte Stabilität unserer gesellschaftlichen Verhältnisse erwartet hatten.

Das Grenzproblem im soziologischen Sinne.

Die Übergänge von den bürgerlichen Parteien zur NSDAP. lassen sich nicht mit mathematischer Genauigkeit feststellen, zumal auch der „Flugsand" in den Wählermassen bei Zentrum und SPD. in den letzten Wahlen zu der NSDAP. übergegangen war. Außerdem gibt es in jeder Wählermasse eine sogenannte unstete, bewegende Gruppe, die je nach den jeweiligen Aussichten ihren parteipolitischen Standort zu wechseln pflegt. Hinzu kommt noch, daß auch die Wahlbeteiligungsquote nicht immer auf die gleichen Wählergruppen zutrifft, wenn auch die Verhältniszahlen zwischen Wahlberechtigten und Abstimmenden bei verschiedenen Wahlen konstant bleiben können, so ist trotzdem eine Verschiebung der abstimmenden Gruppen durchaus wahrscheinlich. Es handelt sich hier:

1) um die unsteten, bewegenden Wähler,
2) um die Erscheinung der allgemeinen Bevölkerungsbewegung, weil die durch Tod ausscheidenden Wähler von Jungwählern ersetzt werden,
3) um die geringere politische Aktivität älterer Wahlberechtigten gegenüber den jungen Menschen, die meistens parteipolitisch straffer organisiert sind.

Diese Kriterien sind besonders bei der Untersuchung kleinster Bezirke zu berücksichtigen. Unter Einbeziehung dieser Tatsachen können wir jedoch allgemein feststellen, daß sich die Auflösung der bürgerlichen Parteien zugunsten der Nationalsozialisten im Saargebiet vollzogen hat.

Dabei ist noch zu bemerken, daß der Wandlungsprozeß einer viel kürzeren Zeit bedurfte, als wir ihn im Reiche kennen gelernt haben. Vielleicht ergibt sich daraus eine grundsätzliche Erkenntnis, daß politische Wandlungen im Grenzlande zwar zeitlich später eintreffen als im Heimatlande, daß aber ihr Verlauf sich dann mit viel größerem Nachdruck, ja man möchte sagen, mit übersteigerter Heftigkeit vollzieht. Das rührt u. E. aus einer Impulsivität des politischen Ausdruckswillens, der durch die Grenzlage immer im Bewegungszustand schwingt.

Daraus ergeben sich nicht unwesentliche Perspektiven für die zukünftige Gestaltung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens an der Saar. Je länger der politische Wille einer Grenzlandbevölkerung sich auf theoretische Argumentationen beschränken muß und dadurch einer zwangsläufigen Kompensation unterworfen bleibt, um so gesteigerter entfaltet sich sein Anspruch auf den Besitz der Macht. Wenn diese dann erst in einem vorher unbestimmten Stadium plötzlich in Wirksamkeit tritt, dann wird sie hemmungslos ihre Position zu be-

weisen und zu festigen versuchen. Nicht nur, daß sie argumentieren kann, ihren Standort durch einen persönlichen opferwilligen Kampf errungen zu haben, sie muß dann gleichzeitig ihren Anhängern Äquivalente für eine jahrelange geleistete Gefolgschaft bieten. Die politischen Leidenschaften sind in einem solchen Zustande an der Grenze des Erträglichen angelangt. Die Versprechungen auf Verbesserung der persönlichen Lage sind in tausendfältigen Wiederholungen gegeben. Die Pläne für die Neuordnung der Gesellschaftstruktur liegen in Ausarbeitung fest, denn es stand genügend Zeit für die Neuordnung zur Verfügung. Dadurch sind solche revolutionäre Strukturwandlungen nicht ohne Einseitigkeit für die nationalpolitische Lage des sie betreffenden Landes. Das Grenzvolk bietet den Boden für suggestive Kräfte. Hemmungen und Ablenkungen, die der Wirkung der Suggestion sonst entgegenstehen, fließen hier mehr ineinander, als anderwärts. Die Grenzgruppe wird gewisse Verallgemeinerungen, die der Masse eigen sind, frühzeitiger aufnehmen und dauerhafter bewahren, ebenso wie die Differenzierungen der öffentlichen Meinung geringer und einfacher sind. Diese psychologischen Voraussetzungen sind auch die Quelle dafür, daß das Grenzvolk vielfach in der Tat irredentistisch ist. Diese Sonderlage ist besonders eindrucksvoll zu beobachten, wenn in einem Grenzvolke neben der auf ein größeres Ganze gerichteten und regelmäßig der Irredenta eingehenden vaterländischen Gesinnung, eine spezifisch örtlich begrenzte Heimatliebe besteht.

Dann ist die Gewähr gegeben für eine starke Betonung statischer Gefühlsimpulse. Das Bewußtsein eines abgeschlossenen Volkstums, einer selbständigen Geschichte, eines eigenen politischen Schicksals ergeben zusammen Stimmungsanlagen, die ein lebendiges Nationalgefühl bei allen Gelegenheiten zum Ausdruck bringen. Alle gesellschaftlichen Phänomene, die den Menschen berühren, werden von der einen Generalidee aus gesehen, sodaß auch die Maßnahmen, die im völkischen Hinterlande nur Variante eines politischen Themas sind, im Grenzlande zur Dominante von grundsätzlicher Bedeutung umgeformt werden. Alle Erscheinungen, die sich selbst in einer primitiven Harmlosigkeit äußern, werden realpolitischen Erwägungen unterstellt. Dieses Herandrängen und Umfassen ist in letzter Linie durch den Machtwillen bedingt, der in der Grenzlandschaft stark betont bestehen wird. Sein Verlangen ist mitunter so heftig, daß auch die klarsten Realfaktoren über wirtschaftliche und kulturelle Zusammenhänge überschattet werden.

Gegenüber diesen dynamischen Zuständen, die die gesamten Lebenssphären jedes Grenzvolkes besonders auffallend in Anspruch nehmen, gibt es natürlich auch statische Ausdrucksformen, unter denen in erster Linie der Kulturzustand zu begreifen ist. Im allgemeinen wird man sagen können, daß das Grenzvolk — diese These findet im Saarland ihre lebendige Stütze — an seiner übernommenen Kultur festhält. Denn gerade der Kulturbesitz ist bei politischer Abhängigkeit oft das Einzige, was geblieben ist. Er konserviert sich, und liefert die Bedingungen für eine Einheitsfront von Parteien und Gruppen, die sich in der Heimat bekämpfen. Man kann sagen, je stärker sich das politische Schicksal verändert, um so unveränderlicher bleiben die Kulturverhältnisse. Ihre

Fernwirkung ist mitunter so stark, daß sich selbst soziale und wirtschaftliche Schichtungen gegenseitig ausgleichen.

Wir können auch im Saargebiet die Beobachtung machen, daß die Einheitstendenzen in landwirtschaftlichen Gegenden stärker fortschreiten, als in den Industriezentren, wo die sozialen Gegensätze (zwischen Kapital und Arbeit) besonders stark sind. Dabei quillt der Hang zur Solidarität meist aus einem freimütigen Begehren. Die innerpolitische Haltung der saarländischen Gesamtparteien lieferte für diese Behauptung jahrelang Beweise. Wenngleich die Führerschaft nicht immer ohne weiteres dazu bereit war, so haben insbesondere die politischen Funktionäre der verschiedenen Weltanschauungen diesen Standpunkt immer vertreten [1]). Gewiß ist diese Kollektivbildung nicht immer freiwillig gewesen. Aber sie geschah aus einer bewußten Erkenntnis gegenüber der öffentlichen Meinung und der vorherrschenden politischen Sonderlage [2]).

Diese Phänomene sind natürlich erst gegeben, wenn die Größe des Grenzraumes ein bestimmtes Flächenminimum erreicht. Denn dann können sich politische und kulturelle Wirkungen geltend machen. Wichtig erscheint uns, die Vorherrschaft der Massenfunktionen einer öffentlichen Meinung zu erwähnen. Da es sich hier um eine eindeutige politische Stellungnahme handelt, sind Splittermeinungen haltlos und unmöglich. Wenn sie sich trotzdem behaupten wollen, dann sind sie einem unehrlichen Doppelspiel unterworfen.

Wesentlich für das Grenzproblem ist auch die Zeit. Im allgemeinen garantieren längere Zeitabläufe tiefere Verankerung beharrender Momente im Leben des Grenzvolkes. Doch ist das nur relativ zu werten. Denn ihm steht die stärkere Komponente der Propaganda und des außerpolitischen Druckes gegenüber. Beide Faktoren lassen sich immer wieder auf den Umfang und das Gewicht der öffentlichen Meinung und auf das Massenschicksal des Grenzvolkes zurückführen. Die wirksame Ansteckung, die von der Massenseele ausgeht, findet im Grenzlande besonders fruchtbaren Boden. Sie verfügt über die Kraft, sich ebenso schnell wie umfangreich zu verstärken und zu vereinheitlichen. Dies ist umso eher möglich, wenn die Einsprachigkeit des Grenzvolkes die Orientierung an anderen Kulturkreisen unterbindet. Aus Kenntnis dieser Situation trachten die erobernden Staaten immer danach, die Möglichkeit einer Mehrsprachigkeit intensiv zu fördern [3]). Denn die Gefahr der Entfremdung von der Muttersprache und der Mutterkultur ist nicht unwahrscheinlich.

---

[1]) Vgl. die Zitate aus politischen Reden der verschiedensten saarländischen Parteiführer im „Saarkalender", Saarbrücken, Jahrg. 1923 bis 1928.

[2]) Vgl. „Saarbrücker Zeitung" vom 3. Okt 1933, „Saarbrücker Abendblatt" vom 3. Okt. 1933 über die Auflösungstendenzen der saarländischen Zentrumspartei.

Martin, Wilhelm: Der Kampf um die deutsche Schule im Saargebiet in „Die Saarfrage", Saarbrücken 1931.

[3]) Heuer, Arnold: Der französische Sprachunterricht in der saarländischen Volksschule. Saarbrücken 1933.

Bongard, Hans: Offener Brief an Herrn Minister Dr. Veszensky, Saarbrücken 1931.

Die grenzpolitischen Kriterien verändern sich naturgemäß auch, je nach der Umweltsituation des Mutterlandes. Die politische Zielsetzung des Heimatlandes ist dafür ebenso bedeutungsvoll, wie für die Steigerung des nationalen Gefühls überhaupt. Empiristische Strömungen jenseits der Grenze haben diesseits Irredenta zur Folge. Dabei erscheint uns bemerkenswert, festzuhalten, daß die irredentistische Gesinnung kein absolut wesenhaftes Phänomen ist, sondern, daß sie aus dem soziologischen Verhältnis beider Räume, dem Grenzraum wie dem Heimatraum, entsteht. Die Skala ihrer Ausdrucksform verändert sich analog der Störung oder der Bindung dieses Verhältnisses nach unten oder nach oben. So wird man sagen können, daß der nationalpolitische Wille eines Grenzvolkes in der Hauptsache von außen kommenden Einflüssen entzündet und genährt wird. Das Grenzvolk selber unterwirft sich den Einflüssen und assimiliert sie, weil die gefühlsmäßigen Dispositionen des Menschen gegenüber seiner Heimat leicht reagieren. Es ist die Lebens- und Volksgemeinschaft, die über alle sozialen Unterschiede die Brücke schlägt.

Ein weiterer wichtiger Faktor für die soziologischen Umrisse eines Grenzlandes bildet auch das religiös-konfessionelle Moment. Je einheitlicher es in seiner Struktur ist, desto maßgebender ist sein Einfluß. Man könnte es eine schichsalhafte Eigentümlichkeit bezeichnen, daß die meisten vom deutschen Mutterlande abgetrennten Grenzgebiete fast ausschließlich dem katholischen Bekenntnis angehören. Aus dieser speziellen Einkonfessionalität ergeben sich bestimmte Dispositionen, die umso einflußreicher sind, je mehr oder je größer die konfessionelle Resonanz diesseits des Grenzraumes wirksam ist. Selbst gegenüber dem Heimatlande können Spannungen aus dieser Situation abgeleitet werden, wie sie in der Vorkriegszeit im Saargebiet gegenüber der preußischen Verwaltung bestanden haben. Die konfessionellen Enklaven im saarländischen Industriezentrum rühren u. E. daher. Es ist deshalb für die politische Aktivität autonomistischer Forderungen im Grenzgebiete sehr wesentlich, daß konfessionelle Gegensätze unterbleiben. Denn die Assimilationsbedingungen einer einkonfessionellen Landschaft mit einem Gebiet von gleicher religiöser Struktur sind ungleich günstiger für die Einheitlichkeit der öffentlichen Meinung. Die Konvergenz religiöser Belange ist ein politisches Bindeglied, das man nicht unterschätzen sollte. Die Geschichte der Nachkriegszeit ist imstande, Beweismittel für unsere Auffassung zu liefern.

Unter Berücksichtigung all dieser Sonderlagen erhebt sich doch die Frage, welchen realen Quellen das Grenzproblem im allgemeinen entspringt. Für uns Deutsche gibt es nur eine Antwort: Es war der unglückliche Versailler Vertrag, der deutsches Land zum Grenzgebiet entwürdigt hat. Unter Vorspiegelung wirklicher und scheinbarer Gründe, wurden Gebietsteile dem Mutterlande entrissen und fremder Hoheit unterstellt. Wir glauben annehmen zu müssen, daß es entweder politische oder wirtschaftliche Belange waren, oder beide zusammen, die den Grenzraum geschaffen haben, unbekümmert um alle völkischen, kulturellen und sozialen Vorbedingungen.

Gerade das widernatürliche Staatsgebilde „Saargebiet" gibt Auf-

schluß über die Willkür, die Grenzländer aus dem Nichts geschaffen hat. Seine politische Sonderlage ist mit wirtschaftlicher Beweisführung im Vertrag verankert. Es mag glaubwürdig erscheinen, daß die reichen Kohlenfelder im Saarlande die ökonomischen Interessen Frankreichs von jeher gereizt haben. Aber ist der Mensch den schicksalhaften Veränderungen, die die Wurzeln seines Daseins sind und bleiben, enthoben und entrückt? Sind seine Lebensbedingungen so belanglos, daß man sie ausschaltet, wenn es um sein Lebensschicksal geht? Der Versailler Vertrag hat das Selbstbestimmungsrecht der Völker zum sittlichen Grundsatz im politischen Kräftespiel der Völker erhoben. Die saarländischen Menschen erheben Anspruch auf die Echtheit dieser vertraglichen Bürgschaft. Nach 15jähriger Trennung vom Mutterlande wird das Saarvolk sein zukünftiges Schicksal nach eigenem Willen aussprechen und bestimmen. Sein Bekenntnis muß geachtet und gewertet werden, damit der kleine Grenzraum nicht die Ursache historischer Entladungen werde.

Die friedliche Lösung der Saarfrage ist die Aufgabe Europas.
Die Achtung der Menschenwürde ist die Verpflichtung Frankreichs.
Die Sehnsucht der Saar ist die Treue zur deutschen Heimat.

Abgeschlossen im Sommer 1933.

Literaturverzeichnis.

Allot, A.: Le Bassin de la Sarre, Paris 1924.

Andres, Otto: Die Grundlagen des Rechts im Saargebiet, in: „Völkerrechtsfragen", Heft 13, Berlin 1926.

— Die Saarfrage. Schriften zur politischen Bildung, herausgegeben von der Gesellschaft „Deutscher Staat" V. Reihe, Heft 7, Langensalza 1928.

Anschütz, H.: Der Kampf der Saarbeamten unter der Völkerbundsregierung, Frankfurt a. M. 1922.

Arnold, W.: Ansiedlung und Wanderung, Marburg 1881.

Babelon, E.: Au pays de la Sarre, Saarlouis et Sarrebruck, Paris 1918.

Bachem, E.: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Köln 1927—1928.

Becker, H. J.: Durch 2 Jahrtausende saarländischer Verkehrsgeschichte, Saarbrücken 1933.

Beck, Otto: Beschreibung des Regierungsbezirkes Trier, Trier 1868/71.

Bergsträsser, L.: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. Mannheim 1928.

Bethge, O.: Fränkische Siedlungen in Deutschland auf Grund von Ortsnamen in: „Wörter und Sachen", Berlin.

Biesel, E.: Die völkerrechtliche Stellung des Saargebietes, Diss. Leipzig 1929.

Bongard, H.: Offener Brief an Herrn Minister Dr. Veszensky, Saarbrükken 1931.

Bork, Otto: Die Großeisenindustrie des Saargebietes, Diss. Leipzig 1930.

Born, Wilhelm: Die wirtschaftliche Entwicklung der Saargroßeisenindustrie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Diss. Tübingen 1919.

Böcker, H.: Das Pfalz-Saar-Lothringer-Steinkohlenbecken in: „the coal resources of the world", Toronto 1913.

Brandt, V., von: Zur sozialen Entwicklung im Saargebiet, Leipzig 1904.

Braun v. Stumm, G.: Das Saargebiet des Friedensvertrages zu Versailles, Diss. Erlangen 1928.

Bringolf, Dr.: Der Lebensroman des Leutnant Bringolf, sel. Zürich 1928.

Brockdorf-Rantzau, Graf von: Dokumente und Gedanken um Versailles, Berlin 1925.

Bryce, James: Moderne Demokratien, München 1926.

Buchleitner, H.: Die Geschichte des Warndts, Saarbrücken 1924.

— Die erste Bergschule im Saargebiet, im „Saarkalender", Saarbrükken 1926.

Cahn, Ernst: Die Motive des politischen Wesens und die maßgebenden Gesichtspunkte für die Haltung der politischen Parteien in prinzipiellen Fragen, in: „Patria", Jahrbuch der Hilfe, Berlin 1907, Herausgeber Friedrich Naumann.

Calker, Fritz, van: Wesen und Sinn der politischen Parteien, Tübingen 1930.

Capot-Rey, R.: La agriculture dans le territoire de la Sarre, Paris 1923.

Cartellierie, W.: Die Eisenindustrie an der Saar, in: „Das Saargebiet, seine Struktur und seine Probleme". Saarbrücken 1927.

Cohnstaedt, Wilhelm: Die Deutschen an der Saar. Flugschriften der Frankfurter Zeitung, Frankfurt a. M. 1922.

Collet, J.: Das wirtschaftliche Leben in der Grafschaft Saarbrücken im Zeitalter des Merkantilismus. Diss. Bielefeld 1930.

Decker, G.: Die Zentrumskrise, in: „Die Gesellschaft", Nr. 11, Berlin 1925.

Diehl, H.: Geopolitik der Saarfrage. Manuskript Saarbrücken 1929.

— Die Folgen des 30jährigen Krieges im Saargebiet, Blätter der Saarforschungsgemeinschaft, Saarbrücken 1930.

Dietrich, B.: Die Lage der saarländischen Industrie. Diss. Frankfurt am Main 1924.

Dilk, Fritz: Die keramische Industrie des Saargebietes, in: „Handel und Industrie im Saargebiet", Düsseldorf 1926.

Dilthey, W.: Weltanschauung, Philosophie und Religion, Berlin 1911.

Dopsch, A.: Wirtschaftliche Entwicklung in der Karolingerzeit. Weimar 1912.

Ebray, Alcide: Der unsaubere Friede, Berlin 1925.

Eifler, Otto: Das Verkehrswesen im Saargebiet, Diss. Erlangen 1927.

Eichhorst, M.: Die Lage der Bergarbeiter im Saargebiet, Diss. Heidelberg 1901.

Enzyklika: Rerum Novarum Leos des 13., Staatslexikon der Görresgesellschaft, Freiburg 1929.

Feiler, Artur: Bauernkrieg, in: „Frankfurter Zeitung" Nr. 142—144, 145—147, 164—166, Jahrg. 1932.

Fischer, E. W.: Die Verhandlungen über die Saarfrage auf der Pariser Friedenskonferenz, in: „Schriftenreihe der preußischen Jahrbücher", Nr. 17, Berlin 1924.

Fox, N.: Saarländische Volkskunde, Bonn 1927.

Franz, Th.: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der kanalisierten Saar und Mosel. Diplomarbeit, Frankfurt a. M. 1922.

Franz, H.: Die weiterverarbeitende Eisenindustrie im Saargebiet, in: „Handel und Industrie im Saargebiet", Düsseldorf 1926.

Friedensvertrag zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten, Charlottenburg 1919, Reichsgesetzblatt.

Gabel, K. A.: Kämpfe und Werden der Hüttenarbeiterorganisation an der Saar, Saarbrücken 1921.

Gärtner, von, Landrat: Verwaltungsbericht über den Kreis Saarbrücken 1859—1861, Saarbrücken 1861.

Geiger, Th.: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932.

Geimer, A.: Die völkerrechtliche Stellung des Saargebietes, Saarbrükken 1932.

Göhler, A.: Die Dosen- und Papierlackwarenindustrie im Saargebiet, Frankfurt a. M. 1926.

Görgen, J.: Die Geschichte des Saarstatuts von Versailles, Saarbrücken 1924.

— Frankreichs Fundamentalirrtum, Berlin 1927.

Gräber, Norbert: Die Lage der Landwirtschaft in der saarländischen Bürgermeisterei Heusweiler, Diss. Bottrop 1931.

Groß, E.: Die Wohnverhältnisse im Saargebiet, in: „Handel und Industrie im Saargebiet", Düsseldorf 1926.

Groten, G.: Die Kontrolle des Völkerbundes über die Tätigkeit der Regierungskommission des Saargebietes, Diss. Bonn 1929.

Hagn, Hugo: Rechts und links der Saarbahnen, Saarbrücken 1932.

Hagen, J.: Römerstraßen der Rheinprovinz. Bonn 1929.

Hallauer, W.: Knappschaftswesen und Wohlfahrtspflege im Saargebiet.

Haskins, Chr. u. Lord R.: Some Problems of the Peace Conference, Cambridge 1920.

Haßlacher, A.: Das Industriegebiet an der Saar, in: „Mitteilungen des historischen Vereins für die Saargegend" Heft 12, Saarbrücken 1912.

— Beiträge zur ältesten Geschichte des Eisenhüttenwesens im Saargebiet, Berlin 1896.

Haussen, G.: Die Gehöfterschaften im Landkreis Trier. Berlin 1863.

Häberle, D.: Auswanderungen und Koloniegründungen der Pfälzer im 18. Jahrhundert. Kaiserslautern 1909.

Hensel, Albert: Grundrecht und politische Weltanschauung, Tübingen 1931.

Heidjan, Emil: Zentrumspartei und Zentrumspresse an der Saar zur Zeit des Kulturkampfes, Saarlouis 1931.

Herbig, E.: Die Löhne im staatlichen Bergbau bei Saarbrücken „Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik", Bd. 39, Jena 1910.

Herly, R.: L'introduction du franc dans la Sarre, une expérience monétaire, Paris 1926.

Herr, G.: Der Steinkohlenbergbau im Saargebiet, Frankfurt a. M. 1924.

Herweck, Walter: Der Saar-Pfalz-Kanal und seine wirtschaftliche Bedeutung für das Saargebiet, Diss. Frankfurt a. M. 1928.

Humbold, Wilhelm, von: Grenzen der Wirksamkeit des Staates, in: „Vorkämpfer deutscher Freiheit", München, 1910.

Handel und Industrie im Saargebiet, herausgegeben vom Pestalozziverlage, Wilhelm Bredehorn. Düsseldorf 1926.

Jaspers, K.: Psychologie der Weltanschauung, Berlin 1925.

Kall, Max, v. d.: Das Saargebiet in der Politik der Gegenwart, in: „Das Saargebiet, seine Struktur und seine Probleme", Saarbrücken 1927.

Kartels, J.: Die wirtschaftliche Lage des Bauernstandes im Kreise Merzig, in: „Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 22, Leipzig 1883.

Katsch, Helmut, Regierung und Volksvertretung im Saargebiet, Leipzig 1930.

Kauter, H. E.: Die Ziegelindustrie im Saargebiet, in: „Handel und Industrie im Saargebiet", Düsseldorf 1926.

Kell, J. H.: Geschichte des Kreises Merzig, Saarbrücken 1925.

Keller, A., Bergschulhauptlehrer: Die Entwicklung des Steinkohlenberg-

baues an der Saar, in: „Handel und Industrie im Saargebiet", Düsseldorf 1926.

Kelsen, Hans: Vom Wesen und Wert der Demokratie, Tübingen 1930.

Keune, B. I.: Das Saarland zur Römerzeit, im „Saarlandheft des Rhein. Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz" 1927.

Keuth, Paul: Der Handel im Saargebiet, in: „Handel und Industrie im Saargebiet, Düsseldorf 1926.

Keuth, H.: Kulturströmungen in der Volkskunst an der Saar, in: „Die Saarfrage", herausgegeben von G. W. Sante, Saarbrücken 1931.

— Das Bauernhaus an der Saar, in: Saarlandheft des Rhein. Vereins f. Denkmalpflege und Heimatschutz, 1926.

Kiefer, Peter: 25 Jahre Gewerkverein christl. Bergarbeiter, Saarbrükken 1929.

— Vom Bergmannstand an der Saar, in: „Die Saarfrage", herausgegeben von G. W. Sante, Saarbrücken 1931.

— Vom Bergknappenstand an der Saar, in: „Der Saarkalender", Saarbrücken 1924.

Kolb, G. F.: Staatl.-topographische Schilderung von Rheinbayern, Speyer 1931.

Kloevekorn, F.: Das Saargebiet, seine Struktur und seine Probleme, herausgegeben unter Mitwirkung von Saarpolitikern und Vertretern der Wissenschaft, Saarbrücken 1929.

— Die historischen Grundlagen des Saarproblems, in: „Die Saarfrage", herausgegeben von G. W. Sante, Saarbrücken 1931.

Kollmann, J.: Die Großindustrie des Saargebietes, Stuttgart 1911.

Kloevekorn, F.: Beiträge zur oberrheinischen Landeskunde, Breslau 1927.

Köllner, A.: Handel und Schiffahrt zu Anfang des 19. Jahrhunderts, in: „Mitteilungen des historischen Vereins für die Saargegend", Heft 8, Saarbrücken 1908.

König, J.: Die Einwirkungen der französischen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen auf die Psyche der Bergarbeiter. Diss. Köln 1924.

Krämer, W.: St. Ingbert und seine Vergangenheit, Saarbrücken 1925.

Krause-Wichmann, G.: Die Teuerung im Saargebiet, in: „Der Saarkalender", Saarbrücken 1924.

Küppersbusch, A.: Die französische Valuta in der Kriegs- und Nachkriegszeit. Diss. Leipzig 1929.

Lamprecht, K.: Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter, Leipzig 1816.

Laspeyres, H.: „Heinrich v. Dechen", ein Lebensbild, in: „Zeitschrift für das Berg-Hütten- und Salinenwesen im preuß. Staat", Bd. 38.

Lauer, W.: Die Glasindustrie im Saargebiet, Diss. Tübingen 1922.

Lehmann, W.: Abriß der Wirtschaftsgeschichte des Saargebietes, Saarbrücken 1925.

Mannheim, K.: Beiträge zur Theorie der Weltanschauungsinterpretation, Berlin 1923.

— Das konservative Denken, in: „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" Bd. 57, 1 und 2, 1927.

— Ideologie und Utopie, Bonn 1929.

Martin, Wilhelm: Der Kampf um die deutsche Schule im Saargebiet, in: „Die Saarfrage", herausgegeben von G. W. Sante, Saarbrücken 1931.

Martin, Robert: Die Eisen- und Stahlindustrie des Saargebietes, in: „Handel und Industrie im Saargebiet", Düsseldorf 1926.

Meister, Alois: Deutschland und Frankreich im Spiegel der Geschichte, München 1922.

— Frankreichs Ansprüche auf das Saargebiet, in: „Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 19. 1. 1919.

Metz, Friedr.: Zur Geographie des Saargebietes, in: „Das Saargebiet, seine Struktur und seine Probleme", Saarbrücken 1927.

Mises, L.: Liberalismus, Jena 1927.

Mines domaniales Françaises de la Sarre: Die Belegschaft der Werke nach dem Ergebnisse der statistischen Erhebungen vom 1. Dezember 1925, Saarbrücken 1927.

Mohlenpröck: Das Saargebiet unter der Herrschaft des Völkerbundes, in: „Süddeutsche Monatshefte" 22. Jahrg., Heft 9, 1925.

Müller, E.: Die Entwicklung der Arbeiterverhältnisse auf den Steinkohlenbergwerken in der Umgebung von Saarbrücken 1816—1903, Berlin 1904.

Müller, M.: Beiträge zur Urgeschichte des Westrichs, St. Wendel 1896.

Metzger, O.: Der Kampf um den saarländischen Markt von 1800 bis 10. Jan. 1925, Diss. Gießen 1926.

Nitti, F.: Das friedlose Europa, Frankfurt a. M. 1921.

Nolte, P.: Das Wirtschaftsgebiet an der Saar, München-Gladbach 1912.

Obé, Rudolf: Die Arbeiterverhältnisse im französisch-fiskalischen Bergbau, Diss. Leipzig 1930.

Offermann, W.: Bürgerbuch der Bürgermeisterei Wiebelskirchen, Neunkirchen 1911.

Oncken, H.: Historische Beleuchtung der Ansprüche Frankreichs auf das Saargebiet, in: „Die Woche" Nr. 10, vom 8. März 1919.

Overbeck, Herm.: Die geographischen Grundlagen des Saarproblems, in: „Die Saarfrage", herausgegeben von G. W. Sante, Saarbrücken 1931.

Penk: Das Saargebiet, in: „Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung" Nr. 15 und 16, 4. Jahrgang, Berlin 1919.

Priou, J.: Le territoire de la Sarre, Paris 1923.

— L'organisation politique et économique du territoire de la Sarre, Paris 1921.

Pfarrkonferenz ev. Saarbrücken: Frh. v. Stumm-Halberg und die evangelische Geistlichkeit im Saargebiet, Göttingen 1896.

Pohle, Ludwig: Bevölkerungsbewegung, Kapitalbildung und periodische Wirtschaftskrisen, Göttingen 1902.

Rehaneck, R.: Dillingen und seine Industrie, in: „Sonderbeilage zur Saarzeitung" vom 1. Sept. 1928, Saarlouis.

Rixecker, Otto: Die Bevölkerungsverteilung im Saargebiet, Berlin 1930.

Rohan, K. A. Graf: Inventar der politischen Grundhaltungen im modernen Europa, in: „Soziologische Studien", Alfred Weber gewidmet, Weimar 1930.

Röchling, H.: Die industrielle Entwicklung an der Saar, im: Saarlandheft des Rhein. Vereins f. Denkmalspflege und Heimatschutz, 1929.

Ruppersberg, A.: Die Geschichte der Grafschaft Saarbrücken, Saarbrükken 1923.

— Die Geschichte des Saargebietes, Saarbrücken 1923.

Saarabien vor Gericht: Der Hilger-Krämer-Prozeß, im: „Vorwärtsverlag", Berlin 1904.

Saargebiet das: Unter der Herrschaft des Waffenstillstandsabkommens und des Vertrages von Versailles. Als Weißbuch von der deutschen Regierung dem Reichstage vorgelegt, Berlin 1921.

Sante, G. W.: Die Saarfrage, Saarbrücken 1931.

Savelkouls, H.: Der Franc im Saargebiet. Münchener volkswirtschaftliche Studien Stuttgart-Berlin 1925.

Sombart, Werner: Sozialismus und soziale Bewegung, Jena 1919.

Stenbock-Fermor, Graf Alexander: Meine Erlebnisse als Bergarbeiter, Stuttgart 1928.

Stillich, Otto: Die politischen Parteien in Deutschland. Leipzig 1912.

Straus, Emil: Die Einverleibung des Saargebietes in das französische Zollsystem und die wirtschaftlichen Folgen für den saarländischen Handel. Saarbrücken 1926. Manuskript.

Stumm-Halberg- Frhr. von: Die Reden. Berlin 1915.

Schauff, Joh.: Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei, Köln 1928.

Scheid, Alois: Die Ideenwelt der kommunistischen Berg- und Hüttenarbeiter an der Saar. Diss. Köln 1923.

Schlechtenthal, E. v.: Versuch einer statistischen Darstellung d. Kreises Ottweiler, Neunkirchen 1863.

Schmitt, Carl: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, München 1926.

Schmauch, C.: Auswanderungen von Bürgern des Kreises Saarlouis nach Polen und Rußland im Jahre 1817„ im: „Saarkalender" 6. Jahrg., Saarbrücken 1928.

Schnur, K.: Die Entwicklung der Kulturlandschaft im Saargebiet, Frankfurt a. M. 1925.

Schorr, A.: Zur Soziologie des Industriearbeiters an der Saar. Diss. Hamburg 1931.

Schröter, F.: Über die römische Niederlassung und die Römerstraßen in den Saargegenden. Saarbrücken 1846.

Schumacher, K.: Ortsnamen und Römerstraßen in Westdeutschland, Mainz 1915.

Schwarz, W.: Über die Staatswillensbildung in der deutschen Demokratie, Berlin 1931.

Schwer, W.: Katholische Gesellschaftslehre, Paderborn 1928.

Schwickerath, W. Kaplan: Die Geschichte des Ortes und der Pfarrei Püttlingen, Püttlingen 1925.

Tardieu, André: La Paix, Paris 1921.

Teßmar, B.: Besonderheiten des Arbeitsrechts im Saargebiet, Saarbrükken 1926.

Tille, A.: Die Mosel- und Saarkanalisation und die niederrheinisch-westfälische Eisenindustrie, Saarbrücken 1907.

— Die Berufsstandspolitik des Gewerbe- und Handelsstandes, Berlin 1910.

— Der soziale Ultramontanismus und seine katholischen Arbeitervereine, in: „Sozialwirtschaftliche Zeitfragen", Heft 4, Berlin 1905.

Tuckermann, W.: Das Saargebiet, in: „Geographische Zeitschrift", Leipzig 1922.

Veit, Valentin: Die politischen Parteien in Deutschland, in: „Teubners Handbuch der Staatskunde", Leipzig 1924.

Vogel, Th.: Deutsch die Saar immerdar. Berlin 1929.

Vopelius, M.: Die Tafelglasindustrie im Saartale. Diss. Halle 1895.

Wagner, Eugen: Die Saarpresse im Kampf gegen Frankreichs Propaganda, Saarbrücken 1933.

Weber, Max: Grundriß der Sozialökonomik, 3. Abt. Tübingen 1922.

— Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1922.

— Politik als Beruf, München 1921.

Weber, Alfred: Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa, Berlin 1925.

Weber, Hans Siegfried: Der Kampf um die Saar, Berlin 1928.

Wehberg, Hans: Die staats- und völkerrechtliche Stellung des Saargebietes, Saarbrücken 1924.

Weigert, E.: Die Großindustrie des Saargebietes in: „Schmollers Jahrbuch" 1922.

Weiß, Oberlehrer: Die Geschichte der Stadt Saarlouis, in: „Saarlandschaft des Rhein. Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz" 1927.

Wild, H.: Die Sozialversicherung im Saargebiet, Diss. Jena 1924.

Wilson, Wodr..: Memoiren und Dokumente, Leipzig 1923.

Zirkler, Alwin: Das Verkehrswesen im Saargebiet in: „Handel und Industrie im Saargebiet". Düsseldorf 1926.

Zühlke, Albert: Die Glasindustrie im Saargebiet, in: „Der Saarkalender" 1928.

Amtliche Quellen, Zeitschriften und Tageszeitungen:

Amtsblatt der Regierungskommission des Saargebietes, herausgegeben vom Generalsekretariat der Regierungskommission. Saarbrücken 1920—1933.

Berichte des statistischen Amtes des Saargebietes. Heft 1 bis 11. Saarbrücken 1923—1933.

Statistische Jahresberichte der Stadt Saarbrücken, herausgegeben vom Statistischen und Wahlamt der Stadt Saarbrücken. Saarbrücken 1923 bis 1933.

Saarwirtschaftsstatistik, herausgegeben im Auftrage der Handelskammer zu Saarbrücken, des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Saargebiet, der Fachgruppe der eisenschaffenden Industrie im Saargebiet und des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie, e. V. vom Saarwirtschaftsarchiv. Heft 1—6, Saarbrücken 1927—1933.

Die Bevölkerung des Saargebietes, nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 19. Juli 1929. Bearbeitet und herausgegeben vom statistischen Amt der Regierungskommission des Saargebietes. Saarbrücken 1930.

Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung des Saargebietes, nach den Ergebnissen der Berufszählung vom 19. Juli 1927. Herausgegeben und bearbeitet vom Statistischen Amt der Regierungskommission des Saargebietes. Saarbrücken 1931.

Jahresbericht der Verteilung der Volkswohlfahrt, Landwirtschaft und Forsten, Arbeitsamt und Sozialversicherung der Regierungskommission des Saargebietes. Saarbrücken 1930.

Bericht über den Stand der Kreis- und Kommunalangelegenheiten des Kreises Saarbrücken für die Jahre 1927—1928—1929. Saarbrücken 1930.

Verwaltungsberichte der Kreise Homburg, St. Ingbert, St. Wendel, Ottweiler, Saarlouis und Merzig. 1920—1930.

Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Berlin. Jahrg. 1907.

Arbeitsordnung des Neunkircher Eisenwerkes aus dem Jahre 1890.

Satzungen des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie. Saarbrücken 1920.

Statuten der Knappschaftskassen der Steinkohlenbergwerke von Nassau-Saarbrücken.

Handelskammerbericht aus dem Jahre 1869 ff. Saarbrücken.

Statistisches Jahrbuch des deutschen Reiches. Berlin Jahrg. 45.

Historischer Atlas der Rheinprovinz. Bonn 1926.

Denkschriften der politischen Parteien des Saargebietes.

Landesrat des Saargebietes. Protokolle der Vollversammlungen 1922 bis 1933.

Wahlakten aller saarländischen Landratsämter und vieler Bürgermeistereien. 1919—1933.

Wahl- und Abstimmungsakten der Regierungskommission des Saargebietes.

Statistische Erhebungen der christlichen und freien Gewerkschaften des Saargebietes.

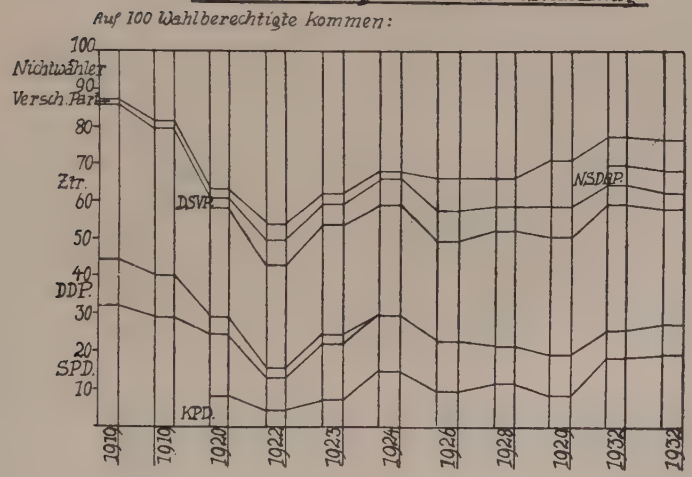
Statistische Erhebungen des Arbeitgeberverbandes des Saargebietes.

Statistische Erhebungen des Zentralnachweisamtes für Kriegerverluste und Kriegergräber. Berlin 1931.

Frankfurter Zeitung	Jahrgang	1919—1933.
Kölnische Zeitung	„	1919—1933.
Saarbrücker Zeitung	„	1919—1933.
Saarbrücker Landeszeitung	„	1919—1933.
Saarbrücker Volksstimme	„	1919—1933.
Saarkurier, der Neue	„	1919—1926.
Westpfälzische Zeitung St. Ingbert	„	1919—1933.
Saarbrücker Abendblatt	„	1930—1933.
Saarfront Saarbrücken	„	1933.
Saarzeitung Saarlouis	„	1919—1933.
Saarlouiser Journal	„	1919—1933.
Merziger Volkszeitung	„	1919—1933.
Dillinger Anzeiger	„	1919—1933.
Der Saarbergknappe, Saarbrücken	„	1919—1933.

Der Saarhandel Saarbrücken, herausgegeben vom Schutzverein für Handel und Gewerbe „ 1919—1933.
Saarwirtschaftszeitung, amtliches Organ der Handelskammer zu Saarbrücken „ 1920—1933.
Der Saarkalender, herausgegeben von A. Zühlke, Saarbrücken „ 1923—1933.
Technik und Kultur Berlin. 19. Jahrg.
Europäische Staats-Wirtschaftszeitung 4. Jg. Nr. 15—16; 6. Jg. Nr. 19—20.
Der Saarfreund, Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine, Jahrgang 1920—1933.
Annuaire Statistique (Bas Rhin, Haut Rhin, Moselle), Straßburg 1932.

ANHANG.


Die Wahlberechtigten nach der Abstimmung
Auf 100 Wahlberechtigte kommen:
100
Nichtwähler
90
Versch. Par.
80
70
Ztr.
60
DNVP.
50
40
DDP.
30
20
SPD.
10
KPD.
NSDAP.
1919
1919
1920
1922
1923
1924
1926
1928
1929
1932
1933

Die Überteurung im Saargebiet 1920/23
+70%
+60%
+50%
+40%
+30%
+20%
+10%
0
-10%
-20%
1920
1921
1922
1923
J.F.M.A.M.J.J.A.S.O.N.D.J.F.M.A.M.J.J.A.S.O.N.D.J.F.M.A.M.J.J.A.S.O.N.D.J.F.M.A.M.J.
Teuerung in Deutschland

Berufszugehörigkeit der Kreistagsmitglieder

Kreis	Ges. Zahl	Höh. Beamt.	%	Mittl. Beamt.	%	Kaufleute	%	Angestellte	%	Handwerker	%	Arbeiter	%	Landwirte	%	Gastwirte	%	Hausbesitzer	%	Sonstige Berufe	%	Aerzte	%
Homburg 1913	44	2	4.5	2	4.5	2	4.5	3	6.8	3	6.8	5	11.3	24	54.8	-		-		3	6.8	-	
" 1926	24	2	8.3	2	8.3	2	8.3	1	4.1	1	4.1	13	54.5	1	4.1	-		-		2	8.3	-	
Sbr.-Land 13	42	6	14.2	6	14.2	10	23.8	1	2.3	1	2.3	-		9	21.5	-		-		9	21.5	-	
" " 1926	39	1	2.5	5	12.8	3	8.1	2	5.1	5	15.3	17	43	3	8.1	-		-		2	5.1	-	

Berufszugehörigkeit der Gemeinderatsmitglieder

Homburg 1913	337	1	0.2	15	4.4	6	1.7	3	0.8	38	11.2	94	27.9	148	44.4	16	4.7	-		16	4.7	-	
" 1926	335	-		19	5.7	5	1.5	1	0.2	46	14.7	114	34	126	37.6	11	3.4	-		13	3.9	-	
Brebach-1913	84	-		-		4	4.9	9	10.7	8	9.5	33	39	19	22.6	4	4.9	-		7	8.4	-	
Bürgerm. 1926	134	-		4	2.9	2	1.4	9	6.8	10	7.4	91	67.9	8	5.9	5	3.7	-		5	3.7	-	
Gemeind. 1913	12	-		-		1	8.4	5	41.7	4	33.3	-		-		-		-		2	16.6	-	
Brebach 1926	22	-		1	4.5	1	4.5	2	9.1	4	18.1	10	45.6	-		2	9.1	-		2	9.1	-	
Dudwei- 1913	28	2	7.6	5	19.3	3	11.5	-		4	15.5	6	23	1	3.8	-		-		5	19.3	-	
ler 1926	36	-		5	13.9	1	2.7	-		5	13.9	20	55.5	1	2.7	-		-		4	11.3	-	
Eiweiler 13	6	-		-		-		-		1	16.7	4	66.6	1	16.7	-		-		-		-	
" 1926	12	-		-		-		-		-		9	75	2	16.7	-		-		1	8.3	-	
Kutzhof 1913	6	-		-		-		-		-		5	83.3	1	16.7	-		-		-		-	
" 1926	10	-		-		-		-		-		10	100	-		-		-		-		-	
Bürgmst. 1913	22	-		2	9.1	-		-		1	4.5	9	40.9	6	27.2	2	9.1	-		2	9.1	-	
Ludweiler 26	22	-		2	9.1	2	9.1	-		2	9.1	12	54.5	2	9.1	2	9.1	-		-		-	
Groß- 1913	12	-		2	16.6	-		-		-		8	66.6	1	8.4	1	8.4	-		-		-	
rosseln 1926	22	-		1	4.5	2	9.1	-		2	9.1	16	72.8	1	4.5	-		-		-		-	
Lauter- 1913	12	-		-		-		-		2	16.7	4	35	3	25	2	16.7	-		1	6.6	-	
bach 1926	17	-		1	5.9	-		-		2	11.7	13	76.4	-		1	5.9	-		-		-	
Nass- 1913	6	-		-		-		-		1	16.6	3	50	1	16.6	1	16.6	-		-		-	
weiler 1926	12	-		-		-		-		1	8.3	11	91.7	-		-		-		-		-	
Auers- 1913	12	-		-		-		-		3	25	2	16.6	7	58.3	-		-		-		-	
macher 1926	12	-		1	8.3	-		-		1	8.3	6	50	4	33.4	-		-		-		-	
Pütt- 1913	14	-		5	35.8	1	7.1	-		1	7.1	5	35.8	1	7.1	-		-		1	7.1	-	
lingen 1926	30	-		2	6.7	1	3.3	-		-		25	83.3	-		-		-		2	6.7	-	
Sulz- 1913	27	1	3.7	7	25.9	9	33.3	-		1	3.7	5	18.3	1	3.7	1	3.7	-		-		2	7.5
bach 1926	36	-		8	22.3	5	13.8	-		7	19.4	13	36.1	1	2.8	1	2.8	-		-		1	2.8
Völk- 1913	30	1	3.3	5	16.7	7	23.3	2	6.7	5	16.7	3	10	1	3.3	-		-		6	20	-	
lingen 1926	30	-		6	20	4	13.4	1	3.3	3	10	10	33.3	1	3.3	1	3.3	-		4	13.4	-	

Nach den Erhebungen der Bergwerksdirektion am 1. Dez. 1925 weist die Belegschaft der Saargruben folgende Sozialstruktur auf:

Anzahl der Beschäftigten:

Inspektion	I Ensdorf	2 754
„	II Luisenthal	7 829
„	III Von der Heydt	2 582
„	IV Dudweiler	6 241
„	V Sulzbach	5 572
„	VI Heiligenwald	7 788
„	VII Spiesen	6 698
„	VIII Neunkirchen	5 612
„	IX Friedrichsthal	6 037
„	X Wahlschied	4 415
„	XI Fischbach	4 641
„	XII Geislautern	3 844
Division St. Ingbert		1 881
Division Bexbach		1 180
Kokerei Heinitz		665
Kraft-Wasserwerk		638
Hafenamt Malstatt		400
Materialabteilung und Faktorei		557
Generaldirektion		241
	zus.	69 575

Familienstand der Belegschaft:

Verheiratete	43 615	=	62,69%
Witwer	709	=	6,02%
Geschiedene	31	=	0,04%
Ledige	25 220	=	36,25%

Die Berufszugehörigen:

Ehefrauen	43 615
Söhne	64 627
Töchter	62 689
zus.	170 931

Das Einkommen verteilt sich auf:

die Verdiener	69 575
die Ehefrauen	43 615
die unversorgten Kinder	90 382
die zu ernährenden Eltern	5 0388
die zu ernährenden Geschwister	2 982
zus.	211 592

Inspektion	kath.	evgl.	sonst. R.	Dissid.	zus.
I	2677	70	—	7	2754
II	6778	1017	1	33	7829
III	2037	503	16	26	2582
IV	4254	1862	1	124	6241
V	4025	1447	—	100	5572
VI	6328	1445	—	15	7788
VII	4061	2510	12	115	6698
VIII	2527	2933	13	94	5612
IX	5225	802	1	9	6037
X	3645	752	5	13	4415
XI	3916	685	1	39	4641
XII	3265	522	—	57	3844
St. Ingbert	1561	316	1	3	1881
Bexbach	762	411	—	7	1180
Koker. Heinitz	413	245	—	7	665
Kraftwasser	419	209	—	10	638
Hafen	290	103	3	4	400
Faktorei	365	173	1	18	557
Generaldirekt.	151	88	1	1	244
zus.	52744	16039	56	682	69575

Unterkunft der Belegschaft:

Es wohnten:

1. im eigenen Hause	20 192	=	29,02%
2. in privater Mietwohnung	18 624	=	26,77%
3. in Grubenwohnung	3 204	=	4,61%
4. bei den Eltern	21 569	=	31 %
5. dauernd in Grubenschlafhäusern:	93	=	0,13%
6. die Woche über in Grubenschlafhäusern:	4395	=	6,19%
7. die Woche über in Privatquartieren:	1588	=	2,28%

Besitzstand der Belegschaft:

1. Hauseigentümer	22 801	=	32,77%
2. Besitzer von Feld und Wiesen	12 162	=	17,48%
3. Weder Hauseigentümer noch Besitzer von Feld und Wiesen	45 706	=	65,69%
4. Von den Hauseigentümern haben kein Feld und Wiesen	11 707	=	16,83%
5. Von Feld- und Wiesenbes. haben kein Haus	1 068	=	1,54%

6. An Viehbesitz wurde angegeben:
   a) Pferde 178 Stück
   b) Rindvieh 10 462 Stück
   c) Ziegen 17 522 Stück
   d) Schweine 10 421 Stück

Die Belegschaft wohnte im:

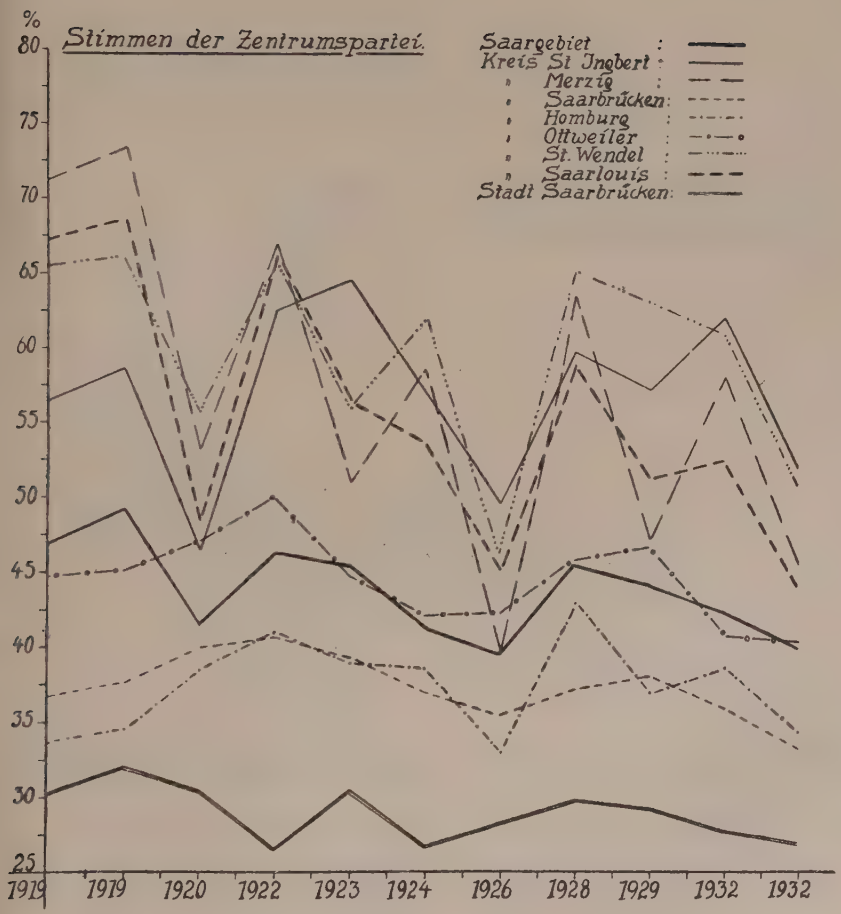
Saargebiet:

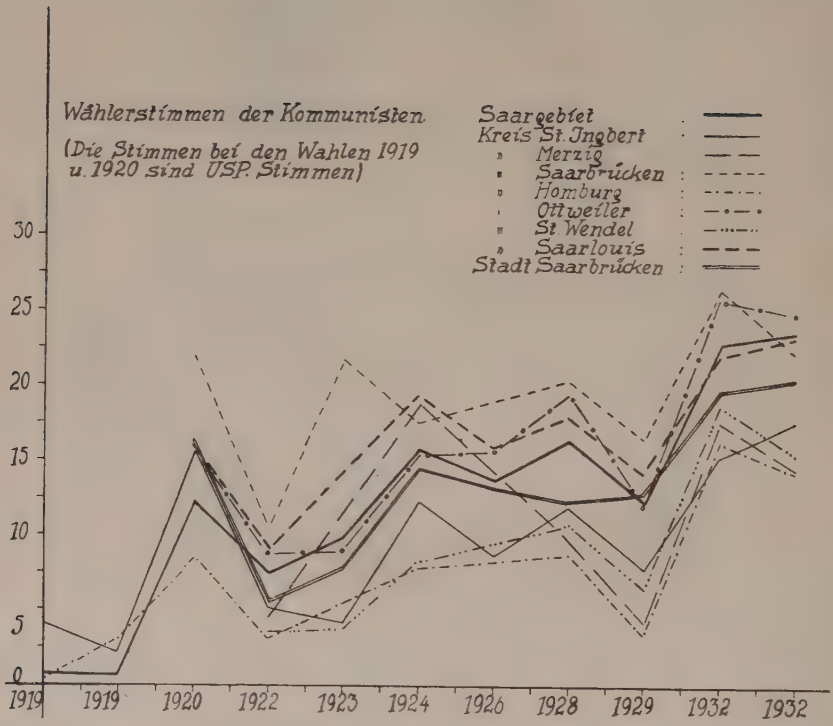
Stadtkreis Saarbrücken	964
Landkreis Saarbrücken	24 015
Kreis Ottweiler	19 757
„ Saarlouis	8 378
„ St. Wendel	3 600

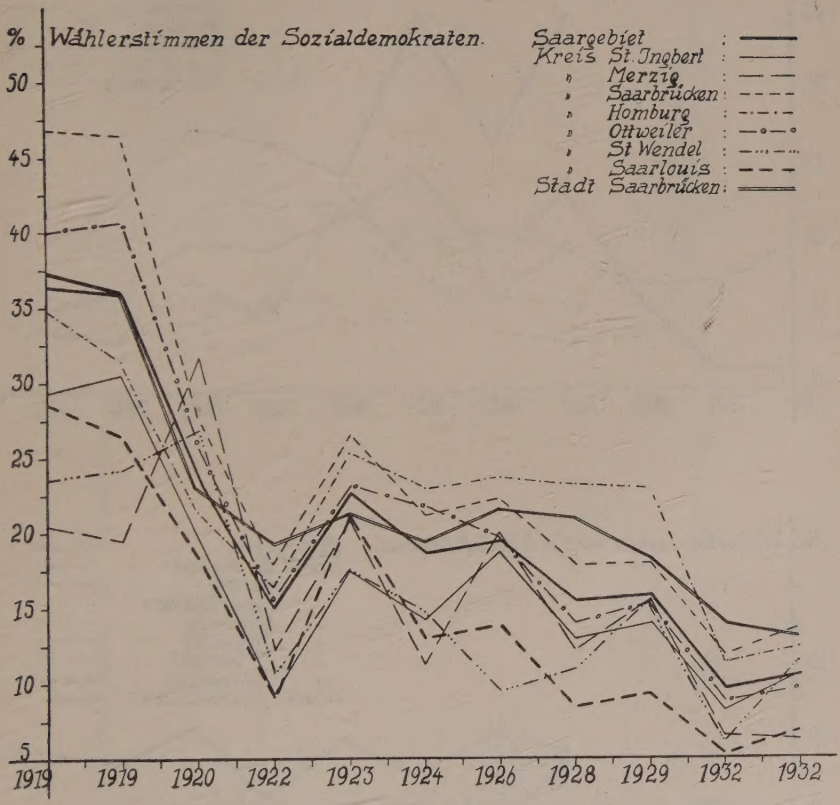
	Kreis Merzig	503
	„ St. Ingbert	3 042
	„ Homburg	2 509
	Zusammen Saargebiet	62 758
Preußen:		
	Kreis St. Wendel Baumholder	1 042
	„ Merzig-Wadern	1 377
	„ Trier-Land	874
	„ Bernkastel	30
	„ Kreuznach	9
	„ Saarburg	13
	Zus.	3 350
Pfalz:		
	Bez. Homburg-Waldmohr	1 734
	„ Zweibrücken	51
	„ Kusel	805
	„ Kaiserslautern	56
	Zus.	2 659
Birkenfeld:		
	Gebiet ganz Birkenfeld	719
	Zus.	719
	Zus. übriges Deutschland	6 728

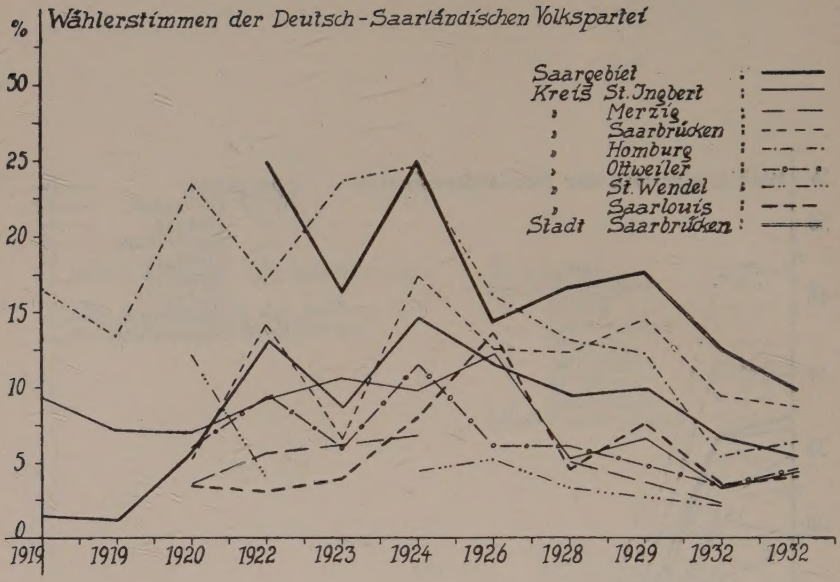
Heimkehr der Belegschaft:

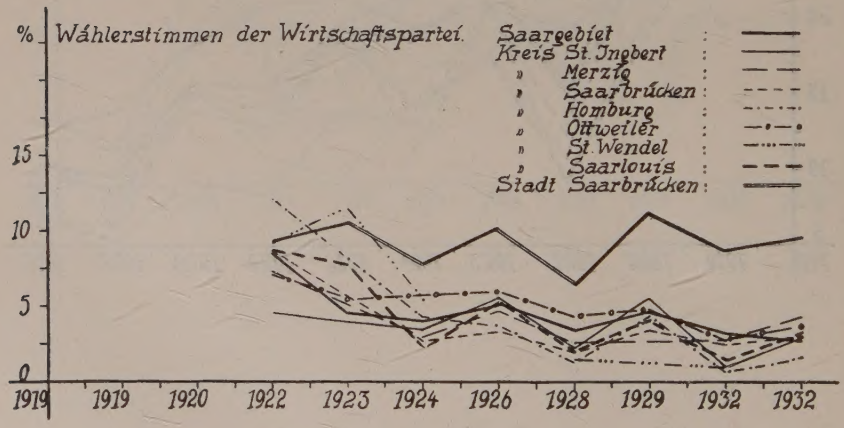
Zu Fuß oder Rad kehrten täglich zurück:	43 019
Mit der Eisen- oder Straßenbahn:	20 573
Während der Woche mußten im Schlafhaus oder Privatquartier verbleiben:	5 893

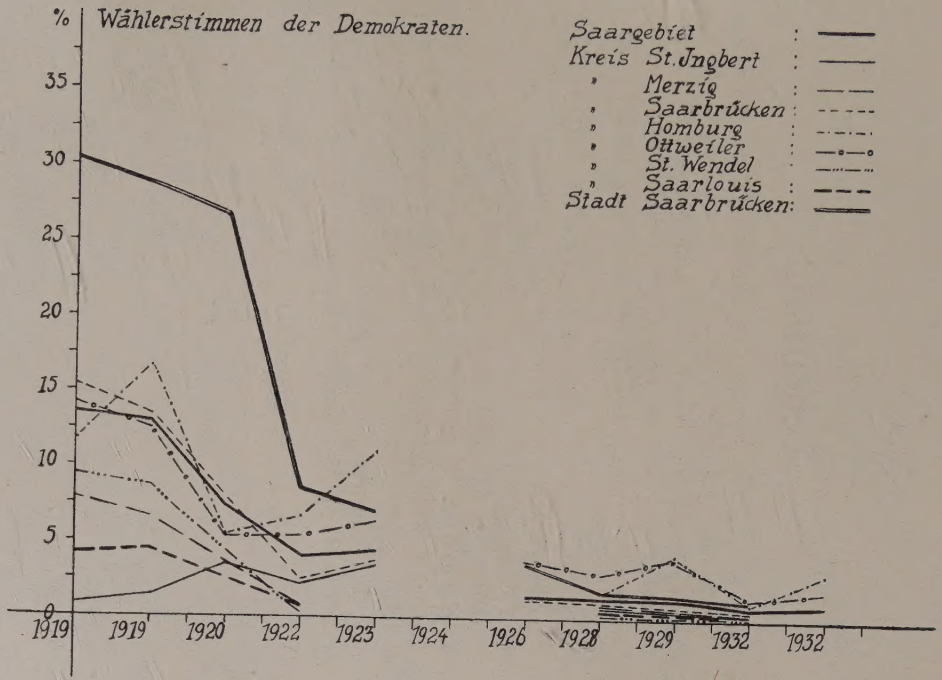

%
Stimmen der Zentrumspartei.
Saargebiet :
Kreis St. Ingbert :
„ Merzig :
„ Saarbrücken :
„ Homburg :
„ Ottweiler :
„ St. Wendel :
„ Saarlouis :
Stadt Saarbrücken :
80
75
70
65
60
55
50
45
40
35
30
25
1919
1919
1920
1922
1923
1924
1926
1928
1929
1932
1932


Wählerstimmen der Kommunisten
(Die Stimmen bei den Wahlen 1919 u. 1920 sind USP. Stimmen)
Saargebiet
Kreis St. Ingbert
" Merzig
" Saarbrücken
" Homburg
" Ottweiler
" St. Wendel
" Saarlouis
Stadt Saarbrücken
30
25
20
15
10
5
0
1919
1919
1920
1922
1923
1924
1926
1928
1929
1932
1932


% Wählerstimmen der Sozialdemokraten.
50
45
40
35
30
25
20
15
10
5
1919
1919
1920
1922
1923
1924
1926
1928
1929
1932
1932
Saargebiet
Kreis St. Ingbert
" Merzig
" Saarbrücken
" Homburg
" Ottweiler
" St Wendel
" Saarlouis
Stadt Saarbrücken


%
Wählerstimmen der Deutsch-Saarländischen Volkspartei
30
25
20
15
10
5
0
Saargebiet
Kreis St. Ingbert
» Merzig
» Saarbrücken
» Homburg
» Ottweiler
» St. Wendel
» Saarlouis
Stadt Saarbrücken
1919
1919
1920
1922
1923
1924
1926
1928
1929
1932
1932


%
Wählerstimmen der Wirtschaftspartei.
15
10
5
0
Saargebiet
Kreis St. Ingbert
» Merzig
» Saarbrücken
» Homburg
» Ottweiler
» St. Wendel
» Saarlouis
Stadt Saarbrücken
1919
1919
1920
1922
1923
1924
1926
1928
1929
1932
1932


%
Wählerstimmen der Demokraten.
35
30
25
20
15
10
5
0
1919
1919
1920
1922
1923
1924
1926
1928
1929
1932
1932
Saargebiet :
Kreis St. Ingbert :
" Merzig :
" Saarbrücken :
" Homburg :
" Ottweiler :
" St. Wendel :
" Saarlouis :
Stadt Saarbrücken:

Lebenslauf.

Geboren am 7. September 1899 zu Göllheim (Pfalz) als Sohn der Eheleute August und Johanna Straus.

Schulbildung: Volksschule meines Geburtsortes bis zum 13. Lebensjahre. Lehrerseminar zu Würzburg bis zum 18. Lebensjahre.

Ergänzungsreifeprüfung als Externer am Realgymnasium zu St. Ingbert.

Studium: Handelshochschule in Mannheim. 1921—1924.
Universität in Frankfurt a. M. 1924—1926; 1930—1931.

Prüfungen: Volksschullehrerexamen 1918 in Würzburg.
Staatsexamen für den Volkschuldienst 1922 in Speyer.

Diplom-Handelslehrerprüfung 1924 in Mannheim.

Staatsprüfung für das höhere Lehramt an Handelsschulen 1930 in Saarbrücken.

Prüfung als Diplom-Kaufmann 1930 in Mannheim.

Promotion in der Philosophischen Fakultät 1934 in Frankfurt a. M.

Emil Straus, Handels-Studienrat.